

Vorsitz:

Inhalt

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

23. Sitzung		6. Wahlperiode
	Donnerstag, 30. August 2012, Schwerin, Schloss	

Vizepräsidentin Beate Schlupp, Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,

	DIE LINKE und BUNDNIS 90/DIE GRUNEN 20 Jahre ausländerfeindliche Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen – Mahnung und Verpflichtung. Für eine lebendige Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt!	
Fragestunde	– Drucksache 6/1029 –	13
- Drucksache 6/1064 4		
	Helmut Holter, DIE LINKE	13
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 4	Minister Lorenz Caffier	17
Minister Dr. Till Backhaus4, 5	Ralf Mucha, SPD	18
Michael Andrejewski, NPD4, 5, 12	Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	22
Udo Pastörs, NPD	Michael Andrejewski, NPD	
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5, 6	Michael Silkeit, CDU	26
Minister Mathias Brodkorb		
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN6, 7, 9, 10	Beschluss	27
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 7, 8, 9		
Minister Volker Schlotmann		
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10		
Minister Lorenz Caffier 10, 11	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Stefan Köster, NPD 10, 11	Eiweißstrategie für nachhaltige Landwirtschaft	
Tino Müller, NPD11	in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln	
David Petereit, NPD11	- Drucksache 6/1032	27
Ministerin Uta-Maria Kuder		
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12, 13	Änderungsantrag der Fraktion	
Ministerin Heike Polzin	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Minister Harry Glawe 12, 13	 Drucksache 6/1078 – 	27

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD	Katharina Feike, SPD53, 59
Anteil einheimischer Eiweißpflanzen in	Dr. Fritz Tack, DIE LINKE54
der Tierfütterung erhöhen – nachhaltige	Minister Dr. Till Backhaus54
Landbewirtschaftung und Tierhaltung in	Heino Schütt, CDU56
Mecklenburg-Vorpommern unterstützen	Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 57
- Drucksache 6/1044	
Änderungsentrag der Eraktion	Beschluss60
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
- Drucksache 6/107927	
- Diucksacile 0/10/32/	Antrog day Explicion DIE LINIVE
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE27, 32	Antrag der Fraktion DIE LINKE Teilnahme an Bundestagswahlen mit 16 Jahren
Heino Schütt, CDU	- Drucksache 6/103160
Minister Dr. Till Backhaus	- Drucksacrie 6/103100
Thomas Krüger, SPD	Peter Ritter, DIE LINKE
Stefan Köster, NPD	Minister Lorenz Caffier
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 36	Heinz Müller, SPD
· ·	Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN63
Beschluss	Wolf-Dieter Ringguth, CDU64
	Tino Müller, NPD
	Tillo Waller, Ni D
	Beschluss
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/	5 0 0 0 11 1 4 0 0
DIE GRÜNEN und DIE LINKE	
Erarbeitung eines Konzeptes zur dauerhaften	
Präsentation der archäologischen Funde	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in Mecklenburg-Vorpommern	Schrittweise Einführung der Lkw-Maut auf
– Drucksache 6/1037 –	Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen
Hirita Dannar DÜNDNIG 00/DIE ODÜNEN	- Drucksache 6/102666
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Torsten Koplin, DIE LINKE	Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 66,
Marc Reinhardt, CDU	74, 75, 76
David Petereit, NPD	Minister Volker Schlotmann66
Minister Mathias Brodkorb	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE68
Williotor Matriao Broakoro	Jochen Schulte, SPD70, 75, 76
Beschluss	Tino Müller, NPD73
	Dietmar Eifler, CDU73
	Beschluss
Antrag der Fraktion der NPD	
Schluss mit Gesinnungsschnüffelei und	
Denunziantentum in Mecklenburg-Vorpommern!	
- Drucksache 6/1023	Antrag der Fraktion der NPD
	Sportunterricht an wissenschaft-
Udo Pastörs, NPD	lichen Erkenntnissen ausrichten –
Wolfgang Waldmüller, CDU 48	drei Stunden Schulsport pro Woche
Michael Andrejewski, NPD 51	für alle Jahrgangsstufen durchsetzen
	– Drucksache 6/1038 –76
Beschluss52, 122	Devid Determit NDD
	David Petereit, NPD76, 80 Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN77
	Ollike Berger, BONDINIS 90/DIE GRONEN11
Antrog der Erektionen der CDD und CDU	Beschluss81
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Flurneuordnung als Gestaltungselement	01
im ländlichen Raum	
- Drucksache 6/1045 53	
D140/340116 0/1040	Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Änderungsantrag der Fraktion	Qualitätssicherung in der
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	außerklinischen Intensivpflege
- Drucksache 6/1085 53	– Drucksache 6/1046 –81

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/1081 –		Vincent Kokert, CDU
Detlef Lindner, CDU	Ω1	Peter Ritter, DIE LINNE114
Karen Stramm, DIE LINKE		Beschluss114
,		Descriuss114
Julian Barlen, SPD		
Ministerin Manuela Schwesig		
Stefan Köster, NPD		
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Antrag der Fraktion der NPD
Bernd Schubert, CDU	86	Ehe und Familie schützen –
		Keine steuerliche Gleichstellung mit
B e s c h l u s s	88	gleichgeschlechtlichen Partnerschaften – Drucksache 6/1040 –115
		Stefan Köster, NPD115, 119
Antropy day Fraktion DIF LINKE		
Antrag der Fraktion DIE LINKE		Peter Ritter, DIE LINKE117
Förderung prekärer Beschäf-		B 11
tigungsverhältnisse stoppen – Drucksache 6/1034 –	88	Beschluss120, 124
Henning Foerster, DIE LINKE	88, 92, 99	
Ministerin Manuela Schwesig	90	Nächste Sitzung
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Freitag, 31. August 2012120
Martina Tegtmeier, SPD		1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1
Torsten Renz, CDU		
Michael Andrejewski, NPD		
Beschluss		
Antrag der Fraktion der NPD Keine Nahrung in den Tank! Mais-Monokulturen stoppen – Biomasse-		
Einsatz zur Energiegewinnung beenden		
– Drucksache 6/1039 –	101	
T' M''' NDD	101 105	
Tino Müller, NPD		
Thomas Krüger, SPD	102	
Beschluss	106, 123	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE Sicherung der Versorgung durch Hebamme Umsetzung der Ergebnisse des IGES-Gutad – Drucksache 6/1028 –	en – chtens	
2140N340110 0/1020	100	
Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD		
- Drucksache 6/1080	106	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE		
– Drucksache 6/1084 –	106	
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Ministerin Manuela Schwesig	107	
Torsten Koplin, DIE LINKE	109	
Julian Barlen, SPD	110	

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 23. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis mit Blick auf den gestrigen Sitzungsverlauf. Ich bitte alle Anwesenden, sicherzustellen, dass sie sowohl ihre Mobiltelefone als auch ihre lüfterlosen Lesegeräte auf lautlos gestellt haben.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**: Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 6/1064 vor.

Fragestunde

- Drucksache 6/1064 -

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Dr. Ursula Karlowski, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Fragen 1 und 2** zu stellen.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Herr Minister!

Minister Dr. Till Backhaus: Guten Morgen!

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die erste Frage:

1. Wann wird das Konzept des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz zum Schutz der Biodiversität mit Sicherheit veröffentlicht?

Minister Dr. Till Backhaus: Also, sehr geehrte Frau Präsidentin! Um mit ein bisschen Humor anzufangen: Können Sie mir mit Sicherheit sagen, Frau Karlowski, dass die GRÜNEN in der nächsten Legislaturperiode im Landtag sitzen werden?

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit Zuversicht, Herr Minister.)

Mit Zuversicht, dann will ich Ihnen auch konkret die Antwort geben. Spaß beiseite.

Ich habe ja schon einmal hier erklärt vor dem Hohen Hause, und zwar am 24.05.2012, dass wir mit großer Intensität an einem Biodiversitätskonzept in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten. Ich muss auch ganz klar sagen, ich bin dankbar für die vielen Hinweise der Verbände und der unterschiedlichsten Einrichtungen. Diese sind jetzt so gut wie ausgewertet. Und dann ist es natürlich auch so, da bitte ich um Verständnis, eine solche Biodiversitätsstrategie, die schüttelt man nicht aus dem Ärmel. Wir sind hier jetzt auf einem sehr, sehr guten Weg. Und ich hatte auch hier angedeutet vor dem Hohen Hause, dass ich davon ausgehe, dass wir in Richtung drittem, viertem Quartal damit fertig werden.

Ich bitte um Verständnis, dass hier auch innerhalb des Hauses, aber auch innerhalb der Landesregierung dieser Prozess begleitet wird. Ich gehe davon aus – mit Sicherheit davon aus! –, dass wir zu Weihnachten Ihnen dieses auf den Gabentisch legen werden.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gut, dann komme ich zur zweiten Frage:

Welche Arbeitsschritte führt derzeit die Landesregierung durch, um bei der Vorbereitung des dritten Nationalen Berichts über die Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG, das ist die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen an die EU-Kommission ihren Berichtspflichten nachzukommen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, auch da stecken Sie ja ziemlich tief drin. Es ist klar, wir haben die Berichtspflichten zu erfüllen, und zwar mit Ende dieses Monats werden diese Daten dann an die Bundesregierung zu übermitteln sein. Wir sind hier im Zeitplan, das kann ich so sagen. Wir werden unsere Berichtspflicht als Land Mecklenburg-Vorpommern erfüllen, die Erfassung der Daten, unter anderem natürlich auch durch die Wehrbereichsverwaltung oder natürlich auch die Wasserschifffahrtsdirektionen sind eingetroffen. Das heißt, dass die Maßnahmen zur Berichterstattung im vollen Umfange erfüllt werden.

Im Zusammenhang mit der Genehmigung von Plänen, im Zusammenhang mit der FFH-Problematik werden wir insofern alle Maßnahmen, die eben notwendig sind in der Europäischen Union, auch die entsprechenden Berichte zu übermitteln, erfüllen.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gut, danke

Minister Dr. Till Backhaus: Bitte sehr.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun den Abgeordneten Michael Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Frage 3** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Minister!

Wie hoch schätzt die Landesregierung das Risiko ein, dass bei den bestehenden und noch geplanten Mastviehanlagen für Schweine und Hühner in Mecklenburg-Vorpommern mit der entstehenden Abluft auch antibiotikaresistente Bakterien in die Umgebung gelangen könnten?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich will im Folgenden darauf antworten. Luftgetragene Partikel und deren biologische Herkunft wie Bakterien, Pilze oder auch Viren sowie ihre Stoffwechselprodukte oder auch Zellwandbestandteile, die unter anderem mit der Abluft aus Tierställen, aber auch sonstigen Einrichtungen in die Umwelt gelangen, werden als Bioaerosole bezeichnet. Ich gehe davon aus, dass Sie das auch meinen.

Zahlreiche Untersuchungen, die national, international, aber auch im Lande durchgeführt worden sind – und da beziehe ich mich jetzt besonders auf Nutztierställe –, sagen klar aus, dass es eine Quelle von Aerosolen gibt, das ist so, wobei in diesen Studien auch nachweislich das Vorkommen von multiresistenten Keimen in Stallanlagen oder in deren näheren Umgebung im Fokus stehen. Das ist so. Ein Austrag aus den Stallungen in

Deutschland, in Europa oder weltweit ist zu verzeichnen. Und es ist aber auch so, dass das Vorkommen von antibiotikaresistenten Keimen auch über die Abluft in die Umgebung verfrachtet wird. Das ist nachgewiesen.

Was mir aber wichtig ist, ist die Abstandsregelung. Und die Studien gehen davon aus, dass in einem Abstand von 250 Metern im Wesentlichen kaum noch ein qualitativer Unterschied zu den üblichen Keimkonzentrationen, die ansonsten in der Außenluft existieren, nachgewiesen wird. Insofern gehe ich davon aus, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern mit den Genehmigungsverfahren, die durchgeführt werden, einen ordnungsgemäßen Ablauf gewährleisten.

Michael Andrejewski, NPD: Zusatzfrage: In welcher Weise wird das gemessen? Gibt es in 250 Meter Abstand oder so ähnlich von den Anlagen stationäre Messgeräte oder gibt es da ständig sich wiederholende Messaktionen?

Minister Dr. Till Backhaus: Im Rahmen der Genehmigungsverfahren werden Messungen durchgeführt. Und in den Genehmigungsverfahren sind auch die Abstandsregelungen festgehalten, das heißt, dass in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 600 Metern bis 1 Kilometer Abstände zu größeren Tierhaltungsanlagen in den Genehmigungsbescheiden festgesetzt werden. Und dann ist auch richtig, im Zusammenhang mit dem Betreiben von solchen Anlagen werden turnusmäßige Überprüfungen vorgenommen.

Michael Andrejewski, NPD: Danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich darf nun den Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD, bitten, die Fragen 4 und 5 zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Herr Backhaus!

4. Welche Änderungen sind durch das Biosphärenreservatsgesetz in Bezug auf den "Naturpark Mecklenburgisches Elbetal" zu erwarten?

Minister Dr. Till Backhaus: Also grundsätzlich ist es so, dass das Biosphärenreservat Mecklenburgisches Elbetal durch ein Gesetz festzusetzen ist, und der Gesetzgeber ist dieses Hohe Haus. Der Gesetzentwurf liegt noch nicht vor, wird aber in Kürze durch die Landesregierung eingebracht.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Welche Änderungen – wesentlichen Änderungen – ergeben sich für die Eigentümer von Flächen in diesem Gebiet in Bezug auf die Möglichkeit landwirtschaftlicher Nutzung einerseits und Beihilfen andererseits?

Minister Dr. Till Backhaus: Also beihilferechtlich, wenn ich damit anfangen darf, gibt es da keine Probleme aus der Sicht – also ich gehe davon aus, dass Sie die Beihilfen, was die Flächenproblematik anbetrifft, also die Zahlungsansprüche meinen ...

Udo Pastörs, NPD: Ja.

Minister Dr. Till Backhaus: Da gibt es zunächst aus der Sicht des bisherigen Reservats keine Probleme. Was die Zonierung anbetrifft, das ist ja auch ein Teil Ihrer Frage, da ist es so, dass die Biosphärenreservate, das ist aber allgemein gängige Praxis in der Gemeinschaft

der UNESCO-Biosphärenreservate, die Entwicklungszone, die Kernzone und die Zone haben, wo normales Wirtschaften ermöglicht wird. In den Kernzonen, das ist klar, wird eine Nutzung der Flächen nicht mehr möglich sein. Und da ist klar, dass wir großen Wert darauf legen, dass es möglichst um staatlichen Besitz geht.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön. Nächste Frage:

5. Was soll in den Entwicklungszonen, von denen im Zusammenhang mit dem Biosphärenreservatsgesetz immer wieder gesprochen wird, denn konkret entwickelt werden?

Minister Dr. Till Backhaus: Also die Biosphärenreservate, von denen wir insgesamt in Deutschland 15 haben, 3 in Mecklenburg-Vorpommern, sind ja Modellregionen, in denen nachhaltiges Wirtschaften, traditionelles Handwerk und letzten Endes damit auch Möglichkeiten von neuen modellhaften Entwicklungen in Richtung Ökologie, Ökonomie, aber auch sozialer Zusammenhalt entwickelt werden sollen. Und das wird Aufgabe auch im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes sein. Aber ich bitte um Verständnis, der Gesetzentwurf wird diesen Landtag erreichen. Und ich hoffe, dass wir dann zu einem guten Ergebnis kommen.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Gibt es in Vorbereitung zu diesem Gesetz schon Konzeptionen in Bezug auf die von Ihnen angesprochenen Sachverhalte?

Minister Dr. Till Backhaus: Die gibt es. Wir haben ja den Vorläufer, wenn man das so will, Sie haben das angedeutet, den Naturpark. Vom Prinzip her ist er das, was Sie jetzt draufsetzen, die Umsetzung internationaler Standards. Und da gibt es eine Reihe von Konzeptionen. Ich will nur andeuten, dass es ein touristisches Konzept gibt zur Erschließung und Entwicklung der gesamten Infrastruktur. Es geht um Biosphärenreservatsmarken, also Produkte, die in diesem Gebiet besonders unter den Gesichtspunkten der Ökonomie, der Ökologie und der sozialen Bindungen entwickelt werden, und es hört letzten Endes damit auf, auch bei Projekten mit Schulen und Einrichtungen in Kooperation zu treten, um nur einige wichtige zu nennen.

Udo Pastörs, NPD: Ich bedanke mich.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Ulrike Berger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fragen 6 und 7 zu stellen.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister!

6. Bis wann sind die Ergebnisse der Überarbeitung des Schulberichtssystems zu erwarten, die die Landesregierung in der Antwort auf meine Kleine Anfrage auf Drucksache 6/706 unter Berufung auf die Arbeit der Expertengruppe "Attraktivität des Lehrerberufes" ankündigte und mit denen der Arbeitsaufwand für Schulleiterinnen und Schulleiter reduziert werden soll?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Abgeordnete Berger, ich habe in der Kleinen Anfrage an die Landesregierung nicht die entsprechende Überarbeitung des Schulberichtssystems mit dem von Ihnen beschriebenen Ziel angekündigt, sondern Folgendes, ich darf zitieren: "Gegenwärtig befasst sich die Expertengruppe Attraktivität des Lehrerberufes' ebenfalls mit den Möglichkeiten zur Reduzierung des Aufwandes bei der Arbeit mit dem Schulberichtssystem." Zitatende. Und nach endgültiger Vorlage der Empfehlungen der Expertenkommission werden wir uns dann auch mit dem Schulberichtssystem beschäftigen und der Frage nachgehen, ob den Vorschlägen der Lehrerinnen und Lehrer gefolgt werden kann oder nicht, denn Sie wissen, dass diese statistischen Systeme einer bundesweiten Vereinbarung auf der Grundlage von KMK-Beschlüssen unterliegen, um bundesweit vergleichbare Statistiken zu haben. Insofern sind da verschiedene Dinge gegeneinander abzuwägen.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Frage war aber jetzt trotzdem: Können Sie einen Zeitraum nennen? Also das Ende der Arbeitsgruppe ist klar, aber wann ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Berger, Sie haben die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen. Dann müssen Sie die als solche dann auch benennen und sich dann auch an die in der Geschäftsordnung aufgeführten Regeln halten. Jetzt stellen Sie bitte Ihre Zusatzfrage!

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also eine Frage noch mal zu ... Ich dachte, ich hätte zwei Zusatzfragen pro Frage? Okay, ich komme jetzt zur ersten Zusatzfrage:

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wann wird das Ende der Arbeitsgruppe "Attraktivität des Lehrerberufes" zu erwarten sein?

Minister Mathias Brodkorb: Ich gehe im Moment davon aus, dass noch im Monat September die Arbeitsgruppe ihre Ergebnisse vorlegen wird.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und dann habe ich noch eine zweite Nachfrage: Wann wird die ebenfalls in dieser Antwort zum Schuljahresbeginn angekündigte Information an die Eltern über die Datenweitergabe ihrer Kinder erfolgen, auch mit dem Hinweis über die Rechte, die die Eltern haben, zumal das Schuljahr inzwischen schon vier Wochen andauert und die meisten Elternversammlungen schon stattgefunden haben?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Berger, es befindet sich ein entsprechender Aushang für die Schulen in der Abstimmung und wird mit Sicherheit in kürzerer Zeit die Schulen erreichen.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

7. Ist es richtig, dass die Daten aus dem Schulberichtssystem ohne Wissen und Einverständnis der Erziehungsberechtigten bei Schulwechsel der Kinder von den Grundschulen an die weiterführenden Schulen weitergegeben werden?

Minister Mathias Brodkorb: Werte Frau Abgeordnete, das kommt auf den Standpunkt des Betrachters an. Alle Rechtsvorschriften, die dies regeln, sind auf den Internetseiten der Landesregierung vorhanden und für jeden Bürger einsehbar. Insofern hängt es auch von der Frage ab, ob man sich mit diesen Dingen vertraut macht und die Gelegenheiten nutzt oder nicht. Ich darf darauf hinweisen, dass natürlich Schulleiter die Eltern auch nicht in jeden einzelnen Paragrafen der Schulgesetze einführen, sondern davon ausgegangen wird, dass erwachsene Menschen, wenn sie Kinder in die Schule bringen, sich dann auch mit den Regelungen auseinandersetzen. Aber auch hier habe ich entsprechend verfügt, dass künftig die Schulen über Aushänge die Eltern auf eine effiziente Art und Weise über diese Dinge informieren. Aber grundsätzlich, wie gesagt, liegen die Informationen, auch alle Rechtsvorschriften, im Internet vor.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dazu habe ich auch eine Zusatzfrage: Geben Sie dem Landesdatenschutzbeauftragten recht, der ja auf Reaktion auf diese Kleine Anfrage und auf Ihre Antwort darauf feststellte, dass diese von Ihnen angegebenen Informationen auf der Internetseite des Bildungsministeriums doch sehr versteckt und deshalb nicht für alle zugänglich sind?

Minister Mathias Brodkorb: Also ich beziehe mich auf das Landesportal "www.landesrecht-mv.de". Sicherlich ist diese Quelle auf verschiedenen Internetportalen zugänglich. Wichtig ist für mich, dass es auf einem Portal der Landesregierung vernünftig abgebildet wird. Insofern würde ich mich dieser Meinung des Datenschutzbeauftragten nicht vollumfänglich anschließen. Es ist aber auch nicht erforderlich, weil wir beide zur besseren Information der Eltern jenseits der Frage, auf welcher Internetseite etwas wo steht, eine enge Zusammenarbeit vereinbart haben. Und ich hoffe dann, demnächst auch mitteilen zu können, in welcher Form der Datenschutzbeauftragte sich einbringt, um Eltern angemessen über ihre Rechte und die ihrer Kinder zu informieren.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich darf nun die Abgeordnete Silke Gajek, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitten, die **Frage 8** zu stellen.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Herr Minister!

8. Welche Qualifikationen gelten für Lehrkräfte an staatlichen Gesundheitsfachschulen und an staatlich anerkannten Ersatzschulen und inwiefern gibt es zwischen beiden Schultypen eventuell Unterschiede?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, die Anforderungen an die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an staatlich genehmigten beziehungsweise anerkannten allgemeinbildenden und beruflichen Ersatzschulen sind auf der Grundlage von Artikel 7 Grundgesetz durch das Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern in Paragraf 120 Absatz 2 in Verbindung mit Paragraf 1 Privatschulverordnung Mecklenburg-Vorpommern geregelt. Es wird danach von den Lehrkräften "eine fachliche und pädagogische Ausbildung sowie Prüfungen" erwartet, "die der Ausbildung und den Prüfungen der Lehrerinnen und Lehrer an den entsprechenden Schulen in öffentlicher Trägerschaft gleichwertig sind. In Ausnahmefällen kann die fachliche und pädagogische Eignung ... aufgrund anderweitig erbrachter Leistungen nachgewiesen werden."

Danach beantragt der Träger einer Ersatzschule die Zustimmung zum Einsatz je Lehrkraft. Es erfolgt hinsichtlich der Eignung dieser Lehrkraft im Vergleich zur öffentlichen Schule die Prüfung im Einzelfall unter Beachtung des Einsatzgebietes, also je nach Schulart und Fach beziehungsweise bei beruflichen Schulen nach Bildungsgang und Fachgebiet.

Bei beruflichen Schulen, insbesondere bei der Ausbildung in bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufen, ergeben sich durch die jeweiligen Gesundheitsfachberufe – wie zum Beispiel Physiotherapie, Logopädie, Ergotherapie – weitere spezielle fachliche Anforderungen an die Lehrkräfte, was dazu führt, dass vielfach Lehrkräfte eingesetzt sind, die über kein Lehramt, aber anderweitige spezielle fachpraktische Qualifikationen und langjährige Erfahrung aus vergleichbaren Umschulungsmaßnahmen verfügen.

Die Anforderungen zum Einsatz sind dem Grundsatz nach auch in Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales abzustimmen, da hier bei den Gesundheitsfachberufen die Fachaufsicht nach Paragraf 97 Absatz 5 Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern liegt. Zu beachten ist auch, dass die Prüfungen in den Gesundheitsfachberufen in Zuständigkeit des Landesprüfungsamtes für Heilberufe erfolgen und Anforderungen an die Lehrkräfte sich auch aus den bundesrechtlichen Regelungen ergeben können.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hätte noch eine Nachfrage: Sind perspektivisch Änderungen hinsichtlich der Qualifikationen geplant?

Minister Mathias Brodkorb: Also grundsätzliche Änderungen sind meiner Kenntnis nach auf Bundesebene derzeit nicht geplant. Und da wir in diesen Bereichen sehr stark von der Bundesebene abhängen, müsste ich im Moment die Frage mit einem wahrscheinlichen Nein oder mit dem Futur III beantworten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche Personalschlüssel – ich habe noch eine zweite Nachfrage –, welche Personalschlüssel existieren an staatlichen und staatlich anerkannten Ersatzschulen im Gesundheitsund Pflegebereich und divergieren diese nach Schultypen?

Minister Mathias Brodkorb: Werte Frau Gajek, ich habe jetzt die aktuellen Statistiken aller Klassen im Bereich der beruflichen Schulen nicht präsent, wir haben ja 34.000 Berufsschüler. Ich kann Ihnen aber sagen, dass die Klassen nicht unmittelbar von ihrer Größe her durch die Berufe abweichen, sondern aufgrund der Frage, wie viele Standorte es in Mecklenburg-Vorpommern jeweils gibt. Sie haben ja Berufe, die nur selten in der Gesellschaft vertreten sind, aber trotzdem gebraucht werden. Und um die dann auszubilden, müssen Sie kleinere Landesfachklassen bilden oder haben nur noch zwei Standorte im Land, und dementsprechend sinkt dann die Klassenstärke. Insofern lässt sich das nicht allgemein beantworten und ist von Standort zu Standort sehr, sehr unterschiedlich und auch von Fach zu Fach. Das gibt da keine enge Korrelation.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun den Abgeordneten Johannes Saalfeld, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fragen 9 und 10 zu stellen.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister!

9. Wie bewertet die Landesregierung den Stand der Umsetzung der Bologna-Reform an den Landeshochschulen vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte, wonach die Reform ihre zentralen Ziele möglicherweise verfehlt habe?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrter Abgeordneter Saalfeld, ich schätze den Stand der Umsetzung der Bologna-Reform, was rein technische Fragen an unseren Hochschulen angeht, als weitgehend abgeschlossen und auch gelungen ein. Allerdings sind die technischen Aspekte ja nicht diejenigen, die zur Bologna-Reform geführt haben, sondern die technischen Aspekte sind die Instrumente, mit deren Hilfe die Ziele der Bologna-Reform hätten erreicht werden sollen. Insofern würde ich gerne zwischen diesen allgemeinen Zielen und der technischen Umsetzung differenzieren.

Was die allgemeinen Ziele angeht, das haben Sie, glaube ich, der Öffentlichkeit entnommen, schließe ich mich der sehr deutlichen Kritik des Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz Herrn Professor Hippler an. Ich hatte auch das Vergnügen, mit ihm am Dienstag ein persönliches Gespräch hier in Schwerin zu führen. Wir haben also uns ausgetauscht zu diesen Problemlagen und können eine weitgehende Übereinstimmung im Hinblick auf die eigentlichen Zielsetzungen des Bologna-Prozesses und ihrer – vielleicht – Unterreichbarkeit feststellen.

Ich möchte es an einem kleinen Beispiel deutlich machen, was ich damit meine, worauf aus meiner Sicht auch die Probleme resultieren oder ein großer Teil der Probleme. Wir versuchen mit der Schaffung eines Europäischen Hochschulraumes zwei miteinander nicht zu vereinbarende Ziele miteinander zu vereinbaren. Wir verlangen von den Hochschulen einerseits, in einer modernen Wissenschaftswelt sich radikal zu spezialisieren und zu profilieren. Das heißt, es soll nach Möglichkeit jeder Studiengang in Europa einzigartig sein, und das geht nur, wenn er von seiner fachlichen Struktur her auch jeweils einzigartig ist. Andererseits wollen wir mit dem Europäischen Hochschulraum die Hochschulen dazu bringen, dass ihre Studienangebote so gleichartig sind, dass sie gegenseitig anerkennungsfähig sind. Und Einzigartigkeit und Gleichartigkeit, was die logische Voraussetzung der Anerkennungsfähigkeit ist, das lässt sich nun mal nicht gemeinsam zum selben Zeitpunkt und in derselben Hinsicht vereinbaren.

Und aus dieser widersprüchlichen Gesamtkonstruktion resultiert auch eine Reihe von Problemen, die wir im Bologna-Prozess erleben. Daraus resultiert, dass wir die Mobilität nicht steigern können, weil wir Probleme haben in der Anerkennungsfähigkeit und, und, und. Es gibt also sehr weitreichende Probleme. Ich rate daher dazu, sich im Hinblick auf die Ziele des Bologna-Prozesses von einer Reihe von Zielen zu verabschieden. Auf die Art und Weise ließen sich die Probleme dann auch lösen, denn alles andere gliche meiner Ansicht nach einer Donquichotterie.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hätte eine Nachfrage: Von welchen Zielen würden Sie sich denn im Land gerne verabschieden?

Minister Mathias Brodkorb: Also ich spreche ja nicht nur vom Land, sondern von Europa. Im Wesentlichen, glaube ich, sollte man sich von der Idee verabschieden, dass man ein auf bürokratische Weise hergestelltes Anerkennungssystem in Europa hat, das also curriculare Gleichartigkeit voraussetzt und sie gleichzeitig nicht gewähren lassen will, denn man könnte eben diese gesteigerte Mobilität durch Anerkennung von gleichartigen Studienleistungen nur dadurch herstellen, dass man in ganz Europa den Maschinenbau, die Literaturwissenschaft, die Juristerei, dass man alle diese Fächer genau curricular identisch konstruiert. Dann könnten die Studenten in Europa auch mobil sein. Das wäre allerdings eine Art universitäres McDonalds in Europa. Das kann ich mir nicht vorstellen. Und es ergäbe dann im Übrigen auch gar keinen Sinn mehr, ins Ausland zu gehen, wenn dort dasselbe angeboten wird wie das, was man an den eigenen Hochschulen lernen kann. Also das wäre dann nur noch eine Art Sprachkurs, den man wahrnimmt. Das ist eigentlich nicht die Idee einer mobilen Akademikerkohorte sozusagen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist die Praxis oder soll es werden.)

Und deswegen, würde ich sagen, sollte man sich von diesem unsinnigen und nicht erreichbaren Ziel verabschieden und nicht versuchen, mit untauglichen bürokratischen Mechanismen unlösbare Aufgaben zu lösen.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hätte gern noch eine zweite Nachfrage. Danke. Ich gebe Ihnen ja insofern bezüglich der Schwierigkeit ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Saalfeld, ich denke mal, ich werde im Vorfeld, bevor ich diese Zwischenfrage zulasse, noch mal verlesen, was in Paragraf 65 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung geregelt ist. Dort ist zu lesen: "Die Zusatzfragen müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Beantwortung stehen. Sie dürfen nicht unterteilt sein" und "das Kommentieren" von Antworten der Landesregierung – das bezieht sich jetzt auf Punkt 4 – ist "unzulässig".

Stellen Sie jetzt bitte Ihre Nachfrage.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hoffe, dass der Minister meine Nachfrage dann versteht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das ist wieder ein Kommentar. Herr Saalfeld, ich bitte Sie wirklich darum, sich an die Geschäftsordnung zu halten.

(Michael Andrejewski, NPD: Weiter so! – Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus und Udo Pastörs, NPD – Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und NPD)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gleich? Ja, gut. Ich verschiebe die Frage. Ich nehme die nächste Frage:

10. Welche konkreten Maßnahmen sind seitens des Landes geplant, um die Ziele der Bologna-Reform in Zukunft besser zu erreichen?

Minister Mathias Brodkorb: Werter Abgeordneter Saalfeld, im Grundsatz habe ich die Frage schon beantwortet, indem ich gesagt habe, dass wir einfach an einer Reihe von Stellen gut tun, uns von den Zielen der Bologna-Reform zu verabschieden, weil sie unlösbar oder unerreichbar sind und – wenn man das tut – man natürlich auch keine Maßnahmen mehr ergreifen muss, um diese Bologna-Ziele zu erreichen.

Ich würde Ihnen aber gerne darstellen, weil auch der Abgeordnete Al-Sabty bereits eine Kleine Anfrage gestellt hat zu der Frage, was wir nun tun wollen und zu tun gedenken angesichts der Bologna-Kritik, deswegen würde ich gern mal kurz vortragen, was wir längst getan haben, und zwar mit Beschluss eines Landeshochschulgesetzes Ende des Jahres 2010 als eine Reform der Bologna-Reform.

Wir haben folgende Punkte eingeführt, die aus meiner Sicht sämtliche zentralen Kritiken am Bologna-Prozess beseitigen:

- Das Diplom in Mecklenburg-Vorpommern bleibt erhalten. Absolventen entsprechender Studiengänge können diese Abschlussart wählen.
- Zur Erleichterung der Mobilität der Studierenden wird ein zusätzliches Auslandssemester nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet, nach meiner Kenntnis eine einmalige Regelung in ganz Deutschland.
- Alle Hochschulen können den Studierenden ein Teilzeitstudium ermöglichen. Das heißt, der Studiengang muss nicht umgebaut werden, sondern in diesem Studiengang kann ein Teilzeitstudierender doppelt so lange studieren, wenn er Eltern pflegt, Kinder hat oder arbeiten geht.
- Der Zugang von Bachelorabsolventen zu Masterprogrammen darf nicht mehr von einer pauschalen Zugangsnote abhängig gemacht werden. Auch das ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber anderen Ländern

Im Interesse aller an Hochschulen Tätigen, sowohl der Studierenden als auch der Lehrenden, haben wir im Hochschulgesetz vorgesehen, dass es keinerlei Vorschriften mehr darüber gibt, wie viele Module in einem Studienprogramm benotet werden und wie viele dieser benoteten Module in die Endnote eingehen. Das heißt, jedes Fach kann selbst entscheiden, wie hoch die Prüfungslast aufseiten der Studierenden und der Lehrenden ist. Die Hochschulen können schon heute von allen Regelungen Gebrauch machen.

Vorletzter Punkt: In allen Studiengängen kann ein Begabtenstudium eingeführt werden. Das heißt, Studierende, die besonders gut sind, können sich vollständig von den Vorgaben des Bologna-Prozesses befreien lassen und wieder wie früher ein freies Magister- oder Diplomstudium absolvieren.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist ein Grund, sich anzustrengen.) Letzter Punkt: Wir haben die Regelungen zur Akkreditierung im bundesweiten Vergleich deutlich verschlankt. Es gibt keine gesetzliche Pflicht zur Reakkreditierung. Es muss einmal nachgewiesen werden in einer Akkreditierung, dass der Studiengang funktionstüchtig ist, und dann müssen nicht alle fünf Jahre Reakkreditierungen stattfinden, es sei denn, im Studienprogramm kommt es zu gravierenden Änderungen.

Das ist eine ganze Batterie an Bologna-Maßnahmen, die wir bereits in Kraft gesetzt haben. Und ich stelle fest, die Hochschulen sind noch längst nicht so weit, alle diese Dinge umgesetzt zu haben in ihren Ordnungen. Die Hochschulen haben schon heute viel, viel mehr Möglichkeiten durch das Gesetz, als sie im Moment nutzen. Deshalb glaube ich, dass es nicht sinnvoll ist, dass das Land weitere Maßnahmen ergreift, sondern die Hochschulen dabei unterstützt, sie vielleicht auch motiviert, von den neuen Möglichkeiten des Landeshochschulgesetzes umfassend Gebrauch zu machen.

Und deswegen wird es aus der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns auch keine neue Bologna-Reform geben, weil wir die vor zwei Jahren bereits erfolgreich vollzogen haben.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hätte gerne noch eine Nachfrage: Hielten Sie es für eine geeignete Maßnahme, in Zukunft vonseiten des Landes stärker darauf zu achten, dass die Gleichartigkeit der Strukturierung der Modularisierung – zum Beispiel im Lehramtsstudium, wo die Bologna-Reform noch nicht darauf angewendet wird, aber ein Teil, nämlich die Modularisierung –, stärker darauf zu achten, dass hier die Module vom Leistungsspektrum gleich stark sind? Also in Greifswald gibt es fünf Leistungspunkte pro Modul und in Rostock gibt es sechs Leistungspunkte pro Modul.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrter Abgeordneter Saalfeld, wir hatten diesen Disput ja schon einmal im Ausschuss. Daraufhin habe ich erklärt, dass für gewöhnlich ein Studienortwechsel eintritt zum Abschluss eines Semesters. Das heißt, es wird ein Semester komplett studiert und dann wechselt man den Studienort. In einem Semester muss man unter Bologna-Bedingungen 30 ECTS studieren. Wie sich diese 30 ECTS ergeben, ob durch 10 mal 3, 5 mal 6, 6 mal 5 oder wie auch immer, ist ziemlich gleichgültig für die Frage, ob 30 erreicht werden

Insofern würde ich die Frage, so, wie Sie sie gestellt haben, eindeutig mit Nein beantworten. Ich würde nicht dafür plädieren, an allen Standorten das völlig gleich zu strukturieren. Das ist ja gerade der Bürokratisierungswahn, der durch die Bologna-Reform in ganz Europa ausgelöst wurde, den ich stark kritisiere und ablehne. Wo ich Ihnen aber zustimmen würde, ist, dass natürlich, wenn wir Lehramtsstudiengänge, auch gleiche Lehramtsstudiengänge in Mecklenburg-Vorpommern haben, schon aus Gründen der Qualitätssicherung eines öffentliches Gutes, nämlich Bildung, an beiden Standorten vergleichbare curriculare Standards gelten müssen. Dies haben beide Hochschulen auch in ihren Zielvereinbarungen mit Parlamentsbeschluss versichert.

Wenn Sie die Berichte, die ich im Bildungsausschuss gegeben habe, Revue passieren lassen, bemühe ich mich ausgerechnet zum Beispiel im Bereich der Inklusionspädagogik und der Bildungswissenschaften darum, eben jene vergleichbaren curricularen Standards sicherzustellen. Auf der inhaltlichen Ebene würde ich Ihnen also durchaus recht geben, es muss dort an beiden Standorten vergleichbare Mindeststandards geben. Auf der Ebene der sozusagen Strukturierung der Studienprogramme und der Größe der Module würde ich Ihnen nicht folgen.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hätte gerne noch eine zweite Frage, vielen Dank. Nachfrage: Sehen Sie da keine Probleme auf die Studierenden zukommen, die praktisch in der Universität Greifswald und der Universität Rostock in Zukunft im Lehramtsstudium wechseln wollen, weil da geht es ja um die strukturelle Anrechnung?

Minister Mathias Brodkorb: Also ein Studienortwechsel ist immer mit Problemen verbunden, es sei denn, man bietet überall in ganz Europa dasselbe an. Das ist vollkommen klar. Eine solche Gleichschaltung, wenn man das so sagen kann, oder Angleichung der europäischen Bildungsprogramme kann ich mir nicht vorstellen. Das wäre ein Verlust der kulturellen Vielfalt in Europa, das gilt auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Insofern muss ich Ihnen sagen, dass ich sozusagen die Motivation, die Sie dort haben, durchaus nachvollziehen kann und dass man dem auch in einem gewissen Umfang Rechnung tragen muss, damit es nicht völlig divergierende Dinge sind. Aber gewisse Probleme, auch bei Übergängen, muss man deshalb hinnehmen, weil - und der Frage könnten wir mal nachgehen - man nicht aufgrund der Tatsache, dass vielleicht eine Handvoll von Studierenden im Jahr den Studienort wechselt, danach die Universitäten strukturieren kann. Insofern ist das mal eine ganz interessante Frage, dem Problem nachzugehen, wie viele Studierende denn von Greifswald nach Rostock wechseln und von Rostock nach Greifswald in den Lehrämtern, und da bin ich gespannt, wie hoch die Zahlen sind. Ich würde prognostizieren, sie sind nicht mal zweistellig. Aber ich könnte diese Wette auch verlie-

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Herr Minister.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Silke Gajek, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Frage 11 zu stellen.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

11. Welche Gründe haben nach Kenntnis der Landesregierung dazu geführt, dass die ÖPNV-Direktverbindung – die Busverbindung Schwerin–Boltenhagen–Schwerin – zwischen der Landeshauptstadt Schwerin und der Ostseeküste eingestellt wurde?

Minister Volker Schlotmann: Liebe Kollegin Gajek, vorab noch mal ein Angebot: einfach mal zum Telefonhörer greifen, dann kriegen Sie eine Antwort in 30 Sekunden und wir brauchen die Verwaltung nicht mit solchen Dingen zu beschäftigen.

Wir haben keine Kenntnis über den Grund. Das ist die Antwort

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Minister Volker Schlotmann: Wir sind nicht zuständig.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun den Abgeordneten Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 12** zu stellen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister!

12. Wird die Landesregierung den Landesverkehrswegeplan angesichts der Ergebnisse des aktuell durch das Verkehrsbündnis "Allianz pro Schiene" vorgelegten "Bundesländerindexes Mobilität", wonach Mecklenburg-Vorpommern dem Ausbau des Schienennetzes nicht die notwendige Aufmerksamkeit widmet, zugunsten der Bahnverbindungen überarbeiten?

Minister Volker Schlotmann: Lieber Kollege Suhr, auch da erst mal ein Nein. Es gibt nämlich keinen Landesverkehrswegeplan, also können wir den auch nicht überarbeiten. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung etwas anderes vorgesehen, das kennen Sie. Wir wollen einen integrierten Landesverkehrswegeplan – einen integrierten Landesverkehrsplan, nicht -verkehrswegeplan – in einem sehr umfassenden Beteiligungsprozess aufstellen. Das ist auf dem Weg.

Aus meiner Sicht, aus unserer Sicht ist ein Landesverkehrswegeplan ein falscher Ansatz. Die Bedeutung von Verkehrswegen wird von mir nicht angezweifelt, aber ein Landesverkehrsplan beinhaltet mehr als eben nur die Infrastruktur. Ein integrierter Landesverkehrsplan muss Bestandteile haben wie zum Beispiel die verschiedenen Formen von Mobilität, also die berühmt-berüchtigte Schnittstellenproblematik zwischen den einzelnen Verkehrsträgern, die müssen da auftauchen. Und ich glaube, nach 22 Jahren Mecklenburg-Vorpommern ist es jetzt tatsächlich an der Zeit, gerade diese Schnittstellenproblematik mit einzubauen. Deswegen arbeiten wir nicht an einem Landesverkehrswegeplan, sondern an einem integrierten Landesverkehrsplan.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darf ich eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Inwieweit beabsichtigen Sie denn, Ergebnisse oder Inhalte aus dem "Bundesländerindex Mobilität" aufzunehmen oder aufzugreifen?

Minister Volker Schlotmann: Erst mal muss man konstatieren, dass wir da sehr gut abgeschnitten haben als Mecklenburg-Vorpommern, bestes ostdeutsches Land auf Platz sieben, sicherlich ausbaufähig, und wenn man ins Detail guckt, gibt es da Stärken und Schwächen, gar keine Frage, das ist völlig unstrittig. Letztendlich werden wir in den Diskussionen, bei denen Sie sich – davon gehe ich zumindest nach den Erfahrungen mit dem Landesenergiekonzept aus – auch als Fraktion, als Partei massiv mit einbringen, diese Problematik natürlich diskutieren.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Innenministers. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 13** zu stellen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Herr Minister!

13. Wann ist mit der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes 2011 zu rechnen?

Minister Lorenz Caffier: Ich gehe davon aus, dass ich den Verfassungsschutzbericht Ende September, spätestens erste Oktoberwoche vorstellen kann.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herzlichen Dank.

(Udo Pastörs, NPD: Wir freuen uns schon.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun den Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD, die Fragen 14 und 15 zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Herr Minister!

14. Welche Standorte sollen als Asylbewerberunterkünfte genutzt werden?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter, der genannte Artikel im "Nordkurier" vom 20. August 2012 berichtete über den Planungsstand im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte entscheidet gemäß Artikel 4 Absatz 1 Satz 1 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes über die Frage der Standorte. Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist dann verpflichtet, die ihm durch den Bund nach Maßgabe des Königsteiner Schlüssels zugewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerber aufzunehmen.

Im Rahmen ihrer Aufnahmeverpflichtung nach Paragraf 2 Absatz 1 Flüchtlingsaufnahmegesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte nach Paragraf 4 Absatz 1 Flüchtlingsaufnahmegesetz verpflichtet, den Betroffenen Unterkunftsplätze vorzuhalten. Auf dieser Basis rechnet der Bund für die Jahre 2012 und 2013 für das Land Mecklenburg-Vorpommern mit einem Zugang von circa 1.000 Personen nach Mecklenburg-Vorpommern

Aufgrund der Prognose, dass die Asylbewerberzahlen steigen werden, und der Schließung der Gemeinschaftsunterkunft in Jürgenstorf besteht im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte die Notwendigkeit der Schaffung von Unterbringungskapazitäten. In diesem Zug sollen die Unterbringungskapazitäten um 350 Plätze erweitert werden. Vorgesehen ist dazu zum einen derzeit der Standort in Neustrelitz, in der Hittenkoferstraße. Im Bereich Neubrandenburg ist noch keine Entscheidung über den Standort, jedenfalls keine endgültige Entscheidung durch die Stadt Neubrandenburg gefallen.

Stefan Köster, NPD: Danke schön.

Zweite Frage:

15. Welchen Kostenaufwand erwartet die Landesregierung durch die Aufnahme und Unterbringung von 350 zusätzlichen Asylbewerbern? Minister Lorenz Caffier: Auf die Grundlagen der Aufnahmeverpflichtung bin ich bereits eingegangen. Die dabei entstehenden Kosten werden den Landkreisen und kreisfreien Städten nach Paragraf 5 Absatz 3 Flüchtlingsaufnahmegesetz vom Land erstattet. Die Schaffung von 350 Unterbringungsmöglichkeiten ist nicht gleichbedeutend mit der Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.

Zu den objektbezogenen Kosten, also den Kosten für die Herrichtung der neuen Gemeinschaftsunterkünfte im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, liegen derzeit, da noch nicht alle Standortentscheidungen gefallen sind, keine Annahmen vor. Die Planungen sind eben dementsprechend einfach noch nicht so weit. Die personenbezogenen Kosten belaufen sich auf monatlich circa 560 Euro je Asylbewerberin beziehungsweise Asylbewerber.

Stefan Köster, NPD: Eine Zusatzfrage: Sind da die Betreuungskosten, die für das Asylbewerberheim entstehen, schon mit eingerechnet?

Minister Lorenz Caffier: Die sind auf die Personen runtergebrochen, ja.

Stefan Köster, NPD: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter Pastörs, stellen Sie jetzt Ihre Zusatzfrage.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Zusatzfrage: Sind unsere Informationen richtig, Herr Minister, dass das Innenministerium die sogenannten angedachten Begrüßungsfeiern für die Ausländer wohlwollend kommentiert hat, und ist auch die Information richtig ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, ich hatte gerade die Regelungen verlesen, die Zusatzfragen betreffen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Diese Zusatzfragen dürfen sich nur auf die unmittelbare Antwort des Innenministers beziehen. Das ist bei Ihrer Frage nicht der Fall.

Udo Pastörs, NPD: Ich präzisiere: Ist es richtig, dass das Innenministerium bereit ist, Geldmittel bereitzustellen, um sogenannte Begrüßungsfeiern für die Ausländer, die hier erwartet werden, mitzufinanzieren?

Minister Lorenz Caffier: Nein.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hat er keine Einladung gekriegt?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich darf nun den Abgeordneten Tino Müller,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist er traurig?)

Fraktion der NPD, bitten,

(Stefan Köster, NPD: Spricht da jemand?)

die Fragen 16 und 17 zu stellen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Tino Müller, NPD: Herr Minister!

16. Welche Straftaten wurden für den 11. August 2012 beim NPD-Pressefest polizeilich bekannt, die der politischen Kriminalität links zugeordnet werden?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Müller, im Zusammenhang mit dem Pressefest der NPD in Viereck wurden der Polizei keine Straftaten bekannt, die der politisch motivierten Kriminalität links zugeordnet werden. Bekannt wurde lediglich eine Nötigung gemäß Paragraf 42 Strafgesetzbuch, die im Straßenverkehr in Tateinheit mit einer Sachbeschädigung gemäß Paragraf 303 Strafgesetzbuch begangen worden ist.

Tino Müller, NPD:

17. Welcher Sachschaden entstand hierbei?

Minister Lorenz Caffier: Es entstand ein Sachschaden von circa 200 Euro. Personenschäden sind nicht bekannt.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte jetzt den Abgeordneten David Petereit, Fraktion der NPD, die Fragen 18 und 19 zu stellen.

David Petereit, NPD: Herr Caffier!

18. Welche Nationalitäten dominieren unter den Tätergruppen, die Falschgeld herstellen und/oder in Umlauf bringen?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Minister Lorenz Caffier: Zunächst erst mal ist es richtig, dass im ersten Halbjahr 2012 in Mecklenburg-Vorpommern 209 falsche Euronoten im Zahlungsverkehr registriert wurden. Die Zahl der Fälschungen liegt damit circa 20 Prozent höher gegenüber dem Vergleichszeitraum im letzten Jahr. Im bezeichneten Zeitraum wurden neun litauische, ein polnischer sowie ein luxemburgischer Staatsbürger festgestellt. Die Fälschungen stammen meistens, soweit man das nachvollziehen kann, aus dem Raum Italien oder Bulgarien.

David Petereit, NPD: Danke.

19. Aus welchen konkreten Gründen ist der Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern bis zum heutigen Tage nicht in der Lage, den Verfassungsschutzbericht für 2011 vorzulegen?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Petereit, zunächst erst mal möchte ich feststellen, dass der Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern gar nicht zur Vorlage eines Verfassungsschutzberichtes verpflichtet ist. Die Vorlage erfolgt, weil der Verfassungsschutzbericht für die Erfüllung des Informationsauftrages des Verfassungsschutzes eine wichtige, entscheidende Rolle und auch eine für die Öffentlichkeitsarbeit spielt.

Richtig ist, das habe ich gerade für den Abgeordneten Suhr erwähnt, dass er für Ende September/Anfang Oktober vorgesehen ist. Richtig ist auch, dass ein Minister Prioritäten setzen muss. Über die Größe des Verfassungsschutzes ist gestern schon gesprochen worden. Wie Ihnen bekannt sein wird, haben wir als Länder derzeit intensiv mit der Frage der Zuarbeit zu Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen in Bund und Ländern und der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Thema "Aufarbeitung NSU-Morde" und die damit verbundenen möglichen Pannen im Verfassungsschutz zu tun. Das ist die eine Frage oder die eine Seite dessen.

Und die zweite Seite ist, wie Ihnen auch bekannt sein dürfte, arbeitet auch Mecklenburg-Vorpommern intensiv an der Vorbereitung eines NPD-Verbotsverfahrens. Dazu dienen die Materialsammlungen, die im Verfassungsschutz erarbeitet werden.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das hat für mich eine Priorität, die habe ich dementsprechend festgelegt und dazu stehe ich auch.

(Michael Andrejewski, NPD: Achten Sie auf Ihre Aktenführung! – Zurufe von Heinz Müller, SPD, Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Stefan Köster, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke, Herr Minister.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Justizministerin. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Michael Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Frage 20** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Ministerin!

20. Wie ist es nach Ansicht der Landesregierung zu erklären, dass zwei Jahre, nachdem das Oberlandesgericht Rostock die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen des Vorwurfs der schweren Untreue gegen den Anklamer Bürgermeister angeordnet hat, vor dem Landgericht Stralsund immer noch keine Verhandlung begonnen hat?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter, verfahrensleitende Verfügungen des Gerichts, wozu auch die Terminierungen der Sitzungen zählen, gehören zum Kernbereich der richterlichen Unabhängigkeit. Als Justizministerin ist mir daher generell jede Einflussnahme oder auch nur Kommentierung verwehrt. Allgemein kann ich sagen, dass Jugendsachen und Haftsachen Vorrang eingeräumt wird.

(David Petereit, NPD: Und politischen Strafsachen.)

Michael Andrejewski, NPD: Eine Zusatzfrage: Ganz allgemein gefragt, ist diese Verfahrensdauer nach Ihren Kenntnissen bei den Landgerichten, speziell beim Landgericht Stralsund. üblich?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Das ist sehr unterschiedlich. Insofern, das hängt davon ab, wie viel Haftsachen, wie viel Jugendstrafsachen auch bei bestimmten Gerichten

(Stefan Köster, NPD: Hier wird doch wieder was vertrödelt.)

im Laufe der Zeit anhängig sind.

Michael Andrejewski, NPD: Eine zweite Zusatzfrage: Sind Ihnen in irgendeiner Weise Personalmangel oder Sachmittelmangel beim Landgericht Stralsund bekannt?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Das ist mir nicht bekannt und insofern denke ich, daran wird es auch nicht liegen.

Michael Andrejewski, NPD: Danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Finanzministerin. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Johann-Georg Jaeger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 21** zu stellen.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin!

21. Auf wie vielen Gebäuden, die aktuell durch den Betrieb für Bau und Liegenschaften, zum Beispiel für die Universität Rostock, errichtet oder geplant werden, sind Photovoltaikanlagen mit welcher installierten Leistung geplant?

Ministerin Heike Polzin: Zurzeit sind auf zwei Gebäuden des BBL Photovoltaikanlagen geplant. Dabei handelt es sich zum Ersten um zwei Hallendachflächen des Behördenzentrums Neubrandenburg, die an Dritte verpachtet werden. Hier soll künftig auf einer Fläche von 6.284 Quadratmetern eine Nennleistung von 620 Kilowatt erreicht werden. Zum anderen ist auf einem Gebäude der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät in Rostock eine Photovoltaikanlage auf 207 Quadratmetern vorgesehen, die eine Nennleistung von 16,6 kW erreichen kann. Hinzu kommen Photovoltaikanlagen mit einer Fläche von 319 Quadratmetern, die bereits im Rahmen von Landesbaumaßnahmen errichtet wurden und eine Nennleistung von 36,2 kW haben.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Bau und Tourismus. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Johann-Georg Jaeger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Frage 22 zu stellen.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister!

22. Aus welchem Grund hält die Landesregierung die Förderung einer einzelnen Photovoltaikanlage mit 1 Million Euro für erforderlich, obwohl allein in den ersten vier Monaten des Jahres 2012 Photovoltaikanlagen in Mecklenburg-Vorpommern mit einer installierten Leistung von über 80 MW ohne zusätzliche Investitionsfördermittel des Landes in Betrieb gegangen sind?

Minister Harry Glawe: Sehr geehrter Kollege, die Förderung erfolgt nach dem Regelwerk Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Hauptziel dieses Programms sind Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Die hier verhandelte Investitionsfrage sichert dauerhaft 150 Dauerarbeitsplätze am Standort Wittenburg und nach dem gemeinsam durch den Bund und die Länder formulierten Regelwerk der Gemeinschafts-

aufgabe "Koordinierungsrahmen" können Investitionen eines Gewerbebetriebes gefördert werden, die zur Energieversorgung und hier überwiegend dem Eigenbedarf dienen. Das liegt in diesem Falle vor. Insgesamt wird in der Betriebsstätte die Photovoltaikanlage dazu dienen, zu etwa 40 Prozent den Eigenbedarf zu sichern.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe eine Zusatzfrage: Halten Sie es grundsätzlich für erforderlich, Investitionszuschüsse zu geben bei Photovoltaikanlagen in Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Harry Glawe: Grundsätzlich nicht, aber in diesem Einzelfall, da es sich um eine Hotelanlage handelt, die der Ermöglichung von saisonverlängernden Maßnahmen dient und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in besonderer Weise beiträgt, halten wir die Förderung für gerechtfertigt.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

Minister Harry Glawe: Bitte.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – 20 Jahre ausländerfeindliche Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen – Mahnung und Verpflichtung. Für eine lebendige Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt!, Drucksache 6/1029.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 20 Jahre ausländerfeindliche Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen – Mahnung und Verpflichtung. Für eine lebendige Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt! – Drucksache 6/1029 –

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Fraktion DIE LINKE der Fraktionsvorsitzende Herr Holter.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, Stefan Köster, NPD, und David Petereit, NPD)

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am Wochenende versammelten sich Tausende Menschen in Rostock, um der schrecklichen Ereignisse zu gedenken, mit denen das sogenannte Sonnenblumenhaus im Stadtteil Rostock-Lichtenhagen im August 1992 traurige Berühmtheit erlangte.

(Michael Andrejewski, NPD: Und um Supermärkte zu plündern. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE) Mit Demonstrations- und Gedenkzügen am Sonnabend sowie Fahrradsternfahrten am Sonntag

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Stefan Köster, NPD)

zogen die Menschen mahnend zu dem Gebäude, das zu Beginn der 90er-Jahre die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern, kurz ZAst, war.

Leider wurde der vom Bundespräsidenten gepflanzte Baum gestern von der Arbeitsgruppe antifaschistischer Fuchsschwanz gefällt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Auch wenn man zu der Baumart sehr unterschiedlicher Meinung sein kann, die Tat ist ein Akt des Vandalismus und erweist dem antifaschistischen Engagement

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

vieler Menschen einen Bärendienst.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, das Gebäude ist heute bewohnt wie jedes andere Wohnhaus im Stadtteil.

(Udo Pastörs, NPD: Was schert es eine deutsche Eiche, wenn sich eine Sau daran reibt?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte doch, die Zwischenrufe auf ein Mindestmaß zu beschränken, damit wir dem Redner hier folgen können.

(Udo Pastörs, NPD: Das war das Minimale.)

Herr Pastörs, ich mache Sie wie jedes Mal zur Sitzung darauf aufmerksam, dass Sie meine Kommentare hier von oben nicht weiter zu kommentieren haben. Bitte beachten Sie das in Zukunft!

Bitte schön, Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Pastörs, wir gedenken heute eines Pogroms,

(Udo Pastörs, NPD: The same procedure.)

wir gedenken heute ausländerfeindlicher Übergriffe, wir gedenken heute Angriffen auf Menschen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und da sollten Sie sich mit Ihren Äußerungen zurückhalten.

(Udo Pastörs, NPD: Benennen Sie die Ursachen, warum diese Menschen sich zur Wehr gesetzt haben, und dann wird ein Schuh draus!) Es geht um die Menschenwürde derer, die damals unter diesen Angriffen und diesem Pogrom gelitten haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Das sind die Ergebnisse Ihrer Politik.)

Das Gebäude ist heute bewohnt wie jedes andere in diesem Stadtteil. Wenn man dort spazieren geht, wird kaum noch etwas daran erinnern,

(Udo Pastörs, NPD: Ich hab mir diesen Dreck angeschaut, was da los war.)

welch rohe und brutale Gewalt die Kinder, Frauen und Männer dort im August 1992 tagelang ertragen mussten. Bewegt man sich um das Haus Richtung Schnellstraße,

> (Zuruf von Udo Pastörs, NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Halt die Klappe da drüben! – Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

ragt das mahnende Symbol der Ereignisse in Tausenden kleinen Mosaiksteinen die Fassade empor. Mit der Sonnenblume sind für viele von uns die Bilder verbunden, die sich vor 20 Jahren fest in unsere Köpfe eingemeißelt haben und die auch 20 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen noch präsent sind,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

als sei es erst vor Kurzem gewesen.

(Udo Pastörs, NPD: Amen!)

Wissen Sie, Herr Pastörs, in meinem Gedächtnis haben sich die Bilder aus Auschwitz, aus dem Konzentrationslager sehr fest eingeprägt.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

In meinem Gedächtnis haben sich auch diese Ereignisse von 1992 fest eingeprägt. Sie sind nicht auslöschbar, sie sind für mich Motivation, genau gegen Sie zu kämpfen. Das will ich Ihnen hier deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also ich hab Sie jetzt darauf hingewiesen, dass Sie ...

(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie mal was dazu, Herr Holter!)

Herr Pastörs, ich habe Sie darauf hingewiesen, dass die Zwischenrufe auf ein Mindestmaß zu beschränken sind, damit man den Redner noch versteht. Das ist hier nicht der Fall. Man hat den Eindruck, Sie sind der Redner. Und da ich Sie schon darauf hingewiesen habe, erteile ich Ihnen dafür einen Ordnungsruf.

Helmut Holter, DIE LINKE: Meine Damen und Herren, ich bedauere, dass Herr Pastörs so kulturlos ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das spricht doch für sich. – Stefan Köster, NPD: Das sagt ein Moskauschüler.)

diesen Tagesordnungspunkt – sehr richtig, Herr Nieszery – zu unterbrechen, weil es nicht gelingt, wirklich dieser Ereignisse zu gedenken und sie zu würdigen. Man muss auch das Engagement vieler in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland würdigen, die gegen diese Ereignisse dann in einer Demonstration – das waren 20.000 – 1992 auf die Straße gegangen sind. Und viele, die hier im Saal sitzen, waren damals dabei. Ich war auch dabei.

(Stefan Köster, NPD: Sie haben immer noch nichts gelernt.)

Ja, sehr wohl. Und es ist genau richtig, dass damals 20.000 auf die Straße gegangen sind, und es ist auch richtig, dass am Wochenende viele auf die Straße gegangen sind.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie Iernen ja immer weniger. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Damals lebten im Sonnenblumenhaus circa 150 Menschen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

darunter Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie die Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus Vietnam. Das Aufnahmelager war völlig überfüllt. So bekamen neu dazukommende Asylsuchende aus Rumänien nicht einmal Zugang zu diesem Haus, sie campierten davor – ohne sanitäre Anlagen, ohne Verpflegung.

(Udo Pastörs, NPD: Das Ding war voll.)

Die Politik hatte damals die Kontrolle über die Zuwanderung verloren und dieser Kontrollverlust bekam ein deutliches Bild. Das war der Anlass für viele,

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

die ausländerfeindlich gesinnt waren, genau dieses Bild so zu deuten

(Udo Pastörs, NPD: Die Polizei hat nichts gemacht.)

und dann dieses Pogrom anzuzetteln.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So wie Herr Andrejewski zum Beispiel.)

Mehrere Tage wurden Angriffe, Pogrome gegen die Flüchtlinge gestartet, ehemalige Vertragsarbeiter unter Druck gesetzt, die damals in diesem völlig überfüllten Haus lebten. Ein aggressiver Mob von Neonazis und Mitläuferinnen und Mitläufern schleuderte Steine und Brandsätze gegen das Sonnenblumenhaus – unter Johlen und Beifallklatschen einer zuschauenden Menge.

Die Einsatzkräfte der Polizei, die Bundes- und Landespolitik, die ganze Zivilgesellschaft versagten.

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

Es war reiner Zufall, dass in dem Inferno niemand ums Leben kam. Die Wenigen, die helfen wollten, wurden der Lage nicht Herr, die Situation eskalierte völlig. Die fehlgeleitete Wut der Randalierer und ihrer Mitläufer entlud sich an den Bewohnerinnen und Bewohnern des Sonnenblumenhauses.

(Udo Pastörs, NPD: Berechtigte Wut.)

Die wehrlosen Flüchtlinge und Arbeitsmigranten waren die Leidtragenden, die Opfer des randalierenden und gewalttätigen Pöbels, sie waren Opfer einer überforderten und versagenden Politik.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die rassistischen Übergriffe erfolgten in einer Zeit, als die Debatte um eine Verschärfung des Asylrechts hochkochte. Wir erinnern uns alle an die Losung "Das Boot ist voll" und diese Sprüche, die das Leben damals und die Politik begleiteten.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig. Hab ich auch gesagt.)

Gerade diese Sprüche und Ihr Beitrag ließen die Situation damals eskalieren.

(Stefan Köster, NPD: Natürlich.)

Nach den Ausschreitungen kam es dann auch zur faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl. Die Drittstaatenregelung wurde eingeführt, wonach Flüchtlinge abgewiesen werden konnten, wenn sie über ein als sicher geltendes Land einreisen.

Im Jahre 1993 trat das restriktive Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Mit ihm wurden menschenunwürdige Leistungssätze für Asylbewerberinnen und Asylbewerber eingeführt, die lediglich ein Überleben, aber kein Leben ermöglichten. Im Juli dieses Jahres

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt klagen Sie die Bundesregierung an.)

kam es dann zu dem Urteil vom Bundesverfassungsgericht, welches vernichtend war. Fast 20 Jahre nach dem Bestehen dieses Asylbewerberleistungsgesetzes wurde es in weiten Teilen für verfassungswidrig erklärt.

Nicht alle Menschen, meine Damen und Herren, wollen an die Ereignisse von 1992 erinnert werden. Das bedauere ich. So zeigten sich viele der Anwohnerinnen und Anwohner am Rande der Gedenkveranstaltungen vom vergangenen Wochenende eher unbeteiligt. Befragt zu den Ereignissen konnten oder wollten viele von ihnen keinen Kommentar abgeben –

(Udo Pastörs, NPD: Weil sie Angst haben. – Zuruf von David Petereit, NPD)

traurige Erkenntnis in der Auseinandersetzung mit diesen Ereignissen aus 1992 in Rostock-Lichtenhagen,

(Udo Pastörs, NPD: Angst haben vor freier Meinungsäußerung.)

traurige Realität, dass die Auseinandersetzung in weiten Teilen der Bevölkerung nicht oder nur unter vorgehaltener Hand stattfindet. Auch deswegen haben wir diese Resolution heute hier zur Abstimmung gestellt, weil wir,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ja, weil wir die Menschen auffordern wollen, tatsächlich demokratisches, tolerantes Gedankengut anzunehmen

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

und sich öffentlich dazu zu bekennen. Das ist, glaube ich, der Auftrag, den wir als Politik hier erfüllen müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und gerade weil in Mecklenburg-Vorpommern Rechtsextremismus ein Problem ist –

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

und es ist nicht zu übersehen, dieses Problem –, gerade weil Fremdenfeindlichkeit, Rassismus,

(Stefan Köster, NPD: Ihre Demokratie nach Moskauer Art.)

Feindlichkeit gegenüber Andersdenkenden und gegenüber den schwächsten Mitgliedern in unserer Gesellschaft

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Einzug bis in die Mitte der Gesellschaft gefunden haben, müssen wir aktiv werden und immer wieder Flagge zeigen. Sie sind offen vorhanden, das wissen wir, aber sie sind eben auch latent vorhanden

(Stefan Köster, NPD: Latent vorhanden!)

oder äußern sich oft subtil, auch das ist bekannt.

(Udo Pastörs, NPD: Sie müssen mehr Gesetze machen, mehr Unterdrückung.)

Wir haben als Fraktion den anderen demokratischen Fraktionen vorgeschlagen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

heute diese Resolution zu verabschieden: "20 Jahre ausländerfeindliche Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen – Mahnung und Verpflichtung. Für eine lebendige Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt!"

(Stefan Köster, NPD: Und Deutsche.)

Wir wollen heute diese Resolution verabschieden.

(Udo Pastörs, NPD: Und ungeliebte Meinungen.)

Damit wird von diesem Parlament erneut ein Signal ausgehen: Die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Es bedarf einer weiteren gründlichen Aufarbeitung der Ereignisse von 1992, um das Geschehene wachzuhalten und Wiederholungen auszuschließen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es ist unsere Aufgabe, die Zivilgesellschaft weiter zu stärken. Wir brauchen Mut und Courage im Alltag.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, haben wir.)

Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Hass und Gewalt dürfen keinen Raum haben – nicht in Rostock, nirgendwo! Wir müssen ein noch größeres Augenmerk auf die Prävention legen, vor allem in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

und wir werden unsere Anstrengungen verstärken. Darauf können Sie sich verlassen, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: In Krippen anfangen. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Zu einer weltoffenen demokratischen Gesellschaft gehört auch, dass für alle Mitglieder, ob Einheimische oder Zuwanderer,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die gleichen allgemeinen Rechte gelten. Die Rechte und die Selbstbestimmung der Migrantinnen und Migranten müssen weiter gestärkt werden, damit sie auf allen gesellschaftlichen Ebenen gleiche Teilhabemöglichkeiten haben. Vor allem aber müssen wir die Situation der in unserer Gesellschaft völlig entrechteten Asylbewerberinnen und Asylbewerber

(Stefan Köster, NPD: Ihnen sterben wohl die Wähler weg, jetzt suchen Sie sich neue.)

deutlich verbessern. Dazu liegen Ihnen zwei Anträge meiner Fraktion vor, die in diesen Sitzungen zur Beratung anstehen.

Zu all den Maßnahmen, meine geehrten Damen und Herren – und da sind sich die demokratischen Fraktionen ja auch einig –, gehört das NPD-Verbot. Eine Partei,

> (Udo Pastörs, NPD: Verbote, das ist dann die Lösung. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

eine Partei, die den demokratischen Rechtsstaat abschaffen will, die gegen die Verfassung zu Felde zieht,

(Udo Pastörs, NPD: Dann gibts 'ne neue Partei.)

darf nicht weiter legitimiert werden. Es kann nicht sein,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

es kann nicht sein, dass der Staat eine Partei offiziell anerkennt, sie und ihre Strukturen im Land mit Steuer-

geldern versorgt, obwohl diese Partei genau diesen Staat, diesen Rechtsstaat abschaffen will.

(Michael Andrejewski, NPD: Aber bei der SED ist das in Ordnung.)

Das hatten wir alles schon einmal und es ist unsere Verantwortung, geschichtsbewusst und bedacht zu handeln, damit sich so etwas nicht wiederholt.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und es steht außer Frage, dass das Verbot Ihrer Partei, der NPD, notwendig ist. Seit Jahren unterwandern Ihre Anhänger demokratische Strukturen, treten in Vereine und Organisationen ein, sitzen in den Kommunalparlamenten und hier im Landtag.

(Udo Pastörs, NPD: Vielleicht sieht das das Bundesverfassungsgericht anders.)

Ich weiß,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

ich weiß,

(Glocke der Vizepräsidentin)

mit einem Verbot ist das extremistische Gedankengut, das rechtsextremistische Gedankengut noch lange nicht aus der Welt – auch die Anhänger nicht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber das NPD-Verbot ist ein wesentlicher Baustein im Gebilde einer demokratischen, weltoffenen, toleranten Gesellschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In einem "Zeit"-Artikel vom 16.08., der überschrieben war "Kristallnacht im August", heißt es abschließend zur Diskussion, ob ein NPD-Verbot überhaupt der richtige Weg sein könne, Zitat: "Löscht man ein Feuer, indem man den Rauchmelder einfach im Keller versteckt?".

(Udo Pastörs, NPD: Ja, toller Vergleich.)

Nein, meine Damen und Herren, aber man löscht ein Feuer, indem man sämtliche Türen schließt, ihm die Luftzufuhr abschneidet und damit die Existenzgrundlage entzieht.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Ihre Methode. Das sind Ihre politischen Gaskammern! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Zudem muss jeglichen Brandursachen rechtzeitig vorgebeugt werden. Und die Feuerwehr in diesem Sinne ist die Politik im Land, in der Bundesrepublik Deutschland. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD) **Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat nun der Minister für Inneres und Sport Herr Caffier. Bitte schön, Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! In der vergangenen Woche jährten sich zum 20. Male die ausländerfeindlichen Übergriffe in Rostock-Lichtenhagen. Mit zahlreichen Veranstaltungen wurde an die schrecklichsten Ereignisse in der jüngeren Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns erinnert. Noch heute, genauso wie damals im Untersuchungsausschuss, empfinde ich angesichts von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit gegen die Bewohner des Sonnenblumenhauses Scham und Abscheu.

Ich sage es ganz deutlich: Wir alle müssen uns schämen für das, was damals geschehen ist.

(Udo Pastörs, NPD: Sie ganz besonders und ich auch.)

Wehrlose Menschen, die in unserem Land Schutz vor Verfolgung in ihrer Heimat suchten, wurden Opfer eskalierender Gewalt. Steine und Brandsätze flogen. Und nicht nur das – viele haben damals zugesehen, sogar applaudiert. Zivilcourage zeigten nur wenige. Fehlende Zivilcourage,

(David Petereit, NPD: Das ist eine Frage der Wahrnehmung.)

fehlende Zivilcourage, meine Damen und Herren, ist das eine. Eine andere Sache waren die massiven Fehler, die damals vom Bund.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

vom Land und von der Stadt gemacht worden sind.

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt wird es etwas sachlicher.)

Alle Verantwortlichen haben versagt – die Polizei ebenso wie die Ausländerbehörde, um nur zwei Beispiele zu nennen. Richtig ist, die Behörden, auch die Polizei, hatten vor 20 Jahren keine Erfahrung im Umgang mit derartigen Situationen. Damit aber die Untätigkeit erklären zu wollen, ist ein untauglicher Versuch. Die Asylbewerberinnen und Asylbewerber brauchten Hilfe in Lebensgefahr. Da kann sich und darf sich niemand hinter Vorschriften verstecken.

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Woche hatte ich, das räume ich offen ein, Sorge, wie wohl das Wochenende verlaufen würde. Viele Demonstrationen waren angemeldet, der Bundespräsident war zu Gast und in den einschlägigen extremistischen Internetforen wurde mobilisiert. Wird es friedlich bleiben? Nicht nur einmal habe ich mir diese Frage gestellt. Heute kann ich erleichtert sagen, dass es bis auf wenige Zwischenfälle friedliche Veranstaltungen gegeben hat.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, bis auf eine kleine Supermarktplünderung.)

Die Rostocker und ihre Gäste, die Rostocker und ihre Gäste haben ein friedliches Zeichen gegen Gewalt und gegen Fremdenhass gesetzt, das bundesweit Beachtung fand. Sie haben gezeigt, dass alle Verantwortung für ein

gewaltfreies Miteinander in unserer Gesellschaft tragen, und sie haben gezeigt, dass die Demokratie dem Extremismus die Stirn bietet. Heute, und davon bin ich persönlich fest überzeugt, würden sich die Übergriffe von 1992 nicht wiederholen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Was geschehen ist, wird und wurde aufgearbeitet. Wir haben gemeinsam aus den Konsequenzen gelernt. Ausländerinnen und ausländische Mitbürger gehören heute selbstverständlich zu Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Wir Deutsche lernen von ihnen ebenso wie sie von uns. Wir leben ...

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Wir leben gemeinsam und können stolz auf dieses Miteinander sein. Aber,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

aber, und auch das gehört zur Wahrheit, in Mecklenburg-Vorpommern leben im Vergleich zu anderen Bundesländern nur wenige Menschen mit ausländischen Wurzeln.

(Udo Pastörs, NPD: Was für ein Glück!)

Ich rechne damit, ich rechne aber damit, dass sich ihr Anteil in Zukunft erhöhen wird. Dafür brauchen wir uns nur die gegenwärtige Situation in den Krisengegenden der Welt anzuschauen, beispielsweise die schrecklichen Ereignisse in Syrien. Hier flüchten täglich viele Tausende Menschen. Ebenso ist es in Afghanistan und auch im Kosovo ist die Lage nicht wirklich befriedet.

Die Asylbewerberzahlen steigen wieder an. Im Jahr 2011 haben wir, wie ich schon eingangs heute erwähnte, fast 1.000 Frauen und Männer aufgenommen, nachdem sich die Zahl in den vergangenen Jahren immer um die 500 bewegt hat. Selbstverständlich müssen diese Menschen vernünftig integriert und untergebracht werden.

Es erfüllt mich mit großer Sorge, dass die Abgeordneten der NPD hier in der Fragestunde gleich wissen wollen, wo erstens die neuen Unterkünfte im Landkreis eingerichtet werden und was sie kosten. Brauchen Sie diese Informationen für Ihre Hetzpropaganda?

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, meine Damen und Herren ...

(Stefan Köster, NPD: Für die Volksaufklärung.)

Ja, Ihre Aufklärung kenne ich.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine Damen und Herren, die Reaktionen von der Fensterfront zeigen, wir sind beim Thema "Demokratie und

Toleranz" auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Deswegen gilt, wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen und müssen jeglichen extremistischen Umtrieben den Riegel vorschieben.

(Udo Pastörs, NPD: Umtrieben!)

Dazu gehört demzufolge auch, wie eingangs schon erwähnt, ein NPD-Verbot.

(Udo Pastörs, NPD: Oh ja, wieder!)

Die Betonung liegt aber in diesem Fall auf "jeglichen extremistischen Bestrebungen" – von rechts ebenso wie von links.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Genauso, wie es falsch ist, gegen Ausländer zu hetzen, ist es falsch, und da sind wir uns auch einig, eine Eiche, die als Zeichen des Friedens gepflanzt wurde, abzusägen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Margret Seemann, SPD: Richtig.)

Für das Fällen eines frisch gepflanzten Baumes auf der Basis von fadenscheinigen, pseudohistorischen Begründungen bringe ich keinerlei Verständnis auf. Die sich selbst bezichtigenden,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir alle nicht. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die sich selbst bezichtigenden Extremisten aus dem offensichtlich linksautonomen Spektrum bewiesen damit, dass sie selbst nicht demokratiefähig sind. Auch das gehört dazu. Deswegen wird der Aufarbeitungsprozess weitergehen und es ist richtig, dass wir den Landtag nutzen, um hier an die Ereignisse von vor 20 Jahren zu erinnern.

Es gibt also noch viel zu tun. In diesem Sinn lassen Sie uns 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen Erinnerung und Mahnung gleichzeitig sein! Ereignisse wie damals dürfen sich in Mecklenburg-Vorpommern nie wieder wiederholen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Mucha.

Ralf Mucha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die heute zu besprechenden schrecklichen Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen gehören ohne Zweifel zu den schlimmsten fremdenfeindlichen Ausschreitungen der deutschen Nachkriegsgeschichte in unserem Land.

(Udo Pastörs, NPD: Der letzten 100 Jahre.)

Die schockierenden Bilder vom brennenden Sonnenblumenhochhaus, von der aufgebrachten Menge, vor allem aber die Bilder von den in den brennenden Häusern gefangenen panischen Menschen lösen auch zwei Jahrzehnte danach noch Entsetzen und Bestürzung aus. Die menschenverachtenden Randale wirken bis heute nach und gehören ebenso wie die damaligen Ereignisse in Solingen, Mölln und Hoyerswerda zu einer Kette von Katastrophen, die niemals hätten passieren dürfen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Diese unsäglichen Vorgänge hier in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 müssen uns allen ein permanent wirkendes Warnsignal sein. Es darf keinen Spielraum für Extremismus geben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Vorgänge zeigen auch, welche furchtbaren Folgen ausländerfeindliche Hetze, zu geringer ziviler Widerstand und behördliches Versagen haben.

(Stefan Köster, NPD: Und Überfremdung.)

Es gibt hierfür keine Entschuldigung. Der Widerstand hätte energischer und konsequenter sein müssen.

(Udo Pastörs, NPD: Von wegen!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Vorgeschichte der Ausschreitungen ansieht, dann wird klar, dass man diese nicht nur hätte voraussehen, sondern auch verhindern können und müssen. Von Teilen der Politik und in den Boulevardmedien war Mitte der 1980er-Jahre eine aggressive Stimmung gegen Asylbewerber geschürt worden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Diese bereitete den Nährboden für die Rostocker Überariffe.

(Udo Pastörs, NPD: Böse "Bild-Zeitung"!)

Die Unionsparteien im Bund hatten eine Kampagne gegen den sogenannten Asylmissbrauch gestartet und strebten eine Änderung des Gesetzes an,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

um das Grundrecht auf Asyl einzuschränken. Die DVU und andere Rechtsradikale heizten die Stimmung mit Parolen wie "Deutschland den Deutschen", "Ausländer raus" oder "Das Boot ist voll" weiter an.

(Udo Pastörs, NPD: Das war die CDU, "Das Boot ist voll", die CDU.)

Das Bild vom vollen Boot wurde bereitwillig von den Medien, von "Spiegel" bis "Bild" aufgegriffen.

(Udo Pastörs, NPD: Innenminister Kanther.)

Auch hier im Land steuern die Medien ihren Teil dazu bei, indem sie über "mövengrillende Sinti und Roma" berichteten und rassistische Leserbriefe und Aufrufe abdruckten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Verschärft wurde die Situation durch einen starken Anstieg der Zahl von Asylsuchenden nach der Wiedervereinigung.

(Udo Pastörs, NPD: Und Straftaten.)

Ebenso wie allen anderen Bundesländern wurden auch Mecklenburg-Vorpommern Flüchtlingskontingente zugewiesen. Kurze Zeit nach Eröffnung war die Zentrale Aufnahmestelle im Rostocker Sonnenblumenhaus bereits restlos überfüllt.

Und hier setzt das ein, was man mit Fug und Recht ein Versagen des Rechtsstaates nennen kann, denn anstatt die Asylbewerber anderswo menschenwürdig unterzubringen, passiert rein gar nichts. Die Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden in Rostock und auf Landesebene war eine einzige Katastrophe. Etwa 400 Menschen müssen draußen campieren, haben keine sanitären Einrichtungen zur Verfügung und werden kaum von Sozialarbeitern betreut.

(Stefan Köster, NPD: Ooh!)

Die in Lichtenhagen ansässige einheimische Bevölkerung ist zuerst entsetzt und dann wütend. Ihr liebevoll gepflegtes Zuhause verändert innerhalb weniger Wochen seinen Charakter, wird schmutzig, unwirklich,

(Udo Pastörs, NPD: Wird zum Schweinestall! Das sah aus wie noch nie da.)

man fühlt sich bedroht von den Fremden. Beschwerden der Anwohner werden von der Stadt ignoriert. Ein Stadtteil und die dort lebenden Menschen sind total überfordert, ebenso wie die Flüchtlinge, die gezwungen sind, dort unter menschenunwürdigen Umständen zu leben.

Als die Krawalle vor dem Sonnenblumenhaus am Samstag, dem 22. August 1992 beginnen, stehen 1.000 aufgebrachten Anwohnern und 200 Nazis zunächst nur 35 schlecht ausgerüstete Polizisten gegenüber. Nach bundesweiten Aufrufen in der rechtsextremen Szene kommen Neonazis aus der ganzen Republik nach Rostock-Lichtenhagen, um die Wut der Anwohner für ihre Zwecke zu nutzen.

(Stefan Köster, NPD: Aus der ganzen Welt!)

Die NPD feiert bis heute die fremdenfeindlichen Ausschreitungen als sogenannten "Volksaufstand". Wie erbärmlich!

Erst am Montag, dem 24. August 1992 werden die Asylsuchenden evakuiert, aber rund 120 Vietnamesen und Deutsche bleiben zurück. Sie werden am gleichen Abend Opfer eines wütenden Mobs, der ihr Haus in Brand steckt und zwei Stunden lang verhindert, dass die Feuerwehr mit ihren Löscharbeiten beginnen kann. Die Vietnamesen, einst als Vertragsarbeiter in die DDR gekommen, hatten eigentlich gar nichts mit der akuten Unterbringungsproblematik zu tun. Sie wurden Opfer des sogenannten "geschürten Volkszorns", allein deswegen, weil

sie Fremde waren. Hier kann man nur sagen: Wir sind alle Ausländer – fast überall.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Köster, NPD: Aber in der Heimat nicht. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Die Bilder dieses totalen Staatsversagens gehen um die Welt. Mecklenburg-Vorpommern hat seitdem mit dem Ruf zu kämpfen, Hochburg des Fremdenhasses und No-go-Area für Ausländer zu sein.

Wenn man bedenkt, dass die deutsche Polizei nur wenige Tage später eine linke Gegendemonstration von 3.000 Beamten eskortieren ließ, um so gewalttätige Ausschreitungen verhindern zu können, stellt sich mir die Frage: Warum wurden die Flüchtlinge und Vertragsarbeiter im und vor dem Sonnenblumenhochhaus nicht ebenfalls von 3.000 Beamten vor den Randalierern geschützt?

(Udo Pastörs, NPD: Fragen Sie die CDU-Regierung! Fragen Sie da!)

Die zweite Frage,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die sich mir stellt, ist die, ob der manifeste Fremdenhass der Bewohner von Lichtenhagen ein typisches deutsches Phänomen war oder ist.

(Stefan Köster, NPD: Die bösen Deutschen wieder!)

Ich bin immer noch entsetzt, wenn ich mir die Bilder von ganz normalen Bürgern aus meinem Stadtteil in Erinnerung rufe.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die grölen und jubeln angesichts von Menschen in Todesangst.

Eine Ursache liegt sicherlich in der Frustration vieler, die nach der Euphorie der Wiedervereinigung auf den harten Boden der Realität gekommen waren und mit Arbeitsplatzverlust und Existenzängsten zu kämpfen hatten. Lichtenhagen war damals ein Stadtteil mit über 20.000 Einwohnern, von denen mehr als 17 Prozent arbeitslos waren. Offenbar war es nur ein kleiner Schritt, bis Wut, Angst und Verunsicherung in blinde Gewalt gegen Fremde umschlugen.

Meine Damen und Herren, am 31. August 1992 versammelten sich über 20.000 Menschen in Rostock-Lichtenhagen und setzten somit ein klares Signal. Es war der Beginn eines enormen zivilgesellschaftlichen Engagements, welches bis heute ein attraktiver und prägender Teil der Stadt Rostock und der Zivilgesellschaft ist.

Eines haben mittlerweile aber auch die meisten der Damaligen begriffen: Die sogenannte "Volksgemeinschaft", die die Nazis als Gegenmodell zu einem weltoffenen und toleranten Mecklenburg-Vorpommern programmieren, ist ein Trugschluss.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Programmieren!)

Wo Diktatur herrscht, kann sich niemand sicher fühlen – egal, ob Ausländer oder Inländer.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen von Lichtenhagen stehen nicht für ganz Deutschland, auch nicht für ganz Mecklenburg-Vorpommern. Es gibt vor allem die anderen Deutschen, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Bessere, das bessere Deutschland. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Eine wichtige Voraussetzung dafür war und ist die Bereitschaft zur Reflexion und Aufarbeitung der Geschehnisse. Aus diesem Grund hat sich im August 2011 die Initiative "Lichtenhagen bewegt sich – Gemeinsam füreinander" unter der Schirmherrschaft unseres Ministerpräsidenten Erwin Sellering gegründet.

(Udo Pastörs, NPD: Der Erwin machts.)

Gründungsinitiatoren waren der Ortsbeirat Lichtenhagen, dessen Vorsitzender ich bin, der Stadtteiltisch Lichtenhagen, die Bürgerinitiative "Bunt statt braun" sowie die Hansestadt Rostock.

(Udo Pastörs, NPD: Alles mit Staatsgeldern.)

Die Auftaktveranstaltung zum Gedenktag fand im August 2011 in der Hundertwasser-Gesamtschule in Lichtenhagen statt.

Heute widmen sich weiterhin 40 Vereine mit über 100 Projekten der Integration und dem friedlichen Zusammenleben aller Menschen, ganz gleich, welcher Herkunft sie auch sein mögen.

(Stefan Köster, NPD: Nur auf die Bäume wird keine Rücksicht genommen.)

Die breit angelegte Initiative "Lichtenhagen bewegt sich – Gemeinsam füreinander" und viele weitere Engagierte arbeiten seit über einem Jahr in Vorbereitung des 20. Gedenktages die traumatischen Ereignisse von 1992 gemeinsam mit den Einwohnern und Einwohnerinnen aus Lichtenhagen auf, schaffen Räume für demokratische Teilhabe und beziehen die Menschen der Stadt aktiv in diesen Prozess mit ein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut. – Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

So haben wir unter anderem folgende Veranstaltungen organisiert und durchgeführt: Fotoausstellungen, internationale Kochwochen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Gespräche mit Migranten, internationale Fußballturniere,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD)

Kinderfeste und Podiumsdiskussionen.

(Stefan Köster, NPD: Schwere Geschütze!)

Es wurde viel getan in meiner Heimatstadt, um das gemeinsame Zusammenleben von Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund in Frieden und Wohlstand zu fördern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Ha!)

Lichtenhagen ist ein Stadtteil, der sich seit 1992 sehr positiv entwickelt hat. Wir haben zurzeit wieder einen Zuwachs an Bevölkerung zu verzeichnen. Im Stadtteil leben heute fast 14.000 Menschen in voll sanierten Wohnungen.

Dennoch bleiben die Ereignisse von 1992 eine Warnung, immer wachsam zu bleiben.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, viele Rostocker,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

viele Rostocker Initiativen leisten eine vorbildliche Arbeit auf diesem Gebiet. Dazu zählen unter anderem der Migrantenbeirat der Hansestadt Rostock, der vietnamesisch-deutsche Verein Diên Hồng, der sich nach den Ereignissen von 1992 gründete

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut.)

und bis heute ein Geschenk für die Stadt und die Zivilgesellschaft ist, die Bürgerinitiative "Bunt statt braun", der Verein Migra oder das Aktionsbündnis "Endstation Rechts".

(Udo Pastörs, NPD: Wunderbar.)

Von dieser Stelle aus möchte ich in meinem Namen allen an diesen und ähnlichen Projekten Beteiligten meinen besonderen Dank aussprechen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Köster, NPD: Danke, dass ihr das Steuergeld verprasst.)

Die vor einem Jahr gestarteten Initiativen zeigen nach meiner festen Überzeugung sehr authentisch, dass es bei uns, bei diesem 20. Jahrestag nicht um Verdrängung geht, sondern um Aufarbeitung und Prävention.

(Stefan Köster, NPD: Und Buße.)

Ein Höhepunkt war neben der Gedenkveranstaltung der Hansestadt Rostock in der hmt die Gedenkveranstaltung in Lichtenhagen mit unserem Bundespräsidenten Joachim Gauck

(Udo Pastörs, NPD: Eine Eiche.)

und die Baumpflanzung, versehen mit einer Inschrift aus Artikel 1 der Menschenrechtskommission,

(Udo Pastörs, NPD: Was? Was war das für ein Ding?)

ich zitiere: "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie ... sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen."

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Nach meiner Überzeugung liegt der Wert dieses Mahnmals gerade auch darin,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass er als Teil eines Aufarbeitungsprozesses aus der Mitte der Bevölkerung vor Ort erwachsen ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Leider haben in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch linke Extremisten den Gedenkbaum abgesägt.

(Udo Pastörs, NPD: Oooh! – Stefan Köster, NPD: Pfui, pfui!)

Bäume haben keine Nationalität.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das Abholzen war kein Zeichen von Demokratie und Toleranz.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das Fremde, sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, gehört ebenso zu uns wie das Bekannte. Die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, voneinander lernen zu wollen, Gemeinsamkeiten zu suchen, aber auch Unterschiede in unserer Gesellschaft zu akzeptieren, ist der Garant für ein friedliches Zusammenleben in der Hansestadt Rostock, in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland und darüber hinaus.

Mit der öffentlichen Entschuldigung der Rostocker Bürgerschaft am 22. August 2012 ist ein wichtiger und richtiger Schritt gemacht worden. Die lückenlose Aufklärung der damaligen Ereignisse und Verantwortlichkeiten ist hingegen noch immer nicht in ausreichendem Maße erfolgt. Hier besteht immer noch Nachholebedarf.

(Udo Pastörs, NPD: Nachholebedarf!)

So wird die Initiative "Lichtenhagen bewegt sich – Gemeinsam füreinander" auch über den 20. Jahrestag hinaus bestehen bleiben

(Udo Pastörs, NPD: Ja, für ewig.)

und weiter an der Prävention und Aufarbeitung der Ereignisse arbeiten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Am Dienstag hat der Ortsbeirat von Lichtenhagen auf Anregung von ehemaligen Gastarbeitern einen Antrag zur Errichtung einer Gedenkstätte in der Hansestadt Rostock an den Oberbürgermeister und die Bürgerschaft gestellt.

(Zuruf von Ralf Mucha, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in einem weltoffenen und toleranten Deutschland haben Menschen,
die aus unterschiedlichen Gründen zu uns kommen, ein
Anrecht auf Unversehrtheit, darauf, dass wir ihr Leben
und ihre Gesundheit schützen. Ich bin traurig darüber,
dass wir und ich es 1992 nicht geschafft haben, ihnen zu
diesem Recht zu verhelfen. Ich bin aber zugleich zuversichtlich, dass sich dieser Teil unserer Geschichte nicht
wiederholen wird.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

denn wir Demokraten werden gemeinsam dafür sorgen, dass wir uns nie wieder bei den Opfern rassistischer Gewalt für solche Art Übergriffe entschuldigen müssen. Wir müssen immer im Auge behalten, dass Aufklärungsarbeit und Engagement für Menschenrechte und Menschenwürde, Toleranz und Zivilcourage sowie die Bekämpfung von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus für uns alle eine Selbstverständlichkeit darstellen, damit meine Heimatstadt, die Hansestadt Rostock, das bleibt, was sie ist – eine weltoffene, tolerante Stadt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Redebeitrag mit einem Auszug aus der Rede unseres Bundespräsidenten beenden:

(Udo Pastörs, NPD: Ach, jetzt kommt der auch noch.)

"Wir versprechen euch, wir fürchten euch nicht."

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

"Wo ihr auftretet, werden wir euch im Wege stehen."

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

"Wir sind stark!"

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

"Unsere Heimat kommt nicht in braune Hände".

(Udo Pastörs, NPD: Genau.)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fraktionsvorsitzende Herr Suhr.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat gesessen, was, Herr Köster?! – Stefan Köster, NPD: Jetzt kommt wieder so eine Jammerrede. – Jörg Heydorn, SPD: Der einzige Jammer sind Sie hier.)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal, Herr Mucha, möchte ich Ihnen sehr danken für die Rede, weil ich glaube, Sie haben im Sinne und im Geiste vieler hier, zumindest der Demokraten aus diesem Parlament gesprochen. Und die Tatsache, dass die rechte Fensterfront mit so despektierlichen Äußerungen wie "Jammerrede" oder Ähnliches darauf reagiert, macht deutlich, wie weit entfernt sie ist davon, sich,

(Udo Pastörs, NPD: Wo Sie uns gerne hätten.)

wie weit sie entfernt davon ist, sich im besten solidarischen und demokratischen Sinne zu erinnern und bei denjenigen zu sein, die, glaube ich, unsere Anteilnahme verdienen, nämlich denjenigen, die vor 20 Jahren Opfer rechter Gewalt dort waren und darunter gelitten haben, dass die Zivilgesellschaft nicht in ausreichendem Maße reagiert hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Köster, NPD: Auch die waren Opfer Ihrer Politik.)

Und Ihr Verhalten wird auch durch Ihre Zwischenrufe nicht besser, sondern bestätigt eins: Wir alle müssen dazu beitragen, dass Sie beim nächsten Mal nicht mehr in diesem Parlament vertreten sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Köster, NPD: Das haben Ihre Gesinnungsgenossen von der FDP auch gehofft.)

Sehr geehrte Damen und Herren, bis heute machen uns die Ergebnisse, die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen fassungslos. Vom 22. bis zum 26. August 1992, 62, 92

(Udo Pastörs, NPD: Na?! Na?!)

wurden dort ein Flüchtlingsheim und ein Wohnheim für vietnamesische Arbeiter/-innen belagert und angegriffen, und dies geschah unter dem Beifall von mehreren Tausend Schaulustigen. Gewalt und Ausgrenzung prägten in diesen Tagen das schreckliche Bild und die breite gesellschaftliche Zustimmung zahlreicher Anwohner/-innen im Umgang vor allem mit den gewaltbereiten Nazis erschüttert uns bis heute. Und es war und es ist nicht nachvollziehbar, dass sich die Polizei während der schlimmen ausländerfeindlichen Ausschreitungen zeitweise völlig zurückzog und die in dem Heim Eingeschlossenen sich selbst überließ.

Herr Caffier, ich teile Ihre Auffassung, die Sie hier vorhin zum Ausdruck gebracht haben, die darauf hingewiesen hat, dass es eine umfassende Verantwortung unterschiedlichster Beteiligter gab, dass es so weit kommen konnte. Aber ich glaube, und das ist ein wichtiger Punkt der Auf- und Nachbereitung, dass wir auch schonungslos aufarbeiten müssen, wie es dazu kam.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, das hat Herr Mucha vorhin nicht gesagt, deshalb erlaube ich mir, das zu ergänzen: Die positive Seite dieser Ereignisse war aus meiner Sicht, dass bereits am 27.08. nach dem Aufruf des Neuen Forums zwei-, vielleicht dreitausend Menschen sich auf dem Uni-Platz in Rostock versammelt haben, um ihrem Protest und ihrer Anteilnahme Ausdruck zu geben. Das war damals der Beginn einer Aufarbeitung und einer Auseinandersetzung mit den Ereignissen, und ich glaube, dass aus dem, was daraus resultiert ist, aus den zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen, die sich dann gefunden haben, wie Diên Hồng, "Bunt statt braun", dass daraus eine gesellschaftliche Entwicklung entstanden ist, die in der Tat verhindert, dass sich derartige Ereignisse heute noch einmal wiederholen würden.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Übrigens, wo auf die öffentlichen Gelder hingewiesen wird von einem NPD-Vertreter, wenn sie gut eingesetzt sind, dann sind sie in diesen Bereichen gut eingesetzt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Margret Seemann, SPD: Richtig. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt sind auch 20 Jahre nach den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen weiter in ganz Deutschland präsent. Ich möchte hier an dieser Stelle betonen, dieses ist kein Rostocker Problem, dieses ist kein Problem in Mecklenburg-Vorpommern, sondern dies ist ein gesamtdeutsches Problem.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Es ist zum einen wichtig, die Ereignisse von damals vollständig aufzuarbeiten und öffentlich an sie zu erinnern. Zum andern muss jeder Form von Rechtsextremismus und Rassismus auch in der Mitte der Gesellschaft tagtäglich entgegengetreten werden. Normalisierungstendenzen menschenfeindlicher Einstellungen darf kein Raum gelassen werden. Dabei muss uns bewusst sein, für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit Menschenfeindlichkeit und Gewalt sind starke zivilgesellschaftliche Strukturen und kontinuierliche Beratungs- und Bildungsangebote unbedingt erforderlich. Und das, was wir als Demokraten gemeinsam in diesem Land tun mit den Zentren für Demokratie und Kultur und mit zahlreichen weiteren Förderungen - und das ist ja völlig unstrittig in diesem Parlament -, muss deshalb auch unbedingt fortgesetzt werden.

Ein wirksamer Kampf gegen rechts ohne zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz ist nicht denkbar. Deshalb ist für uns auch nicht nachvollziehbar, warum heute Initiativen durch die sogenannte Extremismusklausel gegängelt und unter Generalverdacht gestellt werden. Sehr geehrte Damen und Herren, damit muss endlich Schluss sein!

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich will auch darauf hinweisen, dass die Kritik an einer unzureichenden Aufarbeitung der Geschehnisse von vor 20 Jahren, die von dem einen und anderen gerade in diesen Tagen geäußert wird, ernst zu nehmen ist. Aber ich glaube, das Kernproblem ist in der Tat nicht die Aufarbeitung derartiger Geschehnisse, sondern ich glaube, wir müssen sensibel sein, weiterhin sensibel sein für den Blick in die Gesellschaft.

Und wenn ich hier einmal auf die Langzeitstudie von Professor Dr. Wilhelm Heitmeyer hinweisen darf, der noch im vergangenen Jahr festgestellt hat, als er den nächsten Teil seiner Studie vorstellte – und da darf ich aus einem Bericht der Böll-Stiftung zitieren –: "Die ernüchternden Umfragewerte lassen nach Ansicht von Professor Dr. Wilhelm Heitmeyer den Schluss zu, dass die Kernnormen Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness in der Mitte der Gesellschaft immer weniger Anklang finden. Es drohe eine zunehmende Erosion der demokratischen Basis. Sollte sich eine "Ideologie der Ungleichwertigkeit ausbreiten, sei ein starker Anstieg der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu befürchten."

Sehr geehrte Damen und Herren, mit alledem, was wir hier tun und was wir zu verantworten haben, müssen wir einer derartigen Tendenz entschieden entgegentreten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Sehr geehrte Damen und Herren, eine erfolgreiche Aufarbeitung der Geschehnisse von vor 20 Jahren zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie nie endet, sondern dass wir sie als einen Prozess verstehen, in dessen Rahmen es jeden Tag darum geht, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegenzutreten. Täglich müssen wir mit denjenigen in eine mutige und offensive Auseinandersetzung eintreten, die Menschen aus anderen Ländern und aus anderen Kulturen ausgrenzen und mit Ausländerfeindlichkeit begegnen. Täglich müssen wir deutlich machen, wir sind ein offenes und menschenfreundliches Land,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das Menschen aus anderen Ländern und Kulturen offen und annehmend begegnet und sie willkommen heißt.

Und ich will an dieser Stelle auch noch einmal deutlich machen, weil wir in der Vergangenheit an unterschiedlichen Stellen darüber diskutiert haben: Einer unserer wesentlichen Beiträge in diesem Landesparlament ist der gemeinsame Weg der Demokraten, der Schweriner Weg. Ich will an dieser Stelle auch noch einmal deutlich machen, dass wir diesen Weg weiterhin gemeinsam gehen. Dass wir ihn entschlossen gehen, dass wir ihn mit viel Vertrauen untereinander gehen, wird dazu beitragen, dass wir denjenigen, die ausländerfeindlich und rechtsextrem sind, deutlich entgegenhalten, die Demokraten treten für dieses demokratisch verfasste System ein und wir machen keinen Platz für diejenigen, die Rassismus und Rechtsextremismus propagieren. Dieses ist eine deutliche Botschaft, die immer wieder von diesem Parlament ausgehen muss. - Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Andrejewski selbst?! Das glaube ich ja nicht! Der ist doch befangen. – Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt liest er aus seinem Flugblatt von 1992 vor. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So schlimm kann das Flugblatt ja gar nicht sein, sonst hätte es "Endstation Rechts" ja nicht veröffentlicht und zur Verbreitung freigegeben sozusagen. Vielen Dank dafür noch mal.

(Julian Barlen, SPD: Die zeigen, was Sie gemacht haben damals, ganz genau.)

Ja, ja, ja.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Einer der Brandstifter, ich fasse es nicht! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine Damen und Herren, das schöne Bild der ganzen Lichtenhagen-Medienkampagne zeigte eine einzelne Frau, die auf einem Balkon stand und klatschte, alle anderen Balkone des Blocks waren leer, und der Propagandasprecher des Fernsehens sagte dazu in seinem Kommentar: "Ganz Lichtenhagen klatscht" –

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

nicht? –, und zwar zu einer Bemerkung, die Gauck von sich gegeben hatte. Ein solcher handwerklicher Fehler wäre dem DDR-Fernsehen nicht passiert. Die manipulierten deutlich professioneller. Davon einmal abgesehen, konnte man sich während der Kampagne wie in einem totalitären Staat fühlen. Es fehlten nur noch die Wandzeitung und die Volkstribunale. Aber das ist ja nachgeholt worden, es ist ja eine deutsche Eiche vor ein antifaschistisches Volkstribunal gestellt und zum Tode verurteilt worden. Wer weiß, wo man Eichen fällt, da fällt man auch Menschen. Warten wir es ab!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das müssen Sie uns doch nicht erzählen, Herr Andrejewski.)

Und was haben Sie mit dieser Flut von gleichgeschalteten Zeitungsartikeln und Fernsehsendungen eigentlich erreicht? Jedem normalen Bürger hängt das Thema Lichtenhagen mittlerweile zum Halse heraus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, das ist eben nicht so. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das kann keiner mehr hören.

(Heinz Müller, SPD: Das hätten Sie gern.)

Jedes Interesse ist abgetötet durch diesen Medienoverkill.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie träumen schon wieder, Herr Andrejewski.)

Und mancher wird sich fragen,

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

ob der ganze Trubel nicht in Wirklichkeit nur der Ablenkung dient, damit die Leute, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Andrejewski.

Ich kann mir vorstellen, dass das eine lebhafte Debatte ist, trotzdem muss der Redner noch zu hören sein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann soll er ein bisschen lauter reden.)

Bitte, Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: ... damit die Leute nicht die wahren Probleme

(Jörg Heydorn, SPD: Ich finde, den muss man nicht hören.)

des Landes sich allzu genau ansehen. Ein paar Hardcorefans haben die zwar erreicht mit ihrer Kampagne –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tausende!)

es gibt ja auch Zeitgenossen, die noch die hundertste Guido-Knopp-Sendung über Hitlers Hunde und Hitlers Unterhosen dankbar einschalten –,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat doch nichts damit zu tun.)

aber 5.000 Leutchen nach wochenlanger bundesweiter Mobilisierung durch den ganzen Machtapparat, das ist schwach. Und den größten Teil stellte die übliche linksextreme Demonstrationskrawallkarawane dar, die dann ja auch noch den Herrn Gauck auspfiff, die Friedenseiche fällte und Plakate mit sich führte, auf denen "Gegen Deutschland" stand.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Zum Pech des Herrn Innenministers, der hier gerade noch fabulierte, es sei ja alles so friedlich verlaufen und seine Träume wären in Erfüllung gegangen, hat die "Schweriner Volkszeitung" noch nicht ganz gleichgeschaltet ausgerechnet heute Folgendes über die friedlichen Demonstrationen geschrieben, ich zitiere: "Nach Zeugen-Aussagen wurden im Lidl-Markt direkt beim Lichtenhagener Sonnenblumenhaus massiv Kunden belästigt, Waren aus den Regalen genommen und geöffnet." Und: "Die eingesetzten Konfliktteams der Polizei wurden von den Autonomen beschimpft, bespuckt, getreten und geschlagen, so dass sie den Einsatz abgebrochen und sich zurück gezogen haben." Das war der friedliche Protest von Lichtenhagen, den Sie für so großartig halten!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der war insgesamt friedlich, da können Sie nichts dran ändern.)

Herr Innenminister, als ich zum letzten Mal in Ihre Richtung schaute, da haben Sie die "Bild-Zeitung" gelesen –

das ist okay, die lese ich auch –, aber schauen Sie auch mal heute in die "Schweriner Volkszeitung",

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie können doch gar nicht lesen.)

überdenken Sie Ihre Stellungnahme noch mal.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da gibt es nichts zu überdenken, gar nichts)

Der normale Lichtenhäger blieb jedenfalls zu Hause.

Der Gipfel dieser Kampagne ist aber jetzt mit diesem,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Waren Sie denn da? Waren Sie diesmal auch da, Herr Andrejewski?)

mit diesem Selbstbeweihräucherungsantrag erreicht, diesem Antrag der Einheitsfraktionen des herrschenden Systems in diesem Landtag.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ein guter Antrag.)

Sie sollten lieber in Sack und Asche gehen und Ihr damaliges Versagen bekennen,

(Zuruf aus dem Plenum: Das wünschen Sie sich, ne?)

als sich hier aufzublasen als große Kraft der Toleranz und Demokratie.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber Sie als Brandstifter, Sie haben auch noch die Frechheit, hier heute zu reden.)

Wer war denn damals verantwortlich für das Versagen? Ich nenne mal die Namen und die Parteibücher: Bürgermeister Kilimann (SPD), Innensenator Magdanz (CDU), Landesinnenminister Kupfer (FDP).

(Dr. Margret Seemann, SPD: Brandstifter Andrejewski, NPD.)

Ministerpräsident Seite (CDU),

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Bundesinnenminister Schäuble (CDU). Ich würde Ihnen raten, bringen Sie an dem Sonnenblumenhaus eine Tafel der Versager an mit diesen Namen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Brandstifter Andrejewski, NPD.)

und es wäre auch gar nicht schlecht, wenn die mal zur Verantwortung gezogen würden.

Die Krawalle in Lichtenhagen waren das Resultat der geballten Unfähigkeit der herrschenden Kräfte. Zuerst haben sie eine wirtschaftliche Katastrophe angerichtet, Honeckers Schuldenpolitik ruinierte die DDR, anschließend kamen die Heuschrecken aus dem Westen und machten platt, was ihnen im Weg war und was sie verwerten konnten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Jörg Heydorn, SPD: Und die Brandstifter von der NPD, die kamen auch aus dem Westen. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das führte zu offiziell 17 Prozent Arbeitslosen in Lichtenhagen 1992

(Jörg Heydorn, SPD: Brandstifter von der NPD kamen auch aus dem Westen, und Sie vorneweg.)

und zu allgemeiner Krisenstimmung

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und Zukunftsangst in der Bevölkerung.

(Jörg Heydorn, SPD: Und wenn andere in Asche gehen sollen, was sollten Sie dann tun?!)

Dann kam die Bundesregierung auf die Idee, einfach mal 20 Prozent aller Asylbewerber der damaligen DDR, der ehemaligen DDR zuzuteilen – mitten hinein in das Nachwendechaos.

Zur Erinnerung: Im Jahr 1992 fielen 438.191 Asylanträge an. Die Anerkennungsquote betrug 4,25 Prozent.

(Udo Pastörs, NPD: Das war Betrug im großen Stil.)

Selbst etablierten Politikern wurde das unheimlich. Der CDU-Politiker Manfred Kanther sprach damals von Wirtschaftsflüchtlingen und Scheinasylanten. Im Herbst 91 klebte die Bremer CDU sogar Plakate, auf denen sie Bremen, SPD-regiert, als Asylantenparadies titulierte. So weit weg ist das von meinem Flugblatt auch nicht. Das war damals völlig üblich, auch CDU-Ton von einigen Unionspolitikern.

Das hinderte die Verantwortlichen aber nicht daran, schon 1990 die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber mitten ins Lichtenhägener Wohngebiet zu knallen. Zum Ablauf der Ereignisse zitiere ich einmal den linken Journalisten Toralf Staud, der unverdächtig ist irgendwelcher NPD-Sympathien, aus seinem Buch "Neue Nazis".

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der wird sich sicherlich freuen, dass Sie ihn zitieren.)

Er schildert ...

Ja, er wird sich sehr freuen.

Er sagt es folgendermaßen: "Es gibt etliche Indizien dafür, dass die damals CDU-geführte Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern an der Zuspitzung der Lage mitwirkte. Über Monate wurde nichts gegen die Überfüllung des Asylbewerberheims getan, Flüchtlinge campierten unter unzumutbaren hygienischen Umständen davor, was für dauernde Beschwerden von Anwohnern sorgte."

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das rechtfertigt Ihre Brandstiftung?) "Bei den Ausschreitungen ließ man dann die örtliche Polizei allein. Wasserwerfer wurden verspätet geschickt, zusätzliche Beamte verweigert, moderne Schutzausrüstung nicht ausgegeben. Am Abend des 24. August, dem Höhepunkt der Krawalle, wurden auf Weisung des Landespolizeidirektors sogar noch Kräfte abgezogen." Das ist eine korrekte Darstellung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Alles bekannt, Herr Andrejewski, alles bekannt.)

Dazu müsste man noch Herrn Siegfried Kordus kurz erwähnen, den Polizeiführer, der sich für Stunden absetzte, um sein Hemd zu wechseln, während das Haus der Vietnamesen brannte.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Jede drittklassige Ausländerpolitik und jeder drittklassige Sicherheitsapparat hätten ausgereicht, um Lichtenhagen zu verhindern. Aber leider waren und sind Sie noch nicht einmal drittklassig.

(Udo Pastörs, NPD: Leider.)

Frage: Kann etwas Ähnliches wie Lichtenhagen wieder geschehen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein!)

Es geschieht ja ständig in vergleichbaren europäischen Industrieländern. London, August 2011: Bei einem Polizeieinsatz wird ein afrikanischstämmiger Mann, ein gewisser Mark Duggan, getötet. Dagegen wird vor einer Polizeistation demonstriert. Ganz schnell kippt die Demonstration in Gewalt um, die sich auf mehrere Stadtteile Londons und auf Städte wie Birmingham, Leeds, Nottingham, Bristol und Liverpool ausbreitet. Löschzüge der Feuerwehr wurden angegriffen – kommt Ihnen das bekannt vor? –, Schul- und Wohnhäuser brannten,

(Udo Pastörs, NPD: Ausländer!)

Innenstädte wurden geplündert. Bilanz laut Premierminister Cameron: 200 Millionen Pfund Sachschaden, 26 obdachlose Familien, 5 Tote. Ursachen: verfehlte Ausländerpolitik plus massive Sparmaßnahmen im Sozialsektor,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

plus Politik- und Polizeiversagen. Später versuchte die Staatspropaganda, die Unruhen zu reiner Kriminalität umzulügen, aber es gab genug Fernsehbilder, die Jugendliche aus der Karibik zeigten, wie sie auf Barrikaden jamaikanische Fahnen schwenkten. Das war ein Migrantenaufstand,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Migrantenaufstand!)

fehlgeschlagene Integration.

Im August 2012 kam es zu Krawallen im nordfranzösischen Amiens – Auslöser: eine Polizeikontrolle. Resultat: 3 öffentliche Gebäude niedergebrannt, 16 verletzte Polizisten, auf einen wurde mit Schrotflinten geschossen. In diesem Fall verbrachten die gleichgeschalteten Medien wahre Wunder in der Kunst des Totschweigens. Nir-

gendwo gab es auch nur den kleinsten Hinweis auf den ethnischen Hintergrund der Aufständischen. Aber auch hier handelte es sich um einen Migrantenaufstand.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Migrantenaufstand!)

Und was ich noch mal kurz anmerken möchte, trotz roter Lampe: Sie hätten ja durchaus mal ein Wort sagen können zu dem Rabbi, der gestern niedergestochen wurde. Sie hätten garantiert, wenn das deutsche Täter gewesen wären, hier sofort einen überfraktionellen Antrag gemacht, um das zu verurteilen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

aber es waren arabische Jugendliche ...

(Der Abgeordnete Michael Andrejewski spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Andrejewski, ich habe wirklich versucht, Ihnen noch Zeit einzuräumen, um Ihren Satz zu Ende zu bringen, aber so weit geht meine Toleranz dann doch nicht.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Silkeit.

Michael Silkeit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Andrejewski habe ich auf jeden Fall mitbekommen, dass die Baustelle "Aufarbeitung Lichtenhagen, Aufarbeitung rechts, Aufarbeitung Rassismus" noch lange nicht geschlossen werden kann und wir hier wohl noch ein sehr großes Programm haben werden.

(Udo Pastörs, NPD: Tja, da ist noch ein Riesenberg abzuarbeiten.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zahlreiche Veranstaltungen erinnerten in den letzten Tagen an die Ereignisse vom August 1992 und damit an die schlimmsten ausländerfeindlichen Ausschreitungen der deutschen Nachkriegsgeschichte.

"Die Geschehnisse vor 20 Jahren dürfen nicht ausgeblendet oder gar vergessen werden." Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht nur eine sehr knappe Zusammenfassung einer Podiumsdiskussion der Landeszentrale für politische Bildung vergangene Woche in Rostock, sondern auch meine innere Überzeugung. Wer im August 1992 wie ich vor Ort war, der kann zu keinem anderen Ergebnis kommen. Wer die Hass- und Gewaltattacken erleben musste, die traurige Erfahrung machte, dass immer dort, wo Menschenwürde nichts mehr gilt, auch Menschenleben nichts mehr wert sind, der ist für immer geprägt. Am allerschlimmsten übrigens waren diejenigen, die schwiegen, oder diejenigen, die wegsahen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rostock-Lichtenhagen steht nicht nur für die schlimmsten ausländerfeindlichen Gewaltexzesse der Nachkriegszeit, sondern ist auch ein trauriger und leider nur vorläufiger Höhepunkt einer Vielzahl von Gewaltakten gegen Ausländer in Deutschland. Die Gewalt erfuhr nach Rostock-Lichtenhagen eine neue Qualität, sie erhielt eine neue Dimension. Der damalige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Klaus Steffenhagen stellt im Dezember 92 fest: "Wie eine Seuche haben sich Anschläge auf Ausländer ausgebreitet. Es hat Tote gegeben. 16 Menschen wurden in diesem Jahr" – also im Jahr 1992 – "Opfer eines sinn- und hirnlosen Hasses. Hoyerswerda und Hünxe, Rostock und Mölln: Wie eine blutige Spur zieht sich die Gewalt gegen ausländische Mitbürger durch das ganze Land. Nach den Brandanschlägen in Rostock ist die Gewalt geradezu explodiert."

Es gilt, die damaligen Ereignisse "immer wieder zu betrachten, zu analysieren, um aus den Fehlern und Versäumnissen ... zu lernen", so unser Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich einer Gedenkfeier in Lichtenhagen. Der Innenminister und meine anderen Vorredner, mit einer Ausnahme, haben bereits ausführlich ihre Erinnerungen und Sichtweisen auf die Ausschreitungen von Lichtenhagen dargelegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir bitte, Ihnen einen weiteren Aspekt Lichtenhagens in Erinnerung zu rufen, der häufig ausgeblendet oder höchstens peripher behandelt wird. Ich spreche von den über 200 Polizistinnen und Polizisten, die während der gewalttätigen Auseinandersetzungen vor dem Rostocker Sonnenblumenhaus auch zum Teil schwer verletzt wurden. Ich denke, nur weil gravierende Fehler der Polizeiführung gemacht wurden – und das muss hier deutlich hervorgehoben werden –, dürfen wir nicht einfach ausblenden, dass Polizistinnen und Polizisten im Hagel der Steine und Molotowcocktails standen und ihr Leben und ihre Gesundheit riskierten.

Ein Skinhead beschrieb in den "Lübecker Nachrichten" damals die Strategie wie folgt: "Erst müssen wir den BGS platt machen, dann können wir das Heim stürmen." Aber es war ja nicht nur der BGS, der dort stand. Es standen da ehemalige Volkspolizisten ohne Körperschutzausstattung, wie die Frisöre. Ich erinnere allein an die Brücke zur S-Bahn. Ich habe noch die Funksprüche eines Polizeiführers eben da auf dieser Brücke im Ohr, der immer wieder nach 16 Stunden Dienst verzweifelt nach Verstärkung rief. Und ich sehe die Täter zwischen der jubelnden Menge, zwischen den jubelnden Zuschauern verschwinden.

Für mich persönlich steht Rostock-Lichtenhagen leider auch für eine neue Qualität der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Die Gewalt gegen Polizisten hat sich seitdem in Deutschland ebenfalls vervielfacht. Auch die ständige Erinnerung daran, denke ich, ist im Sinne des Appels unseres Bundespräsidenten.

Ich bin froh, dass wir mit unserer heutigen Entschließung Rostock-Lichtenhagen als Mahnung und Verpflichtung empfinden. Ich bin auch froh darüber, dass wir Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt eine Absage erteilen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht.

Da es im Rahmen der Debatte zu zahlreichen überschneidenden Zwischenrufen gekommen ist, behalte ich mir ausdrücklich nach Prüfung des Protokolls zu diesem Tagesordnungspunkt Ordnungsmaßnahmen vor.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1029. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1029 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Punkt a) Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Eiweißstrategie für nachhaltige Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln, Drucksache 6/1032, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Anteil einheimischer Eiweißpflanzen in der Tierfütterung erhöhen – nachhaltige Landbewirtschaftung und Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen, Drucksache 6/1044. Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 6/1078 und 6/1079 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Eiweißstrategie für nachhaltige Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln – Drucksache 6/1032 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/1078 –

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Anteil einheimischer Eiweißpflanzen in der Tierfütterung erhöhen – nachhaltige Landbewirtschaftung und Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen – Drucksache 6/1044 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksachen 6/1079 –

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion DIE LINKE hat der Abgeordnete Professor Dr. Tack.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So oft passiert es im Landtag nicht, dass von Opposition und Koalition Anträge zu gleichen Themen und zu gleicher Zeit eingereicht werden. Scheinbar gehen beide Anträge auch in die gleiche Richtung. Ich werde in der Debatte deutlich machen, dass dies nicht ganz so ist.

Gerne, und das wissen Sie, beginne ich meine Ausführungen zu Landwirtschaftsthemen mit einem Zitat des Musterlandwirtes Johann Heinrich von Thünen. Zum Anbau und zur Verwertung von Eiweißpflanzen habe ich leider nichts Prägnantes in seinen Werken gefunden. Das mag damit zusammenhängen, dass zu seinen Zeiten der Anbau von Ackerbohnen, Ackererbsen, Klee und Luzerne und die damit verbundene Nutzung der Gratisfaktoren der Natur Alltag war und über Selbstverständlichkeiten nicht geredet oder geschrieben werden musste.

In der Tat hat die Nutzung der Eiweißpflanzen, auch Leguminosen genannt, eine jahrhundertealte Tradition in Europa. Keine andere Pflanzenart ist in der Lage, den Luftstickstoff zu sammeln, an den Wurzeln abzulagern und ihn im Boden für nachfolgende Kulturen zur Verfügung zu stellen. Immerhin sind damit netto 30 bis 60 Kilogramm Stickstoff pro Hektar auf die natürlichste Weise der Welt in den Boden gelangt, die nicht mehr durch mineralischen Dünger hinzugefügt werden müssen. Das spart nicht nur teuren Dünger, das erspart Transporte, die Ausbringung und die Einarbeitung des Düngers. Es spart aber auch vor allem Energie bei der Herstellung des Kunstdüngers. In der Summe sind das erhebliche CO₂-Einsparungen, die unserem Klima zugutekommen können.

Uns bewegt das Thema des Anbaus und der Verwendung einheimischer Eiweißpflanzen mindestens seit der Anhörung im Agrarausschuss zu Fragen der guten fachlichen Praxis im Pflanzenbau im Lande. Das war im Jahre 2010. Der Sachverständige Professor Dr. Norbert Makowski hat uns damals ins Stammbuch geschrieben, dass die derzeitige Pflanzenproduktion mit ihren drei Hauptfruchtarten Wintergetreide, Winterraps und Mais ungenügend auf Nachhaltigkeit orientiert. Eine hohe Konzentration auf nur wenige Feldfrüchte erfordert zu viele Zugeständnisse an die Fruchtfolge und einen auf die Dauer nicht vertretbar hohen Einsatz von Agrochemikalien. Veränderungen der aus wirtschaftlichen Gründen entstandenen Artenarmut seien aus ökologischen Gründen dringend notwendig. Alternativen zur Schaffung von artenreichen Fruchtfolgen wären zwingend erforderlich, so Makowski. Ein umfangreicher Leguminosenanbau könnte entscheidend zur Veränderung der Situation beitragen, wenn mit diesen Wirtschaftlichkeit gewährleistet

Professor Norbert Makowski ist mit fast 80 Jahren der vielleicht bedeutendste Pflanzenbauexperte in unserem Land und immer noch sehr aktiv. Ich weise nur auf die Pflanzenbaukolumne in der "BauernZeitung" hin. Sie finden seine und weitere Ausführungen übrigens in der Ausschussdrucksache des Agrarausschusses der 5. Legislatur Nummer 221 aus dem März des letzten Jahres.

Neben der Bindung von Luftstickstoff können die genannten Pflanzen wertvollstes Bodenphosphat mobilisieren. Sie liefern Humus, der zum Beispiel durch ununterbrochenen Maisanbau auf immer der gleichen Fläche reduziert werden würde. Leguminosen verbessern die Bodenstruktur und der Boden muss nicht so intensiv bearbeitet werden. Auch das hat energetische Vorteile. Außerdem, und ganz wichtig: Erregerketten von Krankheiten und Schädlingen werden durch ihre Einordnung in die Fruchtfolge unterbrochen. So können sich Schädlinge nicht ungehindert ausbreiten. Nicht vergessen möchte ich die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, auf die wir ja so viel Wert legen. Für die landwirtschaftlichen Arbeitsabläufe kommt noch hinzu, dass Arbeitsspitzen ausgeglichen werden und die Arbeiten im Feldbau gleichmäßiger übers Jahr verteilt würden.

Warum erzähle ich Ihnen Dinge, die selbst jeder gute Kleingärtner kennt und deshalb nach Abernten seiner Flächen Leguminosen oder auch Schmetterlingsblütler als Zwischenfrucht anbaut? Wissen das die Landwirte von heute nicht mehr oder hat die Lehre an der Universität versagt? Natürlich nicht, aber wie schon bei Makowski zu hören sind es die wirtschaftlichen Rahmenbedingun-

gen, die den Anbau von eben diesen Pflanzen wirtschaftlich uninteressant gemacht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über viele Jahre können wir folgende oder ähnliche Formulierungen im Agrarbericht des Landes finden. Im Bericht 2011 heißt es, dass der Anbau von Körnerleguminosen in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgeht und sich bei etwa 5.000 Hektar auf unterstem Niveau eingepegelt hat. Das Amt für Statistik hat in diesem Jahr 4.700 Hektar Hülsenfrüchte erfasst.

Wir brauchen die Leguminosen sowohl als Haupt- als auch als Zwischenfrucht. Und die Hauptursache, und da bin ich wieder bei Professor Makowski, liegt in der nicht ausreichenden wirtschaftlichen Attraktivität der Eiweißpflanzen für den Landwirt und den Markt. Ich wiederhole hier gerne meine These, dass die Marktwirtschaft eine vorrangig ökonomische Ausrichtung fordert und fördert und Nachhaltigkeit dabei leider kein Gut ist, das dem Markt Geld wert ist. Deshalb wird vorrangig das angebaut, was am einfachsten und kostengünstigsten zu realisieren ist und mit größter Sicherheit zu einer guten Ernte führt. Das sind unsere drei Hauptfruchtarten Winterweizen mit weiter steigender Tendenz, Raps mit einem leichten Rückgang im Jahre 2012 und ebenso leicht rückläufig der Mais in diesem Jahr. Kartoffeln, Zuckerrüben, Braugerste und viele andere Kulturen gehören weiterhin zu den Verlierern. Damit gehören Fruchtfolgeund Artenvielfalt und damit Nachhaltigkeit zu den Verlierern.

In der seit Jahren in der Bundesrepublik vernachlässigten Forschung auf diesem Gebiet sehe ich die Hauptursache für die geringere Wirtschaftlichkeit der Eiweißpflanzen. Der Agrarbericht 2011 führt unter anderem aus, dass häufige Vorsommertrockenheit sowie Probleme bei der Unkrautbekämpfung und bei der Ernte zu beträchtlichen Ertragsschwankungen und einem insgesamt unbefriedigenden Ertragsniveau führen.

Aber geringer Anbau hat noch weiter reichende Folgen in Bezug auf die Eiweißpflanzen. Das Interesse der Züchter zur notwendigen Weiterentwicklung und Anpassung der Pflanzen geht zwangsläufig bei ständig sinkenden Umsätzen zurück. Keine neuen Forschungsergebnisse, keine Neuzüchtungen und züchterischen Weiterentwicklungen stellen diese wichtigen Pflanzen ins Abseits. So ist es zum Beispiel nötig, die vielversprechende Gelbe Lupine resistent gegen die Anthraknose zu züchten, damit eine ertragreiche Pflanze – gerade für die armen Sandböden unseres Landes – zur Verfügung stünde.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

So aber lohnt sich ein Eigenanbau der Eiweißpflanzen als Futtermittel für viele Landwirtschaftsbetriebe nicht. Stattdessen steht hochwertiges Importsoja, zum großen Teil gentechnisch verändert, mit einer konstanten Futtermittelqualität zur Verfügung und wird der Wirtschaftlichkeit wegen auch entsprechend genutzt.

Im vergangenen Jahr wurden rund 3,2 Millionen Tonnen Sojabohnen und 3,4 Millionen Tonnen Sojaschrot nach Deutschland importiert. Nach Aussage der Bundesregierung sind das etwa 1,19 Millionen Hektar, die wir im Ausland, hauptsächlich in Südamerika, in Anspruch nehmen, oder etwa 7,1 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflä-

che in Deutschland. Ich verweise auf eine Kleine Anfrage meiner Bundestagsfraktion.

Neben den bekannten Auswirkungen des Sojaanbaus, der besonders in Südamerika mit der Rodung der Regenwälder, dem Vertreiben kleiner Produzenten und Eigentümer und rücksichtlosem Umgang mit den Naturressourcen verbunden ist, sollte uns die Frage der gentechnischen Veränderungen des gelieferten Sojas interessieren. Laut Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage meiner Bundestagsfraktion, die Drucksache 17/10054, ist der Anteil der gentechnischen Importe nicht bekannt, da die Außenhandelsstatistik das nicht erfasst. Da aber die Anbaufläche des gentechnisch veränderten Sojas gerade in Südamerika beständig ausgeweitet wird, gehen wir von einem sehr hohen Anteil aus.

Mit dem Antrag wollen wir eine Weichenstellung für den erhöhten Anbau von Eiweißpflanzen in Mecklenburg-Vorpommern erreichen. Leguminosen müssen mittelfristig für die deutsche und europäische Landwirtschaft wieder attraktiv gemacht werden. Wirtschaftliche Anreize und verbindliche Regelungen und Förderungen der Landwirtschaft, der Forschung und der Züchtung sind notwendig. Die Legislativvorschläge der Europäischen Kommission zur Neuregelung der Gemeinsamen Agrarpolitik sehen bisher solcherlei Regelungen und Förderungen nicht vor.

Die Leguminosen werden in Europa und in Deutschland weiterhin stiefmütterlich behandelt, wenn es keine Veränderungen hier gibt. Wir erwarten, dass das Land einen eigenständigen Beitrag zum Anbau von wettbewerbsfähigen einheimischen Eiweißpflanzen entwickelt und damit die Gestaltung einer bundesdeutschen Eiweißstrategie fördert. Das wäre ein Beitrag im Sinne der Nachhaltigkeit, der viele Probleme mittelfristig lösen kann und beim ökologischen Umbau der Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag leisten würde. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD hat der Abgeordnete Herr Schütt von der CDU-Fraktion.

Heino Schütt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der aktuellen agrarpolitischen Diskussion ist der Blick verstärkt auf die Nutzung von gentechnisch verändertem Soja als Futtermittel und die weltweiten Flächennutzungskonkurrenten und deren Ausrichtung gerichtet. Ein Blick in den letzten Agrarbericht des Landes verdeutlicht, dass der Anbau von Körnerleguminosen in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist. Im Jahr 2009 erreicht er mit unter 5.000 Hektar den vorläufigen Tiefpunkt. Im Jahr 2010 wurden mit 5.600 Hektar erstmals wieder mehr Hülsenfrüchte angebaut.

Seit dem Jahr 2005 führten folgende Probleme zu beträchtlichen Ertragsschwankungen und einem insgesamt nicht zufriedenstellenden Ertragsniveau: die häufige Vorsommertrockenheit und die Probleme bei der Unkrautbekämpfung und der Ernte. Hier muss unbedingt die Forschung im Land vorangetrieben werden, um die Ertragssicherheit zu gewähren und das Ertragsniveau zu erhöhen. Die im Vergleich zu konkurrierenden Fruchtarten niedrigen Erzeugerpreise und Erträge sowie die un-

zureichende Ertragssicherheit sind aber die Hauptgründe für den Rückgang der Anbauflächen.

Der Vorfruchtwert der Hülsenfrüchte und die Eiweißpflanzenprämie reichen als Anbauanreiz nicht aus, sodass der Anbau in den zurückliegenden Jahren rückläufig war. Dies führt wiederum zu Einschränkungen bei den Züchtungsaktivitäten. Im Klartext heißt das: Die Katze beißt sich in den eigenen Schwanz.

Meine Damen und Herren, besonders die Sicherstellung der Futtermittelversorgung im Bereich der Proteine ist in Europa und in Deutschland durch die starke Abhängigkeit von Sojaimporten aus Süd- und Nordamerika geprägt. Die damit einhergehenden ökologischen und sozialen Folgen in den Herkunftsländern, aber auch die Auswirkungen auf den Verbraucher in Deutschland prägen die aktuellen Diskussionen. Vor dem Hintergrund, dass in den nächsten vier Jahrzehnten die Weltbevölkerung von derzeit 7 Milliarden Menschen auf circa 9 Milliarden Menschen ansteigt, wird auch der Verbrauch der Lebensmittel steigen. Hierbei wird die Nachfrage nach Lebensmitteln tierischer Herkunft vor allem in den sogenannten Schwellenländern überproportional steigen.

Meine Damen und Herren, der heutige Fleischkonsum in Europa kann derzeit nur durch die Einfuhr von Sojafuttermitteln aus Südamerika gedeckt werden. Die mit dem Sojaanbau einhergehenden Zerstörungen von Regenwald und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, aber auch die Abhängigkeit Europas und das Anwachsen der Weltbevölkerung sind meines Erachtens Grund genug, sich umfassend mit den Möglichkeiten des Anbaus von einheimischen Eiweißpflanzen in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Deutschland zu befassen.

Andere Bundesländer sind hier schon weiter. So hat der Freistaat Bayern bereits seit dem Jahre 2011 eine Initiative "Heimische Eiweißfuttermittel" im Rahmen der Zukunftsinitiative "Aufbruch Bayern" gestartet. In diesem Rahmen wurden verschiedene Maßnahmen, die die Reduzierung von Sojaimporten und insbesondere die Zurückdrängung gv-kennzeichnungspflichtiger Proteinfuttermittel zum Ziel haben, ergriffen. Baden-Württemberg, Niedersachen und Thüringen schlagen einen ähnlichen Weg ein.

Meine Damen und Herren, heimische Eiweißpflanzen wie Lupine, Ackerbohne, Futtererbse oder Sojabohne tragen zur Auflockerung der Fruchtfolge und somit zur Bodenhygiene bei. All diese Fakten sind Anlass genug, dass alle Möglichkeiten geprüft werden, wie in Mecklenburg-Vorpommern der Anteil an einheimischen Eiweißpflanzen erhöht und die Bodengebundenheit der landwirtschaftlichen Produktion und der Anbau regionaler Wertschöpfungsketten im Sinne einer nachhaltigen, ressourcenschonenden Landwirtschaft entwickelt werden können.

Gerade die aktuellen Diskussionen zur Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik sind von der Einführung des sogenannten Greenings geprägt. Die aktuellen Pläne sehen vor, dass sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus der Produktion genommen werden sollen. Vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an Lebensmitteln und der Bevölkerungsentwicklung lehnt meine Fraktion aus ethischen Gründen die Stilllegung von landwirtschaftlichen Nutzflächen ab. Dennoch können wir uns der Diskussion nicht verschließen und plädieren dafür, dass auf diesen sogenannten ökologischen Aus-

gleichsflächen heimische Eiweißpflanzen angebaut werden können.

Meine Damen und Herren, um eine Strategie zur Erhöhung der einheimischen Eiweißpflanzen in der Tierfütterung zu erarbeiten, bedarf es besonderer Grundlagen. Um diese besonderen Grundlagen zu erhalten, fordern wir unter Punkt II die Landesregierung auf, den Anbau von Eiweißpflanzen in den zurückliegenden 20 Jahren darzustellen und die Möglichkeiten des heutigen Anbaus und dessen Erhöhung zu bewerten. Gleichzeitig wollen wir wissen, inwieweit Fördermöglichkeiten zur Unterstützung des Eiweißpflanzenanbaus bestehen und Forschungsaktivitäten auf Bundes- und Landesebene in diesem Zusammenhang verfolgt werden.

Meine Damen und Herren, der Anbau von einheimischen Eiweißpflanzen bringt zahlreiche Vorteile für Landwirte, Umwelt und Verbraucher. Viele Bundesländer – wie Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, aber auch Thüringen – befassen sich bereits mit dem verstärkten Anbau von einheimischen Eiweißpflanzen. Nach Auffassung meiner Fraktion ist es auch für Mecklenburg-Vorpommern an der Zeit, eine Strategie zur Erhöhung der Eiweißpflanzen in der Tierfütterung zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, um hier einen einheitlichen Antrag zu erarbeiten, bitte ich um Zustimmung zur Überweisung dieser Anträge in den Agrarausschuss. Ich würde auch darum bitten, die Änderungsanträge mit zu überweisen, um dann einen einheitlichen Antrag zu erarbeiten. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin natürlich auch sehr dankbar dafür, dass ich heute einfach mal, Herr Schütt, die Eiweißstrategie der Landesregierung vorstellen kann und darf und dieses Thema auch in der Zukunft sicher von größter, allergrößter Bedeutung ist.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Wenn Sie sich anschauen, und ich glaube, wir dürfen es nicht nur verkürzen auf das Thema der Landwirtschaft, sondern insgesamt das Leben auf dieser Erde betrachten, dann ist Eiweiß die entscheidende Komponente, um pflanzliches, tierisches und vor allen Dingen das Menschenleben überhaupt zu gewährleisten.

Leider ist es so, dass viele es gar nicht wissen, welche Bedeutung die Proteine für den menschlichen Organismus eigentlich haben. Zum Glück ist es der Wissenschaft gelungen, in den letzten Jahrzehnten, Jahrhunderten die 21 Proteine zu entschlüsseln und letzten Endes auch deutlich zu machen – und da beginnt es, Herr Schütt –, tatsächlich herauszuarbeiten, dass der Mensch und ein Großteil der Lebewesen auf dieser

Erde nicht in der Lage sind, bestimmtes Eiweiß selber zu produzieren. Der Mensch im Übrigen ist daran mit acht Aminosäuren beteiligt.

Und deswegen, glaube ich, ist es wichtig, deutlich zu machen, dass es hier kein Problem von Mecklenburg-Vorpommern darstellt, auch kein Problem Deutschlands, sondern wir haben ein internationales Problem in Europa und weltweit, was die Eiweißproduktion anbetrifft.

Jawohl, in gröblichster Fahrlässigkeit, in gröblichster Fahrlässigkeit ist in den letzten Jahrzehnten die Eiweißforschung in Europa nicht umgesetzt worden, und dazu gehört auch Deutschland. Und wenn Sie sich einmal bei Ihrer Bundesministerin, Herr Schütt, erkundigt hätten, dann hätten Sie auch erfahren, dass auf meine Initiative hin die Bundesregierung, da bin ich dankbar, jetzt eine Eiweißstrategie der Bundesregierung aufgesetzt hat. Das ist im Übrigen die Grundlage, die ich Frau Aigner an die Hand gegeben habe, und ich wünsche mir sehr, dass in Kürze Mittel bereitgestellt werden, um Mecklenburg-Vorpommern für den Norden Deutschlands zum Eiweißkompetenzzentrum zu machen.

Wenn Sie dann so andeuten, hier wäre angeblich in den letzten Jahren nichts gemacht worden, dann schauen Sie sich einfach mal die Blaue Lupine an. Herr Professor Tack hat die Gelbe angesprochen, aber die Blaue Lupine ist in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt worden. Sie hat den Siegeszug mittlerweile nach Bayern genommen. Leider ist es so, dass diese Produkte heute dort verarbeitet und vermarktet werden. Ich glaube – und das ist die entscheidende Aussage, die bitte ich Sie auch zu berücksichtigen –, Deutschland und Europa sind nur zu 30 Prozent zur Eigenversorgung tatsächlich beteiligt an der Eiweißproduktion.

Das heißt unterm Strich, man hat sich darauf verlassen, dass 70 Prozent der Eiweißproduktion aus anderen Regionen dieser Erde nach Deutschland, nach Europa eingeführt werden. Und deswegen predige ich wirklich seit Jahren, dass wir eine gesamtdeutsche Strategie, eine gesamteuropäische Strategie zum Eiweißanbau benötigen.

Herr Professor Tack ist absolut richtigerweise darauf eingegangen. Wenn Sie sich das einfach mal anschauen, heute die Preise, die Preisentwicklung, dann ist es so, dass der Anbau von Eiweißpflanzen zurzeit in Europa nicht wirtschaftlich ist. Wenn Sie sich die Erträge beim Weizen mit 100 Doppelzentnern anschauen und beim Qualitätsweizen von 27 Euro pro Doppelzentner oder 270 Euro pro Tonne ausgehen und das vergleichen mit der Lupine, dann ist eins klar: dass die Lupine aufgrund der nicht stattgefundenen Forschung und Entwicklung, auch der Züchterhäuser in Deutschland und Europa, nicht wettbewerbsfähig ist. Da liegt das Problem.

Herr Schütt, wenn Sie sich das mal in Ruhe anschauen, was heute die Entwicklung einer Sorte kostet, dann liegen Sie schnell bei deutlich über 100 Millionen Euro. Jetzt dem Land Mecklenburg-Vorpommern aufzutragen, dass ich Eiweißsorten zu entwickeln habe, das greift, glaube ich, zur kurz, sondern wir brauchen wirklich eine konzertierte Aktion. Das beginnt bei der Grundlagenforschung, bei der angewandten Forschung, bei der Übertragung, das dann auch im Rahmen der Anbaustrategie in Deutschland, in Europa, und es hört letzten Endes auf bei einer Anreizkomponente, und daran arbeite ich inten-

siv, einer Anreizkomponente, dass die Landwirte diese Leguminosen auch anbauen.

Und ich bitte auch um Verständnis, die Zahlen, die Herr Professor Tack hier genannt hat, die sind grundsätzlich richtig, aber hier handelt es sich ausschließlich um die Körnerleguminosen, die in diesem Lande angebaut werden. Sehr wohl werden in diesem Lande noch andere Eiweißpflanzen angebaut, ob das das Kleegras ist oder die Luzerne. Insofern muss man auch deutlich machen, dass sehr wohl ein Anbau von Leguminosen – zum Glück – in diesem Lande stattfindet.

Und eins ist mir auch ganz wichtig, auch das findet leider keine Berücksichtigung: Weltweit stieg der Fleischkonsum in den letzten zehn Jahren tatsächlich von 23 auf 42 Kilogramm. Das meiste Fleisch wird in Amerika gegessen, nämlich im Durchschnitt 120 Kilogramm, und dass dazu Eiweiß notwendig ist, glaube ich, muss ich hier hoffentlich nicht näher erläutern. Eigentlich müsste in Europa im großen Umfang tatsächlich der Eiweißanbau von Eiweißpflanzen erfolgen, sofern die Eigenversorgung angestrebt würde. Darauf muss die Strategie eigentlich hinauslaufen.

Dies ist angesichts der weltweiten Warenströme unrealistisch. Dennoch ist es aus meiner Sicht nicht akzeptabel, dass wir uns in Europa bei unserer Tierhaltung oder auch der Versorgung mit pflanzlichem Eiweiß der Menschen in einem derart hohen Umfange auf Übersee stützen. Und jawohl, es ist richtig, ich habe die Zahlen ja auch angedeutet, wenn man die sich wirklich auf der Zunge zergehen lässt: Nach Europa sind im letzten Jahr 40, wenn man insgesamt die Leguminosen anschaut, 40 Millionen oder exakt 45,2 Millionen Tonnen eingeführt worden und nach Deutschland sind es 7,7 Millionen Tonnen an Eiweißpflanzen, die von Übersee nach Deutschland eingeführt worden sind. Dem genau wollen wir entgegenwirken, weil wir in Deutschland und damit für Mecklenburg-Vorpommern eine eigene Eiweißstrategie umsetzen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben Handelsabkommen, die zwischen der EU und weltweit gelten, und da ist die Einfuhr eben auch von Eiweißpflanzen und Ölsaaten in der Europäischen Union durch die WTO-Gespräche, -verhandlungen und -verträge gesichert. Und hier gibt es eine Divergenz aus meiner Sicht, nämlich insofern, dass andere Regionen der Welt Eiweißpflanzen kostengünstiger produzieren können und damit die Wettbewerbsfähigkeit natürlich auch bei uns infrage stellen.

Ich stelle auch die Frage, was wäre, wenn. Die lässt sich ganz leicht beantworten, nämlich aus meiner Sicht konkurriert – und ich habe das angedeutet – der Winterweizen mit dem züchterischen Fortschritt, durch den wir in den letzten auch über 20 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern zu einer Verdopplung der Erträge gekommen sind, mit dem konkurriert heute die Lupine, eben um die besten Jahre im Sortenversuch.

Und auch – Herr Schütt, das bitte ich Sie zu berücksichtigen – in Mecklenburg-Vorpommern finden verschiedene Sortenversuche statt, Sie können nicht so tun, als ob hier nicht geforscht und entwickelt wird. Wir haben Spitzenerträge von 50, 52 Doppelzentnern, aber wenn man dann bedenkt, dass wir beim Weizen bei 103 Doppelzentnern in den Sortenversuchen stabil sind, im Durchschnitt der

letzten Jahre, dann wird deutlich, dass die Lupine oder die Erbse oder die Ackerbohne in Mecklenburg-Vorpommern so nicht wettbewerbsfähig ist, weil sie züchterisch nicht mehr bearbeitet worden ist. Da muss gearbeitet werden.

Und ich glaube auch, dass deutlich wird, der dramatische Rückgang des Eiweißpflanzenanbaus bedarf einer kritischen und auch ungeschönten Analyse und bedarf Aktivitäten, um den Anbau einheimischer Eiweißpflanzen wieder zu erhöhen. Genau daran arbeite ich – nicht nur, um einen höheren Anteil der Eiweißversorgung in Europa abzusichern, sondern auch um die Bodenfruchtbarkeit, das ist angeklungen hier, und die Bodengesundheit, das ist bisher nicht gesagt worden, die Bodengesundheit sowie die Biodiversität, das heißt, die Artenvielfalt damit zu stabilisieren und zu erhöhen.

Bereits im Frühjahr dieses Jahres habe ich mit Frau Aigner als Bundesministerin die Problematik besprochen und auch in der Agrarministerkonferenz unser Konzept vorgestellt und wir sind uns zum Glück mit der Bundesregierung einig, gemeinsam das Thema des Leguminosenanbaus in Deutschland, in Europa aktiv voranzutreiben. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass das Bundesministerium die bundesweite Erarbeitung einer Eiweißstrategie auf den Weg gebracht hat, was Grundlage auch für unsere Diskussion war.

Auch habe ich bereits im Frühjahr und bei der Vorstellung des Entwurfs der Eiweißstrategie des Bundes angekündigt, dass Mecklenburg-Vorpommern sich insbesondere beim Lupinenanbau, aber auch anderer Fruchtarten in Zusammenhang mit Leguminosen besonders stark engagieren wird. Hierzu gehören insbesondere Landessortenversuche und ihre überregionale Auswertung von Erbsen, Lupine und Bohne, Ermittlung und Bewertung der Nebeneffekte des Lupinenanbaus in einer viergliedrigen Fruchtfolge, die Fruchtfolgen sind hier angedeutet worden, oder auch der Leguminosenartenvergleich Lupine, Erbse, Sojabohne - im Übrigen, Herr Schütt, weise ich ausdrücklich darauf hin, dass es in Mecklenburg-Vorpommern auch den Sojaanbau mittlerweile gibt, und zwar mit gar nicht so schlechtem Anfangserfolg -, aber auch, die Anbauversuche zur Optimierung des Leguminosenanbaus in Mecklenburg-Vorpommern und im Norden Deutschlands zu verstetigen.

Und dann sind wir auch dabei, mit der Landesforschung, und zwar auch mit der universitären und übergreifenden Forschung, die Wirkung von Erbsen und Lupinen im ökologischen Anbau zu überwachen und zu überprüfen.

Im Übrigen hatte ich dem Bauernverband schon vor drei, vier Jahren das Angebot unterbreitet, doch den Einstieg des Leguminosenanbaus im ökologischen Anbau zu honorieren und damit zusätzlich auch zu Anbauflächen zu kommen. Leider ist es damals durch den Bauernverband so nicht unterstützt worden.

Oder auch die Untersuchungen zur Aminosäurenverdaulichkeit von Lupine bei Schweinen, auch da läuft ein Forschungsprogramm in Mecklenburg-Vorpommern, im Übrigen gar nicht weit weg von Ihnen, Herr Schütt, in Dummerstorf.

Aber auch die Untersuchungen zu spezifischen Inhaltsstoffen bei Lupine, Fütterungsversuche bei Mastläm-

mern, Mastbullen mit unterschiedlichen Eiweißkomponenten sind in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und aufgesetzt worden. Wenn Sie da noch mehr Informationen wünschen, werde ich diese auch im Rahmen der Darstellung im Ausschuss vorstellen.

Diese Forschungsergebnisse bilden jetzt aber auch die Grundlage für die aktuelle Analyse und die Entscheidung für weitere Maßnahmen, der geschilderten kritischen Entwicklung entgegenzusteuern. Wir haben im Moment nur ganz wenige Einrichtungen, die sich in Deutschland mit der Züchtung von Leguminosen auseinandersetzen, und zwar deutschland- und europaweit. Demgegenüber, und das ist hoffentlich auch für Sie nachvollziehbar, demgegenüber konzentriert sich die Züchtungsforschung wieder in den Händen von einzelnen Großkonzernen. Und deswegen konzentriert man sich besonders eben auf Weizen, auf Raps, auf die Kartoffel oder auf die Zuckerrübe und ganz extrem auf den Mais. Das sind vier Züchterhäuser in Europa und weltweit, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, und es ist nicht gelungen, dieses Thema breiter aufzustellen.

Und ich sage hier auch voraus, wir müssen alles dafür tun, dass die Bauern, die Landwirte in Deutschland, Europa und in Mecklenburg-Vorpommern sich nicht wieder in eine neue Abhängigkeit begeben. Das ist für mich auch ein wichtiges Signal, diese Eiweißstrategie in Mecklenburg-Vorpommern für den Norden Deutschlands zu entwickeln, um damit auch Perspektiven einer eigenen eiweißstrategischen Ausrichtung in der Landwirtschaft zu verfolgen.

Ackerbaulich ist eine Eingrenzung auf zunehmend weniger Ackerkulturen kritisch zu bewerten, das habe ich im Juli auch immer wieder gesagt. Wir müssen die gesamte Fruchtfolge und das Artenspektrum hier im Blick behalten mit dem Ziel, zu mehrgliedrigeren Fruchtfolgen zu kommen. So ist die Diskussion, auch um die Ausgestaltung der zukünftigen EU-Agrarpolitik nach 2013, auf europäischer Ebene in diesem Bereich von herausragender Bedeutung.

Und, Herr Schütt, ich freue mich darüber, dass Sie jetzt einlenken, auch was das Greening anbetrifft. Ich glaube, dass das Greening eine interessante Entwicklung darstellen kann, nämlich die sogenannten ökologischen Vorrang-, nicht Ausgleichsflächen, sondern Vorrangflächen gerade mit Leguminosen oder mit gesundheitsfördernden Maßnahmen für Natur, Mensch und Umwelt zu besetzen, um damit auch den gesellschaftlichen Beitrag zu leisten, nämlich für öffentliches Geld öffentliche Leistungen auch zu erfüllen, was richtig ist.

Deswegen glaube ich auch, dass die Fruchtfolgegestaltung im Rahmen des Greenings eine Maßnahme sein kann, die dann durch die Landwirtschaft akzeptiert wird. Ich glaube ...

Was ist jetzt?

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Minister, Sie können Ihre Rede fortsetzen. Frau Schlupp geht es nicht gut. Die verlässt jetzt den Saal.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Alles Gute!)

Minister Dr. Till Backhaus: Ich würde sagen, wir lassen sie erst mal in Ruhe rausgehen. Ja, das tut mir auch leid,

aber wünschen wir Frau Schlupp, dass alles schnell wieder gut ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

Gut, ich will dann meine Eckpunkte noch mal zusammenfassen. Es ist klar, dass der Leguminosenanbau für Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich von größter Bedeutung werden kann und dass das Ertragsniveau, auch das habe ich angedeutet, deutlich zu steigern ist von im Durchschnitt heute 25,7 Doppelzentnern bei der Lupine. Es ist klar, dass der Papst, den wir im eigenen Lande haben, nämlich Norbert Makowski, dem ich auch viel zu verdanken habe, weil er mich betreut hat in wissenschaftlichen Fragen und auch im Hause, recht hat, dass hier wirklich Wissenschaftsarbeit und Forschungsarbeit massiv vorangetrieben werden muss, und ich hoffe, das gelingt uns auch. Aber um eine heute wettbewerbsfähige Sorte zu entwickeln, das habe ich schon angedeutet, bedarf es mitunter mehr als 100 Millionen Euro. Da ist die Wirtschaft gefragt, wir können die Rahmenbedingungen dazu verbessern.

Aber auch das will ich andeuten, dass vor allen Dingen für die Umwelt Gratiseffekte herauskommen, die die Landwirtschaft heute leider zum Teil gar nicht so bewertet. Da sind wir automatisch beim Stickstoff. Es ist angedeutet worden, dass zwischen 30 und 60 Kilogramm Stickstoff pro Hektar dadurch mobilisiert und gespeichert werden können und wir damit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Oder auch die Mobilisierung insbesondere von Phosphor kann dazu beitragen. Und die tiefe Durchwurzelung dieser wunderbaren Pflanzen, die wir auf dieser Erde haben, muss im Blick behalten werden.

Und deswegen ist meine Position ganz klar. Die weitere Ausgestaltung der europäischen Agrarpolitik muss dabei Hilfestellung geben, dieses Thema Leguminoseneiweiß in Europa weiter voranzutreiben, um damit auch die ökologischen Vorrangflächen mit umzusetzen. Und ich glaube, dass deutlich wird, dass ich beabsichtige, und das will ich hier auch tun, für die nächste Förderperiode ein Förderprogramm im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen aufzulegen, um Anreize für eine stärkere Diversifizierung im Bereich der Fruchtfolgen zu entwickeln. Ackerbauliche Vorteile und fördernde Rahmenbedingungen für den Leguminosenanbau laufen daher auf vollen Touren in den Vorbereitungen und ich glaube, dass wir da wirklich insgesamt auf einem guten Weg sind.

Man muss aber auch die gesamte Kette bedenken. Ich habe das versucht eingangs zu erläutern. Die Futtermittelindustrie muss daher mitverantwortlich an einen Tisch. Das machen wir in Mecklenburg-Vorpommern. Aber auch die Verwendung im Lebensmittelbereich kann weiterentwickelt werden. Im Übrigen gibt es ja heute viele Menschen, die an einer Laktoseunverträglichkeit leiden und allergisch darauf reagieren. Auch hier kann insbesondere das Pflanzeneiweiß eine wichtige Hilfestellung sein.

Hier im Land Mecklenburg-Vorpommern und in den angrenzenden Regionen, das heißt im Norden Deutschlands, werden wir den Anbauschwerpunkt untersetzen, insbesondere was die Lupine, dann das Kleegras, die Luzerne, aber auch und insbesondere die Ackerbohne, die Erbse anbetrifft. Deshalb liegt es nahe, dass die Akteure im Norden sich weiter vernetzen. Wir sind jetzt aktuell dabei, dieses Kompetenznetzwerk zu präsentie-

ren und zu präzisieren. Und über die Rolle der Landesforschungsanstalt in diesem Kontext habe ich, denke ich, einiges gesagt.

Das reicht aber auch nicht aus. Deshalb habe ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus unserem Ministerium beauftragt, vorbereitende Gespräche zu führen, um die Partner entlang der Produktionslinien, das heißt, von der Forschung, Grundlagenforschung, über die Züchtung bis hin tatsächlich zur Wertschöpfungskette zusammenzuführen. Mein Ziel ist es, dass mit Unterstützung des Bundes - und darauf sind wir angewiesen, und es steht zu erwarten, dass wir in diesem Jahr die Bewilligung, ich habe das angedeutet, von bis zu 1 Million für diesen Anfangsprozess bekommen werden – bereits aktive Partner im Bereich des Leguminosenanbaus gestärkt werden. Damit verspreche ich mir auch umfangreichere Informationen und Beratung und Informationsangebote sowohl an die praktische Landwirtschaft, aber auch und insbesondere an die verarbeitende Industrie in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir sehen an diesen unterschiedlichen Aspekten auch die Herausforderung, dass es mit dem Anbaurückgang von Leguminosen im Land Mecklenburg-Vorpommern handfeste und nachvollziehbare Gründe gegeben hat, wegen der Vorzüglichkeit bestimmter anderer Produkte. Deswegen müssen wir dieses ändern und ich bin der festen Überzeugung, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern, im norddeutschen Raum sehr gute Chancen haben, um den Leguminosenanbau zum Wohle der Menschheit und zum Wohle auch der Natur weiter voranzutreiben. Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben, und ich wünsche Ihnen und uns, im Übrigen ab dem 13., der Hinweis sei mir gestattet, interessante Tage auf der MeLa,

(Heinz Müller, SPD: Auf der MeLa.)

der schönsten, der größten Landwirtschaftsausstellung, die es im norddeutschen Raum gibt. Sie können sich da sicher auch über den Leguminosenanbau und vor allem die Gesamtentwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern informieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Der Minister hat seine Redezeit um drei Minuten überzogen. Diese Zeit steht der Opposition zur Verfügung.

Als nächster Abgeordneter hat Professor Dr. Tack das Wort.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich hier so aufgerufen werde, dann gehe ich natürlich ans Pult. Ich hatte an eine andere Reihenfolge gedacht.

Meine Damen und Herren, ich war in den drei Beiträgen ein bisschen erstaunt darüber, wie wenig Interesse es an landwirtschaftlichen Problemen und insbesondere an der Eiweißstrategie bei den Fraktionen hier gegeben hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Einbringung und die bisherigen Beiträge haben für den geneigten Zuhörer deutlich gemacht, dass es unbedingt eine rasche Hinwendung zu den heimischen Eiweißpflanzen

im Ackerbau unseres Landes geben muss. Auf Antrag meiner Fraktion haben wir uns am vergangenen Donnerstag im Agrarausschuss mit der Nachhaltigkeit im Anbau und in der Nutzung nachwachsender Rohstoffe beschäftigt. Der Vertreter der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Dr. Gurgel kam auf wissenschaftlicher Grundlage zu der Aussage, dass jeder Hektar im Lande, der alternativ zur gegenwärtig sehr eingeschränkten Fruchtfolge genutzt wird, von größtem Wert sei. Für diese Auflockerung der Fruchtfolgen sind die Leguminosen besonders geeignet. Darauf hat auch der Minister aufmerksam gemacht.

Es geht also nicht nur um den Ersatz von Importsoja, wie Frau Kollegin Schlupp in ihrer Pressemitteilung schrieb, sondern es geht um die Nutzung der Gratisfaktoren der Natur in ihrer Gesamtheit. Ich habe diese Gratisfaktoren ausführlich in meiner Einbringung beschrieben. Entscheidend für den Erfolg der "Wiedereinführung der Leguminosen im heimischen Ackerbau" wird die wirtschaftliche Attraktivität dieser Fruchtart für den Landwirt sein. Hier kommt uns momentan die Verdopplung des Sojapreises am Weltmarkt entgegen. "Soja können wir uns nicht mehr leisten", wird der Bauernverbandspräsident Rainer Tietböhl in der Presse zitiert. Rapsschrot wird von ihm als Alternative genannt.

Meine Damen und Herren, dieses Futtermittel ist aber nicht in dem Umfang vorhanden, da dafür der Rapsanbau im Lande nicht ausreicht und wir auch wieder Fruchtfolgegrenzen haben. Diese zu überschreiten, verbietet der Fachverstand. Professor Makowski sieht den Rapsanteil bei maximal 25 Prozent – nicht der Ackerfläche, sondern der rapsfähigen Ackerfläche, und auf diesem Gebiet haben wir Jahrzehnte gemeinsam gearbeitet, als sich die Arbeitsgruppe "Biogene Kraft- und Schmierstoffe" des Bauernverbandes hier im Lande ...

(Minister Dr. Till Backhaus: Gut zusammengearbeitet haben wir. – Peter Ritter, DIE LINKE: Was es nicht alles gibt!)

Wir haben gut zusammengearbeitet, das ist so. Und deswegen vertrete ich diese Auffassung in gleicher Weise, 25 Prozent dürfen nicht überschritten werden. Alles was darüber hinausgeht, stört Fruchtfolgen und führt zu schwerwiegenden Schäden, insbesondere zu einem Anstieg der Pilzkrankheiten in der Folge. Also ist Raps keine Alternative oder keine alleinige Alternative zum Importsoja. Aber Eiweißpflanzen sind eine realistische Alternative, die wir entwickeln müssen, damit sie wirtschaftlich wird. Deshalb müssen wir in der nächsten Zeit viele Schritte zugleich beschreiten, wenn diese Schritte auch anfänglich noch klein sein werden.

Das Beispiel der Blauen Lupine, was Minister Backhaus angesprochen hat, freut mich natürlich sehr. Aber die Blaue Lupine ist keine Alternative für die extrem leichten Sandstandorte. Dort brauchen wir, wie ich das in der Einbringung gesagt habe, eine Züchtung, die uns Resistenz gegen die Anthraknose bei der Gelben Lupine erbringt.

Die Weichen für die Forschung an und mit den Eiweißpflanzen müssen gestellt werden. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage zum AgroBio Technikum Groß Lüsewitz heißt es unter anderem: "Ziel ist, dass im AgroBio Technikum Teile dieser Arbeiten" – der Forschungsarbeiten zu

den Eiweißpflanzen – "durchgeführt werden", so auch gestern zu lesen in der SVZ, in der Minister Backhaus zitiert wird: "Wir wollen auf dem Gebiet Forschung machen."

Dem Bund können wir aber nicht nur die Räume im AgroBio Technikum Groß Lüsewitz anbieten, sondern wir brauchen eine eigenständige Forschung. Die Weichen für die Forschung müssen also im wahrsten Sinne des Wortes schnell gestellt werden. Wir brauchen ertragsstabile Sorten, die mittelfristig eine wirtschaftliche Alternative für den Pflanzenbau und für die Tierernährung sein können. Die Landesforschung muss neben der hoheitlichen Aufgabe der Sortenversuche beispielsweise auch an Fütterungsversuchen und Anbauversuchen arbeiten, wie das teilweise am Standort Dummerstorf schon eingeleitet ist.

In der Lehre muss den theoretischen und praktischen Grundlagen sowie – und das unterstreiche ich ganz dick – der Verfahrenstechnik wieder mehr Bedeutung zugemessen werden. Den Züchtern muss die intensive Befassung mit diesen Pflanzen wieder schmackhaft gemacht werden. Das geht sicher nur über eine Anschubförderung, die diese Vorleistung für einen Markt liefert, der erst wieder am Entstehen ist.

Zugleich müssen wir aber auch alle Möglichkeiten des Anbaus im Lande nutzen. Die Neuausrichtung der GAP, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit ihrem Kernanliegen, die Landwirtschaft umweltfreundlicher zu gestalten, muss sich unbedingt diesem gesamteuropäischen Problem widmen und bessere Rahmenbedingungen für den Einsatz einheimischer Eiweißpflanzen schaffen. Ich könnte mir vorstellen, dass das sogenannte Greening für Bauern dann akzeptabler werden könnte, wenn der Anbau von Leguminosen auf den vorgesehenen sieben Prozent der Flächen möglich würde. Aber ich will ja gar nichts vorwegnehmen, welche Argumente Fachleute für oder gegen dieses Vorhaben, eine Eiweißstrategie zu entwickeln, vorbringen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Ansatz verlangt die Erarbeitung einer eigenen Strategie im Lande, damit die Spezifik des Landes Berücksichtigung findet und die Einflussnahme auf Bundes- und auf EU-Aktivitäten zielgerichtet erfolgen kann. Insofern ist unser Antrag konkreter und etwas weitergehend als der Aufruf der Koalition zu diesem Thema. Es war bereits vorgeschlagen worden, beide Anträge in den Ausschuss zu überweisen, sodass ich mir diesen Vorschlag dann ersparen kann. Genauso unterstützen wir den Vorschlag, die Änderungsanträge mit zur Erörterung in den Agrarausschuss zu überweisen.

(allgemeine Unruhe)

Dort können wir mit Fachleuten das Für und Wider erörtern und daraus die Leitlinien für eine Eiweißstrategie des Landes entwickeln.

Ich bilde folgendes Fazit: Die Erweiterung und Förderung des Leguminosenanbaus ist also im wahrsten Sinne des Wortes sowohl aus ökologischer als auch aus ökonomischer Sicht eine vorrangige gesellschaftliche Aufgabe. Ich freue mich auf die Beratungen im Agrarausschuss. – Danke sehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Krüger von der SPD-Fraktion.

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich jetzt auch zu diesem Antrag sprechen darf. Ich bin etwas überrascht über die Reihenfolge. Aber das ist okay, das ist verabredet, das machen wir jetzt so.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Keine Kritik ans Präsidium!)

Nein, das würde ich mir nie erlauben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist schon bemerkenswert,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

wenn sich hier gleich drei Parteien mit einem Antrag zu Wort melden in der Landtagssitzung, zu einem Thema, das medial ja eigentlich nicht im Mittelpunkt steht und, wir haben es ja hier eingangs auch gesehen, offenbar nicht jeden von der Fachlichkeit her so interessiert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Füllen wir den Eiweißhaushalt auf!)

Offensichtlich sehen aber drei Parteien hier Handlungsbedarf, bei diesen, wie ich finde, ökologisch wertvollen Pflanzen etwas zu tun im Bereich Züchtung, Anbau. Also SPD, CDU und LINKE haben deswegen den Antrag eingebracht und ich finde es schön, will ich auch ganz deutlich sagen in Richtung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass sie jetzt auf den fahrenden Zug auch noch mit aufspringen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

sodass wir dann mit allen Parteien gemeinsam dieses ökologisch wertvolle Thema beraten können.

Meine Damen und Herren, was macht Leguminosen so interessant? Hier ist viel gesagt worden, deswegen kann ich das ganz kurz halten. Sie sind wertvoller Eiweißlieferant im Tierfutter, bei uns die bestimmende Pflanze ist das Soja. Soja wird außer zu Forschungszwecken – das hat der Minister hier schon angedeutet, dass wir auch Forschungsanbau in Mecklenburg-Vorpommern haben, übrigens in Groß Lüsewitz – nicht angebaut. Soja wird importiert. Importiert wird Soja vor allem aus Südamerika.

(Vincent Kokert, CDU: Die Regenwälder werden abgeholzt dafür.)

Genau, das ist eines der Probleme, da werden Regenwälder abgeholzt, Herr Kokert. Genau das ist eines der Probleme.

Zweites Problem ist, dass auf Feldern, auf denen normalerweise Nahrungsmittel angebaut werden, jetzt Soja angebaut wird. Das führt dort in den Regionen dann wiederum zu Nahrungsmittelknappheit und – nicht zu vergessen, wie ich finde, ein ganz wichtiger Punkt – die indigenen Urvölker dort werden vertrieben.

Und was für uns auch noch wichtig ist, dieses Soja, was dort angebaut wird und was zu uns geliefert wird, ist in

aller Regel gentechnisch verändertes Soja, und das ist etwas, was wir so nicht wollen. Das Besondere dieser Pflanzenart ist, sie lebt symbiotisch mit Mikroorganismen, bindet den Stickstoff aus der Luft und ist damit hervorragend geeignet als Gründünger. Das ist hier schon genannt worden, deswegen spare ich mir hier diese Dinge mal

Wir sparen Dünger. Die Herstellung von Stickstoffdünger ist extrem teuer und verbraucht extrem viel Energie. Zum Vergleich dazu: Eine Tonne Stickstoffdünger verbraucht 1,7 Tonnen Braunkohle. Nebeneffekt des Stickstoffdüngers ist die Nitratbelastung des Bodens, des Grundwassers – alles Gründe in Zeiten des Klimawandels, über Alternativen von Kunstdünger nachzudenken, und Leguminosen sind an dieser Stelle eine Alternative.

Nun kann man ja fragen, was ist die politische Komponente an all diesen Aussagen. Schließlich befinden wir uns, wie ein netter Kollege mir neulich sagte, nicht in einem agrarwissenschaftlichen Seminar, sondern auf der politischen Ebene des Parlamentes. Das ist relativ simpel. Dazu vier Punkte:

Erstens. Wir lehnen den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen ab. Dazu gab es hier vor Kurzem auch eine Debatte. Alle Parteien, die sich seinerzeit geäußert haben, haben sich genau in diese Richtung geäußert. Gentechnisch veränderter Sojaschrot ist momentan im Futter der Nutztiere. Mit dem Einsatz von einheimischen Eiweißpflanzen haben wir die Möglichkeit, die Gentechnik in Futtermitteln zurückzudrängen. Ich bin mir sicher, dass wir damit den Nerv vieler Verbraucherinnen und Verbraucher treffen werden.

Zweitens. Leguminosen können hier angebaut werden. Das heißt, wir können Wertschöpfungsketten bei uns belassen. Importe von Sojaschrot könnten unterbleiben. Das Vermeiden dieser Importe an sich ist klimapolitisch betrachtet schon vernünftig. Zudem können wir mit einer eigenen Eiweißpflanzenproduktion die Auswüchse, die der Sojaanbau in den Herstellungsländern mit sich bringt, ich habe das erst schon erwähnt, vielleicht ein Stück weit zurückdrängen.

Ich bin mir sicher, wenn wir die Voraussetzungen schaffen, dass sich der Leguminosenanbau bei uns wieder lohnt. Dieses Lohnen ist wichtig, darauf haben auch schon mehrere hingewiesen, weil die Bauern damit Geld verdienen können müssen. Dann werden die Landwirte diese einheimische Pflanzenart auch wieder zu schätzen wissen.

Damit komme ich zu Punkt drei: Wir werden bei der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2014 sogenannte Greeningmaßnahmen bekommen. Das heißt,
dass nach derzeitigem Stand 30 Prozent der von der EU
gezahlten Direktbeihilfen für die Bauern nur dann ausgezahlt werden, wenn auf 7 Prozent der Flächen ökologische Vorrangflächen eingeführt werden. Das bedeutet,
dass nach besonderen Kriterien gewirtschaftet werden
muss. Der Anbau von Leguminosen gehört aus unserer
Sicht dazu.

Hin und wieder ist zu lesen, und hier ist es ja auch gesagt worden, dass es sich um Stilllegungsflächen handeln würde und dass die Bauern dort nichts verdienen können. Ich sage für die Fraktion der SPD, wir sollten die Bäuerinnen und Bauern nicht weiter verunsichern. Nie-

mand will wirklich, dass wir eine Stilllegung bekommen. Das macht keinen Sinn. Vor allem in Zeiten der ökologischen Klimawende macht das keinen Sinn. Wir brauchen den Acker. Wir wollen die Äcker weiterhin bewirtschaftet sehen, stimmen aber den besonderen, für die Umwelt wertvollen Anbaubedingungen auf diesen Flächen zu. Ein Beispiel dafür ist der Leguminosenanbau. Hier eröffnen sich neue Möglichkeiten, die wir als Politik begleiten sollten.

Viertens will ich erwähnen, dass wir mit dem Leguminosenanbau die Biodiversität erhöhen, denn mehr Kulturpflanzen werden auf unseren Feldern angebaut. Damit erweitern wir die Möglichkeiten der Fruchtfolgen für die Betriebe. Und was mir besonders wichtig ist, eine Reihe von Leguminosen sind für Bienen und Hummeln eine wertvolle Nahrungspflanze. Das hat ökologischen, aber auch wirtschaftlichen Wert.

Meine Damen und Herren, sollten Sie jetzt neugierig geworden sein und sollten Sie sich mal so ein Leguminosenfeld anschauen wollen, dann lade ich Sie herzlich in meinen Wahlkreis ein, zwischen Basedow und Malchin.

(Rudolf Borchert, SPD: Schön.)

Auf der linken Seite ist der Bauer Herr Kaden und der Bauer Herr Kaden hat ein Leguminosenfeld mit Rotklee, das kann man sich sehr schön anschauen. Und der Herr Kaden ist auch voll des Lobes über den Klee als Futterpflanze. Aber zurück zum Antrag.

(Heinz Müller, SPD: Er lobt ihn über den roten Klee.)

Über den roten Klee lobt er den, genau.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, mit der Aufforderung an die Landesregierung wollen wir weiter aktiv die bodengebundene Landwirtschaft fördern, Wertschöpfungsketten im Land belassen beziehungsweise aufbauen, uns also unabhängiger von Rohstoffimporten machen, einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, die Biodiversität erhöhen und die EU-Förderperiode vorbereiten – große Ziele also.

Ich plädiere, anders als mein Kollege Professor Tack, dafür, dass wir zuerst einmal schauen, was es auf diesem Gebiet gibt. Insbesondere die Eiweißstrategie des Bundes könnte für uns interessant sein, gegebenenfalls auch hier im Land von dieser Bundeseiweißstrategie etwas an Forschung zu realisieren. Aber dafür, wie gesagt, wollen wir das Ganze in den Ausschuss überweisen, um zu schauen, wo wir stehen, und dann die notwendigen Schlüsse ziehen. Wir wollen die Anträge, die wir gestellt haben, die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der LINKEN, genauso wie die Änderungsanträge der GRÜNEN in den Ausschuss überweisen. Ich denke, da müssen die Diskussionen dann weitergehen. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der NPD-Fraktion.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit den Anträgen der Fraktionen der CDU und SPD: "Anteil einheimischer Eiweißpflanzen in der Tierfütterung erhöhen – nachhaltige Landbewirtschaftung und Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen" sowie der LINKEN: "Eiweißstrategie für nachhaltige Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln" wird der Versuch unternommen, von einer verfehlten Anbauund Bewirtschaftungspolitik wegzukommen. Denn in der Europäischen Union beansprucht die Eiweißpflanzenerzeugung lediglich 3 Prozent der Ackerfläche und liefert damit nur 30 Prozent der in der EU verwendeten Eiweißpflanzen.

Dieses erhebliche Ausmaß der Untererzeugung von Eiweißpflanzen geht auf internationale Handelsabkommen, insbesondere mit den USA zurück. Zu nennen sei hier zum Beispiel das GATT-Abkommen. Sie gestatten es der EU einerseits, ihre Getreideproduktion weitgehend zu schützen, erforderten im Gegenzug jedoch die zollfreie Einfuhr von Eiweißpflanzen und Ölsaaten in die Europäische Union. Dieses hatte zur Folge, dass die einheimischen Erzeuger von Eiweißpflanzen einen Wettbewerbsnachteil hinnehmen mussten, Landwirtschaft und verarbeitendes Gewerbe ihr Interesse verloren, ein Teil der praktischen Kenntnisse im Ackerbau und in der weiteren Wertschöpfung verloren gingen und sowohl die Züchtung als auch die Forschung immer weiter zurückgefahren wurde.

Vor diesem Hintergrund wurde die züchterische Bearbeitung der Eiweißpflanzen in der Bundesrepublik Deutschland auf nur noch je ein einziges Züchtungsprogramm für Erbse, Ackerbohne und Süßlupine reduziert. Diese noch bestehenden Züchtungsprogramme drohen ebenfalls aufgegeben zu werden.

Der ökologische Landbau, der auf die biologische Stickstofffixierung dringend angewiesen ist, kann nicht alleine die Eiweißpflanzenzüchtung finanziell nachhaltig tragen. Auch deshalb ist die Anbaufläche von heimischen Eiweißpflanzen in Deutschland seit 1998 um zwei Drittel zurückgegangen. Im Jahr 2011 wurden auf rund 97.500 Hektar Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung angebaut. Das entspricht in etwa 0,8 Prozent unserer Ackerfläche. Die Gesamtanbaufläche von Hülsenfrüchten zur Körnergewinnung lag in Mecklenburg-Vorpommern bei 6.300 Hektar. Das entspricht bei einer Gesamtackerfläche von 1.083.000 Hektar 0,58 Prozent und ist somit noch weniger als der Bundesdurchschnitt.

Ursächlich verantwortlich sind die großen Versäumnisse in der Politik, auch hier im Land. Die Verringerung der Anbaufläche und der Erntemenge bei gleichzeitiger Erhöhung der Nutz- und Mastviehzahl hat natürlich ein immer stärker werdendes Eiweißdefizit zur Folge, das nur durch verstärkte Eiweißimporte ausgeglichen werden kann. Seit Jahren kann dieses Eiweißdefizit nur noch mit massenhaftem Import von Sojaprodukten ausgeglichen werden. Im Jahr 2011 betrug die Importmenge an Sojabohnen rund 3,2 Millionen Tonnen und an 3,4 Millionen Tonnen Sojaschrot. Der Anteil der importierten Sojabohnen von dem amerikanischen Kontinent beträgt mit 3 Millionen Tonnen in etwa 95 Prozent. Dieser Anteil muss wohl als weitgehend genmanipuliert und nicht nachhaltig angebaut angesehen werden.

Diese Importmengen haben unter anderem zur Folge, dass wir in eine immer größer werdende Abhängig-

keit vom Ausland geraten sind, dass große Mengen Urwald abgeholzt werden mussten, dass der riesige Monokulturenanbau mit dem Einsatz von Genmanipulation und dem massenhaften Einsatz von Spritzmitteln einhergeht, dass der heimischen Bevölkerung ein großer Teil landwirtschaftlicher Nutzfläche und damit ihrer Nahrungsmittel verloren ging, sich die Landflucht in der Dritten Welt erhöht und die verarmte und verelendete Stadtbevölkerung sich umso mehr in die Gebiete des reichen Nordens orientiert und durch den nicht deklarierten Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut die deutschen Verbraucher nicht in der Lage sind, hinreichend zu überprüfen, ob das von ihnen zu konsumierende gewünschte Fleisch mit solchem Futter produziert wurde.

Wie Sie sicher wissen, vertreten wir Nationalen das Modell einer bedarfsdeckenden raumorientierten Volkswirtschaft,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Interessiert bloß keinen.)

die wir auch in unserem Wahlprogramm 2011 gefordert haben. Dort hieß es: "Das Konzept einer raumorientierten Volkswirtschaft basiert auf der Grundlage ökonomischer wie ökologischer Vernunft."

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

"Wirtschaft vor Ort bedeutet: Arbeitsplätze vor Ort, kurze Transportwege und Vertrauen in die heimischen Produkte. Deshalb tritt die NPD für die Stärkung der klein- und mittelständischen Unternehmen ein."

Wir wollen hier in unserem angestammten Lebensraum all das produzieren, was wir produzieren können. Auf unseren Äckern soll all das wachsen, was hier auch wachsen kann und der Bedarfsdeckung dient. Uns ist dabei nur wichtig, dass es bis zu unserer Bedarfsdeckung hergestellt wird. Wenn darüber hinaus noch Platz, Rohstoffe, Arbeitsleistung und so weiter für weitere Güter vorhanden sind, können diese hergestellt und exportiert werden.

Das heißt, wir müssen zuerst unsere eigene Pflanzennahrung sicherstellen, danach das Futter für unseren eigenen Fleischkonsum und danach erst für den Export oder Biomasse für Agrarenergie. Alles andere ist hochgradig verantwortungslos, und zwar sowohl gegenüber unserer eigenen Heimat, unseren Enkeln und Urenkeln gegenüber als auch den Menschen in anderen Lebensgebieten. Wir dürfen nicht als Neokolonialisten denen die Wälder, Äcker, Wasser, Nahrung, Gesundheit und so weiter wegnehmen und sie anschließend, nachdem wir ihnen mit unserer EU-Hochseefischereiflotte die Küstengewässer leergefischt haben, auch noch zwingen, unsere Hühnchenreste zu konsumieren.

Wir lehnen dies alles ab und wollen zu einer natürlichen Landwirtschaft zurück. Da stimmen wir von der NPD-Fraktion den Anträgen zu, da die Anträge das Wollen der NPD beinhalten. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es ist wirklich erfreulich, dass einheimische Eiweißpflanzen heute in der Regierungskoalition und auch bei den LINKEN ein ganz hohes Ansehen genießen und sich heute gleich zwei Anträge mit diesem Thema beschäftigen. Im Übrigen, wir springen hier auf keinen fahrenden Zug auf.

(Marc Reinhardt, CDU: Hintern Zug! Hintern Zug!)

Wir haben uns in diesem Landtag schon wiederholt mit dem Thema Eiweißpflanzen beschäftigt und die Erhöhung des Anbaus für Mecklenburg-Vorpommern wiederholt an verschiedenen Stellen gefordert, Herr Krüger. Für alle, die es bisher nicht wussten: Wir haben in Deutschland tatsächlich so etwas wie eine Eiweißlücke. Das bedeutet, dass für die Versorgung von Menschen und Tieren in Deutschland mit eiweißreicher Nahrung große Mengen pflanzlicher Rohstoffe – wir haben es schon gehört, in erster Linie Soja – importiert werden müssen. Und genauer gesagt, unserer Kenntnis nach stammen bis zu 45 Prozent, also fast die Hälfte des eingesetzten eiweißreichen Kraftfutters aus diesen Importen.

Bislang hat das eigentlich kaum jemanden gestört – uns natürlich schon. Soja war billig, in riesigen Mengen verfügbar, die Auswirkungen auf Umwelt, Natur und soziale Lebensbedingungen in Brasilien und den USA waren weit weg. Da störte es auch nicht, dass Soja eine Pflanze ist, die als Viehfutter fast ausschließlich gentechnisch verändert auf den Markt kommt und bei deren Anbau massiv das Pestizid Glyphosat ausgebracht wird, ein Mittel, das alle Pflanzen außer dem gentechnisch manipulierten Soja abtötet und damit auch Insekten und Wirbeltieren in den gigantischen Monokulturen ihre Lebensgrundlage entzieht.

Nun gehört Soja in vielen Ländern Asiens zwar schon immer zu den Grundnahrungsmitteln, der steigende Bedarf resultiert heutzutage aber vor allem daher, dass eben aus Sojaöl Biodiesel hergestellt wird. Das als Viehfutter verwendete Sojaschrot ist nämlich im Grunde einfach nur der Rest, der nicht zu Treibstoff verarbeitet wird.

Mittlerweile wird auch in Asien immer mehr Fleisch produziert. Die Nachfrage nach Soja als Viehfutter steigt. Während also weltweit die Nachfrage so groß ist wie nie zuvor, bricht gleichzeitig die Ernte in den USA durch langanhaltende Dürre ein, was eine dramatische Preissteigerung nach sich zieht. Und gleichzeitig steigen auch die Preise für den Stickstoffdünger. Das ist ein Dilemma.

Da verwundert es nicht, wenn das Bundeslandwirtschaftsministerium, Herr Backhaus hat es erwähnt, an einer Eiweißpflanzenstrategie arbeitet, mit dem Ziel, den Anbau heimischer Leguminosen zu fördern und die Abhängigkeit von diesen Sojaimporten zu verringern. Unter anderem soll die jahrzehntelang brachliegende Forschung und Züchtung auf diesem Gebiet wieder aktiviert werden. Und es scheint fast so, als würde die Einsicht in die Notwendigkeit, Leguminosen in eine Fruchtfolge miteinzubeziehen, nun überall wachsen.

Leguminosen haben einen hohen ackerbaulichen und ökologischen Wert. Das haben wir ja vielfach gehört, auch von Herrn Professor Tack. Momentan wird in Deutschland aber dieser Wert nur auf drei Prozent der Ackerflächen

überhaupt benutzt. Ich sehe im vermehrten Anbau heimischer Leguminosen einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt von Bodenfruchtbarkeit, Förderung der Biodiversität und Schutz vor gentechnisch veränderten Sojaimporten. Daher unterstützen wir fast alle Bestrebungen, den Anbau von Leguminosen zu fördern, mit Ausschluss der Gentechnik. Auch die Pläne von Herrn Minister Backhaus, in Groß Lüsewitz ein Kompetenzzentrum für Eiweißpflanzen zu etablieren, wie wir in der Zeitung lesen konnten – er ist gar nicht mehr da –, begrüßen wir sehr.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Doch, doch. Hier!)

Ach, da sind Sie.

(Rudolf Borchert, SPD: Guter Vorschlag.)

Das begrüßen wir sehr.

Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass eine Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Leguminosen hergestellt wird.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist der Punkt.)

Dies geschieht vor allem, wenn der Erhalt der vollen EU-Direktzahlungen an den Anbau von mindestens 20 Prozent Leguminosen oder Gemenge wie Kleegras gekoppelt wird – das ist unsere Forderung –, und zwar nicht in den sieben Prozent ökologischen Vorrangflächen. Da differieren wir.

Gleichzeitig plädieren wir für eine Stickstoffüberschusssteuer, die sowohl auf den mineralischen Stickstoffdünger als auch auf das Eiweiß, das in den Futtermitteln enthalten ist, erhoben werden muss.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Eine flächengebundene Tierhaltung und der Anbau von Leguminosen zu Futterzwecken, aber auch als Gründünger wären somit schlagartig wettbewerbsfähig.

Aber eines muss auch ganz klar gesagt werden: Mit dem Anbau heimischer beziehungsweise an die hiesigen Klimabedingungen angepasster Leguminosen ist die hier beschriebene Eiweißlücke nicht zu schließen, wenn nicht gleichzeitig auch der Verbrauch sinkt. Die Versorgung riesiger Tierbestände mit eiweißreichem Futter stellt die Hauptursache für diese Eiweißlücke dar. Durch Verfütterung gehen bei der Produktion von Schweinefleisch über drei Viertel, bei Eiern, Milch und Geflügel rund zwei Drittel des pflanzlichen Proteins verloren.

Die Verfütterung proteinreichen Kraftfutters an Kühe, deren herausragende Eigenschaft ja gerade darin besteht, sich ausschließlich von für die menschliche Ernährung nicht verwertbarem Gras ernähren zu können, ist angesichts rapide sinkender Erträge in der Milchproduktion mehr als zweifelhaft. Keine Kuh muss mit Eiweiß angereichertes Futter fressen. Die Bakterien im Verdauungssystem der Kuh produzieren ausreichend Eiweiß. Dass die allermeisten Kühe trotzdem damit gefüttert werden, hängt damit zusammen, dass die Tiere heutzutage als Hochleistungsmaschinen behandelt werden, die in kürzester Zeit große Mengen produzieren müssen.

Das ist eine Rechnung, die bei steigenden Kraftfutterpreisen und gleichzeitig sinkenden Absatzerlösen für Milch bald nicht mehr aufgehen wird.

Die Forderung der Regierungskoalition in ihrem Antrag, nachhaltige Landbewirtschaftung und Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen, kann ich nur als Signal dafür werten, dass die Tage der Massentierhaltung in unserem Land gezählt sind. Anders ist nämlich weder eine nachhaltige und ressourcenschonende Landwirtschaft zu realisieren noch die Abhängigkeit von den Futterimporten zu minimieren.

Unsere Änderungsanträge beziehen sich nun darauf, dass sichergestellt wird und sichergestellt bleibt, dass sich die Eiweißstrategie ohne den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen auf den Weg macht und dass auch Konzepte entwickelt werden, die im ökologischen Landbau funktionieren können. Erste Prozesse sind dazu offensichtlich schon im Gange.

Ich werbe für diese Änderungsanträge, freue mich, dass die Änderungsanträge offensichtlich in den Ausschuss überwiesen werden. Auch wir stimmen natürlich diesem Verfahren zu. Zeigen Sie, dass es Ihnen ernst ist mit der endgültigen Abkehr von der Gentechnik in der Landwirtschaft! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, die Anträge auf den Drucksachen 6/1032 und 6/1044 sowie die Änderungsanträge auf den Drucksachen 6/1078 und 6/1079 zur Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen.

Ich lasse daher zunächst darüber abstimmen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1032 zur Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich gehe davon aus, dass wir den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1078 ebenfalls an den Agrarausschuss überweisen. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch,

(Heinz Müller, SPD: Das machen wir doch.)

dann ist das so beschlossen.

Ich lasse nun darüber abstimmen, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1044 zur Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich gehe davon aus, dass wir den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1079 ebenfalls an den Agrarausschuss überweisen. –

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE – Erarbeitung eines Konzeptes zur dauerhaften Präsentation der archäologischen Funde in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/1037.

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE Erarbeitung eines Konzeptes zur dauerhaften Präsentation der archäologischen Funde in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 6/1037 –

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

(Heinz Müller, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE: Doch.)

Das Wort zur Begründung wird gewünscht. Wer macht die Einbringung? – Ja, Frau Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Frau Berger.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat: "Es ist politisch zu entscheiden, ob die faktische Abwicklung des Archäologischen Landesmuseums durch die Nutzung des Schweriner Schlosses durch den demokratisch gewählten Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern Bestand haben soll und die archäologischen Schätze des Landes der Öffentlichkeit weiterhin nicht zugänglich sein sollen." Das steht, wie die meisten von Ihnen wissen, im Standortentwicklungskonzept aus dem Jahr 2009 unter dem Titel "Archäologisches Landesmuseum".

Bis heute ist diese politische Entscheidung nicht getroffen und wird von Haushalt zu Haushalt verschoben. Auch in dem kürzlich beschlossenen Doppelhaushalt ist kein archäologisches Landesmuseum zu finden, geschweige denn entsprechendes Personal.

Es ist uns ja leider bisher noch nicht gelungen, Sie von der Bedeutung der Landesarchäologie für unser Land zu überzeugen. Doch bald stehen schon wieder die nächsten Haushaltsberatungen an und wir geben die Hoffnung nicht auf. Deshalb beantragen wir gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE jetzt – schon frühzeitig –, dass sich die Regierung nicht nur Gedanken über ein archäologisches Landesmuseum macht, sondern auch zeitnah ein Konzept dazu vorlegt. Und "zeitnah", das heißt, ohne absichtsvolles Trödeln und ohne zu verzögern. Wir möchten, dass das langjährige Projekt "Archäologisches Landesmuseum" nicht in der Schublade verschwindet.

Neben dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege wollen wir auch die Universitäten und die bestehenden Museen in die Erarbeitung des Konzeptes miteinbeziehen. Dabei wollen wir uns jetzt noch nicht auf ein zentrales oder dezentrales Modell festlegen. Beide Varianten bieten große Potenziale und sollten deshalb auch seriös geprüft werden, damit dann anschließend eine bewusste Entscheidung getroffen werden kann. Hierbei sollen nicht nur finanzielle, sondern vor allem auch museale und touristische Kriterien Einklang finden.

Ich möchte das an einer Frage illustrieren: Wollen wir einen repräsentativen Einzelbau oder wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gästen unseres Landes ermöglichen, die archäologischen Schätze direkt an den jeweiligen Fundorten zu sehen? Wir müssen also versuchen, neue Wege zu gehen und zu denken. Deshalb soll ernsthaft geprüft werden, ob auch eine Dezentralisierung eines Landesmuseums möglich ist.

Ausstellungen von archäologischen Funden gibt es bereits im Land. Auch die Außenstellen des Archäologischen Landesmuseums in Groß Raden und – theoretisch – in Sassnitz sind uns natürlich bekannt, Herr Donig. Das ist schon kurios genug, dass es in diesem Land zwar Außenstellen eines archäologischen Landesmuseums gibt, nicht aber das Archäologische Museum an sich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja das Geniale an der Sache.)

Wobei das Museum, ich sagte vorhin,

(Jochen Schulte, SPD: Alleinstellungsmerkmal.)

ich sagte vorhin, im Prinzip gibt es zwei Außenstellen, denn das Museum für Unterwasserarchäologie in Sassnitz ist leider seit viel zu langer Zeit schon geschlossen. Dasselbe gilt auch für die Ausstellung zu den Funden entlang der Erdgastrassen in Schloss Güstrow – das Erste aufgrund von anstehenden Sanierungsarbeiten, das Zweite, weil das Geld für das notwendige Wachpersonal fehlte.

Abgesehen davon gibt es aber natürlich einen Unterschied zwischen vielen Einzelpräsentationen und einem Landesmuseum: Ein Landesmuseum arbeitet – und das auch in einer dezentralen Variante - mit einem einheitlichen Grundkonzept und koordinierter wissenschaftlicher und museumspädagogischer Betreuung. Und genau das ist unser Anliegen. Gerne sollen die genannten Museen in ein dezentrales Gesamtkonzept einbezogen werden, ebenso wie es möglich sein könnte, kommunale Ausstellungsräume in solche Überlegungen einzubeziehen, wie zum Beispiel das Steintormuseum in Anklam oder auch das Ernst-Moritz-Arndt-Museum in Garz auf Rügen. Es gibt bekanntermaßen auch Überlegungen, ein Freiwassermuseum Ostsee einzurichten, von dem aus geführte Tauchtouren zu ausgesuchten Schiffswracks durchgeführt werden. Auch das ist ein neuer kreativer Weg, und den sollten wir weiterverfolgen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie ich schon sagte: Ein archäologisches Landesmuseum, egal in welcher Form und an welchen Orten, muss natürlich wissenschaftlich betreut werden, es muss einem übergreifenden Konzept folgen und es muss museumspädagogisch begleitet werden. Damit wirken wir Versuchen entgegen, Archäologie nationalistisch zu missbrauchen – ich nenne hier nur die Stichwörter "Wikinger und Slawen". Dabei sollten wir dann auch verstärkt natürlich den östlichen Landesteil im Blick behalten und die Menschen dort vor Ort unterstützen. Das gelingt uns vielleicht besser mit wissenschaftlich begleiteten Dauerausstellungen in den einzelnen Regionen als mit Museumspädagogik in

Schwerin. All diese Überlegungen sollten in die Überarbeitung oder in die Erarbeitung eines Konzeptes einfließen.

Eigentlich müsste dieser Antrag bei allen demokratischen Fraktionen eine große Mehrheit finden, denn sowohl CDU als auch SPD standen bislang einem archäologischen Landesmuseum zumindest mit Worten wohlwollend gegenüber. Ich darf für die CDU an die noch 2009 gültige Maxime ihres früheren Kultusministers Tesch erinnern.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dieser formulierte als Ziel die "grundlegende Abkehr von allen … Provisorien bei der Pflege des Kulturerbes".

(Marc Reinhardt, CDU: Das ist der Plan.)

Und auch die SPD-Fraktion müsste für den Antrag dankbar sein, denn den Startschuss dafür hat ja eigentlich schon Minister Brodkorb im Februar dieses Jahres gegeben.

(Torsten Renz, CDU: Die kann sich vor Freude gar nicht beruhigen.)

Sie werden sich erinnern, dass er mir in der Landtagssitzung am 29. Februar versprochen hat zu prüfen, ob eine mögliche Museumsleiterstelle an eine Professur für Urund Frühgeschichte geknüpft werden kann. Aber was nutzt ein Museumsleiter, wenn es dafür kein Museum gibt? Wir gehen daher davon aus, dass auch Herr Brodkorb dieses Museum wünscht und die Pläne dazu vorantreiben möchte. Daher sollte ihm und der SPD-Fraktion unser Antrag ebenfalls entgegenkommen.

Andere Bundesländer haben längst bewiesen, dass archäologische Museen zu Publikumsmagneten werden können. Man denke an die Ausstellung zur Himmelsscheibe von Nebra in Halle an der Saale. Spektakuläre Münzfunde, etwa der in der letzten Woche hier in der Nähe entdeckte Silberschatz mit Silbermünzen aus dem 13. Jahrhundert, oder Ausgrabungen wie das bronzezeitliche Schlachtfeld im Tollensetal zeigen das hohe Potenzial für ein Landesmuseum auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Wer sich einen bildlichen Eindruck verschaffen will, gehe einfach nur in die 4. Etage. Da ist seit dieser Woche eine Ausstellung der ehrenamtlichen Bodendenkmalpflegerinnen und Bodendenkmalpfleger zu sehen, in der auch Stücke gezeigt werden. Die Ausstellung hatte den Titel "Zu schade fürs Depot".

Wer nicht so weit laufen möchte, kann auch gerade jetzt spontan ins Internet gehen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Da findet man auf der Internetseite des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege immer die Funde des Monats. Auch da werden schöne Beispiele gezeigt.

Lassen Sie uns das Projekt darum gemeinsam endlich angehen. Lassen Sie uns prüfen, in welcher Form und in welchem Zeitraum sich ein archäologisches Landesmuseum mit Dauerausstellung realisieren lässt, denn ein in mehrerer Hinsicht armes Land ist ein Land, das sich ein solches Museum nicht leisten kann oder nicht leisten will

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort Herr Donig von der SPD-Fraktion.

Ingulf Donig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Berger, um Ihnen das gleich zu Anfang zu sagen: Auch unsere Koalition möchte ein solches Museum haben, ja. Nur unsere Wege unterscheiden sich etwas: Wir machen nicht den zweiten Schritt vor dem ersten.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig.)

Wir beginnen nämlich mit der Sortierung der ganzen Sachen, die wir gefunden haben,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das tun Sie schon ziemlich lange.)

und der Sicherung der Dokumentation und ähnliche Dinge.

(Torsten Renz, CDU: Heißt das, dass der Antrag überflüssig ist?)

Ich komme zum Schluss dann dazu.

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der 13. Landtagssitzung am 15. März dieses Jahres hat Minister Mathias Brodkorb zur Drucksache 6/372 "Zukunft der Landesarchäologie sichern" auf die Herausstellung des Stellenwertes von Archäologie für Kultur, Wissenschaft und Fortschritt in Mecklenburg-Vorpommern hingewiesen sowie die Entwicklung eines Stufenplanes angekündigt.

Bevor man etwas repräsentiert, bedarf es einiger Schritte, um die Voraussetzungen für eine Repräsentation zu schaffen: Sicherung, Dokumentation, Aufarbeitung archäologischen Kulturgutes.

Zu den bisherigen Aktivitäten: Das Standortentwicklungskonzept für die Stellingstraße Schwerin dient dem Ziel, Depots und Werkstätten für die Bewahrung der Kulturschätze des Landes auf den modernsten Stand zu bringen. Sie werden sowohl dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege als auch dem Staatlichen Museum Schwerin zur Verfügung stehen. Im Übrigen ist ein europaweiter Architektenwettbewerb eingeleitet und die Sitzung des Preisgerichts findet vom 5. bis 7. September dieses Jahres statt. Für die Übergangszeit bis zur Fertigstellung der Depots und Werkstätten konnte in Schwerin-Süd ein Ort für die zentrale Unterbringung eingerichtet und vor Kurzem seiner Nutzung zugeführt werden. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung der Zentralisierung der im ganzen Land verteilten Außendepots geschaffen.

Zunächst ist es wichtig, das archäologische Freilichtmuseum Groß Raden in seinem jetzigen Status zu erhalten und seine Potenziale weiter zu erschließen. Bestehende dezentrale archäologische Ausstellungen sollen weiter im Land gezeigt werden, so die Sammlung Friedrich Lisch, Robert Beltz, Ewald Schuldt – Bewahrer archäologischer Schätze Mecklenburgs von 1835 bis 1981. Das war bisher in Neubukow bei Wismar zu sehen und jetzt in Groß Raden.

Einen großen Beitrag leisten neben staatlichen Institutionen viele Ehrenamtliche, insbesondere die Archäologische Gesellschaft für Mecklenburg und Vorpommern e. V. Sie begleitet das Thema "Archäologie entdecken". Es regt an, per Exkursion Zeugen der Vergangenheit zu entdecken. Das wären zum Beispiel Ausstellungen wie das Freilichtmuseum der Slawenburg in Kap Arkona und das, was Sie sagten, Frau Berger, im Tollensetal, dieses Schlachtfeld, dass man solche Ideen aufgreift, um das dezentral zu machen. Das ist richtig.

Die Dokumentation und Aufbereitung der Funde mit dem Ziel, die Funde nicht nur der Wissenschaft zugänglich zu machen, sondern auch einer breiten Öffentlichkeit, ist Regelaufgabe des Landes. Die Wiedererrichtung eines archäologischen Landesmuseums in M-V steht auf der Agenda, jedoch sind neben der Dokumentation und Aufbereitung der Funde die Sicherung des benötigten Personals für eine Dauerausstellung zwingende Schritte im Vorfeld. Ziel ist es, einen Stufenplan zur langfristigen Sicherung des archäologischen Kulturgutes so zu gestalten, dass diese Sicherung auch tatsächlich realisiert werden kann. Standortdiskussionen zu einem archäologischen Landesmuseum sowie dezentrale Museumskonzepte müssen am Ende dieses Prozesses geführt werden. Da aber dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, lehnen wir den Antrag ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Jubiläum, das sich in diesem Jahr zum 20. Mal jährt, ist leider keines, auf das wir stolz sein können: 20 Jahre ohne archäologisches Landesmuseum in Mecklenburg-Vorpommern – wer möchte das schon feiern?

Seit dem Einzug des Landtages in das Schloss, der, wie Sie sicher alle wissen, den Auszug des damaligen Archäologischen Landesmuseums mit sich brachte, wurde bis zum heutigen Tag kein umfassendes tragfähiges und praktikables Konzept für einen oder auch mehrere Standorte eines archäologischen Landesmuseums abschließend erarbeitet. Daher gibt es bis heute leider auch keinen Ort oder keine Orte, an welchen das archäologische Erbe angemessen, dauerhaft und professionell präsentiert wird und für eine breite Öffentlichkeit zugänglich ist. Das ist eine Lücke, die wir schließen müssen. Das ist etwas, was sich ändern muss.

In dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE fordern wir deshalb die Erarbeitung eines solchen Konzepts. Diese Forderung ist nicht neu, sie hat leider inzwischen auch schon eine fast 20-jährige Tradition. Das wissen wir alle, wie wir hier sitzen, und trotzdem werden wir nicht müde, immer wieder darauf hinzuwirken, auf dass sich schließlich doch noch eine gute Perspektive für die Archäologie in Mecklenburg-Vorpommern eröffnet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei ist es uns wichtig, dass die Kompetenzen aus allen notwendigen Wissensbereichen zusammengeführt werden, um "sowohl die Sicherung des archäologischen Kulturguts als auch die wissenschaftliche Aufarbeitung und die museale Präsentation der Funde und Forschungsergebnisse für die Öffentlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern" zu gewährleisten. Denn nur auf der Grundlage der Erfahrungsschätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Museen und der Museumspädagogen, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege und auf der Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse lassen sich bedarfsgerechte innovative museale Konzepte für unser Land erarbeiten

In Punkt 2 unseres gemeinsamen Antrages finden Sie diese Forderung wieder, und meine Kollegin Frau Berger hat ja auch schon einige innovative Überlegungen hier geäußert.

Und da wir selbstverständlich auch wissen, dass für die Umsetzung eines solchen Konzepts natürlich auch die materielle Ausstattung erforderlich ist, finden Sie in unserem Antrag eine Befristung zur Vorlage des Konzeptes bis zum 30. April nächsten Jahres - also ein angemessen langer Zeitraum - mit der Zielstellung, für den Haushalt 2014/2015 entsprechend Vorsorge treffen zu können. Selbstverständlich erwarten wir auch, dass für die Erfüllung der zugeordneten Aufgaben- und Verantwortungsbereiche innerhalb eines zentralen oder auch dezentralen archäologischen Landesmuseums zukünftig qualifizierte Fachkräfte eingesetzt werden. Denn nur so kann die sach- und fachgerechte Behandlung und Lagerung des historischen Erbes ohne Werteinbußen und Verluste sichergestellt werden. Ausreichende Flächen und Räume für die Lagerung und die Präsentation der Kulturgüter müssen dringend zur Verfügung stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, archäologische Funde treten immer wieder zutage, ob nun aufgrund geplanter Maßnahmen, wie zum Beispiel während der Ausgrabungen bei größeren Bauvorhaben, oder zufällig, wie jüngst der Fund eines Silberschatzes, der hier auch schon erwähnt wurde.

Und zu verweisen ist auf die umfangreichen Aufgaben der Unterwasserarchäologie – an dieser Stelle der rechte Ort. Diese nimmt in Mecklenburg-Vorpommern eine Sonderposition ein, denn unser Bundesland ist das mit der längsten Küste, circa 1.700 Kilometer. Darüber hinaus sind 5,4 Prozent der Landesfläche mit Binnengewässern bedeckt. Diese Zahlen weisen auf ein überaus reiches Betätigungsfeld hin. Die Unterwasserarchäologie wird daher auch zukünftig einen wesentlichen Anteil an der Erforschung des kulturellen Erbes in Mecklenburg-Vorpommern haben. Dies sollte sich auch in einer angemessenen Präsentation der Funde widerspiegeln und innerhalb der Konzepterarbeitung – unserer Auffassung nach – eine exponierte Rolle einnehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den vergangenen Jahren wurden vonseiten der Landesregierung immer wieder wohlwollende Lippenbekenntnisse abgegeben und sogar verschiedene Ideen für ein archäologisches Landesmuseum entwickelt. Konkrete Taten sind jedoch nicht erfolgt. Das Standortentwicklungskonzept für den Depotneubau in der Schweriner Stellingstraße sieht vor, innerhalb der kommenden zehn Jahre die Fertigstellung eines zentralen Depots zu realisieren. Baubeginn soll nächstes Jahr sein. Das ist ein guter Anfang. Aber was spricht gegen die einstigen Überlegungen, größere Teile des Gebäudekomplexes im Bereich der Stellingstraße für ein archäologisches Landesmuseum nutzbar zu machen? Sinnvollerweise sollten bereits vorliegende Ideen im gleichen Zuge nochmals überprüft und überarbeitet werden.

Die Stadt Schwerin ist nach wie vor interessiert, ein archäologisches Landesmuseum zu beheimaten.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Die jüngst geäußerte Überlegung des Ministers Brodkorb, der sich wohl von unserer Idee einer Vernetzung der Universitäten mit der praktischen Denkmalpflege im Frühjahr dieses Jahres inspirieren ließ und spontan den Vorschlag machte, er könne sich eine Doppelfunktion des Inhabers einer Professur für Ur- und Frühgeschichte an der Uni Rostock, der gleichzeitig als Leiter des zukünftigen archäologischen Landesmuseums eingesetzt würde, sehr gut vorstellen, könnte sehr wohl auch in diesem Konzept ihren Niederschlag finden.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hatte im Übrigen bereits für das Jahr 2011 in Aussicht gestellt, Maßnahmen zu ergreifen, die dem archäologischen Landesmuseum eine Perspektive geben. Da bislang keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen wurden, möchten wir Ihnen mit unserem Antrag auch die Möglichkeit geben, Ihr Versprechen einzulösen. Sie müssen unserem Antrag lediglich nur zustimmen.

(Torsten Renz, CDU: Das tut doch nicht not.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Renz! "Zu schade fürs Depot", es ist gerade darauf hingewiesen worden, so lautet der Titel der ersten gemeinsamen Ausstellung der Landtagsfraktionen von BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, die wir vorgestern auf dem Flur in der 4. Etage des Schlosses eröffnet haben. Dort können Sie eine kleine Auswahl des reichen Schatzes der archäologischen Funde Mecklenburg-Vorpommerns sehen. Und Sie werden mir sicher zustimmen, dass jedes einzelne Fundstück zu bedeutend ist, zu einzigartig, um hinter geschlossenen Türen aufbewahrt zu werden, ohne für die Menschen sichtbar zu sein, denn jedes erzählt seine eigene Geschichte, macht uns neugierig, wirft Fragen auf, fordert Antworten heraus und hilft uns so bei der Auseinandersetzung mit unserer Kultur- und Landesgeschichte.

Die Fotografien entstanden in den vergangenen Jahren durch verschiedene ehrenamtliche Bodendenkmalpflegerinnen und Bodendenkmalpfleger und dienten zuallererst der Dokumentation der archäologischen Funde. Ende des vergangenen Jahres reifte dann eine Idee, die seit Beginn dieses Jahres realisiert wurde. Mit einer Postkartenaktion wollen die ehrenamtlichen Bodendenkmalpflegerinnen und Bodendenkmalpfleger auf das Fehlen eines archäologischen Landesmuseums bezie-

hungsweise auf das Fehlen von geeigneten Ausstellungsmöglichkeiten für eine dauerhafte Präsentation der archäologischen Funde in Mecklenburg-Vorpommern aufmerksam machen. Die Postkarten sollen gezielt an Politikerinnen und Politiker im ganzen Land versendet werden, um an diesen Missstand zu erinnern. Beabsichtigt ist darüber hinaus, bei den Adressaten diese kleinen und auch größeren Schätze als wertvolle Zeugnisse unserer Kulturgeschichte wieder ins Bewusstsein zu rufen und sie aufzufordern, Verantwortung dafür zu übernehmen.

Genau das tun wir mit dem vorliegenden gemeinsamen Antrag der Landtagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Sie sehen, wir haben uns verantwortungsvoll mit der Thematik auseinandergesetzt und hoffen, dass auch Sie das tun werden, denn die aktuelle Situation der Archäologie in Mecklenburg-Vorpommern gibt nach wie vor Anlass zur Sorge. Also sorgen auch Sie sich und tragen Sorge, übernehmen Sie Ihren Teil einer gemeinsamen Verantwortung für die Kulturgüter unseres Landes! Es besteht dringender Handlungsbedarf, und das nicht erst, wie eingangs erwähnt, seit heute.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist doch per Gesetz verpflichtet, die archäologischen Kulturgüter zu sichern, auszuwerten und für die Bevölkerung nutzbar zu machen. Darauf möchte ich noch mal dezidiert am Ende meiner Rede hinweisen. – Ich muss dann gleich zu meiner Besuchergruppe, deswegen nur in gebotener Kürze.

Ich habe jetzt in meiner ganzen Rede darauf auch noch mal abgestellt und dafür geworben, dass Sie, trotz der Ankündigung abzulehnen, sich das noch mal überlegen und hier doch zustimmen. Die Argumente sind von Frau Berger und von mir genannt worden. Die Argumente, die bislang hier im Raum stehen als Gegenposition, sind eher verstörend. Zu sagen, wir wollen die Fundstücke erst einmal sortieren oder uns sortieren, wie auch immer, also etwas sortieren.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

kann doch nicht ohne Richtung, ohne Sinn und Verstand erfolgen. Das möchte ich Ihnen nicht unterstellen, und ich denke, da würden wir uns alle in diesem Land auch einen Bärendienst erweisen, wenn das so wäre. Es muss doch alles eine bestimmte Grundlage, wir meinen, eine konzeptionelle Grundlage haben.

Und was die Standortdebatte angeht – sicherlich ist die nicht die erste, die am Ufer steht. Aber sehr wohl ist die Standortdebatte mit Fragen der Personalentwicklung, mit Fragen der finanziellen Ressourcen und letztlich also inhaltlichen und konzeptionellen Fragen verbunden. Und wenn dann die Frage aufkommen sollte oder der Einwand kommen sollte, ja, dafür wäre also nicht das Geld da, dann muss ich Ihnen sagen, wir wollen auch hier nichts übers Knie brechen. Uns ist ja völlig klar, dass das ein länger währender Prozess ist. Und deswegen möchte ich noch mal darauf hinweisen, uns geht es darum, dass Vorsorge getroffen wird, beginnend mit dem Haushalt 2014/2015.

Und wenn dann wieder der Einwand kommen würde, also dafür wäre kein Geld da, dann möchte ich entgegenhalten: Wir haben in der Mittelfristigen Finanzplanung eine Erhöhung der Steuereinnahmen von 323 Millionen Euro und wir haben zugleich eine Absenkung der

Zuweisungen von Dritten in Höhe von 315 Millionen Euro, im Saldo also 8 Millionen Euro plus. Das Geld wäre da. Es ist wie überall in der Politik, letztendlich,

(Marc Reinhardt, CDU: Das hast du schon beim Theater ausgegeben.)

letztendlich entscheiden Prioritäten und entscheiden Nachrangigkeiten. Und letztendlich ist es so, was politisch gewollt ist, wird auch bezahlt.

Wir werben dafür, den politischen Willen für ein landesarchäologisches Museum aufzubringen und letztendlich an dieser Stelle auch Prioritäten zu setzen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und werbe noch mal wärmstens für unser gemeinsames Anliegen. – Schönen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Reinhardt von der CDU-Fraktion.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! GRÜNE und LINKE fordern erneut ein Konzept, was das archäologische Landesmuseum betrifft und wenn wir uns die Reden – eigentlich von allen dreien – angehört haben, geht man davon aus, habe ich so das Gefühl, alle sind sich darüber einig, eigentlich gibt es dieses Konzept bereits. Wir haben das ja auch schon in einer der letzten Landtagssitzungen vom Minister gehört, was vorgesehen ist

Was ich so festgestellt habe, bei Herrn Koplin – gut, er hatte sich entschuldigt, er muss jetzt zu seiner Besuchergruppe –, Frau Berger, man ist sich vielleicht ein wenig über die Zeitpläne uneins. Aber ich will das an dieser Stelle noch mal erheben, nicht erheben,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Erwägen?)

sondern wiederholen, worin das Konzept besteht:

Erstens, in der Sicherung des Kulturgutes. Wir wissen, wir haben hier schon oft gestanden, ob es Einbäume oder andere Funde waren, dass die Lagerbedingungen bei uns im Land in den letzten Jahren nicht gerade die besten sind. Und wir haben da jetzt den ersten Schritt getan, dass die Depots und Werkstätten in der Stellingstraße auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden sollen. Wir haben es gehört, da wird jetzt im nächsten Monat der Architektenwettbewerb ausgewertet und der Zuschlag erteilt. Das ist so der erste Punkt, dass es dort dann auch losgehen kann, und das dauert sicherlich viele Jahre. Wir haben einen Zeitraum von zehn Jahren gehört.

Und wir wissen zweitens, es ist für die Übergangsfrist in Schwerin-Süd ein Ort gefunden worden, wo wir diese Sachen bis dahin unterbringen können und wo wir sogar die Sachen aus den Bunkern in Wiligrad, wo auch nicht die besten Bedingungen herrschen, wo wir selbst diese Sachen dort im Herbst einlagern können. Dieser Zustand ist, wie ich finde, ein vernünftiger Übergang und am Ende hat man auch eine vernünftige Unterbringung gefunden.

Und dann haben wir drittens, auch das kam heute schon zur Sprache, es gibt schon zahlreiche Ausstellungen. Jetzt gibt es auf den Fluren in der 4. Etage eine kleine archäologische Ausstellung mehr. Es gibt ja mehrere, es ist nicht nur Groß Raden, es ist sicherlich auch PIPELINE I ARCHÄOLOGIE, es gibt sicherlich auch im Tollensetal einige Sachen. Es gibt sehr viele ehrenamtliche Strukturen, wo wir auch archäologische Funde im Land ausstellen. Und das wäre für mich der zweite Schritt, dass wir diese unterstützen, sie auch nach ihrem touristischen und kulturellen Potenzial abklopfen, sie weiter unterstützen und vielleicht mal gucken: Was herrscht da schon alles im Land vor?

Dann können wir nachher den letzten Schritt machen, zu sagen, ja, ist es tatsächlich gewollt, entweder, so, wie Frau Berger gesagt hat, dass es mehrere dezentrale Ausstellungen im Land gibt, oder machen wir tatsächlich ein archäologisches Landesmuseum bei uns hier im Land. Dafür müssen Voraussetzungen geschaffen werden, das hat mit Geld, das hat mit Personal zu tun.

Und nun kann man sich natürlich darüber streiten, man kann das auch alles parallel laufen lassen und sagen, wir machen jetzt sowohl die Depots und die Werkstätten in der Stellingstraße und fangen gleichzeitig noch an, ein archäologisches Landesmuseum aufzubauen. Aber da bitte ich Sie doch alle, bei den vielfachen anderen Problemen, die wir vor allem in der Kultur - und ich rede von Theatern und Orchestern - oder auch in der Bildung haben, dass man mit den Finanzen des Landes hier sorgsam umgeht und wir einen Schritt nach dem anderen tun und ganz am Ende, wenn das Kulturgut gesichert ist, wenn wir erfahren, wo zeigen wir schon etwas, wo gibt es solche Ausstellungen schon, dazu kommen: Wo könnte so ein archäologisches Landesmuseum im Land sein? Kann es in Schwerin sein, können es vielleicht auch einzelne Schlösser wie Ivenack oder Kummerow sein, können es mehrere Orte sein? Aber das muss am Ende der Diskussion stehen!

Zunächst steht die Sicherung des Kulturgutes im Vordergrund und dann zum Schluss plädiere ich dafür, dass wir uns gemeinsam darüber unterhalten: Wie kommen wir an das Geld, wie kommen wir an das fähige Personal und wie kommen wir dann an so ein Museum? – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Den Antrag lehnen wir daher ab, wollte ich noch sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Petereit von der NPD-Fraktion.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion begrüßt die vermeintliche Hinwendung der GRÜNEN und der LINKEN zu einem für unser Volk wichtigen Thema wie hier den Erhalt und die Ausstellung von Kulturgut.

Ihnen wird es dabei sicher nicht um die Heimat und deren Geschichte gehen, mit dem Antrag wird am eigenen Image gearbeitet und um Wählergunst gebuhlt. Da der Antrag auf Forderungen und Vorschläge von Fachleuten zurückgeht, ist ihm in der Sache nichts hinzuzufügen. Es handelt sich um einen ergebnisoffenen Prüfauftrag, der im Interesse aller liegen sollte. Steigerung und Attraktivität der Museen aus wirtschaftlicher und touristischer Sicht kann aber nicht der Hauptgrund für den Schutz und Erhalt und die Ausstellung von archäologischen Funden

sein. Das hehre Ziel, das wir bei Ihnen nicht erkennen können, muss der Erhalt deutscher Kulturgüter zur Wahrung der eigenen Identität und Geschichte sein, der Erhalt des eigenen Volkes.

(Thomas Krüger, SPD: Geschichte ist wichtig.)

Der Erhalt der mecklenburgischen und pommerschen Kulturgüter ist ein Hauptanliegen der Nationalen.

Ich erinnere hier an die Anträge aus der vergangenen Legislaturperiode, in denen wir ein Konzept zur Sicherung der archäologischen Kulturgüter forderten und die sachgemäße Lagerung der Sammlung verlangten. Davon wollten Sie hier natürlich nichts wissen und stimmten jedes Mal dagegen. Wir werden im weiteren Verlauf aber auf die Zielrichtung achten, die die Beschlussumsetzung eingehen wird. Es wäre nicht das erste Mal, dass anfänglich positive Sachen ins Gegenteil verkehrt werden. Besonders werden wir darauf achten, ob das Konzept für alle archäologischen Funde gilt oder nur für die politisch korrekten Funde.

(Michael Andrejewski, NPD: Nicht für die aus Eichenholz. – Udo Pastörs, NPD: Tja!)

An dieser Stelle, Frau Berger, möchte ich Ihnen jedoch noch einen Hinweis mit auf den Weg geben.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen, dass andere Bundesländer längst bewiesen hätten, wie archäologische Museen zum Publikumsmagneten werden können, man solle dabei an die Ausstellung der Himmelsscheibe von Nebra denken. Zahlreiche Münzschätze oder Ausgrabungen, wie das bronzezeitliche Schlachtfeld Tollensetal, würden das hohe Potenzial für ein Landesmuseum auch in Mecklenburg-Vorpommern zeigen.

Frau Berger, die Himmelsscheibe von Nebra ist die älteste bekannte korrekte Himmelsdarstellung und einer der wichtigsten archäologischen Funde aus der Bronzezeit. Der Anziehungskraft der Scheibe werden Sie nicht mit Münzen aus dem Tollensetal das Wasser reichen können.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Eine derartige Argumentation ist unqualifiziert und, sollten Sie sie wider besseres Wissen getätigt haben, auch höchst unseriös. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Brodkorb.

Minister Mathias Brodkorb: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich bei Vorlage dieses Antrages wirklich gefragt, warum er überhaupt gestellt wurde.

Erst im März des Jahres 2012 hat es zum Thema der Landesarchäologie eine breite und intensive Diskussion

gegeben und ich habe für die Landesregierung, glaube ich, sehr deutlich erklärt, was bevorsteht, und habe genau die Erarbeitung eines solchen Konzeptes angekündigt. Ich bin deswegen den Koalitionsfraktionen dankbar, dass sie schon aus Gründen der parlamentarischen Selbstachtung einen Antrag ablehnen, der die Regierung dazu auffordern soll, das zu tun, von dem sie Monate zuvor bereits angekündigt hat, dass sie tun wird, was sie tun wird. Ich habe mich gefragt: Was ist denn aber der Sinn dieses Antrages? Was ist der Zweck? Und der Abgeordnete Koplin – ich bedauere sehr, dass er nicht mehr zugegen ist – hat dann auch deutlich gemacht, worum es geht.

Ich kann nur vermuten, dass die Opposition ganz genau weiß, dass, wenn ich ankündige, dass sich in diesem Bereich einiges bewegen wird, es auch passiert. Und dann gibt es ein Problem, dann kann man sich nämlich auf diese Welle nicht mehr draufsetzen. Und es soll natürlich am Ende in diesem Lande die Geschichte erzählt werden, es wäre die Opposition gewesen, die die Regierung dazu gezwungen hätte, sich endlich zur Landesarchäologie zu bekennen. Das sage ich schon heute, weil ich in drei oder vier Jahren diese Rede zitieren werde, wo genau diese Argumente kommen werden: Ohne uns hätten Sie das niemals angepackt.

Da wir allerdings schon vor Monaten genau das angekündigt haben, wovon Sie wollen, dass wir uns heute dazu bekennen, ist Ihr Antrag ein Schaufensterantrag.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und warum ich mir sicher bin, dass das die eigentliche Motivation ist: Das hat Herr Koplin selber vorgeführt in seiner Rede – ich weiß nicht, ob Sie das mitbekommen haben –, er hat das dann genau auch zugegeben.

Ich habe beim letzten Mal vorgeschlagen, dass wir im Rahmen der Umstrukturierung des LAKD prüfen, ob es uns gelingt, durch vertretbare Maßnahmen Personalstellen freizusetzen, die wir einer Universität zur Verfügung stellen können, um den Studiengang für Ur- und Frühgeschichte wieder einzuführen in diesem Land und den Lehrstuhlinhaber zum Direktor eines archäologischen Landesmuseums zu machen. Jetzt hat Herr Koplin sich heute ernsthaft zu einem solchen Kindergartenspiel herabgelassen, anzudeuten, also auf diese Idee wäre ich ja nur dadurch gekommen, dass die Linkspartei mal angeregt hätte, die Universitäten und die Landesarchäologie sollten zusammenarbeiten. Das ist genau das Kindergartenspiel, das uns wahrscheinlich zukünftig bevorsteht.

Es braucht diesen Antrag nicht, weil das Konzept der Landesregierung aus genau sieben Punkten besteht, die bereits in Arbeit sind. Das habe ich beim letzten Mal gesagt und ich kann das hier gerne noch mal referieren, was diese sieben Punkte sind:

Erstens. Das LAKD ist beauftragt, eine stringente Aufgabenkritik vorzunehmen, denn das LAKD steht vor der Situation, eine Reihe von Stellen zu verlieren. Es muss mit den Stellen, die das Land ihm zur Verfügung stellt, auskommen. Also ist es erforderlich, eine Aufgabenkritik vorzunehmen und gegebenenfalls auch die entsprechenden gesetzlichen und untergesetzlichen Normen zu verändern und dem Aufgabenprofil anzupassen. Dieser Prozess ist im Gange.

Zweitens. Wir, die Kollegen und Abgeordneten der Koalitionsfraktionen haben das bereits angesprochen, als zweiten Teil eines solchen Konzeptes: das Problem der Konzentration der Funde und ihre sachangemessene Unterbringung, nämlich hier am Standort Schwerin für eine Zwischenlösung. Und der Abgeordnete Reinhardt hat die Einbäume angesprochen.

Das ist ein schönes Thema, da wäre ich nämlich beim dritten Bestandteil dieses Konzeptes: Sicherung der Bestände und Selektion. Ich selbst habe mir die Situation angesehen in der Außenstelle Neustrelitz. Der Staatssekretär war in Stralsund in der Außenstelle des LAKD, hat auch die Grabung im Tollensetal besucht, und das, was wir dort vorgefunden haben, was den Zustand der Funde angeht, ist katastrophal. Dieses Land ist voller Einbäume, was die archäologischen Funde in Mecklenburg-Vorpommern angeht. Und bevor an dieser Stelle nicht ein Notmaßnahmenplan erarbeitet und umgesetzt ist, um überhaupt die vorhandenen oder gefundenen Güter zu sichern, zu erhalten, so lange muss hier niemand über einen Neubau eines Museums philosophieren, weil wenn bis dahin die ganzen Dinger verrottet sind, dann haben wir am Ende nichts mehr auszustellen. Insofern ist das aus meiner Sicht im Moment eine Hauptpriorität.

Da möchte ich aber auch ganz klar sagen, zur Sicherung der Bestände – und die Kolleginnen und Kollegen des LAKD erarbeiten gerade einen solchen Plan – gehört auch die Selektion der Bestände. Es kann kein Konzept sein, alles, was man in der Erde findet, in ein Museum zu bringen. Nicht alles, was man dort findet, ist wirklich ausstellenswert. Ich sage Ihnen ein Beispiel: Der Staatssekretär hat gefunden das Skelett eines Pferdes, ausgegraben in der Stadtarchäologie. Was sollen wir damit? Was sollen wir mit dem Skelett eines Pferdes? Ich sage Ihnen, das brauchen wir nicht. Und es gibt eine Reihe von anderen Dingen, die wir nicht brauchen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Kommt auf das Pferd drauf an.)

Mir ist vollkommen klar, da ich in meinem Studium ja – wahrscheinlich im Unterschied zu Ihnen, Herr Holter – auch Veranstaltungen zur Archäologie besucht habe, das gehörte zu meinem Pflichtprogramm als Altphilologe,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Warum werfen Sie mir das jetzt vor?)

welche Kritik man sich natürlich damit aufziehen kann, mit einer solchen Selektionsforderung, weil man nämlich ein hohes Risiko eingeht, wenn man entscheidet, das ist relevant und das ist nicht relevant. Das kann man nämlich 20 Jahre später ganz anders sehen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie haben ja gar keine Ahnung, welche Veranstaltungen ich besuche und welche nicht.)

Es geht also nicht um die Frage, da rigide vorzugehen, aber es ist nicht jeder Fund, der sich in der Erde dieser Landschaft befindet oder geborgen wurde, tatsächlich auch etwas, was man in einem Landesmuseum ausstellen muss. Also zur Sicherung der Bestände gehört auch deren sachgerechte Selektion.

Dann sind wir beim vierten Punkt: Dem Antrag ist zu entnehmen, die zukünftige museale Präsentation soll

Gegenstand eines Konzeptes sein, und zwar soll dieses Konzept dann überprüfen einen zentralen oder einen dezentralen Standort. Der Abgeordnete Reinhardt hat darauf hingewiesen, wie lange das dauert, bis wir ein archäologisches Landesmuseum hätten, sei es ein zentrales. Was wollen wir denn in der Zeit machen?

Die zukünftige museale Präsentation bezieht sich in Ihrem Antrag auf die Zeit, weiß ich nicht, 2020 plus. Ich sage Ihnen, das wird nicht sein, sondern wir arbeiten gerade an einer Vorstellung darüber, wie kann die Zeit bis zu einem möglichen Landesmuseum angemessen überbrückt werden durch temporäre, gegebenenfalls auch im gesamten Land zeigbare Ausstellungen. Auch das ist ein Arbeitsauftrag, an dem gerade gearbeitet wird. Für mich kommt es nicht infrage, 10 oder 15 Jahre zu warten, bis man irgendwann ein Gebäude hat, um dann erstmals etwas umfassender die Funde zu präsentieren, sondern die werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren auf angemessene Weise präsentiert werden müssen, wenn auch nicht in der Größe und Schönheit, in der man sich das vielleicht wünscht.

Dann haben wir die fünfte große Baustelle: Das ist der Bau der Werkstätten und Depots hier in Schwerin. Über die Zeiträume hat Herr Reinhardt auch schon entsprechende Ausführungen gemacht. Und selbstverständlich muss man erst die Funde sichern, bevor sie vergammeln, und muss sie entsprechend katalogisieren, museal einbinden und präsentationsfähig machen, bevor man ein Museum eröffnen kann. Deswegen ist auch der Bau der Werkstätten und Depots als eine dieser vorbereitenden Maßnahmen relevant.

Nun hat Herr Koplin – da bin ich bei meinem sechsten Baustein – sich über die Reihenfolge der Maßnahmen ein bisschen unterhalten und hat gesagt, das Landesmuseum muss doch erst kommen, dann kann man das andere machen. Ich sage Ihnen, für mich ist sechstens, und das ist mein Wunsch – ob wir das hinbekommen, weiß ich nicht, aber mein Wunsch ist es –, dass wir es schaffen, den Studiengang für Ur- und Frühgeschichte in diesem Lande wieder zu eröffnen.

Und wenn dann ein Lehrstuhlinhaber der wissenschaftliche Leiter eines Landesmuseums sein soll, dann sage ich Ihnen, dann muss es diesen Studiengang vorher geben. Ich brauche nämlich erst den Leiter eines Museums, der eine Ausstellung und ein Konzept am Ende zu verantworten hat, bevor ich ein Museum baue und die Ausstellung mache. Das kann nicht umgekehrt funktionieren. Irgendjemand muss ja diese Ausstellung auch wissenschaftlich erarbeiten und betreuen, also braucht man erst das Personal, bevor man ein Museum eröffnen kann. Also würde eine mögliche Wiedereröffnung dieses Studiengangs stattfinden müssen, bevor es ein Museum gibt. Und dann ist das mit der letzte Schritt in dieser siebenkettigen Reihe: ein archäologisches Landesmuseum in Mecklenburg-Vorpommern.

Das sind genau die sieben Punkte, an denen wir arbeiten. Das habe ich Ihnen vor einer Reihe von Monaten bereits gesagt und Sie können davon ausgehen, wenn ich das hier sage, dann ist das auch so. Und auch Herr Koplin hat aus langjähriger Zusammenarbeit keinen Grund, daran zu zweifeln, dass es anders sein könnte. Deswegen ist dieser Antrag ein Schaufensterantrag und überflüssig. Ich danke den Koalitionsfraktionen für die harte Ablehnung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Torsten Renz, CDU: Deswegen wollten sie auch gar keine Einbringung machen.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

(Torsten Renz, CDU: Nur nicht aufregen!)

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor allem sehr geehrter Herr Renz und sehr geehrter Herr Donig!

(Torsten Renz, CDU: Ich habe gar nicht gesprochen.)

Sehr geehrter Herr Donig und Herr Reinhardt, Herr Renz auch!

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wie Sie richtig gesagt haben, sind die Gebäude in der Stellingstraße als Depots und Werkstätten gedacht, nicht als Ausstellungsräume eines archäologischen Landesmuseums. Vielleicht ist Ihnen der Unterschied zwischen Depot und Museum nicht klar. Depot bedeutet einfach nur fachgerechte Aufbewahrung,

(Zurufe von Ingulf Donig, SPD, und Marc Reinhardt, CDU)

aber nicht Präsentation in der Öffentlichkeit. Man sollte da schon genau hinschauen und nicht Äpfel und Birnen miteinander vergleichen. Und der Auftrag genau für die sinnvolle Nutzbarmachung ergibt sich aus dem Denkmalschutzgesetz Paragraf 1.

Wie wir wissen, wird der Bau des Depots – oder wie zumindest der interessierte Teil der Abgeordneten weiß – mindestens 10 Jahre in Anspruch nehmen. Wollen wir tatsächlich solange warten, bis wir überhaupt anfangen, uns über eine angemessene Präsentation der Funde Gedanken zu machen? Und viel mehr wollen wir mit diesem Antrag gar nicht. In diesem Antrag geht es uns darum, in einem ersten Punkt festzustellen, dass die Situation der Landesarchäologie in diesem Land desolat ist, mit einem zweiten Punkt, dass eine Konzeptionierung geprüft wird.

Wir, die wir diesen Antrag eingebracht haben, denken nicht, dass wir mit der Präsentation oder überhaupt mit dem Gedankenmachen noch zehn Jahre warten sollten. Das archäologische Museum hier im Schloss ist immerhin schon seit 20 Jahren ausgelagert.

(Ingulf Donig, SPD: Haben Sie dem Minister nicht zugehört?)

Wir wollen nicht verantwortlich sein, dass eine ganze Generation kein archäologisches Landesmuseum in Mecklenburg-Vorpommern erhält. Die vorherige Regierung dachte das offenbar auch nicht, denn deshalb wurde ja in Güstrow eine Dauerausstellung geplant, ebenso in Sassnitz. Beide jedoch sind auf unabsehbare Zeit geschlossen.

Aber auch unkoordinierte Einzelausstellungen – und ich kann es nicht oft genug betonen an dieser Stelle – wie die Auslagerungen nach Groß Raden oder ins Schloss Güstrow sind nicht unser Ziel. Wir wollen es nicht bei unkoordinierten Einzelausstellungen belassen, wie es derzeit im Land ist, sondern wir wollen ein Konzept für ein Landesmuseum mit einheitlichem Grundkonzept, mit koordinierter wissenschaftlicher und museumspädagogischer Betreuung.

Und was die Reihenfolge der Schritte, Herr Reinhardt, anbelangt, will ich noch einmal verdeutlichen: Wir fordern bewusst nicht einen sofortigen Neubau für ein Landesmuseum, sondern nur ein tragfähiges Konzept,

(Ingulf Donig, SPD: Das habe ich schon gehört.)

dieses aber bis zu den nächsten Haushaltsberatungen, damit wir dann Nägel mit Köpfen machen können.

Auch wenn es manchem hier vielleicht schwerfallen mag, ein wenig multitaskingfähig sollten wir schon sein und in der Lage,

(Michael Andrejewski, NPD: Das können nur Frauen.)

parallel ein Depot zu bauen und dazu ein zugehöriges Landesmuseum zu planen.

Und, Herr Minister Brodkorb, im Unterschied zu Ihrer grundsätzlichen Willensbekundung

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

legen wir uns mit diesem Antrag zeitlich fest. Wir sagen nicht, irgendwann wollen wir mal ein Landesmuseum haben, sondern wir sagen, wir möchten das Konzept fertig haben bis zum Frühjahr nächsten Jahres,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

damit es dann nämlich noch in die Haushaltsberatungen einfließen kann.

(Marc Reinhardt, CDU: Der Minister ist bestimmt bereit, die Rede rüberzugeben.)

Und was Sie gesagt haben,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

wir setzen uns auf irgendeine Welle drauf, will ich noch mal richtigstellen: Ihre Ankündigung für das Museum erfolgte überhaupt nur auf Antrag unserer Fraktion im Februar. Hätten wir es nicht auf die Tagesordnung gesetzt,

(Minister Mathias Brodkorb: Ich sags doch, darum gehts!)

hätten Sie überhaupt gar nicht angefangen, darüber nachzudenken. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Torsten Renz, CDU) **Vizepräsidentin Regine Lück:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE auf Drucksache 6/1037. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE auf Drucksache 6/1037 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der CDU sowie der NPD abgelehnt worden, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich korrigiere für das Protokoll, die NPD hat zugestimmt.

(Udo Pastörs, NPD: Korrekt.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Schluss mit Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/1023.

Antrag der Fraktion der NPD Schluss mit Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 6/1023 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank. Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Artikel 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist unter anderem zu lesen, Zitat: "Niemand darf wegen ... seines Glaubens ... oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

(Thomas Krüger, SPD: Das sagt ein Feind der Verfassung!)

Und in Artikel 4 heißt es dann noch: "Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen … weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich."

Das sind Grundlagen dieses Staatswesens, die Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der Blockparteien, zu verteidigen ständig vorgeben. Aber wie sieht die Wirklichkeit aus in diesem, man muss schon sagen, Gesinnungsstaat?! Um dies zu beurteilen, bedarf es eines kurzen Rückblicks der letzten 20 Jahre politischer Entwicklung der BRD im Allgemeinen als auch der speziellen Veränderungen hier in Mecklenburg und Pommern.

Nach dem Zusammenbruch des Mauermördersystems der SED kam es zu einer formalrechtlichen Übernahme der ehemaligen DDR durch die BRD. Ohne jede eigene Gestaltungsmöglichkeit überführte man die DDR-Bürger in das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland, dessen Rahmen wiederum ein Spiegelbild der von den Westalliierten seinerzeit geforderten Rechtsnormen darstellt. Über Nacht mutierten dann in allen sogenannten neuen Bundesländern viele Führungskader der SED zu waschechten fanatischen Anhängern des westlichkapitalistischen Systems. Selbst reichlich Dreck am Stecken, fanden die Altkader schnell ein altbewährtes Betätigungsfeld, das geeignet erschien, um von eigenen Versäumnissen und schweren Verbrechen abzulenken: den Antifaschismus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sind mitten unter uns, die ehemaligen Stasispitzel, wie IM "Martin" Koplin, die SED-Richter und die aus dem Westen importierten geistigen Brandstifter. Als ein Prachtexemplar dieser Spezies sei nur der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Dr. Nieszery, genannt.

Und mit dem Kampfbegriff "Antifaschismus" ging und geht man bis zum heutigen Tage zu Werke, um jede nationale Lebensäußerung, auch im täglichen Leben, aber auch ganz besonders die NPD, zu bekämpfen.

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Pastörs, ich möchte Sie bitten, diese persönlichen Diffamierungen sein zu lassen. Ich erteile Ihnen dafür einen zweiten Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie bei Ihrem dritten Ordnungsruf das Rederecht verwirkt haben.

Udo Pastörs, NPD: Begnügte man sich anfangs noch mit staatlich finanziertem Bratwurstgrillen gegen rechts, Musizieren gegen rechts, Schweigen gegen rechts,

(Michael Andrejewski, NPD: Kuchen backen.)

Luftanhalten gegen rechts, Keksebacken gegen rechts und, wie jüngst sogar, auch Golfspielen gegen rechts,

(Heinz Müller, SPD: Wir spielen auch Schach gegen rechts. – Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Stefan Köster, NPD)

haben wir es mittlerweile mit einer Form von Denunziantentum zu tun, die der Normalbürger noch vor zehn oder zwölf Jahren für undenkbar gehalten hätte. Nicht nur auf Sportvereine, Kegelklubs oder die Freiwillige Feuerwehr wird politisch staatlicher Druck ausgeübt. Kindergärtnerinnen verlieren ihre Arbeit, weil ihr Ehemann als Mitglied einer legalen nationalen Partei angehört. Geschichtslehrer müssen Schwierigkeiten befürchten, wie man mir bestätigte, wenn sie kritische Fragen von Schülern zu ganz bestimmten Themen der Geschichte ehrlich nach ihrem Wissensstand beantworten wollen.

Sie, meine Damen und Herren der Blockparteien, wollen ein Klima der Angst schaffen, in dem Sie nach dem Motto "Sag mir, wo du stehst" jedem eine Schere im Kopf aufzwingen wollen. Schon längst praktizieren die Journalisten Selbstzensur. Es ist eine Tatsache, dass die monopolisierte Zeitungslandschaft in Mecklenburg und Vorpommern auf der Grundlage einer Anordnung,

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

die man Übereinkunft nennt, nicht über parlamentarische Initiativen meiner Partei berichten darf.

Es ist eine Tatsache, dass die Organisation des Verfassungsschutzes, die ich persönlich partiell für eine kriminelle staatliche Vereinigung halte, zur Unterdrückung von Dissidenten eingesetzt wird.

(Heinz Müller, SPD: Hmm!)

Gab es noch im Strafgesetzbuch der DDR den Paragrafen der Boykotthetze oder auch Staatshetze, so findet

diese Strafrechtsbestimmung heute ihre Entsprechung im StGB der BRD Paragraf 130 Volksverhetzung. Nirgendwo ist juristisch definiert, wo konservatives Denken aufhört und patriotisches beginnt. Nirgendwo ist definiert, wo patriotisches Denken aufhört und sogenannte rechtsradikale Gesinnung beginnt. Nirgendwo ist definiert, wo rechtsradikale Weltanschauungen enden und rechtsextremistische Ideologie anfängt.

(Heinz Müller, SPD: Aber Sie haben doch wenigstens eine Urteilsbegründung, oder nicht?)

Meine Damen und Herren, Ihr Antifaschismus ist längst zum Faschismus verkommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Jochen Schulte, SPD: Da müssten Sie doch zufrieden sein, Herr Pastörs.)

Ihr pervertierter Antifaschismus hat ein engmaschiges Netz hervorgebracht, das den Artikel 3 des Grundgesetzes, also die Gleichheit vor dem Gesetz, regelrecht erwürgt und auch die garantierte grundgesetzliche Meinungsfreiheit steht nur auf dem Papier. Jeder kritische Bürger im Lande weiß das mittlerweile.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Da – und das sage ich ganz deutlich –, wo die Wahrheit jedoch nicht frei ist, ist die Wahrheit eben nicht wahr.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dass Sie das Wort überhaupt kennen, ist mir ja ein Rätsel.)

Zu Recht halten bereits weite Teile der Bevölkerung im Lande Sie, also die Blockparteien, für einen Politmob, einen Mob, der in enger Verflechtung mit einer heuchlerisch verkommenen Medienmafia jeden zur Strecke bringt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie denn noch irgendwelche Dinge auf Lager?)

der in Ihrem pseudodemokratischen Allgemeinwesen nicht oder nicht mehr mitmachen will.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oooch! Das ist zu viel des Guten.)

Aber auch juristisch wurde aufgerüstet. Gesinnungsjustiz ist an der Tagesordnung.

(Heinz Müller, SPD: Fühlen Sie sich getroffen irgendwie?)

Nicht nur die DDR hatte Politknaste,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu wie viel hat man Sie gerade verurteilt, Herr Pastörs? – Heinz Müller, SPD: Sind die Urteile schon rechtskräftig?)

auch in Ihrer BRD-Demokratie wurden in den letzten Jahren Tausende Menschen wegen sogenannter Meinungsdelikte eingesperrt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber jede Instanz ausschöpfen! Jede Instanz ausschöpfen!)

Aber immer mehr Ketzer wagen sich aus der Deckung,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

weil sie Ihre bigotte Moral unerträglich finden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja? – Dr. Margret Seemann, SPD: Oh, mein Gott! – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unerträglich!)

Sie, Herr Innenminister Caffier, gaben in dieser Affäre den praktischen Beweis eines seelenmordenden Menschenjägers

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

und ich spreche vom Fall Drygalla. Es ist eine Tatsache, dass Ihr Ministerium, Herr Caffier, bereits 2011 auf die damals noch junge Polizistin im Landesdienst massiv Druck ausgeübt hat mit der Zielsetzung, sie aus dem Polizeidienst zu entfernen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Waren Sie dabei?)

Es ist ebenso eine Tatsache, dass der Privat-Pkw von Frau Drygalla am Rande einer Demonstration in Brand gesetzt wurde, weil ihr Freund ihn benutzte.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja und?)

Herr Caffier, klären Sie diesen Brandanschlag auf! Ich frage Sie: Können Sie vollkommen ausschließen, dass diese Straftat unter Mitwirkung des Verfassungsschutzes ausgeübt wurde

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das kann er.)

um auch schon damals Druck auf Frau Drygalla auszuüben?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Als die junge Frau Anzeige erstattete, belehrten sie Ihre Polizeikollegen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja so was von lächerlich, was Sie hier preisgeben.)

Zitat: "Sie solle sich doch nicht wundern, dass so etwas passiere, wenn sie mit solch einem Menschen zusammenlebt." Wie heuchlerisch verkommen sind in diesem Zusammenhang Aussagen aus Ihrem Munde, Herr Caffier, Zitat: "Ich würde momentan keiner Regelung zustimmen, mit der wir wieder in das System der Gesinnungsschnüffelei zurückfallen." Pfui Teufel, Herr Innenminister! Sie sind genau der, für den ich Sie schon immer gehalten habe:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, schön.)

ein Wendehals und ein Opportunist reinsten Wassers.

(Heinz Müller, SPD: Sie sind auch das, wofür wir Sie schon immer gehalten haben.)

Die Staatssicherheit der DDR stigmatisierte genauso politisch Andersdenkende,

(Jörg Heydorn, SPD: Meine Meinung über Sie hat sich auch nicht geändert.)

wie das heute Ihr BRD-Parteienstaat tut.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Wer Westkontakt hatte, wurde pauschal verdächtigt, mit der Faschisten-BRD, wie es damals hieß, zu sympathisieren

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Heute ist jeder Faschist, der Mitglied der NPD ist. Des Weiteren zeigt sich der Faschismus nach Ihrer Lesart auch, indem zum Beispiel der Austritt aus dem Euro gefordert wird. Landsleute, die Arbeitsplätze zuerst für Deutsche fordern oder gar die Frage stellen, ob die BRD überhaupt eine Demokratie ist, werden sofort als Staatsfeinde betrachtet, denen man den Garaus machen muss.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ihnen muss man den Garaus machen!)

Meine Damen und Herren der Blockparteien, Sie sind dabei, ein geistiges Klima zu schaffen, was Sie vorgeben, bekämpfen zu wollen, wie ich schon sagte.

(Zuruf von Dr. Michael Andrejewski, NPD)

Man stelle sich nur vor, Frau Drygalla hätte eine Liebschaft mit einem stadtbekannten gewaltbereiten Linksextremisten gepflegt. Hätte Sie das weiter geschert? Ihre ganze moralische Verkommenheit ist am Fall Drygalla so richtig deutlich geworden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also jetzt reichts, Herr Pastörs. Das ist unglaublich!)

Nur gut, dass es noch Menschen wie Nadja Drygalla gibt, die edel und nervenstark Anstand beweisen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und sie zu ihrem Freund hält.

Unser Antrag lautet "Schluss mit Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum hier in diesem Bundesland". Wir fordern Sie auf, Schluss zu machen mit Sippenhaft.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Schluss mit der Rede! Das wäre am besten!)

Wir fordern auf: Hören Sie auf, junge Menschen sozial zu vernichten.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie können fordern, was Sie wollen.)

nur weil sie Ihrem politischen Weltbild nicht entsprechen!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tun wir auch nicht.)

Hören Sie auf, private Loyalitäten zu zerstören, um Menschen politisch gefügig zu machen!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das macht kein Mensch hier.)

Es wird Ihnen nicht gelingen, die von Ihnen politisch zu verantwortenden schweren Versäumnisse in unserem Land dadurch zu beheben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank! Die rote Lampe leuchtet.)

rücksichtslos auf die nationale Opposition einzuschlagen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank! Die rote Lampe leuchtet.)

Es muss Schluss sein - mein letzter Satz -

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na hoffentlich! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

mit den politischen Gaskammern gegen nationale ...

(allgemeine Unruhe –
Dr. Margret Seemann, SPD: Das
kann doch wohl nicht wahr sein! –
Helmut Holter, DIE LINKE: Das kann
doch nicht wahr sein hier! –
Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Pastörs,

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

ich mache Sie darauf aufmerksam,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

dass Sie diese Äußerungen zurückzunehmen haben. Ich lasse Ihre Rede überprüfen auf Ordnungswidrigkeiten und behalte mir eine entsprechende Maßnahme vor.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Waldmüller von der Fraktion der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist eigentlich unglaublich, wie Herr Pastörs hier argumentiert.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und es ist auch unglaublich: Was will er uns damit sagen, mit seiner Rede.

(Jochen Schulte, SPD: Keiner spielt mit ihm.)

dass er Opfer ist, dass die NPD Opfer ist?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das lassen Sie sich gesagt sein: Sie sind Täter und kein Opfer!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Jaja. – Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Meine Damen und Herren,

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

jeder weiß, dass die Fraktion der NPD im Fahrwasser der Ereignisse um die frühere Abreise von Frau Drygalla von den Olympischen Spielen aus London politisch Kapital schlagen will.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja nett formuliert.)

Aber, meine Herren, Ihr Antrag ist ein untauglicher Versuch, damit werden Themen vermischt, die strikt voneinander zu trennen sind.

(Michael Andrejewski, NPD: Na klar!)

Erstens. Gesinnungsschnüffelei im Sport ist abzulehnen.

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

Das haben viele Politiker zu Recht festgestellt, so auch der Innenminister.

(Stefan Köster, NPD: Das ist schlimmer als in der DDR hier. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wenn Sportler die Olympiacharta unterschreiben und sie unbescholten sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

geht es niemanden etwas an, mit wem sie eine Beziehung unterhalten,

(Udo Pastörs, NPD: Das wird aber praktiziert. Die Praxis beweist, dass es nicht so ist.)

und das ändert sich auch dann nicht, wenn die Sportlerin oder der Sportler während der Olympischen Spiele

(Udo Pastörs, NPD: Und nicht nur bei Sportlern.)

einige Wochen im Rampenlicht stehen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und dann komme ich zum zweiten Punkt: Klar davon abzugrenzen ist aber, welche Anforderungen an das Bürgertum und an Bürger in öffentlichen Funktionen und Ämtern gestellt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, Sie müssen von Bürgertum reden! – Zuruf von Stefan Köster, NPD) Unser Land braucht in allen öffentlichen Funktionen und Ämtern Menschen, die sich aktiv –

(Udo Pastörs, NPD: So wie Sie. Solche wie Sie.)

und ich betone, aktiv – für die freiheitliche demokratische Grundordnung einsetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Solche Typen wie Sie, ja, die brauchen wir.)

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nicht aus dem Konzept bringen lassen.)

Darauf müssen sich die Bürgerinnen und Bürger jederzeit verlassen können. Das gilt besonders für die Polizei. Der Polizeidienst erfordert, da sind wir uns alle einig,

(Udo Pastörs, NPD: Gehen Sie auf meine Argumente ein und reden Sie nicht von Polizei!)

eine besondere hohe Integrität der Beamtinnen und Beamten.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Polizisten und Repräsentanten des Staates. Sie stehen in einem besonderen Treueverhältnis zum Staat. Sie haben den Auftrag, täglich unser aller Sicherheit zu gewährleisten.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Im Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Und dieser Satz, so kurz und leicht gesagt,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

ist täglich Auftrag für unsere Polizisten

(Udo Pastörs, NPD: Ja, Frau Drygalla weiß davon ein Lied zu singen.)

und rassistisches Gedankengut hat da keinen Platz.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

In den ersten Monaten nach der friedlichen Revolution 1990 hatten viele Menschen das Vertrauen zur Landespolizei verloren. Die Beamten in Uniform der Volkspartei erschienen ihnen nicht mehr glaubwürdig.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Man konnte erleben, wie die Bürger hoheitliches Einschreiten der Polizei

(Udo Pastörs, NPD: Verprügeln, wenn die anrücken. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

selbst bei Ordnungswidrigkeiten im Verkehr einfach ignorierten. Und das zurückgewonnene Vertrauen der Bürger ist deshalb besonders wichtig und schützenswert. Lassen Sie mich ein Beispiel anführen:

(Stefan Köster, NPD: Um Gottes willen!)

Es dürfte für jeden einleuchtend sein, dass es problematisch ist, wenn ein Polizist eine Beziehung zu einer Person eingehen sollte, die im Drogenmilieu tätig ist. Dadurch werden die Integrität und die Glaubwürdigkeit berührt und somit auch das Vertrauen der Bürger in eine objektive Amtsausführung.

(Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD: Was für ein Schwachsinn! Also wirklich!)

Und letztendlich würden sich auch die Kollegen fragen, ob sie sich hundertprozentig auf den Polizisten verlassen können. In einem solchen Fall ist es deshalb die selbstverständliche Pflicht des Vorgesetzten, zu klären, wie dieser Interessenkonflikt, der auch zu einem Gewissenskonflikt führt, aufgelöst werden kann.

(Michael Andrejewski, NPD: Gilt das auch bei Eltern und Geschwistern?)

Und wenn ein Polizist diesen Konflikt durch das Ausscheiden aus dem Polizeidienst auflösen will, ist das eine Entscheidung, die nur er selbst treffen kann.

(Stefan Köster, NPD: Mein Gott, jetzt lügen Sie doch die Bevölkerung hier nicht an! Trauen Sie sich doch endlich mal, die Wahrheit zu sagen!)

Das Gesagte muss auch für den Fall gelten, wenn es um eine Polizistin geht, die eine Beziehung zu einer Person aus der gewalttätigen rechtsextremistischen Szene unterhält.

(Stefan Köster, NPD: Was für ein Schwachsinn!)

Frau Drygalla hat sich wegen ihres Gewissenskonfliktes entschieden, aus der Landespolizei auszuscheiden,

(Michael Andrejewski, NPD: Wurde entschieden.)

und diese Entscheidung hat jeder zu akzeptieren.

(Udo Pastörs, NPD: Das wurde anders wahrgenommen.)

Weil die Aufnahme in eine Sportfördergruppe, in den Landessportbund

(Udo Pastörs, NPD: Halten Sie sich mal an die Vereinbarung, was da vereinbart wurde!)

sowie den Landesruderverband, abgestimmt war, wurden beide Verbände über die Auflösung des Dienstverhältnis-

ses informiert. Und was für Polizisten gilt, gilt selbstverständlich auch für kommunale Wahlbeamte. Weitere Ausführungen hierzu spare ich mir,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

denn Ihnen geht es sowieso nur darum, sich und Ihre braunen Kameraden als Opfer dastehen zu lassen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und wenn Sie es in Ihrer Antragsbegründung so darstellen, dass Ehe- und Lebenspartner von Neonazis in geistige Sippenhaft genommen und stigmatisiert werden,

(Udo Pastörs, NPD: So ist das.)

dann spüren Sie zu Recht die geballte Ablehnung der Gesellschaft.

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Menschen in unserem Land wehren sich gegen menschenverachtendes Gedankengut und die Vereinnahmung durch Sie und Ihre Hetzpropaganda.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Diese Menschen sind zahlreich und sie werden es niemals zulassen,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja!)

dass unser Vaterland in die Hände von Ihresgleichen gerät.

(Udo Pastörs, NPD: Sie müssen von Vaterland sprechen!)

Wie groß der Widerstand ist, haben Sie beim sogenannten Pressefest der NPD-Zeitung "Deutsche Stimme" erlebt.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie haben sich in einem ehemaligen Schweinestall verkrochen.

(Jochen Schulte, SPD: Wieso ehemaligen?)

Auf den Straßen trat ein breites Bündnis aus Politik, Wirtschaft, Kirchen und Gewerkschaften für Demokratie und Toleranz ein.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Margret Seemann, SPD: Die armen Schweine!)

Dieses Bündnis war die bisher größte Bewegung gegen Rechtsextremismus in Vorpommern. Die Menschen in Vorpommern haben genug von dem braunen Image ihrer Region, (Zuruf von Stefan Köster, NPD)

sie haben genug von dem Mythos "National befreite Zone", wie Sie, meine Herren von der NPD, es gern hätten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

All diese Menschen haben Mut und Entschlossenheit gezeigt,

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

den Gefährdungen der Demokratie durch Sie entgegenzutreten. Für menschenverachtende Hetze ist in diesem Land kein Platz!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawoll. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und ein letzter Satz: Wenn sich Neonazis ausgegrenzt fühlen, so, wie Sie es in Ihrem Antrag beklagen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann ist das ein Grund zur Freude. - Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Pastörs, ich habe Ihre Rede prüfen lassen und muss Ihnen mitteilen, dass Ihre Reaktionen gröblichen Verletzungen der Geschäftsordnung unseres Landtages entsprechen und Sie damit auch die Würde des Hauses verletzt haben.

(Udo Pastörs, NPD: Womit denn?)

Mit Ihren Formulierungen,

(Udo Pastörs, NPD: Welche? Einfach so pauschal, oder was?)

über die wir jetzt nicht diskutieren müssen.

Ich erteile Ihnen also nicht mehr das Wort, ich entziehe Ihnen das Wort.

(Udo Pastörs, NPD: Also pauschal. Sie sagen mir nicht, was Sie mir vorwerfen?!)

Sie haben einen dritten Ordnungsruf erhalten und mit diesem dritten Ordnungsruf entziehe ich Ihnen das Wort für heute, für die gesamte Landtagssitzung.

(Die Abgeordneten Stefan Köster und Udo Pastörs treten an das Präsidium heran.)

Die NPD beantragt eine Auszeit von 40 Minuten.

(Zuruf aus dem Plenum: 14?)

40. Um 13.50 Uhr setzen wir die Landtagssitzung fort.

Unterbrechung: 13.09 Uhr

Wiederbeginn: 13.50 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: So, es ist 13.50 Uhr. Ich eröffne die Sitzung.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Andrejewski von der NPD-Fraktion.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, soweit vorhanden in den Reihen der etablierten Parteien! Zunächst einmal beantrage ich namentliche Abstimmung im Namen meiner Fraktion. Sitzungsgelder gibt es zwar nicht mehr, aber ich glaube, das könnte bei Nichtanwesenheit Auswirkungen auf die Fahrt- und Übernachtungskosten haben. Wer mich also hört, möge hier hereineilen, um meine Worte zu hören, die folgendermaßen lauten:

Sehen Sie es ein, Sie haben den Fall Drygalla publizistisch verloren. Es nimmt Ihnen keiner ab, dass die Frau freiwillig nach einem intensiven Personalgespräch den Polizeidienst quittiert hat. Also solche intensiven Gespräche sind aus DDR-Zeiten bekannt, wenn Ausreisewillige, Leute, die einen Ausreiseantrag gestellt haben,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

zu einem intensiven Gespräch zu den staatlichen Stellen gebeten wurden und danach freiwillig den Ausreiseantrag zurückgenommen haben, weil vielleicht die Familie unter Druck gesetzt wurde. Und es nimmt Ihnen auch keiner ab, dass diese Sportlerin freiwillig das Olympische Dorf verlassen hat. Da gab es ja auch intensive Gespräche, bis sie sich halt dazu genötigt sah nach entsprechender Seelenmassage. Und das alles kommt schon schlecht bei der Bevölkerung an.

Die Dümmeren in Ihrem Spektrum, die haben wohl geglaubt, wenn wir uns jetzt mal die Freundin eines Nationalen vornehmen und die fertigmachen, dass man dann ein Klima der Einschüchterung ausbreiten kann in der gesamten nationalen Bewegung,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig!)

denn es ist eine Sache, für seine Sache zu kämpfen, und eine andere Sache, wenn Frau und Kinder und Eltern und die Freundin darunter leiden müssen.

Nun muss ich mal Herrn Waldmüller fragen, nicht anwesenderweise: Wie weit will er eigentlich gehen? Also wenn ein Polizeibeamter Verwandte hat, vielleicht einen Vater, der im Drogenmilieu ist, oder einen Bruder, soll er dann auch sofort auf die Sippenhaftliste gesetzt werden? Das ist ja nun wirklich nicht zu rechtfertigen.

Und die Intelligenteren unter Ihnen ...

(David Petereit, NPD: Die Minderheit.)

Nicht? Also ich meine das jetzt relativ. Also selbst in einem noch so tief gelegten Laden gibt es Dümmere und noch Dümmere oder auch Intelligentere, verglichen mit den Dümmeren.

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

So.

(Ministerpräsident Erwin Sellering: Das sehen wir gerade alles vor uns hier.)

Ich wollte Ihnen jetzt gerade ein Kompliment machen.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Derjenige, der im relativen Intelligenzrahmen noch etwas weiter oben schwebt – also Herr Sellering –, war schlau genug, gleich am Anfang zu sagen, lasst das, die Frau Drygalla zu hetzen, das bringt nichts, ja, lasst sie in Ruhe,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

weil er wusste, dass das einen Rückschlag geben würde bei allen normal Denkenden in der Bevölkerung. Der Innenminister hat leider – IQ-mäßig ein bisschen mehr herausgefordert –, der hat erst ein paar Tage gebraucht, bis er das kapiert hat. Und einige, die richtig doof sind, die kapieren das heute noch nicht.

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

Aber die Sache, ich will jetzt hier keinen namentlich nennen, aber die Sache ist, wenn man es nüchtern betrachtet, fragen Sie eine Werbeagentur oder eine PR-Agentur, die wird Ihnen sagen: Das war ein Schuss in den Ofen. Die überwiegende Anzahl der normalen Bürger sagt: Die arme Frau, sie ist ein Opfer. Und dieser Opferstatus, von dem kriegen wir auch ein bisschen ab, und diejenigen, die sie gehetzt haben, stehen als geifernde Fanatiker da.

Sie haben übrigens auch Lichtenhagen publizistisch verloren, Ihr 20-jähriges Gedenken. Das haben Ihnen diese Komiker eingebracht. Ganz Deutschland lacht über diese lächerliche Eichenaktion. So etwas kenne ich nur aus der Antike, aus den Kindertagen der Menschheit. Wenn da eine Statue umfiel oder ein Baum und einen Menschen erschlug, dann wurden die richtig vor Gericht gestellt, die Statue und der Baum, mit Ankläger, Verteidiger und allem – aber das war halt noch die Antike.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Dass es Leute gibt, die heute noch auf diesem geistigen Niveau sind, das verblüfft mich wirklich, aber es verblüfft mich nicht, dass, wenn sie schon mal da sind, sie sich im linken Spektrum befinden. Also auch das haben Sie vergeigt.

Und wir sind gespannt darauf, was noch alles herauskommt, was bisher vom Innenministerium unterdrückt wurde über Gewalttaten linksextremer Demonstranten in Lichtenhagen. Wir haben ja schon gehört von einer versuchten Plünderung eines Supermarktes, von Angriffen auf Polizisten. Ich habe auch Berichte gehört, die müssen noch revoziert werden, von Schüssen mit Pyromunition in die Fenster von Lichtenhägener Bürgern. Wenn das alles wahr ist, dann ist das auch vor Ort für Sie eine publizistische Niederlage. Und aus Ihrer stärkeren Position, im Besitz aller Medien solche Backpfeifen einzu-

fahren und so schlecht dazustehen, das ist schon eine Leistung.

Abschließend noch eine kurze frohe Botschaft: Herr Pastörs hat noch einige Sachen hinzuzufügen. Da er das jetzt nicht kann, weil man ihm auf demokratische Weise das Wort entzogen hat, wird dieser Tagesordnungspunkt noch mal auf der nächsten Tagesordnung erscheinen und Sie können sich das noch mal zehn Minuten anhören, mit neuem Material,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und das – für die Altphilologen – ad infinitum, je öfter Sie ihm das Wort entziehen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag auf Drucksache 6/1023 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem zu Platz erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine oder ihre Stimme nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Rainer Albrecht, Julian Barlen, Ulrike Berger, Mathias Brodkorb, Lorenz Caffier, Henning Foerster, Tilo Gundlack und Johannes Saalfeld werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

So, dann ist jetzt kein Mitglied, welches noch die Stimme abgeben möchte, im Hause? – Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche für eine kurze Zeit, sagen wir, für zwei Minuten.

Unterbrechung: 14.02 Uhr

Wiederbeginn: 14.03 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: Gut, dann eröffne ich wieder die Sitzung.

An der Abstimmung haben insgesamt 63 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 5 Abgeordnete, mit Nein stimmten 58 Abgeordnete, es gab keine Enthaltung. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/1023 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Flurneuordnung als Gestaltungselement im ländlichen Raum, auf Drucksache 6/1045. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1085 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Flurneuordnung als Gestaltungselement im ländlichen Raum – Drucksache 6/1045 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/1085 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Feike von der SPD-Fraktion.

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem folgenden Antrag will die SPD- und CDU-Fraktion auf die Bedeutung der Flurneuordnung als Gestaltungselement im ländlichen Raum aufmerksam machen und gleichzeitig mit dem Antrag die Forderung aufstellen, die Instrumente der Flurneuordnung noch effektiver, effizienter und zeitgemäßer zu gestalten.

Doch was bedeutet Flurneuordnung? "Flurneuordnung ist die Feststellung und Neuordnung der Eigentumsverhältnisse nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz ... sowie die Neuordnung ländlichen Grundbesitzes und die Gestaltung der ländlichen Räume durch Maßnahmen nach dem Flurbereinigungsgesetz, einschließlich von Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes." Quelle: Regierungsportal des Landwirtschafts- und Umweltministeriums.

Und auf der Internetseite der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH kann man folgende Wertung zur Flurneuordnung lesen: Sie ist "ein praktikabler Weg, um die Eigentumsverhältnisse an ländlichen Grundstücken neu zu ordnen. In einem solchen Verfahren sind Grundstückseigentümer, Gemeinde, Landwirte u. a. Betroffene gleichmäßig beteiligt."

(allgemeine Unruhe)

Beiden Erläuterungsansätzen ist gleich, dass sie die Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes und der Gestaltung des ländlichen Raumes formulieren.

Rund 85 Prozent der Landesflächen sind laut Landesentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern dem ländlichen Raum zuzuordnen. Davon sind bis jetzt ein Drittel der ländlichen Gemeindeflächen den Flurneuordnungsverfahren zugeordnet. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass zwei Drittel der ländlichen Flächen nicht am Flurneuordnungsverfahren teilgenommen haben.

Hierin begründet sich auch unsere Forderung an die Landesregierung, die Instrumente der Flurneuordnung zu überprüfen und weiterzuentwickeln, sodass die Entflechtung der verschiedenen Flächennutzungsansprüche im Flurneuordnungsverfahren noch effektiver als bisher erfolgen kann.

Bis dato können als Instrumente der Flurneuordnung das Bodenordnungsverfahren nach Paragraf 56, der Freiwillige Landtausch nach Paragraf 54 Landwirtschaftsanpassungsgesetz, Ausgleichsmaßnahmen und ländlicher Wegebau aufgezählt werden. Genau diese Instrumente bieten heute gute Standards, um den ökologischen, sozialen und ökonomischen Aufgaben gerecht zu werden. Es sollte bei der Modifizierung der Instrumente überprüft werden, ob nicht Maßnahmen wie Ökokontenregelungen, wasserrechtliche Maßnahmen und strategische Überlegungen in Bezug auf den demografischen Wandel eine direkte Wirkung im Flurneuordnungsverfahren haben könnten.

Das Gesagte zeigt, dass wir bei der Flurneuordnung als Gestaltungsmittel im ländlichen Raum auf dem richtigen Weg sind,

(Udo Pastörs, NPD: Na?)

jedoch zeigt es aber auch, dass zwei Drittel der Flächen im ländlichen Raum noch nicht am Flurneuordnungsverfahren beteiligt sind. Das ist sowohl aus umweltschutzrechtlicher Sicht als auch aus soziökonomischer Sicht unbefriedigend.

(Udo Pastörs, NPD: Soziökonomisch?)

Ja.

(Udo Pastörs, NPD: Sozio.)

Sozioökonomisch.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sagten soziökonomisch. Das ist ein Riesenunterschied.)

Daher muss schnellstmöglich gehandelt werden.

(Heinz Müller, SPD: Sei vorsichtig mit Fremdworten, die kann Herr Pastörs nicht verstehen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Genau. Ja, deswegen habe ich es exakt für Sie noch mal wiederholt.

(Heinz Müller, SPD: Das war sehr lieb.)

Daher muss selbstverständlich schnellstmöglich gehandelt werden. Wir fordern daher die Landesregierung auf, den Landtag bis 2015 über die Reformschritte in der Flurneuordnung zu unterrichten. Wir bitten Sie, dem hier vorliegenden Antrag zuzustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

(Stefanie Drese, SPD: Das steht gar nicht drauf. – Heinz Müller, SPD: Was ist denn hier los?!) **Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Dörfer, in denen die vielfältigen Maßnahmen der Flurneuordnung begonnen und erfolgreich durchgeführt wurden, leben in der Regel sichtbar auf und entwickeln sich.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist eine Behauptung.)

Diese Bewertung erhielt ich mehrfach von Experten im Lande, die die Flurneuordnung praktisch begleiten und ihre Wirksamkeit einschätzen können. Das ist sicherlich auch die Bewertungsgrundlage für die Koalitionen seit 1990 gewesen, die einhellig die Maßnahmen der Flurneuordnung weitergeführt und in ihre politischen Zielstellungen eingeordnet haben.

Auch DIE LINKE hat sich dafür ausgesprochen, weil über die Verbindung der Klärung der Eigentumsverhältnisse die Infrastruktur im ländlichen Raum entwickelt werden konnte. Die landwirtschaftlichen Betriebe konnten durch gesicherte Bewirtschaftungsverhältnisse Investitionen planen und durchführen.

(allgemeine Unruhe)

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen der privaten und der öffentlichen Dorferneuerung sind sichtbare Fortschritte im Dorfbild erreicht worden. Der mit der Flurneuordnung verbundene ländliche Wegebau hat bei Einwohnern nach meinen Erfahrungen ein positives Echo gefunden, da dadurch die Fortbewegung im ländlichen Raum entscheidend erleichtert und bei Schlechtwetter überhaupt ermöglicht wurde. Ich denke an die Schilderung bei Fritz Reuter: "Führen Se jo nich dissen Wech, de is gråd utbädert", so heißt es ja bei ihm einmal.

Aber auch die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen wird wesentlich dadurch erleichtert. Dem einen oder anderen Wegebau sieht man aber auch an, dass in der Planungsphase seinerzeit genügend Geld für einen komfortablen Ausbau vorhanden war oder die Fördergelder ausgeschöpft werden mussten.

Die Forderung einiger Umweltverbände, diesen Wegebau aus Umweltschutzgründen eher aus Kies oder Schotter herzustellen, fand wenig Gehör. Die beteiligten Kommunen und Planer wissen, dass eine solche Art der Wirtschaftswege nicht viel billiger als ein Spurbahnweg in der Herstellung ist, sie aber jedes Jahr mit immensen Kosten neu profiliert und hergerichtet werden müssen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nach zehn Jahren kippt die Bilanz ins Positive um.)

Im Laufe der Jahre wurde die Arbeit mit dem Instrument Flurneuordnung immer weiter qualifiziert und in enger Verbindung mit anderen Instrumenten zur Entwicklung des ländlichen Raums gebündelt.

In meinem Wahlkreis kann ich das unter anderem am Beispiel des Dorfes Bröbberow, das etwa 20 Kilometer von Rostock entfernt liegt, beobachten. Hier ist nicht nur die Attraktivität des Dorfes gefördert worden, was sich unter anderem im Zuzug neuer Einwohner zeigt, hier hat sich auch im Zuge der Maßnahmen das bürgerschaftli-

che Engagement entwickelt. Neue Vereine wurden gegründet und sind aktiv. Das ist für uns auch zugleich der Blick auf die Perspektive der Weiterführung der Förderung nach 2013.

Wir sehen auch, dass noch ein erheblicher Bedarf an der Regelung der Eigentumsverhältnisse besteht. Wir wissen allerdings noch nicht genau, wie die Bedingungen in der neuen Förderperiode sein werden. Aber erkennbar ist bereits, dass weniger Mittel zur Verfügung stehen werden und der Kofinanzierungsanteil des ELER-Fonds 50 Prozent betragen wird. Das wird für die Kommunen die entscheidende Hürde sein, denn nicht nur die EU-, Bundes- und Landesmittel gehen laut Begründung des vorliegenden Antrages zurück, auch die Kommunen haben ein erhebliches Finanzdefizit. Außerdem, auch darauf muss man hinweisen, müssen sie die Mehrwertsteuer in Höhe von 19 Prozent mitfinanzieren.

Die Kommunalfinanzen sind für uns die entscheidende Hürde für die notwendige Weiterführung dieser Förderprogramme. Die Formel für die Zukunft dieser Instrumente für die Entwicklung des ländlichen Raumes muss heißen, mit weniger Mitteln einen höheren Nutzen zu erreichen. Dazu gehört sicherlich, auch nach Möglichkeiten zu suchen, dass sich private Nutznießer in die Finanzierung von Maßnahmen einbringen können. Mehrfach nutzen, planen und organisieren oder – volkstümlich gesagt – mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, das muss das Konzept der Zukunft sein, inklusive der Sicherung des Eigenanteils der Kommunen.

Der Antrag nennt hier auch Handlungsfelder wie zum Beispiel etwas unbestimmt die Begleitung des demografischen Wandels. Ich kann mir hierbei vorstellen, dass künftig sorgsam geplant und vor Ort entschieden werden muss, zum Beispiel in welcher der antragstellenden Gemeinden eines Gebietes die Kita oder der Dorftreff oder die altersgerechten Wohnungen entstehen sollen.

Am Anfang aller Maßnahmen sollte jedoch zukünftig immer ein Demografiecheck stehen, der die Potenziale des jeweiligen ländlichen Raumes auslotet. Auch die hier im Antrag erwähnte Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die Kompensationsmaßnahmen und die Anwendung der Ökokontenregelungen stellen viel komplexere Anforderungen an die Maßnahmen der Flurneuordnung.

Für meine Fraktion ist es wichtig, dass in den künftigen Konzeptionen die Unterstützung und die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements eine wichtige Rolle spielen müssen, wenn es um den zu erreichenden Mehrfachnutzen geht. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen muss sichergestellt werden. Das heißt, dass auch die Teilnahme von Gemeinden an dem Programm möglich sein muss, die nicht zu den Begütertsten gehören. Mit diesen "Auflagen" können wir – und das werden wir – dem Antrag zustimmen und werden natürlich zwischenzeitlich mit nach dem Rechten sehen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: So, das Wort hat nun der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Vielen Dank.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass das Thema Flurneuordnungsverfahren heute in diesem Hohen Hause eine Rolle spielt. Viele können sich vielleicht gar nichts darunter vorstellen. Ich glaube, dass es eines der wirklich interessantesten Verfahren und Projekte darstellt, die wir in dieser Landesregierung betreiben, nämlich die Sanierung von Dörfern, die sich auch in den letzten 20 Jahren sehr schön herausgeputzt haben, und die Schaffung von klaren Eigentumsverhältnissen.

Ich will hier nur ein paar Zahlen jetzt mal nennen. Am Ende dieser Förderperiode werden in Mecklenburg-Vorpommern die ländlichen Gebiete im Rahmen von Flurneuordnungsmaßnahmen sowohl was die private Dorferneuerung anbetrifft – der eine oder andere von Ihnen wird auch das Glück gehabt haben, daraus gefördert worden zu sein – und die öffentliche Dorferneuerung von Kindergärten, Schulen, aber auch die Abwasser-/Trinkwasserversorgung, aber auch die Infrastrukturen, insbesondere Wegebau über 3 Milliarden Euro an Investitionen ausgelöst haben. Ich glaube, man kann daran erkennen, der eine oder andere Bürgermeister hat ja auch davon profitiert, dass diese Flurneuordnungsmaßnahmen tatsächlich einen sehr, sehr großen Nutzeffekt haben.

Und genau das, was wir uns immer wünschen, nämlich ehrenamtliches Engagement damit zu unterstützen, findet gerade im Rahmen von Flurneuordnungsmaßnahmen statt. Die sogenannten Teilnehmergemeinschaften entwickeln in Gemeinschaft für ihr Dorf ihr eigenes Konzept, wie sich die Gemeinde entwickeln soll, welche Schwerpunkte man ausrichten will. Und damit, glaube ich, haben wir einen Beitrag auch zur Entwicklung der ländlichen Räume geleistet, worum uns andere Regionen in Deutschland beneiden.

Ich erlebe das gerade immer wieder, wenn man im ländlichen Raum unterwegs ist, in der Sommerperiode und in der Urlaubszeit, dass viele Menschen, gerade aus anderen Bundesländern, sich wirklich hochgradig positiv zur Entwicklung unserer Dörfer und Gemeinden äußern. Ich glaube wirklich, das ist mal einen Applaus wert, was hier geleistet worden ist von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und es ist so, meine sehr geehrten Damen und Herren, zwei Drittel der Menschen des Landes Mecklenburg-Vorpommern leben in ländlichen Räumen. Das sind tatsächlich 1,1 Millionen Menschen, die über diese Verfahren der Flurneuordnung, der Dorfentwicklung oder der integrativen Entwicklung der ländlichen Räume an unserem Programm partizipieren. Daher hat die Entwicklung der ländlichen Räume schon immer in diesem Hohen Hause und auch in unserem Ministerium eine wichtige Rolle gespielt. Ja, ich sage es ganz bewusst, seit 1998, als ich dieses Haus übernehmen durfte, haben wir das zu einem Schwerpunkt gemacht.

Und ich glaube, es hat sich ausgezahlt, nämlich in den letzten 20 Jahren ist es gelungen, die Arbeits- und Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen erheblich zu verbessern. Wenn Sie sich mal anschauen, einfach mal darüber nachdenken, wie es denn vor 20, 21, 22 Jahren in unseren Dörfern aussah, wie die Infrastrukturen sich

dargestellt haben, dann will ich auch da ein paar Zahlen nennen. Allein was die eigentumsrechtlichen Fragestellungen anbetrifft, niemand hätte investieren können, weil zu DDR-Zeiten eigentumsrechtliche Fragen keine Rolle gespielt haben.

(allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, jawohl, auch die Zahl ist, glaube ich, interessant. Wir haben über 30.000 Gebäude und Grund und Boden zusammengeführt. Nur dadurch konnte überhaupt in diese Gebäude und in den Grund und Boden investiert werden. Wir haben über 3.700 Verfahren, um Gebäude oder auch Flächen zusammenzuführen, um damit Rechtssicherheit für Investitionen zu schaffen.

Und wir haben natürlich, und darauf zielt ja auch der Antrag der GRÜNEN hin, selbstverständlich haben wir die unterschiedlichsten Nutzungsansprüche auf der Fläche. Die einen möchten Naturschutz betreiben, die Nächsten müssen die Wasserrahmenrichtlinie umsetzen, der Nächste will darauf Landwirtschaft betreiben oder ein anderer Bereich will Infrastruktur entwickeln. Und deswegen halte ich es eben ausdrücklich für sinnvoll, dieses Flurneuordnungsverfahren als eines der Instrumente zu nutzen, wo die verschiedenen Nutzungsansprüche am besten miteinander in Übereinstimmung gebracht werden können. Und wir erleben es immer wieder, dass diejenigen Gemeinden - und Herr Professor Tack hat darauf zu Recht hingewiesen, sicherlich wird der eine oder andere das auch noch mal sagen -, die das große Glück haben, in einem Flurneuordnungsverfahren zu sein, sich alle hochgradig lobend über diese Möglichkeit der eigenen Entwicklung äußern.

(Heinz Müller, SPD: Das stimmt.)

Ja, das ist so.

Wir haben 387 Verfahren heute in Bearbeitung. Das heißt in der Konsequenz, dass knapp 450.000 Hektar an Flurneuordnungsverfahren in der Fläche laufen. Das heißt, wir haben noch nicht die Hälfte der Flächen in Mecklenburg-Vorpommern in diesem Verfahren und damit auch noch nicht ganz die Hälfte der Gemeinden damit abgedeckt. Und ich kann heute auch berichten, dass wir 138.000 Hektar komplett abgerechnet haben, das heißt, wo auch die Grundbücher auf Vordermann sind und damit jeder Eigentümer, jede Eigentümerin über das Eigentum frei verfügen kann und damit letzten Endes Rechtssicherheit auch insgesamt geschaffen werden konnte

Und die Bedeutung in Richtung der Anträge will ich nur mit einer Zahl untermauern: Wir haben im Haus über 300 Anträge liegen von Gemeinden, die gerne in das Flurneuordnungsverfahren eintreten möchten, aber wo wir zurzeit eben die finanziellen Mittel so in der Form nicht zur Verfügung haben.

Allein in dieser Förderperiode, auch das ist in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit anderen Häusern ja erfolgt, haben wir allein, ich finde das schon mal interessant, nur in dieser Förderperiode von 2007 bis 2011 dann 34 Kindertagesstätten neu gebaut und damit in neue Entwicklungen hineingegeben oder 21 Schulen saniert und letzten Endes damit zu dem ländlichen Raum auch die Attraktivität der sozioökonomischen Faktoren

aufgewertet und damit auch zu neuen Perspektiven geführt. Auch da, glaube ich, kann man sagen, jawohl, das sind tolle Entwicklungen, die wir hier vorgenommen haben.

Und zu den Straßen, auch das ist hier angedeutet worden, allein Ortsverbindungen, und da lege ich großen Wert darauf, Ortverbindungsstraßen, die wir gebaut haben in einer Größenordnung von 600 Kilometern, das ist eine sinnvolle Ergänzung gewesen im Rahmen der Flurneuordnungsverfahren. Und ich glaube auch, dass jeder, der im ländlichen Raum lebt, eine Chance haben muss, auf vernünftigen Wegen/Straßen von einem Ort zum anderen zu kommen. Insofern weiß ich ja, dass es immer wieder in der Kritik ist, insbesondere bei den GRÜNEN, ländliche Wege auszubauen. Diese werden beschränkt ausgebaut auf die Breite von 4,50 Metern, auch darauf will ich ausdrücklich hinweisen. Andere Straßen werden viel breiter und auch viel intensiver ausgebaut, aber wir sind dabei, eben eine angepasste sinnvolle Infrastruktur in diesem Lande vorzuhalten und den demografischen Wandel darin auch zu berücksichtigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will unterstreichen, ich möchte gerne versuchen, auch in der nächsten Förderperiode die Flurneuordnung weiter beizubehalten. Sie beginnt mit dem Jahr 2014, darauf ist hingewiesen worden, aber alle zerren natürlich an den Budgets. Bis heute wissen wir noch gar nicht, welche Budgets überhaupt zur Verfügung stehen, das heißt unter dem Strich, wie viel Geld wir eigentlich im ELER, im Europäischen Fonds zur Entwicklung der ländlichen Räume, zur Verfügung bekommen.

Ich hoffe, dass die Kofinanzierungsfrage, nämlich 50 zu 50 Prozent, im Vergleich zu den anderen Fonds auch in der kommenden Woche oder übernächsten Woche in der MPK, der Ministerpräsidentenkonferenz erneut angesprochen wird. Ich bin da unserem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt wird, weil ich der Auffassung bin, die Fonds müssen gleich behandelt werden. Das heißt, eine Finanzierung von 75 Prozent zu 25 Prozent muss möglichst durchgesetzt werden. Und ich erwarte von der Bundesregierung, dass man sich hier wirklich aktiv jetzt einbringt, ansonsten wird der ländliche Raum, und das sage ich hier auch so deutlich, ansonsten wird der ländliche Raum in Deutschland insgesamt von der Gesamtentwicklung abgekoppelt. Und das darf nicht passieren, meine Damen und Herren.

Abschließend, ich glaube, wenn man sich auch anschaut, allein von 1991 bis Ende 2011 sind jetzt 3 Milliarden Euro an Investitionen über die Dorferneuerung, Dorfentwicklung in dem Flurneuordnungsverfahren umgesetzt worden. Und das betrifft insbesondere, ich betone das noch mal, Maßnahmen, die auch in der Zukunft ausgebaut werden sollen, nämlich zur Daseinsvorsorge. Damit ist der demografische Wandel auch angedeutet, das ist nicht als Schreckgespenst, sondern als Chance zu begreifen, aber auch der generationsgerechte Umbau einschließlich der ortsinneren Entwicklung, aber auch die Beschleunigung von privaten und öffentlichen Investitionen, das Flächenmanagement und die Ermöglichung von flächenbeanspruchten Investitionen, die Kostenminimierung, auch für notwendige kommunale Flächenankäufe, oder die Vermeidung von Enteignungen, auch das ist Ziel von Flurneuordnungsverfahren in der Zukunft, um sie noch effizienter zu machen.

Aber auch die Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit oder die Anwendung von Ökokonten halten wir für richtig und notwendig, um damit die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Umsetzen in der neuen Förderperiode aufzunehmen. Insofern glaube ich, dass wir im Rahmen der knapper werdenden finanziellen Ressourcen, aber auch der personellen Ressourcen, die wir haben und für die Flurneuordnungsverfahren sind wir direkt zuständig, auch das ist noch mal abschließend aus meiner Sicht wichtig zu benennen, das Ministerium mit seinen nachgeordneten Einrichtungen ist hier direkt zuständig und führt diese Verfahren -, und es ist natürlich auch so, dass wir aufgrund des Personalabbaus, zu dem ich stehe, noch effizienter werden wollen und werden müssen, um uns dann auf diese Prioritäten, die ich angedeutet habe, zu konzentrieren.

Insofern würde ich mich sehr freuen, wenn dieser Antrag Unterstützung bekommt. Ich höre das so heraus, dass Flurneuordnungsverfahren in Mecklenburg-Vorpommern hochgradig anerkannt sind. Von allen Landrätinnen und Landräten, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern wird das immer wieder betont. Und ich glaube, ich darf es noch mal abschließend sagen, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten in dieser Frage wirklich eine hervorragende Arbeit. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Schütt von der CDU-Fraktion

Heino Schütt, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in der Koalitionsvereinbarung haben sich die Koalitionäre zur Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum bekannt. Die Stärkung der ländlichen Räume bleibt für uns eine vordringliche Aufgabe. Aus diesem Grund gilt es, die Dorferneuerung und Flurneuordnung als Gestaltungselemente im ländlichen Raum noch effektiver und zielgerichteter zu nutzen.

Ein Blick in den Haushalt verdeutlicht aber, dass die Finanzmittel in den kommenden Jahren für den Bereich der Flurneuordnung sinken. Dies ist der Haushaltssituation des Bundes, aber auch des Landes geschuldet. Mit weiteren Einschnitten ist im Bereich der Zuweisungen aus den Mitteln des ELER zu rechnen. Derzeit erfolgt hier eine Förderung von 75 Prozent, welche ab dem Jahr 2014 auf 50 Prozent Förderung reduziert werden soll

Allein aufgrund dieser Tatsache ist es notwendig, die Instrumente der Flurneuordnung zu überprüfen und so weiterzuentwickeln, dass mit den vorhandenen Mitteln der größtmögliche Nutzen erreicht werden kann. Hierzu zählt gerade für meine Fraktion auch die Möglichkeit, Flurneuordnungsverfahren durch nicht staatliche Institutionen, die sogenannten "beliehenen Stellen", durchführen zu lassen. Hierfür haben wir uns in den zurückliegenden Jahren mehrfach eingesetzt.

Gleichzeitig sind wir der Auffassung, dass Flurneuordnungsverfahren vorrangig dort zum Einsatz kommen sollten, wo Investitionen durch die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse ausgelöst werden. Eine Umschichtung der Mittel zur Flurneuordnung für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie oder zur Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit sehen wir als nachrangig an. Hierzu sollten die dafür vorhandenen Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes sowie des ELER verwandt werden.

Meine Damen und Herren, in den zurückliegenden Jahren war die Flurneuordnung in unserem Land ein Erfolgsmodell. Und auch ich kann sagen, da ich 18 Jahre Bürgermeister in der Grünen Stadt Marlow war, die 26 Ortsteile hat und eine Fläche von 140 Quadratkilometern.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Donnerwetter!)

dass Sie heute von jedem Ort zum anderen über diesen ländlichen Wegebau fahren können, und das immer mit trockenen Füßen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer finanziert das Ganze in der Folge?)

Vor dem Hintergrund der begrenzten Haushaltsmittel im Bereich der Flurneuordnung ist eine Neuausrichtung der Flurneuordnung als Gestaltungselement im ländlichen Raum notwendig. Hierfür bedarf es umfangreicher Untersuchungen und Bewertungen.

Dennoch ist meine Fraktion der Auffassung, dass sich der Agrarausschuss schon vor dem Jahre 2015 mit der Umsetzung der neuen Vorgaben befassen sollte, um eine ausreichende Beteiligung des Parlaments an der Neuausrichtung der Flurneuordnung zu sichern. Aus diesem Grund bin ich mir sicher, dass der Agrarausschuss sich im Rahmen seines Selbstbefassungsrechtes früher mit dieser Thematik befassen wird.

Dennoch erachtet meine Fraktion die Neuausrichtung der Flurneuordnung in Mecklenburg-Vorpommern aus den zuvor genannten Gründen als zwingend notwendig und fordert Sie deshalb auf, dem vorliegenden Antrag Ihre Zustimmung zu geben. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Dr. Karlowski von der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf aus dem Plenum: Jetzt gehts aber los. – Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist ja richtig Vorfreude, Mensch.)

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sehe, es gibt eine Menge Vorfreude auf die GRÜNEN-Rede. Machen Sie sich auf was gefasst!

(Heinz Müller, SPD: Uns kann nichts mehr erschüttern.)

Denn vorab gleich unsere Position: Wir können dem Antrag in der vorliegenden Form jetzt leider nicht zustimmen.

(Egbert Liskow, CDU: Leider?)

Denn die von Ihnen angestrebte effektivere Entflechtung der Landnutzung tragen wir so nicht mit. Statt Entflechtung sagen wir: Integration unterschiedlicher Landnutzungsziele und gleichzeitig eine verstärkte Ausrichtung der Flurneuordnung auf Ziele des Naturschutzes, das sind die Zeichen der Zeit.

Wir wissen, auch jetzt dient schon die Flurneuordnung in wenigen Einzelfällen den Zielen des Naturschutzes. Ein positives Beispiel ist das Bodenordnungsverfahren Hoppenrade, mit dessen Hilfe die Nebel bei Güstrow in Abschnitten renaturiert wurde. Doch der ganz überwiegende Teil der Mittel, der Energien und der Arbeitskraft, die mit Flurneuordnung und Bodenordnung zusammenhängen, wird für Zwecke eingesetzt, die für den Erhalt unserer Biodiversität, für Ziele des Naturschutzes von Nachteil sind.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Wer jetzt im Rahmen der Flurneuordnung eine effektivere Entflechtung der Nutzungsansprüche fordert, der verstärkt einen Prozess, der zu einer Landschaft führt, die sich aus Inseln mit hohem Naturschutzwert einerseits und einer für die Lebewelt ungeeigneten intensiv genutzten Landschaft andererseits zusammensetzt. Eine derartige Teilung der Landschaften in Schutz- und Nutzlandschaften dient gerade nicht der weiter oben im Antrag genannten Zielstellung einer integrierten nachhaltigen Entwicklung.

Wo sehen wir GRÜNE im Bereich der Flurneuordnung aktuellen Änderungsbedarf?

Erstens, Sie haben es geahnt, beim Wegebau, natürlich.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Hier sehen wir seit Jahren schwere Fehlentwicklungen. Geplant mittels Bodenordnungsverfahren und finanziert mit hoher EU-Förderung erfolgt bis heute ein massiver Ausbau des ländlichen Wegenetzes, ein Ausbau von Feldwegen zu Landstraßen vom Charakter her, woraus zwangsläufig Kollisionen mit Naturschutzaufgaben und Denkmalschutzaufgaben entstehen. Dieser Prozess führt zur Neuversiegelung von Freiflächen, zur Zerschneidung von Freiräumen, zu Konflikten mit dem Artenschutz, Biotopschutz und dem Alleenschutz. Und er verändert unser Landschaftsbild, nicht nur in der freien Landschaft, sondern – wir haben es gehört – auch das Erscheinungsbild unserer Dörfer.

(Egbert Liskow, CDU: Wo wohnen Sie?)

Auch die Dimensionen sind erschreckend. Seit 1991 sind in Mecklenburg-Vorpommern rund 5.000 Kilometer,

(allgemeine Unruhe)

5.000 Kilometer ländliche Wege ausgebaut und zu einem großen Teil auch neu versiegelt worden. Das ist die Entfernung Berlin-Lissabon und wieder zurück. Ob aber dieser intensive Ausbau ländlicher Wege mit einem Einsatz von vielen Hundert Millionen Euro bei einer abnehmenden Landbevölkerung überhaupt sinnvoll ist, ob er irgendwelche positiven Auswirkungen auf die ländliche Entwicklung hat und wie er sich langfristig auf die Finanzen der Kommunen auswirken wird – Stichwort: künftige

Unterhaltung –, das ist allerdings noch nicht gründlich hinterfragt und nicht gründlich untersucht worden.

Gutachterlich bestätigt wurde zumindest die Tatsache,

(allgemeine Unruhe)

dass Wegebau nicht zu einer positiven Bevölkerungsentwicklung beiträgt.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Schauen Sie in den Demografiebericht der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern von 2010!

Vizepräsidentin Silke Gajek: Frau Karlowski!

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dringend notwendig ist daher ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Frau Karlowski, kleinen Moment, bitte!

(allgemeine Unruhe)

Ich bitte die Herren, diese Dialoge doch zu unterbinden oder draußen weiterzudiskutieren. Die Rednerin hat hier auch das Recht, ihre Position darzustellen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Er wars, er wars. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Frau Karlowski, bitte.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Dringend notwendig ist aus unserer Sicht daher eine unabhängige Überprüfung der Sinnhaftigkeit dieses ländlichen Wegebaus, sowohl in der Art der Ausführung als auch in Bezug auf die räumlichen Dimensionen, also die Zahl der Kilometer.

Wir plädieren auch für eine Koppelung der Förderung an eindeutige Nachhaltigkeitskriterien, zum Beispiel das Vorliegen eines gemeindeübergreifenden Wegekonzeptes oder die Reduzierung der Versiegelung in Schutzgebieten durch Wegebauweisen, die sich an den Naturschutzzielen orientieren. Eine ganz wichtige Weichenstellung wäre die Förderung der Wegeunterhaltung bei wassergebundenen Wegedecken, um eben jene Wege erhalten zu können, die sich jetzt schon harmonisch in das Landschaftsbild einfügen.

Als gesetzliche Grundlage für den Wegebau fungiert vorrangig nun das schon in die Jahre gekommene Landwirtschaftsanpassungsgesetz. Dieses Gesetz ist ursprünglich erlassen worden, um strukturelle Nachteile der DDR-Landwirtschaft zu überwinden und die Vermögensauseinandersetzung zwischen den LPG-Angehörigen und der LPG beziehungsweise den Nachfolgeunternehmen zu regeln, auch um Chancengleichheit im Wettbewerb für alle Eigentumsformen herzustellen. Ja, das klingt vernünftig. Doch diesem Gesetz fehlt es heute an einer glaubhaften Begründung für seine Anwendung. 22 Jahre nach der politischen Wende existieren in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns wenig bis keine strukturellen Nachteile mehr gegenüber den Altbundesländern – im Gegenteil.

(allgemeine Unruhe)

Bei den durchschnittlichen Betriebsgrößen liegt Mecklenburg-Vorpommern mit 286 Hektar Landwirtschaftsfläche unangefochten an der Spitze und beim Einkommen der Haupterwerbsbetriebe mit einem Jahresgewinn von 83.599 Euro auf Platz 2 im Bundesvergleich. Insofern ist auch das Landwirtschaftsanpassungsgesetz, auf dessen Grundlage dieser Wegebau stattfindet, sehr fragwürdig bis hinfällig. Vielmehr sollte das Flurbereinigungsgesetz mit einer in puncto Natur- und Umweltschutz stärkeren Regelungsdichte vorrangig Anwendung finden.

Ein weiterer Punkt, mit dem wir Flurneuordnung qualitativ verbessern wollen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

ist eine konsequente Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen in Bodenordnungsverfahren.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

In Brandenburg werden bei komplexen Wegebaumaßnahmen Umweltverträglichkeitsprüfungen mit FFH-Verträglichkeitsprüfungen durchgeführt, es wird ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erstellt. In Mecklenburg-Vorpommern scheint eine DIN-A4-Seite auszureichen, wo die Planungsunterlagen die Umweltverträglichkeit bestätigen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, Deregulierung, da sind wir voll dabei.)

Wir brauchen auch hier verbindliche und transparente Standards im Planungsprozess, mit Standards, wie sie bei anderen Genehmigungsverfahren, zum Beispiel im konventionellen Straßenbau, üblich sind.

Ein ganz drastischer Aspekt ist im Rahmen der Bodenordnungsverfahren die zum Teil unzureichende Bürgerbeteiligung –

(Tilo Gundlack, SPD: Wat?)

Bürgerbeteiligung der Bürger, die von den Maßnahmen betroffen sind, die nicht Flächeneigner sind,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

aber die dort wohnen in den Dörfern.

(allgemeine Unruhe – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie glauben gar nicht, wie froh die jetzt sind, dass sie jetzt anständig zum Konsum kommen.)

Wie dringend erforderlich eine solche Betroffenenbeteiligung wäre, zeigt das Beispiel Woserin. Hier ringt die Dorfgemeinschaft seit vielen Jahren um den Erhalt ihrer gut befahrbaren 150 Jahre alten Kopfsteinpflasterstraße.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ach?)

Und vor wenigen Tagen erfolgte jetzt in der Presse die Meldung, dass die Straße nun doch gegen den örtlichen Widerstand asphaltiert werden soll. Damit soll ein ...

(Minister Dr. Till Backhaus: Ja, eben nicht, nur ein Teil.)

700 Meter.

Damit soll ein weiteres mecklenburgisches Dorf einen Teil, einen Teil seines Gesichtes verlieren.

Wir fordern hier eine neue, eine bessere Beteiligungskultur, bei der die Betroffenen in den Teilnehmergemeinschaften mitwirken können.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Zeitgemäße und zukunftstaugliche Konzepte lauten anders als das, was Sie, werte Damen und Herren der Regierungskoalition, beabsichtigen. Heutzutage benötigen wir integrative Konzepte, solche, bei denen Flurneuordnung maßgeblich der Verwirklichung von Naturschutzzielen in den ländlichen Räumen dienen. Andere Bundesländer machen uns das auch schon vor, seien es zum Beispiel Flächenarrondierungen für die Renaturierung von Gewässern oder eine Sanierung wertvoller Feldsteinbauten in den Dörfern, wo eben Fledermäuse-, Eulen- und Schwalbenquartiere geschont werden.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Mit einem integrativen Konzept würden wir die Weichenstellung der Flurneuordnung zu belebten Landschaften

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

mit dem Gesang von Vögeln in der Luft, mit staunenden Erholungsuchenden in unseren Dörfern und auf Feldern und Wiesen, mit der Landschaft, in der man auch wieder leben will, gestalten.

(allgemeine Unruhe)

Denn eine Ursache des demografischen Wandels auf dem Land – also dass immer mehr ältere Menschen auf den Dörfern leben und immer weniger junge Familien – liegt auch darin, ...

(allgemeine Unruhe)

Demografischer Wandel – das war vielleicht noch mal ein Stichpunkt zum Zuhören.

... liegt auch darin, dass niemand gerne in einen Landstrich zieht, in dem außer riesigen Ackerschlägen, asphaltierten Feldwegen und Schweinemastanlagen buchstäblich nichts ist. Man zieht doch wohl aufs Land, weil man die Natur liebt, und nicht, um täglich möglichst weite Wege zur Arbeit mit dem Auto zu fahren.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wenn die Natur nun aber als Flächenkonkurrent zur Landwirtschaft gesehen und immer weiter zurückgedrängt wird, dann muss man sich nicht wundern, wenn viele Menschen dem Landleben den Rücken kehren.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD und CDU, wirklich über Flurneuordnung neu nachdenken und entscheiden lassen wollen, dann integrieren Sie ein wirklich zukunftsweisendes Element – die Ausrichtung der Flurneuordnung auf die Naturschutzbelange unseres

Bundeslandes! Dass hier von der ökologischen Funktionsfähigkeit im Antrag gesprochen wird, heißt ja nicht, dass es in Richtung Naturschutz gehen muss im Rahmen der neuen Flurneuordnung, denn ökologisch funktionsfähig ist jeder Lebensraum. Das ist eine rein wissenschaftliche Betrachtung. Auch ein Maisacker ist ökologisch funktionsfähig, das bedeutet einfach nur, er funktioniert. Das hat direkt ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Frau Karlowski, kommen Sie bitte zum Ende!

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... nichts mit Naturschutz zu tun.

Ich habe auf die rote Lampe gewartet, Frau Präsidentin.

(Die rote Lampe leuchtet. – allgemeine Heiterkeit)

Ich werbe daher für unseren Änderungsantrag auf der Drucksache 6/1085 und vielen Dank für die geteilte und ungeteilte Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus und Minister Harry Glawe)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich bitte doch das Plenum, ein bisschen ruhiger hier zu agieren. Der oder die Redner/in muss wenigstens die Möglichkeit haben, die Meinung der Fraktion hier irgend kundzutun.

Das Wort hat jetzt zum Abschluss der Debatte die Abgeordnete Feike von der SPD-Fraktion.

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Nach diesem grünen Rundumschlag möchte ich es doch ein kleines bisschen kürzer fassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Torsten Renz, CDU: Sehr gut.)

Ich möchte sagen, dass sehr viel Richtiges gesagt wurde

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und es auch festzustellen ist, dass wir doch an sich, dass an sich alle demokratischen Parteien der Meinung sind oder die gemeinsame Auffassung haben, dass wir das Instrument der Flurneuordnung eigentlich neu umgestalten müssten. Es sind nur unterschiedliche Ansichten und Ansatzweisen und daher reden wir ja heute hierüber. Und wir werden sehen, was 2015 oder 2014 möglicherweise im Agrarausschuss zur Diskussion steht.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch dem hier vorliegenden Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können wir als SPD-CDU-Fraktion zunächst nicht zustimmen.

(Zurufe aus dem Plenum: Koalition!)

Ja, Koalition, Entschuldigung.

(Torsten Renz, CDU:
Wenn wir vorne stehen würden,
wäre es ein bisschen anders. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der
SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist gerade ...

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Für uns ist es gerade wichtig, die Worte "noch effektiver als bisher" im CDU-SPD-Antrag – jetzt habe ich mal die CDU zuerst erwähnt –

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr richtig.)

zu formulieren. Bei dieser Begrifflichkeit stellen wir dabei unter anderem auf die geringe Zahl der Flurneuordnungsverfahren ab.

Wie ich in meiner Einbringungsrede schon einmal erklärt habe, bis jetzt sind nur ein Drittel der möglichen Flächen im ländlichen Raum am Flurneuordnungsverfahren beteiligt. Das ist für die kommenden Herausforderungen im ländlichen Raum für uns nicht hinnehmbar. Erinnern möchte ich an die Ausführungen des Ministers eben gerade, dass die Entwicklung der ländlichen Räume stark verbunden ist mit möglichen Finanzierungsinstrumenten.

Ein weiteres Stichwort möchte ich hier noch in den Raum werfen: "Flächenmanagement für Maßnahmenrealisierung". Nur durch Flurneuordnungsverfahren kann eine höhere Rechtssicherheit geschaffen werden und es können wesentliche Nutzungsvorteile für die Eigentümer und Bewirtschafter herbeigeführt werden.

(Egbert Liskow, CDU: Jawohl.)

Aus diesem Grund bleiben wir bei den Worten "noch effektiver als bisher". Zu der von der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN geforderten Ersetzung "in einem ausgewogenen Verhältnis zu integrativen und naturschutzrelevanten Ansätzen" sagen wir, dass wir dies ablehnen. Für uns spielen umweltschutzrechtliche Standards im Flurneuordnungsverfahren eine wichtige Rolle. Gutes Informationsmaterial dabei kann man unter anderem lesen auf der Internetseite der StÄLU unseres Landes.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ja.)

Doch wir wollen uns nicht nur auf die ökologischen Rahmenbedingungen beschränken lassen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen in den Instrumenten der Flurneuordnung die Erfüllung von agrar- und infrastrukturellen, gewerblichen, ökologischen und sozialen Entwicklungsaufgaben.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Die Formulierung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN ist zu einseitig ausgerichtet und entspricht nach unserer Auffassung (Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nicht den zukünftigen Herausforderungen und Weiterentwicklungen der Flurneuordnung als Gestaltungselement im ländlichen Raum.

Wir lehnen den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus diesen Gründen ab und bitten um Unterstützung des Antrages von CDU und SPD.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1085 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Dann die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? –

(Torsten Renz, CDU: Die Mehrheit muss nicht immer recht haben.)

Danke. – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1085 abgelehnt, ...

(allgemeine Unruhe)

Meine Herren, ich möchte das Ergebnis gerne in Ruhe vorlesen.

... mit den Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD.

Da ..., ach das habe ich gehabt.

So, wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/1045 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Dann die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/1045 angenommen, mit Zustimmung der Fraktionen der SPD, der CDU und der Fraktion DIE LINKE und keinen Gegenstimmen, bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Das ist die Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Teilnahme an Bundestagswahlen mit 16 Jahren, Drucksache 6/1031.

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Teilnahme an Bundestagswahlen mit 16 Jahren
– Drucksache 6/1031 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß ja nicht, ob es was zu bedeuten hat, dass der Innenminister jetzt so einen Berg Arbeit gekriegt hat, aber vielleicht hört er ja doch zu, weil er will ja genau wie gestern zum Wahlrecht sprechen, obwohl eigentlich das Jugendwahlrecht eher – ich habe das gestern schon gesagt – eine Angelegenheit der Jugendministerin wäre,

(Heinz Müller, SPD: Sie haben alles gestern schon mal gesagt.)

die sich gestern leider nicht an der Debatte beteiligt hat, jetzt gar nicht da ist,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber es gab gestern schon die richtige Antwort, Peter.)

aber immerhin in ihrem Zweitberuf, der offensichtlich der wichtigere ist, als SPD-Vize sich zum Thema geäußert hat, nämlich dass die SPD, ähnlich wie wir, für die Einführung des Wahlrechtes ab 16 bei den Bundestagswahlen ist. Natürlich könnte man sagen: Haben wir alles gestern schon beredet

(Heinz Müller, SPD: Richtig. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

und die Argumente pro und kontra haben wir gestern schon ausgetauscht.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben gestern selbst darauf hingewiesen, dass es einen Unterschied macht, über welche Wahlebene man redet, dass es eben einen Unterschied macht, ob man über Kommunalwahlen redet

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, da gibt es einen richtigen Unterschied.)

oder über Landtagswahlen oder eben über Bundestagswahlen. Und ich ärgere mich eigentlich schon, dass wir nicht noch einen Antrag gemacht haben:

(Heinz Müller, SPD: Zur Europawahl! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Können Sie ja noch machen. – Heinz Müller, SPD: Im September, im September!)

"Wahlalter 16 bei Europawahlen", weil wir hätten damit ja dann alle Forderungen, wir hätten dann ja alle Forderungen des SPD-Konvents aufgegriffen.

(Torsten Renz, CDU: Sie können ja noch einen Änderungsantrag stellen zum eigenen Antrag!)

Nein, aber ich habe die Hoffnung, dass Sie vielleicht auch diesen Antrag in den zuständigen Rechtsausschuss überweisen und wir dann über die Probleme gemeinsam diskutieren können. Das Thema "Wahlalter 16 bei Bundestagswahlen" ist dann aber doch etwas komplizierter und liegt nicht allein in der Hand dieses Landtages. Und schon deswegen konnten wir dieses Thema mit unserem Gesetzentwurf, der sich mit dem Landeswahlgesetz beschäftigt, gestern nicht gekoppelt einbringen.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass es meiner Fraktion und mir persönlich am liebsten wäre, wenn sich nach der Aussprache eine ähnliche Mehrheit abzeichnet wie gestern und wir den Antrag in den Rechtsausschuss überweisen und dann noch mit den Jugendlichen selbst und den Vertretern der Jugendlichen über das Wahlalter 16 reden könnten. Das wäre ein klares Signal, auch an unsere Landesregierung, sich auf Bundesebene – etwa im Bundesrat oder im Rahmen von Fachministeroder Ministerpräsidentenkonferenzen – konstruktiv für die Absenkung des aktiven Wahlalters bei Wahlen zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre einzusetzen.

Und es macht insofern auch Sinn, dass wir diese Diskussion jetzt führen, da es ja eine interessante Debatte zum Bundeswahlrecht ohnehin gibt. In der Bundesgesetzgebung wurde auch in dieser Hinsicht vom Bundesverfassungsgericht darauf hingewiesen, dass es seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Und wenn man sich in diese Debatte hineinbegibt, wäre es doch gut, wenn man auch die Frage des Wahlalters mitdebattieren könnte.

Auch wir als Abgeordnete aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern können mit einem derartigen Landtagsbeschluss – sofern Sie ihn denn mit uns fassen würden – dort, wo nötig, noch intensiver bei unseren jeweiligen Bundestagsfraktionen und Bundesparteien für diese Positionen werben beziehungsweise um die notwendige Zweidrittelmehrheit zur Änderung von Artikel 38 Absatz 2 Grundgesetz ringen. Da gibt es Parteien, bei denen würden wir offene Türen einrennen. Und dann gibt es Parteien, bei denen wir noch etwas Überzeugungsarbeit leisten müssten.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Stimmt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach der gestrigen Debatte zum möglichen Wahlalter 16 bei Landtagswahlen auch in unserem Bundesland ist aber bereits weiterer Diskussions- und Klärungsbedarf deutlich geworden. Es könnte also durchaus sinnvoll sein, den vorliegenden Antrag heute nicht abzulehnen oder abzustimmen, sondern, wie bereits erwähnt, im Europaausschuss zu diskutieren. Lassen Sie mich ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das machen wir ja auch.)

Das ist sehr gut, Kollege Ringguth, das freut mich.

Lassen Sie mich deshalb zusammenfassend auf drei Punkte hinweisen:

Erstens sind politische Wahlen generell keine Spielwiesen, weder auf kommunaler, Landes- noch Bundesebene. Und insofern sind für uns auch die Unterscheidungen, die versucht wurden, gestern hier darzustellen, nicht nachvollziehbar, weil für uns gibt es keine Wahl von geringerer Bedeutung. Wir sollten diese Frage als ernsthaft, aber auch gleichbedeutend intensiv diskutieren. Wir sollten jüngere Wählerschichten nicht von vornherein stigmatisieren, so, wie es gestern in dem einen oder anderen Redebeitrag auch herausklang, dass sie noch nicht so reif wären, und was nicht alles für Argumente gekommen sind. So, wie es Bereiche gibt, wie etwa Rente oder Pflege, die eher ältere Wählerinnen und Wähler politisch mobilisieren, so gibt es selbstverständlich auch Themen, vor allem wie Bildung und Schule, für die sich jüngere Menschen stärker engagieren und interessieren sollten und Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten sollten.

Zweitens sollte in der Diskussion beachtet werden, dass Wahlen zum Bundestag generell eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen als etwa Kommunalwahlen. Das könnte dann dazu führen, dass die Teilnahme an Bundestagswahlen sich positiv auswirkt auf die Teilnahme bei Kommunalwahlen oder Landtagswahlen.

Und drittens schließlich, meine Damen und Herren, sollten wir bei unseren Diskussionen hier im Land nicht meinen, wir würden jungfräuliches Neuland betreten. Bei der Frage der Landtagswahlen liegen Bremen und Brandenburg bekanntlich vorn und auch Schleswig-Holstein hat die Erste Lesung eines entsprechenden Wähleränderungsgesetzes bereits vor einer Woche vollzogen. Und ich glaube nicht, dass das alles nur Kosmetik ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auch auf Bundesebene scheint mir die Diskussion bereits offener und weitaus gediegener als bei uns. BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und meine Partei sprechen sich bereits seit Längerem, auch auf Bundesebene, für die Absenkung des Wahlalters aus. Die familienpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion

(Heinz Müller, SPD: Wer?)

hat viel Sympathie für die Absenkung des Wahlalters geäußert.

Und welche Position vertreten unsere Koalitionäre auf Bundesebene? Nun, ich möchte nicht wieder unsere Jugendministerin bemühen, sondern auf den früheren SPD-Chef Müntefering verweisen. Der hält nämlich viele 16-Jährige zweifelsfrei für reif für die Wahl und plädiert für ein Wahlrecht mit 16 Jahren, auch auf Bundesebene, und der SPD-Konvent hat dies bekanntlich aufgegriffen.

Und, meine Damen und Herren, selbst die CDU auf Bundesebene löst sich allmählich aus ihrer Starre. So ist etwa der damalige Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion und heutige Bundesumweltminister, Peter Altmaier, offen für entsprechende Debatten.

Lassen Sie uns also auch offen für parteiübergreifende Diskussions- und Reformbereitschaft in unserem Bundesland sein! Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Heinz Müller, SPD: Nee.)

Und wenn es heute noch nicht geht, dann überweisen Sie ihn in den Ausschuss bitte, in den Rechtsausschuss! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Inneres und Sport Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Kollege Ritter, ich weiß gar nicht, was Sie immer mit der Jugendministerin haben. Nachdem gestern der Zuständigkeitsbereich der war, wo nicht der Zuständigkeitsbereich betroffen war, ist es heute der Zuständigkeitsbereich, den das Land überhaupt nicht betrifft.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig, richtig. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie haben es schon angesprochen.

Es ist eine Grundgesetzänderung notwendig und ich kann überhaupt nicht verstehen, warum Sie zu feige sind, auf Ihre Bundestagsfraktion zuzugehen, denn die Grundgesetzänderung wird meines Wissens im Bundestag gemacht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da stehen die Türen so weit auf bei meiner Fraktion.)

Dann führen Sie doch da die Debatten, um eine Grundgesetzänderung durchzuführen! Die wird es nicht geben. Die CDU im Bund wird einer Zweidrittelmehrheit nicht zustimmen und einer Grundgesetzänderung dahin gehend, dass das Wahlalter auf 16 im Bund abgesenkt wird. Wir hatten schon häufig die Thematik, dass wir im Landtag keine Themen führen sollen, die Bundesthemen sind, aber wir können gern die Diskussion von gestern noch mal aufwärmen.

Es ist in der gestrigen Aussprache von mir zu dem Thema alles gesagt worden. Das Festhalten an der Volljährigkeit, die fehlende Vergleichbarkeit mit den Kommunalwahlen, die Einheitlichkeit von aktivem und passivem Wahlrecht sind hier im Zusammenhang mit der Bundestagswahl genannt worden, genauso wie bei den Landtagswahlen. Vor diesem Hintergrund halte ich eine Grundgesetzänderung weder für richtig noch für durchsetzbar. Das Wahlalter ist nämlich im Artikel 38 Absatz 2 Grundgesetz festgelegt, sodass eben, wie gesagt, zur Änderung eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag notwendig wird.

Aus den schon in der Debatte über die Gesetzentwürfe genannten Gründen sowie der fehlenden Zuständigkeit halte ich eine Diskussion im Parlament über Situationen, für die die Zuständigkeitsbereiche auf einer anderen Ebene liegen und in der sie als Fraktion vertreten sind, für wenig hilfreich hier und bleibe dabei: Zuständigkeit des Bundestages.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Caffier, lassen Sie eine Nachfrage des Abgeordneten Ritter zu?

Minister Lorenz Caffier: Gern.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Ritter, bitte.

Peter Ritter, DIE LINKE: Danke schön, Herr Minister.

Würden Sie mir zustimmen, dass es nicht schädlich wäre, wenn die zuständige Ministerin, die im Land für Jugendliche Verantwortung trägt, sich auch in der Debatte einschalten würde? Meinen Sie also, das wäre schädlich, wenn sie sich hier äußert?

Minister Lorenz Caffier: Das habe ich nicht gesagt. Aber Sie müssten wissen, dass es im Kabinett eine klare Regelung gibt, und die heißt: Es spricht immer ein Minister zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten. Das ist auch eine vernünftige Regelung.

Und gehen Sie davon aus, dass die Kollegin, was Jugendpolitik betrifft, sich außerordentlich engagiert in der Thematik im Land einbringt. Und deswegen glaube ich auch nicht unbedingt, dass eine Belehrung durch Sie notwendig ist.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Peter Ritter, DIE LINKE: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage?

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Caffier?

Minister Lorenz Caffier: Gern.

Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn wir die Zuständigkeitsregeln aufgreifen, würden Sie mir zustimmen, dass es dann fürderhin nicht mehr notwendig ist, dass die Koalitionsfraktionen hier im Landtag Anträge stellen, die die Landesregierung auffordern, im Bundesrat aktiv zu werden?

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Minister Lorenz Caffier: Es kommt auf die Thematik an. Wenn wir jetzt über Landwirtschaft oder sonstige Zahlungsfristen reden, in denen die Zuständigkeit aufs Land betroffen ist, ist es richtig. Aber in dem Fall ist eine Zuständigkeit – wir reden über die Bundestagswahl und nicht über die Landtagswahl, wir reden nicht über die Kommunalwahl. Und auch Schleswig-Holstein hat keinen Änderungsantrag für die Bundestagswahl eingebracht, was Sie gerade versucht haben, hier zu transportieren, sondern die Kommunalwahl und die Landtagswahl betreffend.

Peter Ritter, DIE LINKE: Danke schön.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aber Herr Ritter hat eine sehr gute Frage gestellt.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Caffier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Heinz Müller von der SPD-Fraktion.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gestern zwei Gesetzentwürfe zum Thema "Wahlen mit 16" hier in diesem Landtag diskutiert und wir haben jetzt einen Antrag der LINKEN zum Thema "Wahlen mit 16" vorliegen und ich hätte es einfach auch im Sinne von Arbeitsökonomie für sinnvoll gehalten, wenn wir alle drei Vorlagen gemeinsam diskutiert hätten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das haben Sie doch in der Hand im Ältestenrat. – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Dazu ist es nicht gekommen, nicht zuletzt, weil im Ältestenrat ein solcher Beschluss nicht herbeigeführt worden ist, Herr Holter, obwohl ich ihn sicherlich nicht nur in diesem Hause vorschlage, aber erledigt.

Und mir ist gesagt worden, wir haben hier zwei verschiedene Ebenen. Einmal ist es das Land, einmal ist es der

Bund. Zum einen, beim Land sind wir selber zuständig, beim anderen sind wir nicht zuständig, sondern machen es Bundestag und Bundesrat, da können wir höchstens darauf hinwirken, dass.

Diese Unterscheidung ist natürlich richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auf der anderen Seite glaube ich, die inhaltlichen Argumente, ob wir jungen Menschen mit 16 Jahren das Wahlrecht zu Parlamenten – streng juristisch betrachtet sind Gemeindevertretungen und Kreistage ja keine Parlamente –, ob wir ihnen das Wahlrecht zu Parlamenten, also zum Landtag und zum Bundestag zubilligen wollen, unterscheiden sich nicht. Und deswegen gibt es die gleichen Argumente für eine Absenkung des Wahlrechts auf der Bundesebene wie auf der Landesebene und es gibt die gleichen Argumente gegen eine solche Absenkung auf der Bundesebene und auf der Landesebene, und deswegen, glaube ich, wäre es klug gewesen, wir hätten die Diskussionen zusammengefasst.

Und weil das so ist, dass die Argumente die gleichen sind, will ich das auch nicht alles noch einmal ausbreiten. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass Erbsensuppe noch einmal aufgewärmt am nächsten Tag sehr schmackhaft ist, aber die Argumente, die wir gestern ausgetauscht haben, heute noch einmal aufzuwärmen, ob das sehr schmackhaft für unsere geistige Ernährung ist, da habe ich meine erheblichen Zweifel.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen will ich das hier gar nicht tun, sondern ganz einfach sagen, wir haben gestern die beiden Vorlagen in den Rechtsausschuss überwiesen, damit wir uns in Ruhe und ausführlich und unter Heranziehung von Sachverstand von außen damit auseinandersetzen können. Wir werden das auch mit dieser Vorlage so tun und wir werden dann, so hoffe ich sehr, lieber Kollege Ritter, im Europa- und Rechtsausschuss nicht das Ganze an zwei verschiedenen Sitzungstagen machen, sondern miteinander verbunden, gemeinsam diese Thematik miteinander diskutieren.

Also, meine Damen und Herren, lassen Sie uns den Antrag in den Europa- und Rechtsausschuss überweisen und zusammen mit den beiden Gesetzentwürfen, die wir gestern überwiesen haben, diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Alle wichtigen Aspekte, da stimmen wir völlig überein, sind eigentlich mit dem gestrigen Tage hier unter Tagesordnungspunkt 6 debattiert worden. Zur Ergänzung dieser Debatte möchte ich dennoch drei Punkte hinzufügen:

Erstens. Die GRÜNEN fordern auch in ihrem Bundeswahlprogramm die Absenkung des Wahlalters auf 16 auf Bundesebene, also stimmen wir selbstverständlich auch dem vorliegenden Antrag der LINKEN zu.

Zweitens. Minister Caffier hatte gestern die forsa-Umfrage aus dem Jahre 2010 zitiert, wonach 63 Prozent der befragten Jugendlichen das Wahlrecht ab 16 Jahren ablehnen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hatte ich auch zitiert.)

Ich will aber nochmals darauf hinweisen, dass die befragten Jugendlichen zwischen 14 und 29 Jahren alt waren. Ich halte das aus methodischer Sicht für fragwürdig, dass man 14- bis 29-Jährige befragt, wie sie zum Wahlrecht von 16- und 17-Jährigen stehen.

Eine bessere Studie ist hingegen die Studie "Jugend in Brandenburg 2010" der Universität Potsdam. Demnach würden 66 Prozent der betroffenen Jugendlichen ihr Wahlrecht auch wahrnehmen wollen. Das ist mehr als der Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung, die ihr Wahlrecht wahrnehmen möchten.

(Egbert Liskow, CDU: Das können sie doch, aber ein bisschen später.)

und im Übrigen liegt die Zustimmung des Wahlrechts ab 16 bei den unter 18-Jährigen doppelt so hoch wie bei den über 18-Jährigen. Das heißt, wenn Sie natürlich von 14- bis 29-Jährige befragen, dann erfassen Sie gar nicht das Problem. Ich glaube, die Wählergruppe, die 16- bis 17-Jährigen wollen wählen, und das geht deutlich aus dieser Studie hervor.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Drittens. Ein häufiges Gegenargument ist, dass Jugendliche angeblich möglicherweise dazu tendieren, extremistischer zu wählen. Das kann man nicht wirklich bestätigen. Ich denke, dass es sich hier nämlich nur um eine Verschiebung des Problems handelt und wir uns als Demokraten der Herausforderung so früh wie möglich stellen sollten. Selbst wenn zum Beispiel, als kleines Beispiel, die 16- und 17-Jährigen doppelt so häufig die rechtsextremistische NPD wählen würden, würden sie deren Ergebnis nur um 0,2 Prozentpunkte beeinflussen können. Der entscheidende Hauptanteil des Problems wird durch Nichtwähler und NPD-Wähler jenseits des 18. Lebensjahres verursacht. Warum sollten wir also zwei Jahrgänge von der Wahl abhalten, nur weil die Älteren das Hauptproblem nicht in den Griff bekommen?

In diesem Sinne stimmen wir zu. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ringguth.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Also nur um Legendenbildung vorzubeugen, Herr Holter, ich hatte in der parlamentarischen Vorbereitung zu den Sitzungen in dieser Landtagssitzungswoche

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hab ich schon aufgeklärt.)

in der Tat angeregt, dass wir dies aus Effektivitätsgründen ja möglicherweise auch in verbundener Aussprache hätten erledigen können. Peter Ritter hatte da gute Gründe und er hat sie auch vorgetragen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So bin ich.)

Und wenn eine Fraktion Gründe vorträgt, dann ist das durch andere Fraktionen zu respektieren, dann ist das eben so und dann reden wir eben heute noch mal darüber

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da sehen Sie mal, wer bei uns das Sagen hat.)

Ich nehme das auch ernst, meine Herren von der Linksfraktion in den vorderen Reihen, und will auch noch mal auf Ihren Antrag eingehen, denn Sie haben ja Ihren Antrag unter anderem so ein bisschen damit begründet, dass nun die Partei, Fraktion auf Bundesebene, ich zitiere mal, "in Bewegung gekommen sei". Das ist ja auch gut so. Der Kopf ist rund, nicht? Und der ist aus gutem Grunde rund, damit es immer mal vielleicht auch neue Ideen gibt.

Das mag ja alles richtig sein, aber wenn Sie dann noch darauf hinweisen, dass nun auch ein Parteikonvent der SPD die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre beschließen möchte, sage ich, ganz unabhängig davon, wie sich die SPD innerparteilich zu dem Thema nun irgendwie positioniert, müssen wir es aber – und das ist jetzt hier gesagt worden – nun mal eben dem Bundestag und dem Bundesrat überlassen, über das Wahlalter für den Bundestag zu diskutieren. Das ist hier nicht unsere Baustelle, um das mal deutlich zu sagen.

Und was ich besonders als heikel empfinden würde, ist, wenn eine Empfehlung, gleich, welchen Inhalts die nachher zum Schluss auch sei, ja, wenn sozusagen wir uns anmaßen, dem Bundestag durch einen Landtag irgendwelche Inhalte da zu servieren. Das ist einfach nicht angemessen und das halten wir für grundsätzlich nicht gut.

Aber ich gehe gern auf ein Argument ein, das gestern im Zweifel noch nicht besprochen wurde, nämlich dieses Argument, das Sie hier in Ihrem Antrag gebracht haben, dass es ja der Politikverdrossenheit entgegenwirken könnte. Und da sage ich mal, wenn es um die Bekämpfung von Politikverdrossenheit geht, da sind wir uns erst mal grundsätzlich einig, das ist schlimm genug und wir müssen alles dafür tun, dass Politikverdrossenheit nicht weiter greift, als das schon jetzt der Fall ist. Aber ich kann einfach nicht erkennen, wie man das mit einer Absenkung von Wahlalter auch nur irgendwie hinbekommen könnte. Wenn man sich nämlich mal die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl so in der Statistik anguckt, dann stellt man fest, dass in den Ländern, wo zum Beispiel kommunales Jugendwahlrecht längst eingeführt ist, die Wahlbeteiligung der jungen Leute zwischen 18 und 21 im Vergleich zu den anderen Ländern, wo das nicht der Fall ist, sich eher überhaupt nicht ändert.

Ich will mal ein Beispiel nennen. Baden-Württemberg hat zum Beispiel kein Jugendwahlrecht. Baden-Württemberger haben das nicht gemacht und da liegt die Differenz bei 6 Prozent. Also wenn bei der letzten Bundestagswahl in Baden-Württemberg die durchschnittliche Wahlbeteiligung allgemein bei 73 Prozent gelegen

hat, dann hat die bei den Jugendlichen bei 67 Prozent gelegen, also Differenz 6 Prozent.

Im Bundesland Hessen, die haben ja das Jugendwahlrecht, und zwar das kommunale wieder abgeschafft. Die hatten das schon mal, haben es wieder abgeschafft, da gab es eine Differenz von 7 Prozent.

Und wenn wir jetzt nach nebenan, nach Schleswig-Holstein gucken, die haben ja ein kommunales Wahlrecht, da liegt die Differenz bei 11 und bei uns sogar bei 12 Prozent. Wir haben ja ein kommunales Wahlrecht für Jugendliche.

Also eine bessere Beteiligung dadurch, dass man zum Beispiel bei der Kommunalwahl die Jugendlichen schon beteiligt, auch bei den anderen Wahlen zu erreichen, das ist so nicht nachzuvollziehen. Natürlich wollen wir das Interesse von Jugendlichen an Politik wecken, aber Wahlrecht, das ist doch nicht irgendwas. Das ist in einer freiheitlichen Demokratie etwas so Grundlegendes, da sind wir von der CDU eben der Auffassung, das können wir doch nicht einfach zu so einem pädagogischen Hilfsmittel irgendwo degradieren. Dafür ist Wahlrecht einfach zu wichtig.

Und Lorenz Caffier als Innenminister hat ja gesagt, er kann sich gar nicht vorstellen, und ich kann es mir im Übrigen auch nicht vorstellen, dass wir dazu das Grundgesetz ändern würden. Das, glaube ich, ist mit uns als Christdemokraten auch in den nächsten Jahren nicht zu machen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist schlecht.)

Das will ich ganz deutlich sagen, Peter.

Aber das hat – und mein Kollege Müller hat es schon gesagt – uns natürlich nicht davon abgehalten zu sagen, ja, wir überweisen in den Rechts- und Europaausschuss, ja, wir debattieren darüber. Aber ich glaube, es ist ein Gebot der Ehrlichkeit, Herr Ritter, dass man auch schon deutlich sagt, unsere Position als CDU – und ich spreche also nicht nur für mich, sondern für meine Fraktion – ist gerade, was die Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen betrifft, klar und deutlich, und wir weisen noch einmal darauf hin, es ist nicht unsere Angelegenheit.

So, und damit wünsche ich allen noch einen angenehmen Nachmittag

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gehst du jetzt nach Hause, oder was?! – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

und bedanke mich ganz herzlich bei der Linksfraktion.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir von der NPD-Fraktion werden dem Antrag beziehungsweise der Überweisung zustimmen, aber wie ich es in meiner Ausführung in der gestrigen Sitzung unter Tagesordnungspunkt 6 bereits erwähnte, der

Grund für die Politikverdrossenheit in diesem Land ist nicht die Grenze des Wahlalters, sondern Ihre volksfeindliche Politik.

Ihre Politik hat dazu geführt, dass diese Verdrossenheit schon lange keine Randerscheinung mehr ist, sondern sich zu einer Art Volkskrankheit ausgebreitet hat. Um den Genesungsprozess in Gang zu setzen, muss man auch hier wie bei einer richtigen Krankheit zuerst die Ursachen bekämpfen. Einer nationalen, am deutschen Volk orientierten Politik würde man auch Vertrauen schenken und die Wahlbeteiligung würde wieder steigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Heinz Müller, SPD: Ah ja, ah ja!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbst bei den wenigen Sätzen, die Herr Müller eben von sich gegeben hat,

(Stefan Köster, NPD: Das reicht auch aus.)

merkt man auch da, wo die Reise hingeht. Volkskrankheiten und Ausmerzen, das ist das Gedankengut der Herren der NPD-Fraktion. Und sie versuchen es wirklich bei jedem Thema immer wieder unterzubringen, aber ich glaube, die Menschen, auch draußen, sind klug genug, um das zu erkennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man ist ja vor Überraschungen nicht gefeit und insofern gebe ich ehrlich zu, dass ich nicht erwartet hätte, dass die Koalition sagt, okay, wir überweisen auch diesen Antrag. Insofern ein herzliches Dankeschön! Aber ich sage auch hier wie gestern, dass für mich natürlich dann das Ergebnis der Diskussion im Rechtsausschuss eigentlich schon feststeht, da die Gräben zwischen den Koalitionspartnern offensichtlich so tief sind, dass sie nicht zugeschüttet werden können.

Und weil das so ist, Herr Waldmüller, ist auch so manche Begründung, warum man sich gegen das Thema "Wahlalter 16" hier so vehement stemmt im Landtag, sehr merkwürdig. Also da wird dann die Zuständigkeit herangezogen, da werden die Ebenen herangezogen, wir haben als Landtag mit dem Bundestagswahlrecht ja überhaupt nichts zu tun, wird gesagt.

(Zuruf aus dem Plenum: Stimmt doch auch.)

Stimmt auch. Dann frage ich mich, warum wir gestern eine lange Debatte geführt haben unter der Überschrift "Antrag der Fraktionen der SPD und CDU – Erhalt der Qualität in Unterricht, Forschung und Lehre" et cetera pp. Und da steht: "Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat und allen Gremien auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die ... Gültigkeitsdauer" et cetera pp. Das ist die Zuständigkeit des Bundes, damit hat doch der Landtag gar nichts zu tun. Also das verwundert mich dann schon sehr, dass man versucht, über solche Auswege eine inhaltliche Begründung zu finden, die mit dem Ursprungsanliegen überhaupt nichts zu tun hat.

Aber lange Rede, kurzer Sinn – lassen Sie uns das Thema im Europa- und Rechtsausschuss gemeinsam diskutieren. Mein Wunsch wäre nur, lieber Vorsitzender vom

Rechtsausschuss, dass wir es vielleicht schaffen, eine erste Debatte noch vor der Veranstaltung "Jugend im Landtag", die im November stattfindet, durchzuführen, damit wir den Jugendlichen, die dann wieder hier sind, um genau mit uns über diese Frage der politischen Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen zu diskutieren, schon Ergebnisse mit auf den Weg geben können, wie die einzelnen Fraktionen zur Einbeziehung von Jugendlichen auch bei Wahlentscheidungen sind. Wenn wir das erst nach Weihnachten machen, dann hat es auch keinen Sinn mehr. Also meine Bitte wäre, dafür Sorge zu tragen, dass wir noch vor "Jugend im Landtag" eine erste Runde hinkriegen. Dann haben wir nämlich auch eine spannende Debatte bei "Jugend im Landtag" und keiner braucht sich mehr rauszureden oder sich in Versprechungen zu flüchten, denn da haben wir konkrete Ergebnisse vorliegen. - Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1031 zur Beratung an den Europa- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Schrittweise Einführung der Lkw-Maut auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen, Drucksache 6/1026.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schrittweise Einführung der Lkw-Maut auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen – Drucksache 6/1026 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Jaeger.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bündnisgrüne-Fraktion beantragt, dass die Landesregierung sich für eine Ausweitung der Lkw-Maut auf praktisch alle Straßen einsetzt.

Was ist der Hintergrund? Seit dem 1. August 2012 wurde die Mautpflicht auf Autobahnen ausgeweitet auf über 1.100 Kilometer Bundesstraßen. Der Hintergrund ist, dass viele Lkw-Fahrer, weil sie halt Maut bezahlen müssen, Möglichkeiten nutzen, dieser Maut auszuweichen und dann über Bundesstraßen zu fahren. Dem hat der Verkehrsminister einen Riegel vorgeschoben, indem er vierspurige Bundesstraßen mautpflichtig gemacht hat.

Wie ist es zur Maut gekommen? Grundsätzlich ist es so, dass der wichtige und für uns volkswirtschaftlich notwendige Lkw-Verkehr natürlich durch das Gewicht der Lkws sehr große Schäden an den Straßen anrichtet. Ein Beispiel: Wenn Sie mit einem vollbeladenen 40-Tonner über eine Brücke fahren, dann haben Sie etwa die gleiche Belastung, als wenn Sie mit weit über 20.000 Pkws über die Brücke fahren. Das ist einfach eine physikalische Rechnung, so groß. Es gibt sogar Zahlen, die gehen von

bis zu 160.000 Pkws aus, vergleichbar mit dem Schadenspotenzial, wenn ein 40-Tonner über eine Brücke fährt

Die Bundesregierung hat also zu Recht gesagt, wir müssen den Lkw stärker mit zur Finanzierung der Straßen heranziehen. Es hätte natürlich die Möglichkeit bestanden, das Ganze über eine erhöhte Mineralölsteuer auf Dieseltreibstoff zu machen. Da besteht aber das große Problem, dass Lkws durch sehr, sehr große Tanks und auch Zusatztanks in der Lage sind, gigantische Strecken durch ganz Europa mit einer einzigen Tankfüllung zurückzulegen, das heißt, man hätte vor allem die deutschen Spediteure getroffen, die ausländischen Spediteure wären damit außen vor geblieben. Deswegen also, aus meiner Sicht auch zu Recht, hat man sich überlegt: Wir brauchen eine Mautpflicht für Lkws, wir können das nicht über die Mineralölsteuer lösen.

Jetzt haben wir aber das Problem, dass durch das Ausweichen des Lkw-Verkehrs weg von der Autobahn besonders Gemeinde-, Kreis- und Landesstraßen belastet werden, und diese Belastung ist natürlich nie im Sinne des Erfinders der Maut gewesen. Von daher ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, zu überlegen, ob wir, um das Problem grundsätzlich zu lösen, sagen, der Lkw-Verkehr muss für jeden Kilometer, den er fährt, eine Maut entrichten. Das würde auf der einen Seite bedeuten, wir schützen damit unsere Gemeinde-, Kreis- und Landesstraßen, weil es keinen Grund mehr gibt, die durchaus attraktive und schnellere Autobahn zu verlassen. Zum anderen werden wir natürlich dadurch auch mehr Mittel erhalten, um diese Straßen zu erhalten, was, wenn Sie in die Kommunen gucken, durchaus eine große Notwendigkeit darstellt.

(Egbert Liskow, CDU: Für den ländlichen Wegebau.)

Deswegen glauben wir, dass das der richtige Ansatz ist, und wir sehen, dass es sehr viele Befürworter gibt für diesen Vorschlag. Nicht nur vom VCD oder dem Städte- und Gemeindebund, auch aus der Bundestagsfraktion der SPD gibt es diese Anregung. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Schlotmann.

(Minister Volker Schlotmann stellt das Rednerpult ein.)

Minister Volker Schlotmann: Das ist mein Nachteil, dass ich immer nach Herrn Jaeger komme, da muss ich das Ding immer wieder runterfahren.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme da gleich noch mal im Detail drauf, Herr Jaeger, weil das Grundproblem Ihres Antrages ist eine grundsätzlich falsche Annahme, die auch dokumentiert werden kann, und da will ich dann im Einzelnen auch noch darauf eingehen.

Ich will noch mal für die, die sich mit dem Antrag noch nicht so beschäftigt haben, kurz darstellen, worauf Sie hinauswollen. Sie wollen also die Ausweitung der Maut für schwere Lkws auf alle Straßen, auf alle Straßen bis hin zu Gemeindestraßen, und begründet wird die Forderung im Kern ja damit, dass der Schwerlastverkehr sich bewusst vor der Benutzung von Autobahnen und der dort erhobenen Maut drücke. Mit der Einführung einer generellen Maut soll der Schwerlastverkehr auf die Autobahnen zurückgedrängt werden, damit diese besser ausgelastet und ihrer Netzfunktion entsprechend genutzt würden. Zusätzliche Einnahmen sollten in den Ausbau der Schieneninfrastruktur fließen – da bin ich sehr dicht bei Ihnen. Aber aufgrund der mautbasierten Kostensteigerung wird dann von Ihnen auch erwartet, dass künftig mehr Waren über die Schiene und über Binnenwasserstraßen transportiert werden. Gut, das ist bei uns relativ wenig relevant in Mecklenburg-Vorpommern, aber vom Grundsatz her auch gar nicht so verkehrt. Und letztendlich würde eine generelle Lkw-Maut auf allen Straßen alle Spediteure gleichstellen. Das ist die Intention dessen, was Sie als Antrag formuliert haben.

Wie sieht aber die Realität aus? Die Realität ist folgende und ich weiß, wenn ich das sage, wird das einen Aufschrei verursachen bei Betroffenen. Mautausweichverkehr konnte in Mecklenburg-Vorpommern bis heute an nicht einer einzigen Stelle nachgewiesen werden. Das ist wie gefühlte Temperatur und gemessene Temperatur. Und damit wir uns da nicht auf Gefühle oder subjektive Wahrnehmungen, die ich ja an manchen Stellen auch habe, verlassen müssen, gibt es Verfahren, ich sage jetzt mal, objektive Verfahren, um genau das festzustellen, was man hier unterstellt. Das mag einem gefallen oder auch nicht, das kommt immer auch auf den Grad der Betroffenheit an. Ich will das mal erläutern:

Seit 2005 haben wir in Deutschland eine streckenbezogene Gebühr, die sogenannte Lkw-Maut, für den schweren Lkw-Verkehr auf Autobahnen erhoben. Schwere Lkws sind dabei definiert als Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht, das zwölf Tonnen und mehr beträgt. Im Jahr 2006 wurde dann mit der sogenannten "Verordnung zur Ausdehnung der Mautpflicht auf bestimmte Abschnitte von Bundesstraßen" die Mauterhebung auf spezielle Teilabschnitte von Bundesstraßen ausgedehnt und im Jahr 2011 hat der Bundesrat die Möglichkeit geschaffen, die Mauterhebung auch auf andere Abschnitte von Bundesstraßen zu erweitern.

Ich will das im Detail auch noch mal darstellen, damit man wirklich weiß, worüber man redet. Die Voraussetzungen für eine solche Bemautung sind folgende:

- dass die Bundesstraßen in der Baulast des Bundes liegen.
- 2. dass keine Ortsdurchfahrt betroffen ist,
- dass die betroffenen Straßen mit zwei oder mehr Fahrstreifen je Fahrtrichtung ausgebaut sind,
- dass es durchgehend getrennte Fahrbahnen für den Richtungsverkehr gibt, die mit Mittelstreifen oder Ähnlichem getrennt sind,

- dass die in Rede stehenden Abschnitte eine Mindestlänge von vier Kilometern aufweisen und, als letztes Kriterium,
- dass die Abschnitte jeweils unmittelbar an eine Bundesautobahn angebunden sind.

Die Lkw-Maut wurde gezielt auf Bundesstraßen ausgeweitet, um unerwünschten Verkehrsverlagerungen – der ja hier angesprochenen Mautflucht – entgegenzuwirken. Daher ist die Voraussetzung für eine Bemautung von Bundesstraßen der Nachweis, der Nachweis darüber, dass der Schwerlastverkehrsanteil erkennbar durch die Mautflucht steigt.

Meine Damen und Herren, es ist so, die Verkehrsentwicklung ist bundesweit durch eine Zunahme von Lkw-Verkehr geprägt. Die entsprechende Rahmenprognose des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung geht davon aus, dass die Transportleistungen des Straßengüterverkehrs zwischen 2004 und 2025 um gut 75 Prozent steigen werden. Eine repräsentative Auswertung von Dauerzählstellen und der Straßenverkehrszählungen der Jahre 2005 und 2010 für Norddeutschland bestätigt dementsprechend auch eine Zunahme des Schwerverkehrs.

Zwischen 2005 und 2010 stieg auf den Bundesstraßen der Schwerlastanteil um wenigstens 5, in Teilen um bis zu 10 Prozent. Dieser belegte Anstieg entspricht somit dem in etwa erwarteten Anstieg für den Zeitraum.

In meinem Auftrag haben wir ein Gutachten der IVV Aachen aus dem Mai des Jahres veranlasst, die die Möglichkeit der Bemautung des schweren Lkw-Verkehrs auf dem Straßenzug B 104, B 198 zwischen der A 19 und der A 20 und der Bundesgrenze zu Polen untersuchte. In diesem Untersuchungszeitraum, meine Damen und Herren – sprich: auf den beschriebenen Straßenabschnitten –, war entgegen der von mir beschriebenen repräsentativen Auswertung der Verkehrsentwicklung in Norddeutschland eine absolut unterdurchschnittliche Entwicklung des Lkw-Verkehrs zu verzeichnen.

Mit anderen Worten, auf der B 104 und der B 198 ist seit Einführung der Lkw-Maut der Schwerverkehrsanteil weniger stark angestiegen, als das im gesamten Schnitt in Norddeutschland der Fall ist. Somit besteht nach Definition des Bundesverkehrsministeriums keine auffällige Zunahme, die mit der Einführung der Maut im Jahr 2005 in Verbindung gebracht werden könnte. Auch die Öffnung der deutsch-polnischen Grenze hat zu keiner sprunghaften Zunahme des Lkw-Verkehrs auf beiden Bundesstraßen geführt. Damit gilt, die Lkw-Belastung auf der B 198 hat ihre Ursache nicht in der Mautflucht. Und das, was für die B 104 und für die B 198 gilt, lässt sich auf weitere Regionen im Land übertragen.

Wir haben eine Befragung durchgeführt von Logistikunternehmen, und zwar im Jahre 2008, um mal eine Rangfolge der Einflussfaktoren festzustellen, anhand derer die Routenwahl im Schwerlastverkehr tatsächlich erfolgt. Warum entscheiden sich Lkw-Fahrer, ihre Spediteure, für die Wege, die sie dann eben nehmen? Für die Routenwahl im Lkw-Verkehr ist die Terminbindung der Transporte, das neudeutsche "Just-in-time", das entscheidende, alles entscheidende Kriterium. Danach folgt das Kriterium "Lenk- und Ruhezeiten". Die Einsatzplanung von Personal und Fahrzeugen hat maßgeblich Einfluss auf die

Transportkosten. Die Mautgebühr wird in dieser Befragung erst an vorletzter Stelle genannt und ist aus Sicht der Logistikunternehmen von nachrangiger Bedeutung für die Routenwahl, für die Routenwahl.

Bei dem Ausweichen eines Lkws auf eine Bundesstraße kann der Mautanteil an den Transportkosten nicht komplett eingespart werden, da das niedrigere Geschwindigkeitsniveau auf der Bundesstraße die Fahrzeit verlängert, teilweise deutlich verlängert, und infolgedessen den Personalkostenanteil erhöht.

Bei einer Fahrt über eine Bundesstraße mit 60 km/h – das sind jetzt so die gesetzlichen Regelungen, ob einer mehr fährt, das können wir hier nicht berücksichtigen –, also bei einer Fahrt auf einer Bundesstraße mit 60 km/h ergeben sich dieselben Transportkosten wie bei einer Fahrt über die Autobahn mit 80 km/h mit Mautgebühr. Dies führt dazu, dass die Nutzung von Bundesstraßen, die parallel zu Autobahnen verlaufen und mit der gleichen Transportweite verbunden sind, dem Lkw-Verkehr keine relevanten Kostenvorteile bringt. Die eingesparte Maut wird durch einen größeren Zeitbedarf für die Fahrt über die Bundesstraße ersetzt.

Zurück zu den Zielen des Antrages: Wenn der Schwerlastverkehr die Autobahnen in Mecklenburg-Vorpommern nicht wegen der Maut meidet, dann kann eine Bemautung weiterer Straßen logischerweise auch nicht dazu führen, dass der Schwerlastverkehr wieder auf die Autobahn zurückkehrt. Das wäre dann absolut unlogisch. Da also die Terminanbindung das entscheidende Kriterium für die erfolgreiche Auftragserfüllung ist und auch eine größere betriebswirtschaftliche Bedeutung hat als die Mautgebühr, werden nicht automatisch Anreize für die Verlagerung der Straßentransporte auf die Schiene und das Binnenschiff geschaffen. Somit schafft eine Ausweitung der Maut auch keine wettbewerbliche Gleichstellung.

Es bleibt ein weiteres Ziel aus der Antragsbegründung, die Mehreinnahmen. Zumindest, das dürfte Sie nicht wundern, zumindest diese Grundannahme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist richtig, die teile ich. Eine Ausweitung der Maut generiert natürlich – logisch – Einnahmen. Diese Einnahmen aber, meine Damen und Herren, schlagen sich bei den Transportunternehmen als Kosten nieder – auch das ist, denke ich mir, unstrittig –, einen ordnungspolitischen Zweck erfüllen sie jedoch nicht. Dennoch kann man fragen, ob in Zeiten abschmelzender finanzieller Mittel im Bereich des Straßenbaus Einnahmen aus einer Lkw-Maut nicht gezielt genutzt werden können, was in der Vergangenheit nicht immer so funktioniert hat.

Aber was passiert dann? Zum einen würden die Unternehmen versuchen, die Mehrkosten auf die Verbraucher abzuwälzen, das heißt dann in der Konsequenz, man bezahlt an der Ladentheke schlicht mehr als heute für die Waren, die transportiert worden sind. Auch diese Folge muss man in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern immer mit in Betracht ziehen.

Zum anderen ist klar, das Erheben der Maut verursacht einen heute noch nicht konkret bezifferbaren Verwaltungsaufwand. Ich weiß aus den Verkehrsministerkonferenzen, dass uns bis zum heutigen Datum immer gesagt worden ist, also wenn man die Maut einführen würde, dann würde das einen Aufwand bedeuten in Milliardenhöhe, sodass die positiven Aspekte, was Mehrein-

nahmen anbelangt, relativ schnell wieder weg wären. Deswegen müsste man sehr genau prüfen, was tatsächlich dann am Ende an Mehreinnahmen zur Verfügung stände.

Weiterhin möchte ich auch eines zu bedenken geben: Straßen haben unterschiedliche Funktionen und das ist auch rechtlich festgelegt, definiert. Gemeindestraßen dienen im Kern ausschließlich dazu, Grundstücke ans Straßennetz anzubinden. Dementsprechend ist der Schwerlastanteil – so würde ich mich jetzt mal dazu versteigen, das zu behaupten – dort deutlich zu vernachlässigen, um das mal diplomatisch zu formulieren. Will man dennoch für eine extrem geringe Fallzahl den Aufwand für das Eintreiben einer Maut betreiben? Ich sage Ihnen da klipp und klar: Nein.

Was ich mir wünschen würde ... Ich habe einen anderen Ansatz, den haben wir aber hier im Landtag auch schon mal besprochen. Damals war die Reaktion recht positiv, aber es ist nichts dabei rumgekommen. Wir haben doch mit folgendem Problem zu tun und das würde auch Ihnen gut zur Gesicht stehen. Wir haben mit dem Problem "Lärm durch Lkw-Verkehr" auf solchen Bundesstraßen zu tun. Und ich habe damals deutlich gesagt: Woran liegt denn das, dass wir da nicht wirklich etwas gegen tun können?

Das liegt im Wesentlichen daran, dass wir hier Kennwerte haben, Zahlen, die durch Verkehrszählungen dokumentiert werden, ob sie uns gefallen oder nicht, und diese Zahlen bundesweit gelten. Und es ist eine wissenschaftlich nachgewiesene Erfahrung, dass Lärm, der in einem Ballungsgebiet entsteht durch Lkw-Kolonnen, weil die sich ja in der Regel aufschaukeln, bei uns ganz anders wahrgenommen wird, weil Sie hier Ihre Ruhe haben im ländlichen Raum. Dann, nach zehn Minuten, kommen fünf Lkws, dann ist wieder ein bisschen Ruhe, und dann kommen wieder ein paar Lkws. Das ist viel belastender – wissenschaftlich nachgewiesen – als ein Dauerpegel. Das ist Fakt.

Dann lassen Sie uns doch da auch über das Parlament vielleicht mal den Weg beschreiten, in Richtung Bund aktiv zu werden, dass es uns gelingt – ich habe es versucht, ich habe leider keinen Erfolg damit gehabt –, dass wir diese Grenzwerte differenzieren nach Regionen, weil solche Regionen gibt es ja auch bei meinem Kollegen Ramsauer. Also das wäre eine Aktivität, wo wir vielleicht gemeinsam etwas hinbekommen können. Maut auf allen Straßen halte ich für nicht praktikabel. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Jaeger, ehe man die Anträge vollständig in die Hand bekommt, da hört man zunächst mal die Überschrift. Und da war ich doch etwas verdutzt, weil ich mir gedacht habe, dass natürlich selbstverständlich auch die GRÜNEN wissen, dass der Landtag nicht die Mautpflicht auf allen öffentlichen Straßen einführen kann. Wir können das ja noch nicht einmal selbstständig für unsere eigenen Landesstraßen.

Aber inzwischen habe ich natürlich den Antrag gelesen und verstehe Ihre Absicht. Sie möchten, dass die Landesregierung alle ihr möglichen Maßnahmen ergreift, damit diese Mautpflicht eingeführt wird. Und als Begründung führen Sie den Mautvermeidungsverkehr an, der zu enormen Einnahmeverlusten für die öffentliche Hand führen würde und somit die riesigen Investitionen in Autobahnen ein Stück weit ad absurdum führt. Mit anderen Worten, Sie sorgen sich um das Staatssäckel. Ich meine das nicht despektierlich. Auch wir sind davon überzeugt, dass man nicht immer nur über das Sparen reden darf, also über Ausgabenkürzungen, sondern auch die Einnahmeseite betrachten muss und letztlich Einnahmeerhöhungen auch durchsetzen muss, wenn der Staat seine Aufgaben erfüllen soll.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Es ist auch unbestreitbar, dass wir gerade bei den Kreisund Gemeindestraßen, bei den Brücken einen großen Investitionsstau haben. Deshalb hatten wir als Fraktion ja das Problem in der Haushaltsdebatte, aus dem Topf für die Straßen Geld für den öffentlichen Verkehr zu nehmen. Dabei ist es für meine Fraktion trotzdem ebenso unbestreitbar, dass wir dringend Investitionen in die Schieneninfrastruktur brauchen und Anreize, diese dann auch vorrangig zu nutzen, sowohl im Individualverkehr als auch für den Gütertransport.

Ich stimme Ihnen zu, dass wir dringend Maßnahmen brauchen, die einen umweltfreundlichen Verkehr befördern und die CO_2 -Bilanz verbessern helfen. Noch einmal: Ich teile fast alle Aussagen in der Begründung Ihres Antrages. Aber ich habe Zweifel, ob ein entfernungsabhängiges satellitengesteuertes Mautsystem für alle Straßen diese in der Begründung angeführten Ziele erreichbarer macht. Dabei gibt es aus unserer Sicht auch rechtliche Probleme, auf die ich später noch eingehe.

Ich bezweifle auch, ob die daraus erzielten Einnahmen die Kosten der Installierung und der Betreibung eines solchen umfassenden satellitengestützten Systems rechtfertigen beziehungsweise sogar übersteigen. Alle Experten, mit denen wir gesprochen haben, auch solche, die den hier formulierten Zielen positiv gegenüberstehen, die sagen dazu: Nein, der Aufwand rechtfertige das Ergebnis nicht.

Zunächst ein paar Gedanken zur Praktikabilität. Soweit mir bekannt ist, ist Deutschland eines der wenigen Länder auf der Welt, das bereits über ein satellitengestütztes Mautsystem verfügt. Seit Januar 2005 funktioniert es, von den anfänglichen Kinderkrankheiten mal abgesehen, ziemlich reibungslos. Der Aufbau dieses Systems war teuer, der Betrieb ist es immer noch. Er kostet jährlich derzeit ungefähr 700 Millionen Euro an Mauteinnahmen, die dem Betreiberkonsortium Toll Collect GmbH vertraglich zustehen. Hinzu kommen circa 600 Millionen Euro, die den deutschen Spediteuren als Ausgleich für die Belastungen durch staatliche Maßnahmen zugutekommen.

Von den 4,8 Milliarden Euro Mautaufkommen sind demnach 1,3 Milliarden bereits abzuziehen. Die 3,5 Milliarden, die verbleiben, wurden bis einschließlich 2010 in die Infrastruktur von Straße, Schiene und Binnenwasserstraße gesteckt. Seit 2011 fließen diese Mittel ausschließlich in die Finanzierung der Bundesfernstraßen.

Zur Einschränkung des Mautvermeidungsverkehrs wurde die Maut auf weitere vierspurige Abschnitte von Bundesstraßen mit Anbindung an eine Autobahn von über 1.100 Kilometer Länge ausgeweitet. Dabei hat sich aber auch gezeigt, dass das in Deutschland eingesetzte satellitengestützte System bei vertretbarem Aufwand nicht unendlich ausdehnbar ist. Wenn man die Straßen, alle Straßen, satellitengestützt bemauten will, müssen praktisch nach jeder Abbiegung Kontrollbrücken errichtet werden.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist genau der Fehler.)

Das ist aus meiner Sicht praktisch nicht umsetzbar, gerade was die Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen betrifft. Die anfallende Datenmenge wäre unvorstellbar groß und mit dem derzeitigen System in Deutschland auch nicht zu bewerkstelligen.

Natürlich könnte man auf die Kontrollbrücken verzichten und ein völlig neues System errichten.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Richtig.)

Für mich scheint das allerdings trotzdem nicht durchsetzbar, zumal ich bezweifle – und das ist eigentlich der Hauptgrund –, dass die ökologische Lenkungswirkung, wie sie in Ihrer Begründung steht, einer solchen Lösung, also die Lkws beziehungsweise den Güterfernverkehr von der Straße auf Schiene und Schiff zu bringen, nicht erreicht wird. Also ich bezweifle, dass das erreicht wird. Auto- und Straßenlobby sind in Deutschland so stark, dass eher über weitere steuerliche Entlastungen für Spediteure nachgedacht würde, als mit den Einnahmen die Voraussetzungen für die Vermeidung von Lkw-Verkehr zu schaffen.

De facto entspricht Ihr Vorschlag, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN-Fraktion, aber einer zusätzlichen Steuer auf alle Transporte, die mit Lkw durchgeführt werden.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: So ist es.)

Vielleicht wäre es klarer, dass dann auch so zu benennen

Trotzdem bin ich mir bewusst, dass politisch eine neue Steuer nicht so richtig durchsetzbar ist. Ein Vignettensystem könnte ich mir schon eher vorstellen.

> (Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nee, wir nicht.)

Das könnte auch in Abhängigkeit von unterschiedlichen Parametern erfolgen, hielte aber den technischen Aufwand in Grenzen, allerdings nur dann, wenn man eine Pauschale erhebt und nicht jeden einzelnen Kilometer berücksichtigt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Ein solches System würde auch alle ausländischen und Transitfahrzeuge erfassen, und nicht nur die Lkw.

Rechtlich habe ich mit Ihrem Vorschlag auch Probleme. Ich fange mal mit dem Datenschutz an. Das, was Sie fordern, bedeutet nichts anderes als den völlig gläsernen Lkw-Verkehr. Jede einzelne Fahrt lässt sich so komplett nachvollziehen, abgesehen von Betriebsgeheimnissen auch Privatfahrten, einfach alles wäre nachvollziehbar. Das ist für mich eine ziemlich gruselige Vorstellung und mit den Datenschutzbestimmungen, zumindest so, wie sie auf dem Papier stehen, auch nicht vereinbar.

Ein weiteres Hindernis stellt die föderale Struktur Deutschlands dar,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die klar getrennte Kompetenzen und Verantwortlichkeiten im Verkehrssektor aufweist. Die Umsetzung Ihres Vorschlages würde entweder eine umfassende Änderung der Zuständigkeiten auf diesem Gebiet erfordern oder es müsste eine neue Mautbehörde geschaffen werden, die die entstehenden Kosten für Planung, Errichtung und Betrieb dieses Systems übernimmt und verteilt. Das Gleiche gilt auch für die Einnahmen, die ja ebenfalls entsprechend den derzeitigen Zuständigkeiten verteilt werden müssen.

Ist das ohne Grundgesetzänderung überhaupt möglich? Gesetze kann man ändern, auch das Grundgesetz, das ist nicht der Punkt. Die Frage ist allerdings, ob damit die in Ihrer Begründung formulierten Ziele erreicht werden, und das ist es, was ich bezweifle.

Auf einen weiteren Punkt möchte ich aufmerksam machen: Wenn es nach der EU-Kommission geht, soll so schnell wie möglich die sogenannte Eurovignette eingeführt werden. Der Entwurf der Kommission sieht vor, dass alle Fahrzeuge des Güterverkehrs ab 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht eine Mautabgabe bezahlen sollen. Die konkrete Ausgestaltung will die EU den Staaten überlassen.

Deutschland hat bei den Verhandlungen zu dieser Richtlinie eine Ausnahmeregelung durchgesetzt, weil die Systemkosten bei einer Abgabe ab 3,5 Tonnen Fahrzeuggewicht ausufern würden. Deutschland müsste das bisherige Mautsystem abschaffen und ein neues errichten. Der Grund dafür sind zum einen die ungeheuren Datenmengen, die dann vom jetzigen System nicht mehr bewältigt werden können. Alle Lkw müssten mit den erforderlichen Geräten ausgerüstet werden, die dann wieder staatlich subventioniert würden. Technisch ist das alles möglich. Mehreinnahmen und Mehrkosten würden sich aber bestenfalls die Waage halten. Das macht keinen Sinn, ich sage es noch einmal, vor allem auch deshalb, weil eine Verlagerung des Gütertransports auf Schiene und Binnenschiffe in Größenordnungen aus meiner Sicht von solchen Maßnahmen nicht zu erwarten ist - und die Kosten trägt letztlich der Endverbraucher.

Aber um es noch einmal deutlich zu sagen, mit den in der Begründung formulierten Zielen Ihres Antrages kann ich mich identifizieren: Verhinderung des Mautausweichverkehrs, Erzielung zusätzlicher Einnahmen für den Erhalt und Ausbau des Schienenverkehrs und zur Beseitigung der Defizite bei der Instandhaltung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur, Schaffung von Anreizen für die Verlagerung von Straßentransporten auf Schiene und Binnenschiffe und wettbewerbliche Gleichstellung aller Spediteure. Das sind auch unsere Ziele. Der von Ihnen dazu vorgesehene Weg ist für mich und meine Fraktion aber der falsche Weg. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Schwenke hatte ja eben schon mal den Punkt der Überlegung der Europäischen Kommission zur Einführung einer EU-Vignette oder Eurovignette angeführt und auch angesprochen, dass das dann ab 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht gelten soll.

Und wenn ich die Diskussion hier heute verfolgt habe, Herr Kollege Jaeger, Herr Verkehrsminister oder Energieminister Schlotmann, Frau Kollegin Schwenke, dann habe ich den Eindruck, als ob da auf zwei verschiedenen Ebenen diskutiert wird:

Auf der einen Seite – und das meine ich jetzt nicht abwertend, das sind zwei unterschiedliche Seiten einer Medaille –, auf der einen Seite die Auseinandersetzung mit der Sinnhaftigkeit von Mauterhebungen für Lkws, jetzt mal unabhängig von welchem Gesamtgewicht, auf allen Straßen, ob das, so, wie Frau Kollegin Schwenke das durchdekliniert hat, rechtlich sinnvoll ist, machbar ist, ob es technisch sinnvoll ist, machbar ist.

Und auf der anderen Seite Kollege Jaeger, wo ich ja eher den Eindruck hatte, dass es gar nicht um die Frage geht, ist es jetzt, sagen wir mal, aus verkehrstechnischen Überlegungen alleine sinnvoll, sondern wo letztendlich dann ja auch, glaube ich, eher die grundsätzliche politische Überlegung dahinterstand. Das ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Beides.)

Bei Ihnen Ja

Und das sind natürlich Dinge, wo man dann offensichtlich leicht ein bisschen aneinander vorbeidiskutiert, weil wenn ich eine grundsätzliche politische Einstellung habe, dass ich sage, ich will zum Beispiel Lkw-Verkehre bemauten, weil ich - ich vereinfache das jetzt mal - Individualverkehr vielleicht von der Straße auf die Schiene bringen will, ist das, ohne dass das jetzt unbedingt in allen Fällen meine persönliche Meinung ist, aber dann ist das natürlich eine politische Argumentationsweise, wo ich jetzt mit Kostenfragen alleine nicht dagegen andiskutieren kann. Das ist eine Grundsatzfrage und wenn ich eine grundsätzliche politische Entscheidung getroffen habe, dann bin ich im Zweifel auch bereit, die entsprechenden Kosten daraus zu tragen. Und das ist deswegen auch der Punkt, wo ich glaube, dass man das dann ehrlich diskutieren soll. Dann soll man es auch unter diesem Gesichtspunkt diskutieren.

Dann soll man die Frage in den Raum stellen, das kann man natürlich mit einem Antrag machen: Einführung einer Lkw-Maut – ich verkürze das jetzt mal, so, wie es Herr Minister Schlotmann auch getan hat – auf alle Straßenebenen, auf alle Straßen? Das kann man damit machen, aber dann soll man auch im Endeffekt zugeben, und das ist ja durchaus legitim, dass das ja nur der erste Schritt wäre in einer Folge weiterer Schritte.

Der nächste Schritt, wir reden momentan über Lkws ab 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht, der nächste

Schritt wäre, Frau Kollegin Schwenke hat ja auch schon darauf hingewiesen, die Überlegungen auf europäischer Ebene gehen nicht von 7,5 Tonnen aus, sie gehen von 3,5 Tonnen aus. Das wäre also im Grunde die Konsequenz, dass man auf bundesdeutscher Seite sagen würde, die bisherigen Bedenken, die wir hatten – Sie nicken, Herr Jaeger – müssten dann im Endeffekt aufgegeben werden, wir gehen auf 3,5 Tonnen runter.

Und jetzt gucke ich Sie mal alle an, meine Damen und Herren, der eine oder andere von Ihnen fährt vielleicht einen schweren Pkw, er wird noch keine 3,5 Tonnen wiegen, aber ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die dürfen gerne mitbezahlen.)

Gut, Herr Kollege Jaeger,

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind dann ja auch ehrlich,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wer 3,5 Tonnen als Privat-Pkw durch die Gegend fährt, also ...)

das ist ja nicht der Punkt.

Ich sage ja nur, der nächste Schritt ist dann, tatsächlich zu sagen, wir bleiben nicht bei 3,5 Tonnen stehen, sondern wir machen – wie gesagt, die politische Überlegung halte ich für völlig legitim –, wir sprechen dann über eine Bemautung sämtlicher Verkehre,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

auch vielleicht aus der Überlegung heraus, dass ich sage, ich will also Verkehre von der Straße, in welcher Form auch immer, auf die Schiene bringen.

Und wenn wir darüber sprechen, sind wir natürlich in einem ganz anderen Bereich drin, dann sind wir in der grundsätzlichen Diskussion darüber: Wie will ich denn tatsächlich hier mit Verkehren umgehen?

Jetzt wissen Sie, das hoffe ich jedenfalls, Herr Kollege Jaeger, Sie wissen, dass ich persönlich dem durchaus positiv gegenüberstehe, dass man sagt, mehr Personen vom Individualverkehr auf den Schienenverkehr und auch mehr Güter von dem motorisierten straßengebundenen Verkehr auf die Schiene. Aber was ich anders sehe, ist natürlich die Frage, ob man dieses Mittel "Maut" dann tatsächlich dazu nutzen sollte und nutzen darf – "darf" nicht in rechtlichem Sinne, sondern aus politischer Verantwortung gegenüber denjenigen, für die man ja in einem Parlament sitzt – und ob das dann tatsächlich das richtige Mittel ist. Ich will Ihnen auch ganz kurz darlegen, warum ich das so sehe.

Frau Kollegin Schwenke hat ja schon darauf hingewiesen, Herr Minister Schlotmann hat auch darauf hingewiesen: Es gibt jetzt seit 2011 im Endeffekt die Bereitschaft zu sagen, wir geben das Geld, das über die Lkw-Bemautung einfährt, in den Straßenausbau wieder rein. Ich kann mich allerdings auch daran erinnern, an die langen Diskussionen, die es gegeben hat – egal übrigens

mit welchem Bundesverkehrsminister und mit welchem Bundesfinanzminister –, ob das tatsächlich so sinnvoll ist oder ob die Mittel nicht in den allgemeinen Haushalt fließen sollten.

Wir haben auch heute noch keine verbindliche Regelung, dass es so ist, sondern es ist letztendlich jeweils eine Vereinbarung dort innerhalb der Bundesregierung, dass das so gehandhabt wird. Auf der anderen Seite, und auch die Diskussion haben wir hier im Landtag gehabt, haben wir immer wieder erkennen müssen, dass ja gerade die Erhebung der Maut von denjenigen, die weniger Geld ins System geben wollen, immer wieder herangezogen wird und gesagt wird: Ihr bekommt doch schon Geld.

Und wenn man das jetzt mal weiterdenkt, dann würde nämlich genau das, was Sie eigentlich nicht erreichen wollen, dass nämlich dieses System des nicht individuellen Verkehrs gestärkt wird, im Endeffekt dadurch konterkariert, dass man genau denjenigen sagt, die sich heute dafür einsetzen – und da sind wir, glaube ich, ganz nah beieinander –, dass man denen wieder sagt: Ihr kriegt doch ohnehin schon Geld über die Maut.

Und ich gehe noch einen Schritt weiter. Es ist ja nicht nur das Problem des Straßenverkehrs, wir können ja auch mal über das Thema Gemeindesteuerreform diskutieren. Dann gucke ich jetzt mal den Kollegen Müller an,

(Heinz Müller, SPD: Können wir gerne drüber diskutieren.)

der kriegt ja schon herunterhängende Ohren, wenn er das nur hört. Die gleichen Herren werden dann sagen: Wir müssen doch nicht mehr über eine Gemeindesteuerreform diskutieren, ihr bekommt doch euer Geld für die Straßeninfrastruktur schon über die Mauterhebung.

Von den Kosten, die da entstehen – Frau Kollegin Schwenke hat darauf hingewiesen –, will ich überhaupt nicht reden. Also das ist aus meiner Sicht alleine schon aus diesen Überlegungen heraus der falsche Ansatz, selbst wenn man das von Ihnen verfolgte Ziel will. Und deswegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, muss man doch mal darüber nachdenken: Was kann denn eigentlich der richtige Ansatz sein?

Ich will jetzt mal nur zwei Punkte aus dem Katalog aufgreifen, den Sie dort aufgeführt haben. Auf der einen Seite sagen Sie, Autobahnen würden durch eine Bemautung entsprechend ihrer raumordnerischen und netzkonzeptionellen Funktion durch den Lkw-Verkehr stärker genutzt. Und da nehme ich mal ein Beispiel aus diesem Land, da nehme ich das Beispiel der A 20: Wir haben alle zusammen die Presseartikel verfolgen können, wie stark oder wie gering im Endeffekt die A 20 in östlicher Richtung hinter Rostock genutzt wird. Das kriegen Sie nicht durch eine Bemautung geändert. Die werden auch hinterher noch nicht über die A 20 fahren, wenn sie, ich sage mal, von Neubrandenburg Richtung Hamburg wollen. Dann fahren die immer noch über die Bundesstraßen durchs Land. Es ist nämlich keine Frage des entsprechenden Mautausweichverkehrs, so, wie Sie das angesprochen haben, sondern es ist offensichtlich, dass die Planung, die Anfang der 90er-Jahre für diese Autobahn gemacht worden ist, nicht den verkehrspolitischen Bedürfnissen entsprochen hat.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Wir haben die Autobahn jetzt, wir sollten auch teilweise

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Frau Borchardt, ich sehe das genauso.

Wir sollten teilweise darüber glücklich sein, dass, wenn wir auf der Autobahn sind, wir da schneller vorankommen. Ob man sie unter dem Gesichtspunkt heute allerdings wieder bauen würde, halte ich für ein großes Fragezeichen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wenn wir aber jetzt diese Diskussion führen über Mautausweichverkehre oder Bemautung von Lkw-Verkehren auf Autobahnen, dann lösen wir diese Frage, die ich eben angesprochen habe, durch diese Bemautung nicht, sondern, wie gesagt, die Fahrzeuge fahren trotzdem nicht dort lang. Sie werden trotzdem von Ost nach West über die Bundesstraßen in diesem Land fahren, die halt nach den derzeitigen Konstellationen nicht unter die Bemautung fallen, und sie werden, auch wenn sie dafür zahlen müssen, weiterhin dort fahren.

Sie erreichen das, was Sie formal vorgeben, doch gar nicht! Das Einzige, was Sie erreichen, ist, die Verkehre zusätzlich zu belasten. Und diese zusätzliche Belastung, die wird dann tatsächlich – auch das ist völlig normal – von dem Spediteur versucht werden, wieder an den Kunden abzugeben. Das heißt also, die Menschen in diesem Land werden mehr bezahlen, ohne dass es auf der anderen Seite eine nennenswerte Verbesserung ihrer Situation geben wird, weil der Verkehr wird immer noch genau da lang fahren und die Autobahn, die A 20 wird immer noch nicht benutzt werden in diesem Teilstück.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob dann ehrlicherweise nicht von Ihnen gesagt werden sollte: Wir wollen die Bemautung, weil wir den individuellen Verkehr nicht haben wollen. Die Maut ist im Grunde nur Mittel zum Zweck, wir wollen sie letztendlich – ich überspitze das jetzt etwas –, so hoch machen, dass der Verkehr sich nicht mehr rechnet auf den Straßen und stattdessen Züge und Schienenverkehr genutzt werden.

Und dann komme ich zu dem anderen Punkt, da schließt sich das nämlich. Dann sagen Sie, Sie wollen zusätzliche Anreize schaffen, um Straßentransporte auf die Schiene zu bringen. Auch das halte ich für sinnvoll.

Und wenn man das sieht, zum Beispiel in Ihrer Heimatstadt, in meiner Heimatstadt, in Rostock gibt es ja den KLV-Terminal, er wird ja durchaus angenommen. Aber das Problem bei diesen Verkehren ist doch im Endeffekt, dass es attraktiv genug sein muss für die Spediteure, wenn man jetzt mal längere Strecken fährt – für regionale Verkehre ist das ja ohnehin keine Alternative –, dass es attraktiv sein muss, dieses Angebot, um tatsächlich zu sagen: Ich gehe von der Straße auf die Schiene.

Nun macht ja der Bundesgesetzgeber durchaus Versuche, das attraktiver zu machen. Sie können ja bei kombinierten Ladungsverkehren, das werden Sie auch wissen, anders als beim normalen Straßenverkehr im Vor- und Nachlauf sogar mit 44 Tonnen fahren anstatt nur mit 40 Tonnen. Das ist ja schon ein Angebot, damit die Spediteure mit ihren Lkws auf die Schiene gehen. Aber allei-

ne zu sagen, du kannst jetzt zu einem KLV-Terminal fahren, gehst mit deiner Fracht auf die Schiene und irgendwo anders wird dann der Zug wieder enden und du holst es wieder runter, das alleine bringt es nicht. Es muss ein betriebswirtschaftlich sinnvolles Angebot sein, und da bleibe ich mal bei dem Beispiel Rostock.

Sie selber wissen doch auch, wie schlecht es darum bestellt ist, zum Beispiel um die Bahnanbindung von Rostock – ich sage es jetzt etwas läppisch – in den Rest der Welt, ob es in Richtung Berlin ist oder wo auch immer hin. Und wenn die Ganzzüge – Ganzzüge gibt es, glaube ich, gar nicht mehr ab Rostock, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, da bin ich mir jetzt aber nicht ganz sicher und will nichts Verkehrtes sagen –, wenn die Züge dann tatsächlich von Rostock aus fahren, dann bleiben sie möglicherweise mit ihrem kombinierten Ladungsverkehr in Seddin bei Berlin stehen. Ich glaube nicht, dass ein Spediteur, der vielleicht just in time seine Lieferung abliefern muss, damit besonders glücklich sein wird, und dann wird er sich sagen, ich zahle trotzdem die Maut.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Genau.)

Und das ist doch das eigentliche Problem.

Bei dem Ansatz Ihrer Begründung, eine qualitative Verbesserung in bestimmten Bereichen zu erreichen, erreichen zu wollen, bin ich völlig bei Ihnen, aber Sie dürfen das aus meiner Sicht nicht mit Ihrem grundsätzlichen politischen Ziel einer Einführung einer Maut verbinden, weil das eine nicht zwingend das Ergebnis von dem anderen ist.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist meine politische Entscheidung.)

Eben, es ist Ihre politische Entscheidung zu sagen, wir wollen das, aber dann ist es auch mein Recht zu sagen, das eine führt nicht automatisch zu dem Ergebnis des anderen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Auch das ist richtig.)

Und das ist ja nur das, was ich sage.

Dann seien Sie so ehrlich, und damit will ich zum Ende kommen, seien Sie so ehrlich, so, wie das ja auch von Ihrer Bundestagsfraktion diesen Monat noch, wie ich das in der Kleinen Anfrage an die Bundesregierung gelesen habe, deutlich gemacht wurde: Wann wird die 3,5-Tonnen-Maut eingeführt für Lkws? Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Maut für Pkws einzuführen? Dann sagt man das so ehrlich, dann kann man darüber politisch diskutieren.

Ich persönlich, meine Fraktion auch, lehne beides ab. Wir wollen keine Maut für den Individualverkehr auf diesen Straßen und wir wollen auch keine Ausweitung der Maut in diesem Land auf die Straßen unterhalb der Bundesautobahn

(Beifall von Egbert Liskow, CDU)

aus einem ganz einfachen Grund – und dann darf der Kollege Liskow klatschen –, aus einem ganz einfachen Grund, weil wir davon ausgehen, dass, ...

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Er soll doch wenigstens hören, was ich sage.

(Egbert Liskow, CDU: Ich weiß doch, was du sagst.)

... weil wir eben gerade davon ausgehen, dass in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern die Belastungen in keinem Verhältnis stehen werden zu den Vorteilen, die Sie damit sowohl den Unternehmen als auch den Menschen versprechen wollen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die GRÜNEN fordern mit ihrem Antrag die schrittweise Einführung der Lkw-Maut auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen. Erneut packen sie das Problem an der völlig falschen Wurzel an.

Denn Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, fundieren Ihre politische Arbeit wohl ausschließlich auf statistischen Werten. Hoch im Kurs scheint bei Ihnen die aktuelle offizielle Auswertung der Verkehrszählung 2010 durch die Bundesanstalt für Straßenwesen zu stehen. Diese will festgestellt haben, dass die Verkehrsstärken in einigen Abschnitten auf der Autobahn A 20 unter den ursprünglich vorhergesagten Werten liegen, was Ihre Fraktion sogleich auf den Plan rief, sich in diesem Zusammenhang gegen den geplanten Ausbau der A 14 von Schwerin nach Magdeburg auszusprechen.

Laut einer Nachricht auf Ihrer Fraktionsseite vom 6. August 2012

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Schön, dass Sie die auch lesen.)

sprechen Sie sich für das Konzept des Bundes für Umwelt und Natur aus. Zitat: "Es wäre sinnvoller, dem Konzept ... zu folgen und die bestehende Bundesstraße mit Ortsumgehungen und streckenweise dreispurig auszubauen." Zitatende.

Wie ernst den GRÜNEN aber neue Konzepte, Verkehrszählungen und dergleichen sind, werden Sie auch in der Debatte um die Lkw-Maut auf Bundesstraßen als auch in der Debatte um den Ausbau der A 14 weiter zeigen, nämlich gar nicht. Die Abgeordnete Gerkan von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legte hingegen in der vorletzten Petitionsausschusssitzung noch einen drauf. Sie zeigte, wie ernsthaft die GRÜNEN mit Bürgerprotesten umgehen. Einem Schreiben eines Petenten zur Problematik um den Schwerlastverkehr in der Region Uecker-Randow versagte Gerkan eine Weiterbearbeitung beziehungsweise über den aktuellen Sachstand weiter zu informieren.

Die eigentlichen Leidtragenden von Mautprellern – der Kern, um den es hier eigentlich geht –, das sind die Bürger, die in den betroffenen Ortschaften leben. Das sind unsere Landsleute in Löcknitz, Pasewalk, Mirow, Neustadt-Glewe

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Müller, Sie haben, glaube ich, gar nicht richtig zugehört. Ich glaube, Sie waren gar nicht da. Ich glaube, Sie waren in der Sitzung gar nicht da.)

und den vielen anderen Orten, die sich mit den Schwerlasttransporten herumärgern müssen und wo die Bürger die Schnauze voll haben von dem elendigen Gequatsche, Frau Borchardt, etablierter Parteien,

> (Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da sollten Sie mal mit Ihrem Mitarbeiter reden, was er Ihnen da erzählt hat.)

gerade von den GRÜNEN.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Die einzig nennenswerte Alternative, den Lkw-Verkehr zu kontrollieren und den Bürgern Kleinkriegsschauplätze wie jetzt in den Ortschaften unseres Landes zu ersparen, heißt Wiedereinführung der Grenzkontrollen und eine pauschale Sperrverkehrsabgabe, wie sie bereits seit Jahren in der Schweiz praktiziert wird. Bei der Wiedereinführung der Grenzkontrollen wäre der ausländische Schwerlastverkehr dazu gezwungen, bereits an der Grenze Aufkleber oder Abzeichen zu kaufen, die ihn berechtigen, in der Bundesrepublik mit dem Lkw zu fahren. Damit einhergehend muss dann auch der Forderung nach der Schließung des Grenzübergangs Linken für den schweren mautpflichtigen Lkw-Verkehr in Mecklenburg-Vorpommern endlich Rechnung getragen werden.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Frau Gerkan wird dies nicht wissen, aber dann haben auch unsere Landsleute in Uecker-Randow endlich das Problem Schwerlastverkehr vom Tisch.

(Heinz Müller, SPD: Blödsinn!)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Eifler von der CDU-Fraktion.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die aktuelle Debatte über die Auslastung der A 20 nimmt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Anlass, um die Einführung einer Lkw-Maut auf Bundes-, Landes-, Kreisund Gemeindestraßen zu fordern. Vor dem Hintergrund, dass Prognosen eine erhebliche Zunahme des Güterverkehrs vorhersagen, ist dieser Antrag meines Erachtens realitätsfern.

So soll sich das Güterverkehrsaufkommen, bezogen auf Grundlagen des Jahres 2004, bis zum Jahre 2025 um 70 Prozent erhöhen. Schon deshalb wird es in den kommenden Jahren in Mecklenburg-Vorpommern zu einer stärkeren Auslastung der Autobahnen, aber auch der Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen kommen. Inwieweit der sogenannte Mautverdrängungsver-

kehr dann in unserem Bundesland eine Rolle spielen wird, bleibt fraglich. Bisherige Datenerhebungen seitens des Ministeriums kamen zu dem Ergebnis, dass es in Mecklenburg-Vorpommern keinen signifikanten Mautverdrängungsverkehr gibt. Für einen Mautverdrängungsverkehr gibt es tatsächlich auch keinen plausiblen Grund, denn die Speditionen können es sich schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht leisten, längere Fahrzeiten und damit deutlich höhere Betriebskosten in Kauf zu nehmen.

Nun hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ab dem 1. August die Erhebung der Maut auf vierspurigen Bundesfernstraßen auf den Weg gebracht. In Mecklenburg-Vorpommern sind davon lediglich zwei Streckenabschnitte betroffen, einerseits die B 96 von der Abfahrt der A 20 bis zur Rügenbrücke, dem sogenannten Rügenzubringer, und andererseits die B 103 von der A 20 bis nach Warnemünde.

Sehr geehrte Damen und Herren, einen fiskalischen Grund für diese Mauterhebung gibt es jedoch nicht, denn schon heute wird das Geld aus der Kfz- und Mineralölsteuer nicht wie seinerzeit beabsichtigt in die Straßeninfrastruktur investiert, sondern zu über 60 Prozent für andere Maßnahmen des Bundes verwandt.

Meine Fraktion ist der Auffassung, dass es da zusätzlicher Einnahmen, wie Sie sie unter Punkt 2 der Begründung Ihres Antrages zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur fordern, nicht bedarf – im Übrigen wären die zusätzlichen Einnahmen ausschließlich durch die Spediteure aufzubringen und müssten letztendlich von den Endverbrauchern getragen werden –, vielmehr müssen noch die vorhandenen Mittel zielgerichtet eingesetzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN, selbst bei einem erhöhten Anreiz für die Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene steht derzeit kein ausreichendes Schienennetz zur Verfügung, um künftigen Anforderungen an den Güterverkehr gerecht zu werden. Schon heute werden Mittel aus dem Kfz- und Mineralölsteueraufkommen zugunsten des Infrastrukturausbaus im Schienenbereich eingesetzt. Bisherige Erfahrungen haben jedoch verdeutlicht, dass es den Bahnbetreibern bisher nicht gelingt, die Anforderungen an einen modernen Güterverkehr, nämlich Anlieferung just in time, zu realisieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, wer sich einmal mit Spediteuren unterhalten hat, der weiß, dass die hohen Kraftstoffkosten und der Anstieg der Lohn- und Sozialkosten die heimische Transportwirtschaft in Deutschland gegenüber anderen europäischen Konkurrenten ins Hintertreffen gebracht haben. Die fiskalische Gesamtbelastung des deutschen Transportgewerbes einschließlich der Lkw-Maut liegt nach Angaben des Verbandes bei circa 15 Milliarden Euro und ist damit etwa dreimal so hoch wie der gesamte Straßenbauetat des Bundes.

Die Einführung einer Lkw-Maut auf allen Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen würde für viele Transportunternehmen, die überwiegend im regionalen Güterverkehr die Transportleistung erbringen, die Insolvenz bedeuten. Auf den zusätzlichen Verwaltungsaufwand und datenschutzrechtliche Bedenken bei der Umsetzung Ihres Antrages gehen Sie in der Begründung

nicht ein. Sicher wären Sie sonst allein zu der Erkenntnis gelangt, dass der Antrag realitätsfern ist.

Bei vielen Gesprächen, die ich mit Geschäftsführern von Transportunternehmen in dem Zusammenhang geführt habe, wurde deutlich, dass seit der Einführung der Maut viele Logistikunternehmen ums Überleben kämpfen. Der Verdrängungswettbewerb von Anbietern aus den EU-Beitrittsländern wurde in den letzten Jahren immer intensiver. So erbringen mittlerweile ausländische Unternehmen über 11 Prozent der deutschen Mautkilometer. Der Schaden für den deutschen Fiskus, der aus jedem ins Ausland verlagerten Lkw resultiert, beträgt rund 80.000 Euro. Auch vor diesem Hintergrund sollte man genau überlegen, inwieweit man eine Ausdehnung der Maut auf alle Straßenbereiche fordert.

Sehr geehrte Damen und Herren, die künftige Verkehrsentwicklung in Deutschland, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern wird die Gesellschaft noch vor enorme Herausforderungen stellen. Der vorliegende Antrag ist nach Auffassung meiner Fraktion nicht geeignet, diese Herausforderungen zu bewältigen. Aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke den Vertretern der demokratischen Fraktionen für die sachliche Debatte zu diesem Antrag, auch wenn Sie diesem Antrag nicht folgen können. Im Einzelnen möchte ich auf ein paar Punkte eingehen:

Erstens, das Thema Mautausweichverkehr: Herr Minister, Sie wollten ein konkretes Beispiel. Das konkrete Beispiel ist die Stadtautobahn in Rostock und der Warnow-Tunnel. Der Warnow-Tunnel hat mehrfach ausdrücklich dafür geworben und gesagt, unsere Maut durch den Tunnel ist auf jeden Fall billiger, weil Sie hinterher dann über die Bundesstraße abfahren können und nicht über die A 19 und dann auf die A 20 abbiegen. Das war ein wesentliches Werbeargument für die Mautbezahler aus dem Lkw-Bereich, die aus dem Seehafen kamen. Das ist ein ganz konkretes Beispiel.

(Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Jaeger, und trotzdem fahren die Lkws nicht durch den Tunnel. Ja.)

Jetzt kommen wir zum Grundthema Mautausweichverkehr. Natürlich ist das Thema Mautausweichverkehr kein zentrales Thema für das Land Mecklenburg-Vorpommern, da stimme ich Ihnen zu. Und es ist auch richtig, dass wir anhand dieser Debatte, die jetzt bundesweit losgetreten ist, wo man gesagt hat, vierspurige Bundesstraßen werden mit aufgenommen, glauben, dass es der richtige Zeitpunkt ist, um bundesweit über die Frage zu diskutieren: Sollte man nicht alle Straßen miteinbeziehen für Lkws?

Bei dem Argument von Ihnen, Frau Schwenke, zum Thema, die Systemkosten wären gigantisch hoch, ist

unsere Idee eine ganz andere. Wir würden natürlich das System wechseln. Im Grunde genommen in dem Moment, wo jeder einzelne Kilometer mautpflichtig wäre, bräuchte ich quasi nur einen Fahrtenschreiber, der natürlich verplombt ist, wo ich den Zählerstand ablese. Und jetzt haben Sie recht, die Lkw fahren eben auch ins Ausland. Das müsste ich dann davon abziehen, und deswegen die Idee, ein Gerät einzubauen, was satellitengestützt ist, was einzig und allein festlegt, ob dieser Lkw sich im Inland oder im Ausland bewegt. Sollte er sich im Inland bewegen, läuft der Zähler weiter. Am Jahresende wäre etwas zu bezahlen.

Die Riesenkosten, die wir in der Bundesrepublik haben auf den Autobahnen, sind dadurch entstanden, dass man gesagt hat, wir wollen aber wirklich nur die Kilometer erfassen, die auf der Autobahn gefahren sind. Deswegen konnte man also kein System anwenden, wo man sagt, wir gucken einfach nach dem Zählerstand, was wesentlich preiswerter gewesen wäre. Das würde übrigens auch bedeuten, ausländische Lkws kriegen sozusagen so eine Art Navi mit ins Auto, was auch genau das Gleiche misst. Das sind minimale Kosten aus meiner Sicht. Wir haben vor allem hohe Kosten verursacht, weil wir ein anderes System gewählt haben, was nur die Autobahn betreffen sollte.

Natürlich haben Sie, Herr Schulte, grundsätzlich recht. Unsere Idee ist: Wir müssen den Bahnverkehr stärken in der Bundesrepublik Deutschland. Und wir haben verschiedenste Projekte, die wir jetzt auch im Energieausschuss behandeln werden, wie die Karniner Brücke, wo durchaus ja nicht unberechtigt gesagt wird: Wie, bitte schön, sollen wir das bezahlen?

(Der Abgeordnete Jochen Schulte bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Und wenn ich von Ihnen höre, dass Sie sagen, der Lkw-Verkehr steigt um 70 Prozent, und Sie haben keine Antwort darauf, wie Sie damit umgehen wollen, weil wir müssen ja dann dafür auch die Brückeninfrastruktur, die Straßen und so weiter ausbauen, das wird richtig viel Geld kosten. Wir glauben, es ist jetzt der Zeitpunkt gegenzusteuern. Und da reden wir gar nicht über den Abbau des Lkw-Verkehrs, wir wollen den Ausbau, und zwar die Steigerung um 70 Prozent eindämmen, damit es dazu nicht kommt.

Ich nehme an, Sie haben eine Frage.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Kleinen Moment, Herr Jaeger! Nehmen Sie die Zwischenfrage des Herrn Schulte an?

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Selbstverständlich. Ja.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Schulte, bitte.

Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Jaeger, ich wollte jetzt in der Zwischenfrage nicht die Gelegenheit nutzen, Ihnen zu erklären, wie ich das Problem lösen könnte, das Sie eben angesprochen haben, obwohl ich das auch gerne tun würde. Aber die Zwischenfrage richtet sich an die Frage der Aufteilung der Einnahmen aus dem Mautverkehr, weil bisher habe ich jetzt Ihren Antrag immer so verstanden, Sie wollen quasi jedem, den Gemeinden oder den Ländern oder dem Bund, die Einnahmen aus

den Mautverkehren zukommen lassen. Aber wenn ich Ihre Vorstellungen jetzt höre, ...

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Kein Koreferat!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Bitte eine Zwischenfrage, Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Ja. Ich muss meine Frage ja erklären, Frau Präsidentin.

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Anfang wird der Kilometerstand gemessen und am Ende wird er gemessen.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.

Jochen Schulte, SPD: Nach welchen Kriterien teilen Sie es dann auf?

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also das ist eigentlich ganz einfach, wie zum Beispiel die Aufteilung der Mehrwertsteuer, Einkommenssteuer und so weiter. Da wird es am Ende eine pauschale Vereinbarung geben ...

Jochen Schulte, SPD: Also nichts mehr mit der Straßennutzung als solcher?

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Schulte!

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir würden dadurch zusätzliche Einnahmen erzielen und wir würden uns auf Bundesebene oder Bundesratsebene über die Verteilung der eingenommenen Gelder einigen. So läuft so etwas praktisch in der bundesdeutschen Politik, siehe Mehrwertsteuer-, Einkommenssteueraufkommen, an denen auch die Gemeinden beteiligt werden.

Haben Sie jetzt noch eine Frage? Eine noch, aber dann wirklich nur die Frage.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das muss ich dann fragen, Herr Jaeger. Lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu?

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Schulte, bitte.

Jochen Schulte, SPD: Also wenn ich Ihren Aufteilungsmodus richtig verstanden habe, dann, wenn wir mal den Königsteiner Schlüssel zugrunde legen, kriegt das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht das Geld, was hier durch die Aufwendungen verursacht wird, sondern

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch keine Frage!)

möglicherweise für die Straßen in Bayern? Das ist Ihr Systemvorschlag?

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, der Systemvorschlag ist, dass wir da gar keinen Systemvorschlag machen zur Aufteilung. Das wäre Verhandlungssache. Und selbstverständlich ist, ein Flächennutzungsland wie wir, die ein großes Straßensystem haben, wird mit Sicherheit eher bevorteilt, weil wir halt besonders viele Investitionsmittel für den Erhalt der Straße und auch des Schienenverkehrs brauchen.

Jochen Schulte, SPD: Vielen Dank.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich möchte noch auf ein Thema eingehen, das Thema, immer wieder genannt, das Steueraufkommen. Es würde also so ein gigantisches Steueraufkommen durch den Straßenverkehr – Mineralölsteuer, Mautverkehr und so weiter – entstehen und das würde im Haushalt für ganz andere Sachen verbraten. Da würden regelmäßig die Ausgaben in den Gemeinden außen vor gelassen. Das ist nämlich ein ganz entscheidender Punkt, dass wir in den Gemeindevertretungen unsere Straßen erhalten müssen, und das ist ein Problem, weil es halt nicht über den Bundeshaushalt – und der Bundeshaushalt nimmt da ja große Mittel ein – finanziert werden kann, sondern das muss in den Kommunen finanziert werden.

Also grundsätzlich die Idee des Antrages: Richtig, wir wollen den Lkw stärker belasten. Das führt im Einzelfall natürlich auch dazu, dass die Milch im Einkaufsladen etwas teurer wird.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das ist nicht schlimm.)

aber es wird minimal sein. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Wir wollen aber dadurch, mit den eingenommenen Geldern, unter anderem den Bahnverkehr stärken und glauben, dass das die Attraktivität erhöht. Und aus meiner Sicht ist das eine mögliche Antwort auf die Frage: Wie können wir verhindern, dass wir am Ende wirklich 70 Prozent mehr Lkw auf unseren Straßen haben, ohne dass die Wirtschaft dabei zusammenbricht? Wir sagen, es gibt Alternativen und die wollen wir gerne erweitern. Das bedeutet, wir brauchen Geld. Wir machen hier einen konkreten Vorschlag, wie wir dieses Geld erheben können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1026. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1026 abgelehnt, mit Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, Fraktion DIE LINKE und Fraktion der NPD, bei keinen Enthaltungen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Sportunterricht an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichten – drei Stunden Schulsport pro Woche für alle Jahrgangsstufen durchsetzen. Das ist die Drucksache 6/1038.

Antrag der Fraktion der NPD Sportunterricht an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichten – drei Stunden Schulsport pro Woche für alle Jahrgangsstufen durchsetzen – Drucksache 6/1038 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Petereit von der Fraktion der NPD.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 2002 – also vor einem Jahrzehnt – gab eine große Krankenkasse eine Studie zum körperlichen Zustand von Mädchen und Jungen im Alter zwischen 6 und 18 Jahren in Auftrag. Bei der Vorstellung der Studie führte der damalige Vorstandsvorsitzende einleitend aus, wenn man das Fitnessbild unserer Kinder und Jugendlichen einmal moderat fortschreibe, dann ergebe sich für 2050 folgendes Bild: Unsere Kinder dürften zur Einschulung immer noch im Kinderwagen sitzen. Kommen sie da raus, brechen sie auf dem Weg vom Computer zum Fernseher vor Erschöpfung zusammen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Na Ihre Kinder, unsere nicht.)

Wer auf einen Baum klettern kann, kommt sofort in ein Leistungszentrum. Sport Nummer eins sei in Deutschland inzwischen Skat und geschwitzt werde bestenfalls noch in der Sauna.

Seitdem der Mann im Stile eines Kabarettisten ein Horrorszenario an die Wand warf, tat sich in der Bundesrepublik und auch im Bereich der körperlichen Fitness von Kindern und Jugendlichen gelinde gesagt herzlich wenig, so auch in Mecklenburg-Vorpommern. Wie Kleine Anfragen der NPD-Fraktion ergeben haben, fördern die Schuleingangsuntersuchungen Jahr für Jahr zum Teil erschreckende Ergebnisse zutage. So sind 15 bis 20 Prozent der Erstklässler übergewichtig oder sogar schon fettsüchtig. Damit aber nicht genug: Kraft, Ausdauer und Schnelligkeit haben seit den 1970er-Jahren um 10 bis 15 Prozent abgenommen. Die heranwachsende Generation bewegt sich immer weniger. Und was tun die Verantwortlichen? Knicken ein wie schwächliche Bäume im Ostseesturm.

"Sportlehrer müssen die Latte tiefer legen" oder "Kinder zu dick: Sportlehrer müssen die Latte tiefer legen", das sind die Schlagzeilen aus der regionalen Presse der vergangenen Monate. Demnach gelten also ab dem Schuljahr 2013/2014 neue Bewertungsmaßstäbe. Damit wird der nachlassenden Sportlichkeit der Kinder in typisch liberaler Weise Rechnung getragen.

Andreas Bluhm, Vizepräsident Breitensport des Landessportbundes, – einige erinnern sich, bis vor ungefähr einem Jahr war er hier auch mal Vizepräsident – traf den Nagel auf den Kopf, als er sagte: "Ich halte es für falsch, die bisherigen Anforderungen zu unterlaufen. Wenn man international mithalten will, sollte man sich Gedanken darüber machen, wie man die sportliche Fitness erhöhen kann, statt sie nach unten zu korrigieren."

Die Sportwissenschaftler sehen es natürlich genauso. Viele fordern sogar die tägliche Sportstunde, aber gemach. Mit drei Stunden pro Woche, und das für alle Jahrgangsstufen, wäre immerhin ein erster richtungsweisender Schritt getan. Deshalb verlangt unsere Fraktion,

"unverzüglich die bereits in der Stellungnahme des Deutschen Sportlehrerverbandes Mecklenburg-Vorpommern vom 19. August 2008 ... enthaltene Anregung aufzugreifen, den schulischen Sport" an "wissenschaftlichen Erkenntnissen" auszurichten, indem die dritte obligatorische Sportstunde eingeführt wird. Zwangsläufig ergibt sich aus dieser Forderung der Schritt, die Kontingentstundentafelverordnung entsprechend zu ändern. Ich denke, dass dies bei ein wenig gutem Willen bis zum Beginn des Schuljahres 2013/2014 möglich wäre.

Dringenden Handlungsbedarf sehen wir auch für den Bereich der Sportlehrkräfte. Die Überalterung dort ist alarmierend. So sind nicht einmal zehn Prozent der Sportlehrer in M-V jünger als 40 Jahre. 797 der insgesamt 1.879 Frauen und Männer mit der Lehrbefähigung Sport gehörten im Schuljahr 2010/2011 zu der Altersgruppe zwischen 40 und 50. 921 waren älter als 50 Jahre. Noch dramatischer stellt sich die Situation bei den Sportlehrern unterer Klassen dar. Hier gibt es ganze 6 Pädagogen, die unter 40 Jahre alt sind. Insgesamt sind es 745.

Zwar wurden nach Auskunft der Landesregierung zum Schuljahr 2012/2013 25 Arbeitsplätze in Kombination mit anderen Fächern neu ausgeschrieben, mit Angaben zu Neueinstellungen für die weiteren Schuljahre – zumindest bis 2015/2016 – konnte die Landesregierung nicht dienen. Junge Lehrer und Referendare, die dann auch im Land bleiben, brauchen wir dringend.

Zugeknöpft gibt sich das Bildungsministerium im Hinblick auf den fachfremd erteilten Sportunterricht. Entsprechende Daten liegen der Landesregierung nicht vor, hieß es. Nach Aussage von Dr. Matthias Weippert, Sportbiologe am Institut für Präventivmedizin der Universität Rostock, werden bis zu 80 Prozent der Sportstunden durch fachfremde Lehrer vertreten. Und da wird es natürlich zu personellen Engpässen kommen.

Um diese zu überbrücken, schlagen wir vor, vielleicht auf die Übungsleiter aus den Vereinen zurückzugreifen. Eine entsprechende Aufwandsentschädigung könnte aus Lottomitteln gespeist oder mit Unterstützung der Sparkassen sichergestellt werden. Die Regierung rühmt sich ja des Öfteren ihrer guten Beziehungen zu Lotto M-V und den Sparkassen. Jetzt hätte sie Gelegenheit, diese Beziehungen auch einmal im Hinblick auf die Absicherung des Schulsports spielen zu lassen.

Meine Damen und Herren von den superdemokratischen Parteien mit der superdemokratischsten Streitkultur aller Zeiten, Sie werden den hier vorliegenden Antrag selbstredend ablehnen.

> (Dr. Margret Seemann, SPD: Da haben Sie ein Problem mit, ne? Das betonen Sie immer so.)

Vielleicht ist aber dem einen oder anderen der hier sitzenden Regierungsvertreter durch das hier Gesagte endlich ein Licht aufgegangen und so wird es vielleicht passieren, dass die Regierungsfraktionen CDU und SPD den Vorschlag in mehr oder weniger abgeänderter Version hier wieder zur Abstimmung vorlegen werden. Unsere Zustimmung hätten Sie, denn uns geht es hier um die Sache und weniger um parteipolitische Eitelkeiten.

Eins möchte ich Ihnen allen noch mit auf den Weg geben: Schulsport ist der einzige Sport für alle Kinder und

Jugendlichen. Er bewegt alle Kinder und Jugendlichen, was ihm ein Alleinstellungsmerkmal verleiht. Der Freizeitsport hingegen ist durch Freiwilligkeit der Teilnahme gekennzeichnet. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Udo Pastörs, NPD: Tja, zu wenig Sport.)

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schulsport ist nicht nur im Hinblick auf die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler ein wichtiges Unterrichtsfach. Darum ist gerade dieser Antrag der NPD beispielhaft für den Schweriner Weg. Darum will ich gleich am Anfang deutlich machen, warum Demokratinnen und Demokraten

(Udo Pastörs, NPD: Och!)

einen schulpolitischen Antrag der NPD neben fachlichen Einwänden auch grundsätzlich ablehnen müssen, denn es ist unmöglich, diesen Antrag isoliert von den übrigen bildungspolitischen Inhalten der NPD zu betrachten.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Na dann mal los!)

Und diese Partei, deren stellvertretender Bundesvorsitzender mit all seinen noch nicht rechtskräftigen Vorstrafen heute auch wieder hier in diesem Raum sitzt, bezieht sich in kaum einem anderen Bereich so offen auf den Nationalsozialismus wie im Bereich der Bildung.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und der heute nicht mehr reden darf.)

So schreibt die NPD in ihrem Bundestagswahlprogramm wörtlich, das Schulsystem müsse nach dem Grundsatz "Jedem das Seine" gestaltet werden. "Jedem das Seine", das war bekanntlich das zynische Motto, das die Nationalsozialisten am Tor des Konzentrationslagers Buchenwald anbrachten.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Zumindest das dürften die Kameradinnen und Kameraden der NPD wissen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein paar Tage älter, als Sie glauben.)

Diese Anspielung ist Ihnen also nicht ausversehen untergerutscht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und eine Partei, für die das Schulsystem nach dem gleichen Prinzip wie ein KZ funktionieren soll, hat sich für bildungspolitische Fragen eindeutig disqualifiziert.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Ach du lieber Gott!)

Sie brauchen in Ihrer Erwiderung gar nicht mit der peinlichen Ausflucht anzufangen, dass der Ausspruch "Jedem das Seine" ja schließlich aus der Antike stamme

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

und ganz anders gemeint war oder dass die demokratischen Fraktionen jetzt hier wieder die Nazikeule herausholen.

(Michael Andrejewski, NPD: Nein, das machen wir überhaupt nicht.)

Die NPD stellt ihre bildungspolitischen Vorstellungen selbst ganz offen in die Tradition des Nationalsozialismus –

(Udo Pastörs, NPD: Ooh!)

mehr noch, sogar ausdrücklich in die Tradition der Konzentrationslager.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie haben vielleicht eine Fantasie! – Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Und allein schon deswegen ist es undenkbar, einem schulpolitischen Antrag der NPD-Fraktion zuzustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD)

Was für die völkische Bildungsvorstellung der NPD insgesamt gilt, trifft natürlich genauso auch auf die Landtagsfraktion hier zu.

(Udo Pastörs, NPD: Na klar!)

In ihrem Programm zur Landtagswahl hat die NPD dem Bereich Bildung und Schule genau sieben Sätze zugeordnet.

(Udo Pastörs, NPD: Aber die haben es in sich.)

Darunter finden sich dann auch so originelle Behauptungen wie die, dass die individuelle Bekleidung von Jugendlichen zur Verrohung der Jugend führen würde.

(Udo Pastörs, NPD: Ist so.)

Jetzt ist mir natürlich auch klar,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

weswegen die rechten Aggro-Trupps mit ihren Todesstrafe-für-Kinderschänder-T-Shirts und ihrem Szeneladeneinheitslook auch so schnuckelig wirken und so einen liebenswürdigen Eindruck machen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mittlerweile ist der NPD allerdings ihr eigenes Landtagswahlprogramm offenbar so peinlich, dass man es nicht auf ihrer eigenen Homepage und auch sonst nirgendwo im Internet mehr findet und es von Ihnen vollständig entfernt wurde.

> (Michael Andrejewski, NPD: Der Wahlkampf ist vorbei, Sie Spezialistin!)

Nirgendwo ein Hinweis, wo man es erhalten könnte.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist doch bemerkenswert. Alle demokratischen Fraktionen haben ihr Wahlprogramm an Stellen im Internet hinterlegt, wo es eindeutig zu finden ist,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und lassen sich an ihren Aussagen während der Legislaturperiode messen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

nur die NPD anscheinend schämt sich für ihr eigenes Wahlprogramm.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Dem widerspricht, was ich vorhin ausgeführt habe.)

Am 1. Februar dieses Jahres hatte Herr Andrejewski hier an dieser Stelle einen Schwank aus seinem bewegten Leben erzählt und erklärt, dass der damalige Zwang zum Religionsunterricht bei ihm seinerzeit genau das Gegenteil des Gewünschten erzielt habe. Zitat des NPD-Abgeordneten: "So erzeugt man Atheisten."

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Bereits zehn Tage später schreibt aber die NPD auf ihrer Homepage zum Thema Schulsport, Zitat:

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

"Um wirkliche Verbesserungen auf dem Gebiet der körperlichen Verfassung der Heranwachsenden zu erreichen, ist ein gewisser Zwang notwendig."

(Udo Pastörs, NPD: Das ist so.)

Die Zwangsvorstellungen der NPD sind also nicht gerade stimmig.

(Udo Pastörs, NPD: Wie man bei Ihnen sieht, hätten da auch ein paar Stunden Sport mehr gutgetan.)

Der vorliegende Antrag ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Also, Herr Pastörs – Frau Berger, bitte einen kleinen Moment –, Herr Pastörs, zum wiederholten Male beleidigen Sie hier Abgeordnete. Das

haben wir mehrfach hier gehört. Ich fordere Sie noch mal auf, Ihren Mund zu halten.

(Udo Pastörs, NPD: Ich verspreche Besserung und schweige. – Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

Frau Berger, bitte.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der vorliegende Antrag zum Schulsport wird nun inzwischen zum bereits dritten Mal in nahezu gleichlautender Form vorgelegt. Im Kern unterscheiden sich die drei Anträge jedoch nicht. Man darf nicht ungerecht sein.

(Udo Pastörs, NPD: Nein.)

Es ist unter gewissen Umständen legitim, dass eine Fraktion einen ähnlich lautenden Antrag mehrfach stellt. Eine kleine Fraktion kann auch nicht zu jedem Thema ein grundsätzliches Konzept vorlegen. Und es ist natürlich überhaupt nicht falsch, über die Ausgestaltung des Sportunterrichts als einen Baustein der Schulbildung von vielen weiteren in diesem Land nachzudenken.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

Doch wenn wir uns ansehen, zu welchen Schulfächern die Abgeordneten der NPD in den gesamten sechs Jahren, seit sie in den Landtag hier eingezogen sind, Anträge gestellt haben, dann finden wir genau nur diese drei identischen Anträge zum Schulsport. Eine zusätzliche Stunde Sport in der Woche ist Ihr parlamentarischer Beitrag zum Schulunterricht, und das in sechs Jahren.

(Udo Pastörs, NPD: Nicht nur zum Schulunterricht, sondern zur Gesunderhaltung des Körpers und des Geistes.)

Dafür, dass Sie sich angeblich am Humboldt'schen Bildungsideal orientieren, wie es in Ihrem Parteiprogramm tatsächlich heißt,

(Jörg Heydorn, SPD: Sie wollten doch schweigen! Sie wollten doch schweigen! Sie kriegen nicht mal das auf die Reihe.)

ist das nicht gerade übermäßig viel.

Es gibt im Übrigen noch jemand anderen, der in über 800 Seiten völkischer Hetze von allen denkbaren Schulfächern einzig und allein für den Schulsport eine Stundenempfehlung gibt, und das, ich will es schon mal verraten, ist natürlich ihr Lieblingsdiktator.

(Udo Pastörs, NPD: Wen meinen Sie?)

Er fordert in "Mein Kampf" täglich eine Stunde Schulsport.

(Michael Andrejewski, NPD: Herrn Sellering?)

Der Staat solle sich nicht so sehr auf die Wissensvermittlung konzentrieren,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

sondern – Zitat – "auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten." Zitatende.

Die alleinige Fixierung auf das Schulfach Sport ist doch eine erstaunliche Gemeinsamkeit von Hitlers "Mein Kampf" und dem Antrag,

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

den die NPD-Fraktion hier heute vorlegt.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Diese Verbindung verweist einmal mehr

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

auf ein nationalsozialistisches Menschenbild,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

das die demokratischen Fraktionen grundsätzlich ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, es gab in den letzten sechs Jahren auch noch Anträge Ihrer Fraktion, bestimmte geschichtliche Ereignisse künftig im Sinne der NPD zu lehren, zum Beispiel, dass Deutschland nicht für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich sei. Das könnte man vielleicht noch als Ihren Beitrag zum Geschichtsunterricht werten. Dabei fällt aber eines auf: Für die Sportförderung zitieren Sie ständig den Sportlehrerverband. Den Geschichtslehrerverband hingegen habe ich Sie noch nie zitieren hören

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Denn Verbände sind für Sie nämlich nur dann interessant, wenn deren Standpunkte zufällig einmal in Ihr Weltbild passen.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Genauso wie Sie die bösen von Ihnen genannten Systemmedien dann immer doch noch zitieren, wenn Sie diese irgendwie in Ihrem Sinne ausnutzen können.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Wie man es braucht.)

Selbstverständlich werden bei den Forderungen des Sportlehrerverbandes hingegen alle Passagen ignoriert, die der NPD wiederum nicht so genehm sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

So heißt es im Schulsportmemorandum des Verbandes zum Beispiel: "Die Leitlinien von interkultureller Verständigung, von Fairness, Respekt und Toleranz gegenüber anderen ... bilden den sportpädagogischen Orientierungsrahmen."

(Michael Andrejewski, NPD: Das hat der Politoffizier reingeschrieben.)

Ich glaube, die Idee der kulturellen Verständigung durch den Sportunterricht passt nicht ganz zu den rassistischen NPD-Wahlkampfforderungen nach ausländerfreien Schulklassen. Darum distanzieren sich selbstverständlich sowohl der Sportlehrerverband als auch der Landessportbund

(Michael Andrejewski, NPD: Na klar, sonst fliegen die alle raus.)

von der einseitigen Instrumentalisierung durch die NPD und lehnen die vermeintliche Unterstützung dieser Fraktion ab.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, ist das jämmerlich, was Sie da ablassen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und auch die sportliche Leistungsfähigkeit sind ein komplexes Thema.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Die Zahl übergewichtiger Kinder bei den Schuleingangsuntersuchungen zeigt ja, dass die Ursachen häufig schon in der Zeit vor der Einschulung zu suchen sind.

> (Udo Pastörs, NPD: Na bei Ihnen muss man das Stöckchen ziemlich niedrig halten.)

Eine fehlende dritte Schulstunde Sport in der 1. Klasse ist nicht die Hauptursache zunehmenden Übergewichts. Aber Schulsport ist natürlich ein, wenn auch nicht das einzige Instrument für eine Verbesserung. Dazu gehören auch gesundheitliche Aufklärung, Anreize für eine bessere Ernährung. Freiwillige Sportangebote im Verein, Sport im Wahlpflichtbereich

(Udo Pastörs, NPD: Es kommt auf das Ergebnis an.)

und in den Arbeitsgemeinschaften gehören hier natürlich ebenso dazu.

Hier gibt es gute Beispiele, erfolgreiche Ansätze,

(Udo Pastörs, NPD: An ihren Früchten wird man sie erkennen.)

aber auch ein großes Verbesserungs- und Ausbaupotenzial. Dafür setzen sich die demokratischen Fraktionen mit sicherlich unterschiedlichen Schwerpunkten ein.

(Udo Pastörs, NPD: Mit was für einem Ergebnis?)

Der Sportlehrerverband steht den demokratischen Fraktionen da zur Unterstützung zur Verfügung.

Was die demokratischen Fraktionen jedoch verhindern werden, ist ein Missbrauch

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl!)

des Schulsports für eine völkische Idee und ein Hart-wie-Kruppstahl-Menschenbild.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dieser Antrag steht mal wieder in einer ideologischen Linie

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

mit den aktuellen Lieblings-V-Waffen der NPD: Volksgesundheit, Volksverhetzung und Volkstod. Und darum lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr schön. – Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Petereit von der NPD-Fraktion.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Berger, vielen Dank für diesen erheiternden Beitrag.

(Udo Pastörs, NPD: Ja. – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte gleich zu Beginn ein wenig auf Sie eingehen. Also wir schämen uns natürlich nicht für unser Wahlprogramm, wie Sie es nennen, das war ein Standpunkteprogramm. Sie hätten uns ja einfach eine E-Mail schreiben können, dann hätten wir Ihnen das gerne geschickt, was wir natürlich auch jedem anderen hier anbieten.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ich habe es ja bekommen. Ich habe daraus zitiert. – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hervorragend.

In der vergangenen Legislaturperiode hatten wir 18 Anträge zum Thema Bildung. Und allein – da waren auch Sie hier anwesend – die Forderung nach dem bundeseinheitlichen Bildungssystem,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Es ging um den Antrag zum Schulunterricht.)

die haben Sie auch nicht erwähnt. Aber da müssen Sie ein bisschen aufpassen, dann klappt das auch.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Die Diskussion um die dritte Schulsportstunde für alle Jahrgangsstufen im Land gibt es im Land, das laut seinen Werbestrategen und Regierungsgewaltigen stets und ständig guttun soll, nicht erst seit heute.

Auf der Seite des Landessportbundes Mecklenburg-Vorpommern findet sich eine Resolution zum Schulsport vom 10. September 1998, worin gefordert wird, dass "für alle Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen ... wöchentlich drei Stunden" Schulsportunterricht zu gewährleisten seien. Im Protokoll des Aktionsbündnisses Schulsport vom 25. Juni 2007 heißt es dann schon einschränkend, die dritte Sportstunde hat die besten Chancen in der Ganztagsschule.

Während in den anderen Schulformen die Stundentafel bereits voll ausgeschöpft ist, sind hier im Rahmen des ganztägigen Bildungsangebotes Zeitbudgets für zusätzliche Bewegungsangebote vorhanden. Dr. Gröbe vom Sportlehrerverband e. V. bekräftigte hingegen die Forderung, für alle Schülerinnen und Schüler die dritte Sportstunde durchzusetzen.

Im August 2008 mahnte das Aktionsbündnis Schulsport erneut die dritte Schulsportstunde an, wobei schon damals gefordert wurde, den Anteil des fachfremd erteilten Unterrichts vor allem im Grund- und Hauptschulbereich zu reduzieren.

Auch der Landeselternrat schaltete sich in die Debatte ein. Seine Forderungen waren zumindest zum damaligen Zeitpunkt identisch mit denen des Sportlehrerverbandes und des Aktionsbündnisses. Zusätzlich verlangte der Elternrat mindestens eine Stunde Spiel- und Bewegungsangebote täglich für alle Schüler, die im Unterricht oder in Pausen einzubringen seien.

Tatsächlich kann es als wissenschaftlich erwiesen gelten, dass mehr Schulsport zu einer größeren Leistungsfähigkeit der Kinder im Hinblick auf den gesamten Unterricht führt. Dies bewies bereits vor Jahren eine Versuchsreihe einer Kardiologin der Uniklinik Leipzig. Schon nach einem Jahr waren die Leistungen der Schüler messbar besser.

Das gilt natürlich auch für Mecklenburg-Vorpommern, das auch hinsichtlich der körperlichen Fitness der Kinder und Jugendlichen keine Insel der Glückseligen ist. So meldete sich im Frühjahr 2010 der Leichtathletikverband Mecklenburg-Vorpommern zu Wort. Der Sportunterricht an zahlreichen Schulen des Landes gebe Anlass zur Sorge. Die Nachwuchsgewinnung der Vereine gestalte sich wegen der körperlichen Defizite bei Kindern und Jugendlichen immer schwieriger.

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

In offiziellen Verlautbarungen hingegen wird die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen über den grünen Klee gelobt. Am derzeitigen System kann also etwas nicht stimmen. Einmal mehr zeigt sich, wie richtig wir mit unserer Forderung nach mehr Schulsport liegen.

Das meint auch die Landesvorsitzende des Kinderärzteverbandes. Sie erklärte im April des Vorjahres, dass fast jedes dritte Kind bei uns zu dick sei. Dabei hätten wir noch nie so viele Angebote gehabt, Sport zu treiben, noch nie so tolle Sportstätten im Land. Die Ärztin sieht dabei in erster Linie die Schulen als geeignet an, Kinder an regelmäßiges Sporttreiben heranzuführen und Jugendliche bei der Stange zu halten.

(Udo Pastörs, NPD: Das war in der DDR besser geregelt.)

Die Rückkehr zu drei Stunden Schulsport pro Woche für alle Jahrgangsstufen sei längst überfällig. Vor allem mangelt es an Stundenkontingenten. Lehrer sind da, sie würden mehr Angebote unterbreiten, aber die Stunden dafür werden ihnen nicht gewährt. Es fragt sich, wie lange wir uns noch auf dem Rücken des Nachwuchses und seiner Gesundheit im Kreis drehen wollen. – Vielen Dank, und wir erwarten dann den Antrag in geänderter Form durch Sie neu hier im Landtag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/1038. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/1038 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Enthaltungen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Qualitätssicherung in der außerklinischen Intensivpflege, die Drucksache 6/1046. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1081 vor.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Qualitätssicherung in der außerklinischen Intensivpflege – Drucksache 6/1046 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/1081 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Lindner von der CDU-Fraktion.

Detlef Lindner, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir Ihre Aufmerksamkeit auf den Bereich der Intensivpflege lenken. Im Zeitraum der vergangenen zehn Jahre haben wir einen erheblichen Anstieg der Anzahl von Patienten in der ambulanten Intensivpflege gehabt. Der Bereich der beatmungspflichtigen Empfänger häuslicher Krankenpflege ist um ein Vielfaches gestiegen. Auch die AOK Nordost und der Landesverband der Ersatzkrankenkassen haben einen kontinuierlichen Anstieg der Fallzahlen festgestellt.

Eine Ursache ist der fortschreitende demografische Wandel und der damit einhergehende Anstieg von multimorbiden Krankheitsbildern. Es ist davon auszugehen, dass der demografische Wandel die Situation in Zukunft weiter verstärken wird. Aber, meine Damen und Herren, um es hier noch einmal deutlich zu machen, wir stehen zum pflegepolitischen Grundsatz "ambulant vor stationär". Wir sagen aber auch in aller Deutlichkeit, dieser Grundsatz darf nicht zulasten der Qualität der ambulanten Patientenversorgung gehen. Wir erkennen, dass die Qualitätsanforderungen in der außerklinischen Intensivpflege sehr hoch sind, zum Teil höher als etwa in der allgemeinen Haus-, Kranken- und Altenpflege.

Durch die Novellierung der Heimgesetzgebung wurde die ambulante Betreuungsform allerdings vom Heimrecht ausgenommen. Eine Gleichstellung der pflegerischen Vorschriften der ambulanten und stationären Intensivpflege zugunsten eines Plus der Qualität ist daher unabdingbar erforderlich.

Ein Bericht über die Entwicklung in der ambulanten Intensivpflege in Mecklenburg-Vorpommern ist aus dem Grund zwingend notwendig. Wir wollen prüfen, ob rechtliche Rahmenbedingungen für die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen ambulanten Intensivpflege ausreichend ausgestaltet sind. Dies soll Grundlage für weitere parlamentarische Beratungen werden. Unser Ziel ist es, die Qualität in der außerklinischen Intensivpflege dauerhaft zu sichern. Wir wollen dabei prüfen, ob angesichts des zu erwartenden Zuwachses der Pflegebedürftigen die vorhandenen landesgesetzlichen Regelungen ausreichen, um die erforderlichen Standards zu sichern.

Meine Damen und Herren, die Anzahl der Menschen, die in unserem Land mit hohem intensivpflegerischem Behandlungsaufwand ambulant in der eigenen Häuslichkeit, in der Wohngemeinschaft oder stationär in einem Pflegeheim betreut werden, wird steigen. Bis vor wenigen Jahren konnten die betroffenen Menschen nur in stationären Pflegeeinrichtungen betreut werden. Die Medizintechnik hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Auch neue pflegewissenschaftliche Erkenntnisse ermöglichen es, schwerstkranke Menschen stärker als bisher in ihrer Häuslichkeit zu pflegen.

Meine Damen und Herren, unser Ziel muss es daher sein, für die außerklinische Intensivpflege eine Gleichstellung der pflegerechtlichen Vorschriften zu erreichen. Dies gilt für die Anforderungen, die bei der ambulanten und stationären Intensivpflege angeglichen werden müssen. Dies gilt für das Fachpersonal und die Pflegestandards der ambulanten Pflege. Und dies muss auch dann bei den Vergütungsverhandlungen zwischen Leistungsträgern und -erbringern gelten. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Und das Wort hat die Abgeordnete Stramm von der Fraktion DIE LINKE.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Uns liegt heute ein Antrag vor, den wir vom Inhalt her weitgehend teilen – deshalb unser Änderungsantrag. Wir müssen uns mit der Intensivpflege beschäftigen. Hier vollziehen sich teilweise Entwicklungen, die wir nicht wollen. Das wissen wir nicht erst seit der Sendung von REPORT MAINZ, wo gezeigt wurde, wie einzelne Betriebe Pflegebedürftige wie eine Ware handeln. Es handelt sich um einzelne schwarze Schafe, aber wir müssen den Anfängen wehren.

Unsere Pflegetour hat uns gezeigt, dass die allermeisten Pflegekräfte verantwortungsbewusst und mit hoher Qualität arbeiten. Sie leisten für die Gesellschaft Unersetzli-

ches. Wir sollten ihre Arbeit befördern und unterstützen. Das erwarten die Pflegekräfte und auch die Gepflegten hier im Land, und hierzu haben wir, die gewählten Abgeordneten im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, auch die Möglichkeit.

Und damit komme ich zu unserem Änderungsantrag. Im Antrag unter der Drucksachennummer 6/1046 sollen wir die Landesregierung um einen Bericht zur Entwicklung der ambulanten Intensivpflege bitten. Ich finde, die Haltung eines Bittstellers kommt uns als frei gewählten Abgeordneten und dem Landtag als dem Parlament in Mecklenburg-Vorpommern nicht zu. Uns haben die Bürger dieses Landes gewählt, ihre Interessen wahrzunehmen. Wir sind keine Bittsteller, wir beauftragen die Landesregierung. Deshalb schlagen wir in unserem Änderungsantrag zunächst vor, dass wir von der Landesregierung einen Bericht zur Entwicklung der ambulanten Intensivpflege in Mecklenburg-Vorpommern fordern.

In dem vorgelegten Antrag wollen die Fraktionen der CDU und SPD, dass die Regierung prüft, ob die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Sicherung einer qualitativ hochwertigen ambulanten Intensivpflege in Mecklenburg-Vorpommern ausreichend ausgestaltet sind. Damit setzen die Koalitionspartner das Ziel für die Prüfung nach unserer Meinung zu kurz. Wie ist es mit der Anwendung dieses Rechts, seiner Kontrolle und viel mehr? Um alle Einflüsse zu erfassen, schlagen wir vor, dass die Landesregierung sich bei der Prüfung der Rahmenbedingungen nicht auf die rechtlichen beschränkt.

Und wir fordern in unserem Änderungsantrag, dass die Landesregierung uns Handlungsempfehlungen vorlegt, wie eine qualitativ hochwertige ambulante Intensivpflege in Mecklenburg-Vorpommern sichergestellt werden soll. Handlungsempfehlungen nach einer exakten Analyse, das ist die Quintessenz unseres Änderungsantrages. Handlungsempfehlungen ohne eine exakte Zustandsprüfung, das wäre Aktionismus. Und nur eine Prüfung, wie Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der SPD, das fordern, das hat keine praktischen Konsequenzen. Das ist, mit Verlaub, wie zielen ohne abzuschießen.

Wir brauchen aber Veränderungen in der ambulanten Intensivpflege. Das wurde während unserer Pflegetour immer wieder an uns herangetragen. Die Verantwortlichen in der ambulanten Intensivpflege sagten: Wir haben hohe Standards bei den stationären Einrichtungen, auch durch das Einrichtungenqualitätsgesetz. Diese sind aber nicht eins zu eins übertragbar für den ambulanten Bereich. Ich denke insbesondere an die baulichen, fachlichen und personellen Anforderungen.

Gerade der Betreuungsschlüssel ist ein sensibler Punkt. Anbieter von intensivmedizinischen Leistungen berichten uns, dass ein Betreuungsschlüssel von eins zu eins optimal ist. Ein Betreuungsschlüssel von eins zu zwei, also eine Pflegefachkraft auf zwei intensivmedizinische Pflegebedürftige, ist fachlich noch zu vertreten. Dies wird im Pflegeheim gewährleistet, in der ambulanten Betreuung gibt es eine solche gesetzliche Untergrenze nicht.

Wir wollen, dass die Landesregierung hier korrigierend tätig wird, im Interesse der Pflegebedürftigen und auch der Pflegekräfte in der Intensivpflege. Ich glaube, wir haben hier eine große inhaltliche Übereinstimmung. Das entnehme ich zumindest der Pressemitteilung des Abgeordneten Schubert und auf dem ersten Intensivpflegetag

in Waren äußerte sich der Abgeordnete Barlen auch in der von mir aufgezeigten Weise.

Um die Qualität in der ambulanten Intensivpflege zu sichern und sie langfristig zu verbessern, sollten wir Kleingeist überwinden. Deshalb bitte ich Sie:

(Torsten Renz, CDU: Unserem Antrag zuzustimmen.)

Geben Sie Ihre Zustimmung zu unserer Änderung! Geben wir der Landesregierung einen erweiterten Auftrag!

Um mögliche Einwände vorwegzunehmen, noch ein Satz zum Termin: Da wichtige Aussagen bereits vorhanden sind, wie aus der Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage am 8. November 2011 hervorgeht, müssten der Bericht und die Handlungsempfehlungen eigentlich ohne große Umstände erstellt werden können. Deshalb schlagen wir vor, den Termin für die Landesregierung vorzuziehen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete von der SPD-Fraktion, der Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Danke schön.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir im Rahmen dieser Plenarwoche auch über einen weiteren wichtigen Bereich der häuslichen Krankenpflege, nämlich die ambulante Intensivpflege sprechen. Und zunächst einmal die Tatsache, dass der medizinisch technische Fortschritt Leben verlängert und dass bei der Pflege der von uns allen befürwortete Grundsatz "ambulant vor stationär" Anwendung findet, das ist ein Grund zur Freude.

Längerfristige Beatmung in der Häuslichkeit ist inzwischen gut möglich, unabhängig davon, ob es sich dabei um das angestammte Wohnumfeld, ein betreutes Wohnen oder die sogenannten Wohngemeinschaften handelt. Vergessen werden darf dabei jedoch nicht, dass es sich auch bei den ambulant versorgten Menschen um schwerstkranke Patienten handelt, die besonders intensive Pflege – das geht aus dem Namen bereits hervor – und besonders gewissenhaften Schutz benötigen.

Und leider geben die Meldungen und Informationen, die man dieser Tage über die außerklinische Intensivpflege zur Kenntnis nehmen muss, zuweilen Anlass zur Sorge, in jedem Fall aber Anlass dazu, genauer hinzuschauen, unter anderem beispielsweise der Hinweis in dem von Frau Stramm angesprochenen Fernsehbeitrag, dass es unter den Diensten einen regen Handel, will ich es mal nennen, mit beatmungspflichtigen Patientinnen und Patienten gibt, in Einzelfällen mit Ablösesummen für die Versorgungsverträge zwischen 20.000 und 60.000 Euro – als Prämie, nur für die Übernahme der Patienten.

Man bekommt den Eindruck, dass es sich eigentlich nicht mehr um Patienten handelt, die schwerstkrank sind und die medizinische und menschliche Zuwendung benötigen, sondern dass es sich zuerst um Investitionsobjekte handelt, und diese Investitionen, die getätigt werden, müssen sich natürlich auszahlen und müssen eine hohe Renditeerwartung mit sich bringen, sprich: lange ambulant intensivmedizinisch versorgt werden.

Und auch wenn es in dem besagten TV-Beitrag zahlreiche Details gibt, die sicher auch zu hinterfragen sind – die dort in Rede stehenden Dienste haben das in einer Pressemitteilung alles strikt von sich gewiesen –, er offenbart den Blick auf ein grundsätzliches Problem der Hochleistungsmedizin und ihrer Vergütung. Es gibt de facto, auch darum müssen wir uns kümmern, wenig bis keine Anreize, die Patientinnen und Patienten so schnell wie nur möglich, wenn möglich, von einer Beatmung wieder zu entwöhnen. Je länger eine ambulante intensivmedizinische Versorgung zur Verfügung gestellt werden kann, desto lohnenswerter ist sie und desto begehrter ist der Versorgungsvertrag.

Und wenn wir diesen letztlich inhumanen Zustand nicht im Handstreich auflösen können, sind wir es den rund um die Uhr pflegebedürftigen Menschen schuldig, jetzt in einem Schritt zumindest erst mal genau hinzusehen und aufmerksam im Blick zu behalten, dass in der Intensivpflege, insbesondere bei den sogenannten Beatmungs-WGs und im betreuten Wohnen beatmungspflichtiger Patienten, die gleichen baulichen, fachlichen, personellen Qualitätsmaßstäbe Geltung haben wie bei den sonstigen Einrichtungen. Und hierbei muss es uns neben einer adäquaten Betreuungsrelation und bindenden Standards für die berufliche Qualifikation des eingesetzten und vor allen Dingen auch des anwesenden Personals zum Beispiel auch darum gehen, dass die genutzten Räumlichkeiten samt Ausstattung einer qualitativ hochwertigen Pflege dienlich sind.

Sollte im Zuge der Prüfung – und diese Prüfung muss natürlich zunächst mal in Ruhe und ganz sachlich stattfinden –, sollte im Zuge dieser Prüfung erkennbar sein, dass durch den Betrieb von quasi stationären Einrichtungen die vom Gesetzgeber intendierten landesrechtlichen Vorgaben unterlaufen werden, müssten entsprechende Anpassungen erfolgen, und hierzu bekennen wir uns ausdrücklich, meine Damen und Herren.

Bedenkenswert in diesem Zusammenhang wäre beispielsweise die Handhabung im Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz, das grundsätzlich die eigene Anwendung, also die des Gesetzes, auf solche Wohngemeinschaften vorsieht, in denen mindestens ein Bewohner oder eine Bewohnerin einer intensivmedizinisch-therapeutischen Betreuung am Tage und in der Nacht, also 24 Stunden, bedarf.

Meine Damen und Herren, wie in allen Bereichen wollen wir auch die ambulante Intensivpflege in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit den handelnden Akteuren aus Wissenschaft und Praxis gestalten. Und erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Gründung des Vereins für Intensivpflege in Mecklenburg-Vorpommern. Frau Stramm hat es angesprochen, viele von uns waren in Waren, das ist eine schöne Dopplung, viele von uns waren in Waren dabei bei dem letzten ...,

(Rudolf Borchert, SPD: In Waren-Müritz.)

In Waren-Müritz, das ist schöner. Danke.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

... in Waren-Müritz dabei bei dem letzten Intensivpflegetag, auch Herr Kokert. Die Anbieter im Bereich der ambulanten Schwerstkrankenpflege sind für uns sehr wichtige Partner und sie sind natürlich auch in der Pflicht, wenn es

darum geht, qualitativ hochwertige Pflegeleistungen anzubieten. Und genau darum geht es in unserem Antrag. Wir wollen durch die Prüfung einen Beitrag dazu leisten, dass diese flächendeckend in einer sehr hohen Qualität und mit allen Bedingungen für eine menschliche Versorgung Schwerstkranker gewährleistet ist.

Und zu dem Änderungsantrag der LINKEN: Die geforderte Verkürzung der Frist lehnen wir einfach im Sinne einer sachgerechten, ruhigen Begutachtung der Daten und Fakten ab. Das benötigt ein wenig Zeit.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Und wir sind der Auffassung, dass unser Prüfauftrag sehr klar formuliert ist. Ob wir jetzt jemanden auffordern oder bitten, das ist eine Frage des Stils. Am Ende wird hundertprozentig das Gleiche rauskommen und wir sind als Landtag der Gesetzgeber. Die Handlungsempfehlungen aus diesem Prüfbericht, die können wir sehr wohl und vor allen Dingen auch sehr schnell uns selber ableiten und dann in ein entsprechendes gesetzliches Verfahren packen. So selbstbewusst sollten wir hier sein. – Deshalb bitte ich um Zustimmung zum Ursprungsantrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Thema "außerklinische Intensivpflege" beschäftigt uns schon seit Längerem. Insbesondere beide Regierungsfraktionen sind schon seit einigen Monaten dazu mit mir im Gespräch und ich will Ihnen gerne jetzt einen vorläufigen Überblick über die Erkenntnisse aus meinem Haus geben, die wir dann natürlich im Rahmen dieses Prüf- und Berichtsauftrages noch mal vertiefen müssen.

Ich kann es vorwegnehmen, ich würde diesen Prüfauftrag insofern, sage ich mal, ein Stück weit auch als Rückendeckung verstehen, dass man wirklich jetzt intensiv mit allen Akteuren ins Gespräch geht. Denn egal, was man am Ende regelt, darüber werden nicht alle froh sein, auch nicht alle, die das jetzt anbieten. Und ich finde, da sollten wir genau wissen, was machen wir, und vor allem uns dann auch einig sein. Und wenn das dann auch von den Oppositionsfraktionen unterstützt wird, wäre das ja – anders als bei dem anderen Thema, der häuslichen Krankenpflege – schon mal ein Fortschritt.

Deswegen will ich noch mal kurz sagen, was ist außerklinische Intensivpflege und wer ist betroffen. Es ist ja schon durch die Einbringung hier angeklungen, aber wichtig ist noch mal zu sagen, der Begriff außerklinische, ambulante oder häusliche Intensivpflege ist gesetzlich nicht definiert und es geht eben um Patienten, ähnlich wie bei der häuslichen Krankenpflege, die aber einer besonders intensiven Pflege bedürfen, oft Beatmungspatienten 24 Stunden oder eben nur nachts. Es betrifft oft Patienten, die in jungen bis mittleren Lebensjahren sind, besonders wegen fortgeschrittener Krankheitsbilder wie Multiple Sklerose bei Jugendlichen, Muskelerkrankungen

oder Schädelhirntrauma nach Unfällen oder, es wurde schon angesprochen, auch durch Reanimation bei Herzstillstand.

Die ambulante Intensivpflege unterstützt unter anderem die Verlegung von Menschen aus der Klinik, die eben so intensiv noch betreut werden müssen, in das häusliche Umfeld und der Patient erhält dadurch Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung als auch der Pflegeversicherung, da davon auszugehen ist, dass alle Intensivbetreuten die Voraussetzung für eine Pflegestufe 2 oder 3 erfüllen. Also es kommt schon mal auf zwei Versicherungssysteme an dieser Stelle zusammen.

Wir haben eine Zunahme der Fallzahlen zu verzeichnen. Nach Angaben der AOK Nordost sind in Mecklenburg-Vorpommern zurzeit 80 Personen betroffen. Vor zehn Jahren war es nur ein Patient. Die wesentlichen Gründe für diese erheblichen Steigerungen in den letzten zehn Jahren wurden hier schon zum Teil genannt - insbesondere der medizinische Fortschritt, ein Leben mit Beatmungsgerät in der Häuslichkeit ist inzwischen recht gut möglich und dies geht einher mit einer längeren Überlebenszeit der Betroffenen. Es gibt eine zunehmende Zahl von Fällen, bei denen Menschen im Krankenhaus reanimiert werden, aber eben nur schwer geschädigt überleben. Und auch in diesem Bereich gilt der Grundsatz "ambulant vor stationär". Es ist gut, dass auch für diese doch stark komplizierten Fälle dieser Grundsatz gilt. Deshalb beraten auch oft die Pflegedienste die Angehörigen in diese Richtung, es eben mit der Häuslichkeit zu versuchen.

Es gibt keinen signifikanten Zusammenhang – nach übereinstimmender Aussage der AOK Nordost und des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung – mit der demografischen Entwicklung, also der alternden Bevölkerung. Die multimorbiden Patienten, also die eher älteren mit verschiedenen Krankheiten, bedürfen der normalen häuslichen Krankenpflege. Im Übrigen ist eine Abgrenzung zur Palliativversorgung zu beachten. Die AOK Nordost erwartet deshalb jetzt nicht durch die demografische Entwicklung steigende Zahlen, so, wie es vielleicht in den vergangenen zehn Jahren durch den medizinischen Fortschritt war.

Dennoch, wir müssen natürlich insbesondere auch in diesem Fall auf Qualität der Pflegedienste und des Fachpersonals achten. Es gibt unterschiedliche Formen von häuslicher Intensivpflege. Es gibt einmal spezialisierte Dienste, die nur diese Intensivpflege anbieten, aber auch Unternehmen, die diese häusliche Intensivpflege als Teilbereich ihres Aufgabenbereiches haben.

Examinierte Pflegefachkräfte unterschiedlicher Qualifikation sind in dieser Versorgung eingesetzt. Die Voraussetzung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung als Altenpfleger oder Krankenpfleger. Allerdings ist die Weiterbildung zur Intensiv- und Anästhesiepflegefachkraft nicht zwingend erforderlich.

Allerdings, ambulante Intensivpflege erfordert im hohen Maße Fachkompetenz der Pflegekräfte. Jeder, der einen solchen Fall vor Augen hat, kann sich das vorstellen. Anders als auf der Intensivstation eines Krankenhauses kann eben nicht jederzeit ein Arzt konsultiert werden. Die Pflegekraft muss Krankheitsverläufe und Symptome selbstständig richtig einschätzen und über notwendige Maßnahmen entscheiden.

Und nach Angaben der AOK Nordost sowie des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen gibt es durchaus Probleme mit der Qualifikation des eingesetzten Personals. Laut AOK Nordost wird teilweise unqualifiziertes Personal eingesetzt, aber Fachkräfte werden abgerechnet. Und deshalb schließt die AOK Nordost mit Pflegediensten sogenannte Intensivverträge ab, in denen die Qualitätsanforderungen an das Personal festgelegt werden.

Und an der Stelle, in der letzten Zeit wurde die AOK ja wegen einigem gescholten. Das ist auch eins der vielen positiven Beispiele, wo ich finde, dass die AOK Nordost Vorreiter ist und es gut macht, dass man einfach sagt, also wir bezahlen diese Vergütungssätze, wir definieren aber ganz klar auch Qualitätsstandards. Ich glaube, das gehört zusammen. Einfach nur zu sagen, man hat mehr Personal und keine Kontrolle darüber, welches Personal und welche Qualifikation, das würde wohl nicht reichen.

Jetzt zum Stichwort Wohngruppen, die uns gemeinsam ein paar Bauchschmerzen bereiten, weil nicht so richtig klar ist, wie weit gibt es hier eigentlich Regelungen oder kann es sein, dass bestehende Regelungen, auch aus dem Einrichtungenqualitätsgesetz, vielleicht umgangen werden. Es gibt einige Unternehmen, die Wohngruppen anbieten, in denen eben mehrere Intensivpatienten gepflegt werden können. Anmieter von Wohngruppen sind der AOK Nordost dadurch aufgefallen, dass durch ihre Pflegeleistung ganz erhebliche Kosten angefallen sind, die von den Krankenkassen kritisch beurteilt werden. In Berlin sollen bereits circa 700 solcher Wohngruppen existieren und auch für M-V wird eine Zunahme erwartet.

Diese Wohngruppen unterliegen aber nicht den Anforderungen für Heime, sodass auch nicht die Standards für Heime gewährleistet sind. Und deshalb müssen wir prüfen, wie im Einzelnen in Mecklenburg-Vorpommern, oder intensiver prüfen, wie die Situation in Mecklenburg-Vorpommern vor Ort ist. Ziel des Einrichtungenqualitätsgesetzes, was wir bereits haben, ist, die selbstbestimmten Wohn- und Betreuungsformen und damit mehr Lebensqualität zu ermöglichen. Die ambulant betreute Wohngemeinschaft ist eine Wohnform, die dem Zweck dient, dass pflege- und betreuungsbedürftige Menschen das Leben in einem gemeinsamen Haushalt selbst organisieren und externe Pflege- und Betreuungsleistungen gegen Entgelt in Anspruch nehmen.

Wohngemeinschaft im Sinne des Einrichtungenqualitätsgesetzes liegt vor, wenn unter anderem Miet- und Betreuungs- oder Pflegevertrag getrennt voneinander abgeschlossen werden und die Mieter die Pflege- oder Betreuungsdienste sowie Art und Umfang der Pflege- und Betreuungsdienste frei wählen können.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Das Einrichtungenqualitätsgesetz regelt Anzeigepflichten für den, der Verträge mit Mietern oder der Auftraggebergemeinschaft einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft abschließt, unterstellt diese Wohngemeinschaften aber nicht automatisch dem vollen Anwendungsbereich des Einrichtungenqualitätsgesetzes, da es sich eben nicht um Pflegeheime im eigentlichen Sinne handelt.

Und hier werden wir gemeinsam mit den zuständigen kommunalen Heimaufsichten beraten, ob diese Regelun-

gen hinreichend beachtet werden und ob sie sich bewährt haben. Und es ist gemeinsam mit den Akteuren zu hinterfragen, ob nicht in der Praxis kleine stationäre Pflegeheime entstanden sind oder entstehen können. Also die Frage, die sich stellt in der Auswertung: Werden vielleicht Regelungen durch andere Modelle unterlaufen oder haben wir wirklich eine offene Regelungslücke? Dann müssen wir sie auf alle Fälle schließen.

Es zeigt sich also durch die Redebeiträge und auch durch meinen Vorabbericht, dass es einige Fragezeichen gibt, was die Qualität der außerklinischen Intensivpflege angeht. Und deshalb freue ich mich über den Antrag der Regierungsfraktionen.

Wir haben natürlich über dieses Thema schon öfter gesprochen und es ist eben nicht so, dass es als Erstes nur hier im Landtag aufgegriffen wird. Deshalb ist für alle Beteiligten ganz klar, dass wir das Ergebnis der Prüfung aufarbeiten und selbstverständlich Handlungsempfehlungen erarbeiten. In diese Prüfung werden und müssen wir vor allem alle Akteure einbeziehen und Prüfung heißt Analyse und Handlungsempfehlungen, sonst wäre es keine Prüfung. Das ist selbstverständlich und muss nicht besonders ergänzt werden.

Wie gesagt, wenn man frühzeitig sich um das Thema bemüht hätte, hätte man das auch gewusst, weil wir reden eigentlich schon länger über dieses Thema. Also ich würde mich freuen, der Antrag bedeutet auch – wie in Anträgen in anderen Bereichen – Rückendeckung, dass man sich mal dieses Thema genauer vorknöpft. Das werden wir tun. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Köster von der NPD-Fraktion.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag von CDU und SPD ist ein Paradebeispiel für einen Schaufensterantrag. Die Landesregierung soll also dem Landtag bis zum 30. Juni 2013 einen Bericht "über die Entwicklung in der ambulanten Intensivpflege in Mecklenburg-Vorpommern" vorlegen und zugleich prüfen, "ob die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen ambulanten Intensivpflege ausreichend ausgestaltet sind".

Eine Kleine Anfrage hätte ausgereicht, um die wesentlichen Informationen zu erfassen. Hinzu kommt ein wenig Fachwissen und die Berichterstattung wäre gar nicht notwendig gewesen. Auch Ihnen müsste oder sollte zumindest bekannt sein, dass die außerklinische Intensivpflege chronisch unterfinanziert ist, da generell eine pauschale Abrechnung erfolgt und die individuellen Sondersituationen oftmals überhaupt keine Berücksichtigung finden.

Ihnen sollte auch bekannt sein, dass eine Besserung der Situation nur durch eine bedarfsgerechte Finanzierung der Pflegeleistungen und vor allem des Personals, der Hilfsmittel und der notwendigen Umbaumaßnahmen der Wohnungen möglich sein wird. So wird zumindest teilweise unwürdigen Verhältnissen vorgebeugt.

Weiterhin hat die Politik leider keine direkte Möglichkeit des Eingreifens mehr. Sie kann lediglich hoffen, durch den Aufbau von moralischem Druck auf die Krankenkassen etwas bewirken zu können. Aus unserer Sicht ist es zwingend erforderlich, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen in der Gestalt geändert werden, die es der politischen Ebene endlich wieder ermöglicht, aktiv gegen Ungerechtigkeiten und Ausbeutung vorgehen zu können. Und dies ist gegenwärtig nicht der Fall.

Wenn dann allerdings aus den Verwaltungen der Kassen zu hören ist, dass auch auf dem Gebiet der ambulanten Intensivpflege fortlaufend Einsparungen erzielt werden sollen, kann einem nur angst und bange werden. Bleibt zu hoffen, dass die häusliche Intensivpflege im Allgemeinen und die Arbeit in der ambulanten Intensivpflege im Besonderen durch diesen Antrag stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt sowie die Einsparungspläne nicht vollzogen werden, sondern die Finanzmittel aufgestockt werden, denn bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Verehrte Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte den vorliegenden Antrag gerne von zwei Seiten beleuchten. Die eine Seite ist das Anliegen der Koalitionsfraktionen. Hier können Sie auf meine volle Unterstützung zählen. Ganz sicher ist es sinnvoll, wenn die Landesregierung über die Entwicklung in der ambulanten Intensivpflege berichtet. Genauso sinnvoll ist eine Überprüfung, ob die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen ambulanten Intensivpflege ausreichend gestaltet sind.

Auf der anderen Seite muss ich mich aber fragen, warum Ihre Begründung für diesen Antrag schriftlich derart knapp ausgefallen ist. Was genau sind Ihre Motive? Gerade bei solch einem sensiblen Thema sind wir es den Betroffenen doch schuldig, dass wir unser parlamentarisches Handeln begründen. Sich erst in der Einbringung zu erklären, wird weder den Patientinnen und Patienten noch den Pflegenden gerecht. Und insbesondere angesichts solcher aktuellen Berichte wie dem des ARD-Politmagazins REPORT möchte ich daran erinnern, welche Verantwortung wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben. So notwendig eine Untersuchung der dort gemachten Vorwürfe ist, so groß dürfte auch die Verunsicherung bei den Patient/-innen und Pflegenden sein

Ihr Antrag, der in der Sache richtig ist, aber derart vage bleibt, kann im schlimmsten Fall diese Verunsicherung noch verstärken. Auch aus diesem Grund frage ich mich, warum es eines Änderungsantrags der Fraktion der LIN-KEN bedarf, der die Problemanalyse für Ihren Antrag liefert.

Sehr verehrte Damen und Herren, jetzt muss es darum gehen, zügig sicherzustellen, dass Patientinnen und Patienten eine qualitativ hochwertige Behandlung bekommen, die sich an ihrem Bedarf orientiert. Transparenz ist das Gebot der Stunde. Derzeit wissen wir nicht einmal, wie groß die Zahl der betreuten Patientinnen und Patienten ist. – Das haben wir eben erfahren, 80. – Ebenso wenig ist klar, wer unter welchen Bedingungen

wo wen versorgt. Darüber hinaus wird es angesichts des Fernsehberichts interessant sein nachzuvollziehen, welcher Pflegedienst wann welchen Patienten oder Patientin an einen anderen Pflegedienst übergeben hat.

Ich hätte mir von Ihrem Antrag gewünscht, dass er genauer beschreibt, welche Wissenslücken die Landesregierung in ihrem Bericht schließen soll. Und wenn Sie eine Überprüfung rechtlicher Rahmenbedingungen anstreben, dann wäre es auch hilfreich zu spezifizieren, welche konkret Sie meinen. Und natürlich, hier möchte ich den Kolleginnen und Kollegen von der LINKENFraktion recht geben, sollten einer Überprüfung auch Vorschläge folgen, sehr verehrte Damen und Herren.

Aber ich denke, dass wir uns bei allen offenen Fragen darüber einig sind, dass eine hohe Qualität in der ambulanten Intensivpflege wichtig ist, um menschliches Leid zu lindern. Eine gute ambulante Intensivpflege kann dazu beitragen, dass wiederholte Krankenhausaufenthalte vermieden werden. Und dass sich die Zahl der Patientinnen und Patienten, die eine ambulante Intensivversorgung benötigen, in Zukunft erhöhen wird, ist wohl unumstritten.

Dabei sollten wir uns vor Augen führen, dass die Heimbeatmung bis in die 90er-Jahre als unmöglich galt. Erst mit der modernen Medizintechnik wurde es ermöglicht, dass beatmungspflichtige Menschen auch zu Hause gepflegt werden können – ein wichtiger Gewinn an Lebensqualität für die Patientinnen und Patienten. Deshalb darf die Frage, die man sich in diesem Bereich zuerst stellen muss, nicht heißen: "Was können wir uns leisten?", sondern: "Worin besteht für die Patientinnen und Patienten der Mehrwert?"

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um diese Frage zu beantworten, brauchen wir aber in einem ersten Schritt Transparenz, die dann hoffentlich deutlich aussagekräftiger ist als Ihr Antrag.

Mit allen genannten Einschränkungen, weil es sich hier um ein immanent wichtiges Thema im Kontext der Pflege handelt, stimmen wir Bündnisgrünen dem Antrag der Koalition grundsätzlich zu. Den weitergehenden Änderungsantrag der LINKEN halten wir jedoch für zielführender und werden deshalb auch diesen unterstützen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Schubert von der CDU-Fraktion.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ja, der Antrag, das werden Sie sicherlich wissen, Frau Gajek, und auch die Kollegen von den LINKEN, es gibt eine Abgabefrist, der lag schon länger vor, als der Fernsehbeitrag gekommen ist. Aber wenn er jetzt so gesendet ist, dann unterstützt er eigentlich noch unseren Antrag.

Aber ich will noch mal auf einige vorhergehende Redebeiträge eingehen. Die Zahl 80, Frau Gajek, die müssten Sie eigentlich wissen. Wenn Sie in der Vorbereitung Ihres Beitrages mal geguckt hätten in die Drucksache 6/60, die Kleine Anfrage, da stehen die Zahlen drin. Da steht nicht nur 80 drin. Wenn man die Ersatzkassen dazurechnet, dann kommen wir auf fast 150 Fälle. Und diese Zahlen waren bekannt. Also insofern ist es nichts Neues. Diese Zahlen wurden von den Krankenkassen geliefert, aber nicht alle Krankenkassen haben die notwendige Zuarbeit gemacht, denn so eine Erfassung erfolgt übers Sozialministerium nicht. Das zu Ihrem Beitrag.

Und wenn man sagt, der Änderungsantrag der LINKEN ist weitergehend, dann frage ich mich: Was haben Sie da rausgelesen? Ich lese mal beide Anträge vor:

"Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern bis zum 30.06.2013 über die Entwicklung in der ambulanten Intensivpflege in Mecklenburg-Vorpommern zu berichten und zugleich zu prüfen, ob die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen ambulanten Intensivpflege ausreichend ausgestaltet sind."

Und jetzt gibt es den Antrag, den Änderungsantrag der LINKEN. Ich habe mal so formuliert, der Weg ist der gleiche, das Ziel ist das gleiche, aber was anderes ist die Höflichkeitsform, und die Höflichkeitsform haben wir eingehalten. Wir fordern nicht. Das ist nämlich die Änderung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie fordern uns permanent auf, zu irgendwas zuzustimmen.)

"Die Landesregierung wird aufgefordert" – wir haben gesagt, "gebeten", also das ist eine Änderung –, "aufgefordert, dem Landtag über die Entwicklung in der ambulanten Intensivpflege in Mecklenburg-Vorpommern zu berichten" – nicht anders, genau der gleiche Wortlaut – "und zugleich zu prüfen, ob die Rahmenbedingungen", da fehlt das Wort "rechtlichen", ansonsten ist es auch identisch, "für die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen ambulanten Intensivpflege ausreichend ausgestaltet sind."

Und dann kommt ein zweiter Punkt, ein Satz 2:

(Peter Ritter, DIE LINKEN: Und dann kommt das Entscheidende, dann kommt das Entscheidende.)

"Im Ergebnis der Prüfung erarbeitet die Landesregierung bis zum 28.02.2013" – das ist die Veränderung, wir haben "bis zum 30.06.2013" – "Handlungsempfehlungen, die eine qualitativ hochwertige ambulante Intensivpflege sicherstellen." Und das, glaube ich, hat die Ministerin eindeutig erklärt und das war unser Anliegen. Wir wollen nicht, wir unterstellen einfach nicht, wenn sie den Bericht vorlegt, dass sie uns dann keine Handlungsempfehlungen gibt. Das ist selbstverständlich und deswegen haben wir das auch rausgelassen.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Wir wollen ja bloß sichergehen. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Ja, Sie wollen sichergehen. Aber ich habe den Eindruck, Sie haben dieses Thema vergessen, auf die Tagesordnung zu setzen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Denn am gestrigen Tag in der Aktuellen Stunde habe ich ja schon darauf aufmerksam gemacht: Wenn man über Pflege spricht, muss man alle ansprechen – Intensivpflege, ambulante Pflege, stationäre Pflege. Und da kam ich so zur Überlegung, irgendwie haben die LINKEN die Intensivpflege vergessen. Und ich frage mich auch, wenn man eine Kleine Anfrage stellt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das Thema der Aktuellen Stunde haben Sie noch präsent, worum es da ging, ja?)

ich frage mich, wenn man eine Kleine Anfrage stellt, will man nur die Landesregierung damit beschäftigen oder will man daraus Rückschlüsse ziehen. Und wenn Sie diese Kleine Anfrage, die umfassend beantwortet ist, soweit es möglich war, genommen hätten und hätten daraus den Antrag gemacht, dann hätte ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hätte der Hund nicht ..., hätte er einen Hasen gehabt.)

Ja, hätte, aber Sie sind zu spät gekommen und nun lag der Antrag der Koalitionspartner vor und nun mussten Sie

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bei der Abgabe kann man gar nicht zu spät kommen, weil es einen einheitlichen Termin gibt.)

krampfhaft suchen, wie Sie irgendwie noch eine Änderung in diesen Antrag bekommen. Und wer wirklich die beiden Anträge vergleicht, der fragt sich, was ist da nun eine Änderung. Also vom Inhalt her überhaupt nicht.

Und warum haben wir "rechtliche Rahmenbedingungen" dort reingeschrieben? Jeder kennt die S2-Leitlinie, die ja gerade für die Intensivpatienten da zur Anwendung kommt. Wir haben gefragt, ist sie ausreichend oder reicht sie nicht aus. Eine fachliche Qualifikation ist genau beschrieben, wie die Betreuung aussehen muss.

Aber das Heimgesetz trifft nicht für den Bereich Wohnpflege zu und insofern gab es ja auch, kann ich mich entsinnen, so einen Ausspruch auf dieser Veranstaltung: "Ja, wir wollen einfach nicht, dass man die Patienten eventuell sogar in Garagen dann betreut." Das kann eventuell, wenn man das so sieht, passieren. Aber ich denke mal, vom Baugesetz her wäre das ja eine Veränderung, bauliche Veränderung und eine Umnutzung, insofern würde man auch schon Probleme bekommen über die Baubehörde, dieses genehmigt zu bekommen.

Anders sieht es aus, wenn man kleine Räumlichkeiten umfunktioniert, die vorher schon zum Wohnen benutzt worden sind. Und ich denke mal, das kann man keinen Patienten, gerade Intensivpatienten zumuten, dass sie vielleicht in Räumlichkeiten untergebracht werden, wo kein Fenster vorhanden ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gibt es so was?)

Und insofern ist ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist Ihnen das schon mal begegnet im Land?)

Habe ich zumindest über Mundpropaganda gehört, dass ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber Sie selber haben es nicht gesehen. Das waren wieder Ihre Informanten von gestern.)

Ich habe es nicht gesehen, Herr Ritter. Deswegen haben wir ja gesagt, es soll überprüft werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mann, oh Mann!)

Und insofern, glaube ich, ist unser Antrag der weitestgehende Antrag. Ihr Änderungsantrag bringt nicht neue Aspekte. Im Gegenteil, Sie haben versucht umzuformulieren, um dann noch Ihr Gesicht zu wahren, dass Sie sich um die Pflegepersonen kümmern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, hören Sie doch auf mit dem Quatsch!)

Das ist kein Quatsch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Quatsch in Potenz ist das, was Sie da erzählen! Hören Sie doch auf!)

Ansonsten hätten Sie sich ein bisschen intensiver damit befasst und hätten nicht versucht, hier diesen Antrag so zu formulieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn wir den gleichen Antrag gestellt hätten, hätten Sie ihn auch abgelehnt.)

Ich werbe noch mal für unseren Antrag und bitte um Zustimmung,

(Torsten Renz, CDU: Stimmen Sie einfach zu!)

dass der Antrag der LINKEN abgelehnt wird und der Antrag der Koalitionäre seine Zustimmung findet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Marc Reinhardt, CDU: Jawoll, Bernd!)

Und dann werden wir in der Debatte sehen, welche Veränderungen notwendig sind.

Und, Frau Gajek, eins fällt mir jetzt noch ein. Ich weiß gar nicht, wo ist sie jetzt? Ach, da hinten.

(Zuruf aus dem Plenum: Einen haben wir noch.)

Wenn man davon ausgeht, wenn man richtig zugehört hat, was Herr Heydorn gestern in der Sitzung gesagt hat, dass man überlegt – Pflegewohngeld läuft ja am 31.12. aus –, und dass man versucht zu suchen, dass man im ambulanten Bereich stärker auch Mittel einsetzen will, insofern, glaube ich, ist dem entsprochen, was Sie gesagt haben, dass man sich da keine Gedanken drüber macht und das eben nicht ausreichend finanziert ist. Aber darüber muss man erst mal diskutieren und die Ergebnisse liegen ja noch gar nicht vor. Wir wissen ja noch gar nicht, wie der Istzustand im Land ist. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1081 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1081 mit den Stimmen der SPD und der CDU abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1046 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? –

(Marc Reinhardt, CDU: Das ist nicht Fisch und nicht Fleisch. – Torsten Renz, CDU: Das kann ich nicht verstehen.)

Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1046 mit den Stimmen der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD angenommen, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Förderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse stoppen, Drucksache 6/1034.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Förderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse stoppen – Drucksache 6/1034 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr

(Zuruf aus dem Plenum: Foerster!)

Foerster,

(Marc Reinhardt, CDU: Nicht Jaeger, sondern Foerster.)

genau, von der Fraktion DIE LINKE.

(Unruhe auf der Regierungsbank – Peter Ritter, DIE LINKE: Können wir nicht ein bisschen Aufmerksamkeit auf der Regierungsbank verlangen, geht das?)

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! "Fairer Lohn für gute Arbeit" war ein zentrales Thema der Sommertour des Ministerpräsidenten, wie man dem SVZ-Interview vom 17. August entnehmen konnte. Die darin enthaltene Aussage, dass es mit den Löhnen aufwärtsgehen muss, ist richtig und kann gar nicht kräftig genug unterstützt werden. Allerdings müssen dafür auch die richtigen politischen Weichenstellungen erfolgen und da sage ich mit Blick auf unseren heutigen Antrag ganz deutlich, eine Aufwertung von geringfügiger Beschäftigung, umgangssprachlich besser bekannt als Minijob, ist das völlig falsche Signal.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Warum komme ich zu dieser Einschätzung? Bei den sogenannten Minijobs handelt es sich um prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Ursächlich für diese, inzwischen auch in wissenschaftlichen Kreisen unumstrittene Einschätzung ist, dass die Ausübung eines solchen Minijobs keine Chance auf eine eigenständige Beschäftigungs-, Entschuldigung, Existenzsicherung bietet. Nach den rot-grünen Reformen im Jahr 2003 von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

kürzlich noch euphorisch als Aufbrechen verkrusteter Strukturen gefeiert, stieg die Zahl der Minijobs drastisch an. Ursächlich dafür waren nach Einschätzung von Arbeitsmarktexperten drei Dinge: neben der Anhebung der Einkommensgrenze von 325 auf 400 Euro vor allem die Pauschalierung beziehungsweise teilweise Befreiung von Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen sowie die Abschaffung der Arbeitszeitgrenze von vormals 15 Stunden pro Woche.

In der Konsequenz haben die Unternehmen einen Teil ihrer vormaligen Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse in Minijobs umgewandelt. Zudem haben sie ihr generelles Angebot an solchen Beschäftigungsverhältnissen deutlich ausgeweitet. In der Konsequenz stieg die Anzahl der Minijobs von 4,1 Millionen im September 2002 auf bereits 5,7 Millionen im Juni 2003 und inzwischen 7,4 Millionen im Jahr 2012.

Aufgrund des Abbaus von Arbeitnehmerrechten, Lohndrückerei und der Zunahme des Drucks auf Beschäftigte und Arbeitsuchende, in der Öffentlichkeit gern unter dem Begriff "Flexibilisierung am Arbeitsmarkt" als etwas Positives verkauft, waren immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezwungen, zusätzlich zu ihrem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis einen solchen Minijob auszuüben.

(Udo Pastörs, NPD: Tja, wie flexibel!)

Minijobs waren und sind für die Unternehmen deshalb so lukrativ, weil sie einen hohen Grad an schnell verfügbaren billigen Arbeitskräften schaffen, derer man sich ebenso schnell entledigen kann. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden so zu modernen Tagelöhnern. In der aktuellen Debatte verweisen die Befürworter der geplanten Anhebung der Minijobgrenze darauf, dass bei Minijobs ja sogar höhere Abgaben als auf andere Beschäftigungsverhältnisse gezahlt werden müssen. Was sie allerdings gern verschweigen, ist die Tatsache, dass dies dadurch kompensiert wird, dass geringfügig Beschäftigte einen deutlich geringeren Stundenlohn erhalten.

Ein einfaches Rechenbeispiel: Ein Monat hat in der Regel vier Wochen. Bei einer maximalen Wochenarbeitszeit von 15 Stunden konnten sie ihren Beschäftigten etwa 6,60 Euro zahlen, ohne die Geringfügigkeitsgrenze zu überschreiten. Das war schon kein berauschender Lohn. Ich denke, da sind wir uns hier weitestgehend einig. Seitdem diese Grenze gekappt wurde, hat man die Beschäftigten teilweise bis zu 20 Stunden pro Woche eingesetzt und damit den Stundenlohn auf knapp 5 Euro gedrückt. Und das, werte Kolleginnen und Kollegen, ist Ausbeutung.

Minijobber erhalten damit im Vergleich zu anderen Beschäftigten, die ähnliche Arbeiten ausführen, häufig deut-

lich niedrigere Löhne und dies widerspricht an und für sich dem Diskriminierungsverbot nach Paragraf 4 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Dazu kommen andere Problemlagen im Einsatzbetrieb.

Minijobber sind häufig nicht ausreichend informiert darüber, dass für sie keine wesentlich anderen arbeitsrechtlichen Regelungen gelten als für regulär Beschäftigte. Es ist leider beispielsweise immer noch ein verbreiteter Irrglaube, dass ihnen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder der bezahlte Urlaub vorenthalten werden kann. Aufklärung tut also not, damit diese zusätzlich negativen Begleiterscheinungen künftig verhindert werden können.

Die Befürworter der Anhebung der Einkommensgrenze betonen ebenfalls gern die Brückenfunktion geringfügiger Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt. Es gab in den letzten Jahren zahlreiche Analysen unterschiedlicher Institute dazu, die meisten kommen zu dem Ergebnis, dass die Aufnahme geringfügiger Beschäftigung kaum Einfluss auf eine positive Erwerbskarriere und damit verbunden auf eine positive Gehaltsentwicklung hat.

Noch ein letztes Proargument lässt sich statistisch nicht belegen, nämlich die Aussage, dass Minijobber zum überwiegenden Teil im Haushaltskontext abgesichert sind oder, anders gesagt, dass insbesondere Frauen in Minijobs von der beruflichen Tätigkeit ihres Mannes als Hauptverdiener profitieren. Das Statistische Bundesamt hat schon 2009 festgestellt, dass nur noch die Hälfte aller geringfügig Beschäftigten in einem Haushalt mit mindestens einer Normalverdienerin beziehungsweise einem Normalverdiener lebten. Ein Dritter hat gar keinen Erwerbstätigen im Haushalt. Dies schlägt auch durch auf das Armutsrisiko von Minijobbern. Nach der offiziellen Definition gilt als arm, wer weniger als zwei Drittel des Durchschnittseinkommens eines vergleichbaren Haushaltes zur Verfügung hat. 1998 war dies lediglich jeder zehnte Minijobber bundesweit, zehn Jahre später bereits jeder Vierte.

Was das real bewirkt, war am 28. März in der "Financial Times Deutschland" nachzulesen. Unter Berufung auf Berechnungen des Arbeitsministeriums wurde den Lesern folgende Rechnung präsentiert: Wer als Minijobberin oder Minijobber ein Jahr lang zu den bekannten Konditionen arbeitet, die oder der erwirbt einen monatlichen Rentenanspruch von sage und schreibe 3,11 Euro. Lassen Sie sich das ruhig einmal auf der Zunge zergehen: 3,11 Euro! Wenn man dies dann mit Blick auf die immer noch gültige Standarderwerbsbiografie, also auf 45 Versicherungsjahre hochrechnet, landet man bei einem Rentenanspruch von 139,95 Euro. Drastischer lässt sich nicht verdeutlichen, warum diese Beschäftigungsform nicht noch weiter aufgewertet werden darf.

Folgerichtig beantragen wir heute, dass die Landesregierung das Vorhaben der CDU-FDP-Koalition im Bund, die Einkommensgrenze um 50 Euro anzuheben, ablehnt. Um es ganz klar und verständlich zu sagen, es geht eben nicht darum, dass wir den Beschäftigten nicht das bisschen mehr Geld gönnen würden, es geht stattdessen darum, eine aus unserer Sicht falsche arbeitsmarktpolitische Weichenstellung weiter zu bedienen und für Unternehmen noch interessanter zu machen. Mit einer Ausweitung der Verdienstmöglichkeiten würden Minijobs nicht eingeschränkt, sondern attraktiver gemacht, und damit bestünde die Gefahr, dass sich dieser Niedriglohnsektor noch weiter ausdehnt. Das ist kontraproduktiv für

die Sozialkassen, für die Beschäftigten und natürlich auch fürs Land.

Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung erneut auf, Druck zu machen, damit der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn, den mehr als 80 Prozent aller Deutschen befürworten, endlich Wirklichkeit wird. Im Zusammenhang mit dem heutigen Thema würde ein solcher Mindestlohn eine einfache Steuerungswirkung entfachen.

(Heinz Müller, SPD: Falsch!)

Liegt er gesetzlich vorgeschrieben bei 8,50 Euro, dann verringert sich die maximal mögliche Wochenarbeitszeit auf zwölf Stunden, bei 10 Euro auf zehn Stunden. Damit wäre indirekt die gekappte Höchstgrenze bei der Wochenarbeitszeit wieder eingeführt. Die andere Möglichkeit bestünde darin, die Wochenarbeitszeit wieder gesetzlich zu begrenzen. Dazu müsste man das IV. Sozialgesetzbuch ändern.

Diesen Ansatz hatte auch die rot-grüne Landesregierung aus NRW im Jahr 2011, als sie eine entsprechende Bundesratsinitiative initiierte, die leider nicht die erforderliche Mehrheit fand. Das Arbeitsministerium unseres Bundeslandes hat verschiedene Initiativen im Themenkreis "Gute Arbeit" für die nächste Arbeits- und Sozialministerkonferenz angekündigt. Es wäre wichtig, wenn sie das heutige Thema auch dort aufnehmen und ebenfalls dort thematisieren würden, um im Interesse der betroffenen Beschäftigten hier zu einer Verbesserung zu kommen. Entscheidend wird allerdings der Output zur Konferenz sein, denn diese tagt, soweit mir bekannt ist, nur einmal im Jahr und kann von daher bestenfalls den fachlichen Anstoß für dann folgende Bundesratsinitiativen auslösen.

Und schlussendlich noch ein Punkt, der kein Geld kostet, der keine Gesetzesänderung, kein aufwendiges Verfahren oder Sonstiges von Ihnen verlangt, sondern einfach nur den Einsatz der Autorität der Landesregierung, vorn an den Ministerpräsidenten. Wenn Sie im Bündnis für Arbeit oder an anderer Stelle zusammensitzen, appellieren Sie an die Unternehmen, dass diese, wenn sie schon geringfügige Beschäftigungsverhältnisse anstelle regulärer Beschäftigung einsetzen, wenigstens die Beschäftigten sauber über ihre Rechte aufklären und ihnen die Leistungen zukommen lassen, die ihnen von Rechts wegen auch zustehen. Es geht dabei letztlich um die Durchsetzung bestehender Rechtsnormen.

Ich will gern einräumen, dass hier auch aufseiten der Arbeitnehmervertretungen noch Nachholbedarfe existieren, weil man sich zuweilen sehr stark auf Stammbelegschaften fokussiert und dabei die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse mitunter etwas aus den Augen verliert. Und soweit ich im Rahmen meiner ehrenamtlichen Funktion bei den Gewerkschaften darauf Einfluss nehmen kann, will ich das gern tun.

Unterm Strich bleibt festzustellen, mehr als 90.000 Minijobber in unserem Land sind mehr als genug. Schieben Sie einer weiteren Verfestigung oder gar Ausdehnung dieser prekären Beschäftigungsform durch die Bundesregierung einen Riegel vor, indem Sie das Vorhaben zur Anhebung der Einkommensgrenze ablehnen! Werden Sie stattdessen aktiv für den gesetzlichen Mindestlohn, für eine Höchstgrenze bei der Wochenarbeitszeit und für wirksame Aufklärung bei den Beschäftigten über ihre

Rechte! Mecklenburg-Vorpommern braucht mehr sozialversicherungspflichtige, existenzsichernde Arbeitsplätze. Von daher stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Minijobs sind problematisch, weil sie zum einen Gift für den Arbeitsmarkt sind und auch für diejenigen, die dauerhaft von Minijobs leben müssen, aber zum anderen auch bei vielen, und das kann man nicht bestreiten, beliebt sind, zum Beispiel bei Rentnern und Studenten, aber auch bei denen, die davon leben müssen, und deswegen, dafür eine Lösung zu finden, nicht ganz unumstritten ist.

Dass die Minijobs problematisch sind, dazu kommt auch die Sachverständigenkommission zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung, wohlgemerkt die Sachverständigenkommission der Bundesregierung, und man kann dieser Kritik nur zustimmen, dass die Minijobs nicht zielführend sind. Ich darf zitieren aus der Sachverständigenkommission der Bundesregierung, Zitat:

"Mit Nachdruck spricht sich die Kommission für die Abschaffung der Sonderstellung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen aus. Für Unternehmen und Beschäftigte werden Fehlanreize gesetzt, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in wenig zukunftsträchtige Minijobs aufzuteilen. Die Entscheidung für eine längere Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung betrifft vor allem Frauen und ist mit langfristigen biografischen Nachteilen verbunden. Wünsche nach einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit können nicht realisiert und eine eigenständige soziale Sicherung kann nicht aufgebaut werden. Durch die geringen Aufstiegschancen werden individuelle Entwicklungsmöglichkeiten beschnitten. Hinzu kommt, dass die Kosten dieser Beschäftigungsverhältnisse, vor allem die geringe eigenständige Alterssicherung, sozialisiert und in die Zukunft verlagert werden. Ziel muss es daher sein, alle Erwerbsverhältnisse sozialversicherungspflichtig zu machen." Zitatende.

Das fasst die Kritik aus meiner Sicht sehr gut zusammen. Die Minijobs verzerren den Arbeitsmarkt in eine Richtung, die wir uns eigentlich schon vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels nicht leisten können. Die jetzige Regelung wirkt wie eine Barriere, die verhindert, dass das Arbeitsangebot ausgeweitet wird, denn wenn ich über die 400-Euro-Grenze komme, erhöht sich meine Belastung schlagartig, und ich verdiene häufig weniger netto, obwohl ich mehr Stunden arbeite. Das ist ein widersinniger Effekt.

Gleichzeitig wissen wir, dass viele Arbeitgeber sich entschieden haben, ihre sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjobs durch Minijobs zu ersetzen, und dass deshalb in einigen Branchen gar keine Chance mehr besteht auf einen guten sozialversicherungspflichtigen Job. Wir sehen dieses Problem ganz aktuell beim Thema Schlecker. Die Frauen, die bisher dort beschäftigt waren, haben kaum die Chance, im Dienstleistungsbereich, gerade bei Verkäuferinnen und Verkäufern, in einen Job zu kommen, weil vor allem eben diese 400-Euro-Jobs angeboten werden, von denen sie natürlich nicht leben können

Und außerdem besteht die Gefahr von Altersarmut. Ich glaube, das muss man niemandem vorrechnen. Wer dauerhaft in der Spirale ist oder in der Falle ist, nur in diesem Minijob zu sein, der wird langfristig keine adäquate Rente haben. Und das trifft dann auch vor allem Frauen, wenn das Modell so läuft, dass Mann und Frau verheiratet sind, der Mann das gute Einkommen hat, die Frau nur den Minijob dazu hat und es überhaupt gar nicht attraktiv ist, eine andere Arbeit anzunehmen. Und wenn dann diese Ehe zerbricht, und das passiert heute häufiger denn je, steht die Frau vor der Situation, dass sie mit diesem 400-Euro-Job gar nicht klarkommt und dass sie sich auch überhaupt gar keine Rentenansprüche besonders erworben hat. Deswegen ist es wirklich eine Falle, aus der wir rauskommen müssen.

Gleichzeitig muss man ganz klar sagen, dass es für viele ein Zweitjob ist, ein Zusatzjob, und dass natürlich diejenigen nicht verstehen würden, warum man auf einmal das Thema Minijob, die Möglichkeit einschränkt, obwohl es auch hier eine Leistungsungerechtigkeit gibt. Wenn ich in einem Unternehmen arbeite und Überstunden mache, werden die Überstunden besteuert und auch natürlich mit Sozialversicherungsbeiträgen aufgelegt. Wenn ich aber nicht in meinem eigenen Betrieb die Überstunden mache, sondern woanders einen Zweitjob annehme als Minijob, habe ich, obwohl ich auch da 400 Euro verdiene, weniger Belastung. Also es werden zwei Menschen, die gleich viel arbeiten, unterschiedlich behandelt, nur weil der eine die Minijobs hat und der andere zusätzliche Überstunden macht. Auch das, finde ich, müsste der Wirtschaft klar sein, dass das keine adäquate Lösung ist oder zumindest nichts mit Leistungsgerechtigkeit zu tun hat.

Insofern zeigen die vielen Beispiele, dass es Zeit wird, das Thema Minijobs anzugehen. Wie Sie wissen, habe ich hier intensive Gespräche mit den Gewerkschaftsvertretern bereits geführt. Dennoch muss uns klar sein, dass Veränderungen an den Minijobs deswegen auch schwierig sind, weil es sicherlich Menschen gibt, für die das gar nicht die dauerhafte Lösung ist, wie Studenten oder Rentner, und die ziemlich enttäuscht wären, wenn man ihnen diese zusätzliche Möglichkeit wegnimmt. Bei uns im Land sind es immerhin 90.000 Menschen, die einen Minijob haben, und deshalb ist es wichtig, dass wir uns diesem Thema widmen.

Aber die Kritik an den Minijobs zeigt jedenfalls, dass die Bundesregierung meines Erachtens nicht die richtige Schlussfolgerung daraus gezogen hat, obwohl es ihre eigene Sachverständigenkommission ist, die ja sagt, die Minijobs sind eigentlich Gift, auf Dauer darauf zu setzen. Die Bundesregierung will die Minijobs ausweiten durch die Anhebung der Bezugsgrenze. Und das lehnt die Landesregierung ab. Dem wird sie natürlich im Bundesrat nicht zustimmen.

Ich finde, zum Thema prekäre Beschäftigung gehört mehr als das Thema Minijobs. Wir müssen generell

den Niedriglohnbereich im Auge haben. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns weiter für den Mindestlohn von 8,50 Euro einsetzen und dass wir im eigenen Land ganz konkrete Schritte gegangen sind. Und es ist auch wichtig, vor allem darauf zu achten, dass im Bereich Minijobs oft nicht nur für 400 Euro gearbeitet wird, sondern dass damit ja auch viel Schwarzarbeit verdeckt wird.

Wir haben Initiativen bereits gestartet zum Thema Mindestlohn, und das wissen Sie. Ich habe schon gestern angekündigt die Initiative auf der nächsten Arbeits- und Sozialministerkonferenz, wir haben auch Initiativen anderer Länder im Bundesrat unterstützt, wir bleiben da dran. Insofern erübrigt sich meines Erachtens der Antrag, weil, wie gesagt, das Thema Minijobs ist schon länger ein Thema, das ist auch öffentlich bekannt durch diverse Pressemitteilungen, gemeinschaftlich zum Beispiel mit dem DGB. Wir werden die Anhebung der Einkommensgrenzen nicht mittragen, an der Unterstützung für den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn sind wir dran. Und wie Herr Foerster sagt, dieser Mindestlohn würde automatisch eine Stundenbegrenzung sein.

Die Frage der Weiterbildung ist eine richtige Frage. Meines Erachtens wäre es besser, zu einer Regelung zu kommen, dass es für jeden Minijob auch einen schriftlichen Arbeitsvertrag gibt, in dem diese Dinge drinstehen. Insofern ist die Aufforderung, den Einfluss im Bündnis für Arbeit geltend zu machen, auch nicht mehr notwendig, weil ich dieses Thema schon angesprochen habe. Insofern sehen Sie, auch bei diesem Thema ist die Landesregierung dran, und deshalb bedarf es dieses Antrages nicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Entwicklung bei den Minijobs ist ein Problem. Es ist kein arbeitsmarktpolitischer Erfolg, wenn jeder fünfte Job ein Minijob ist. Vielmehr ist es ein Armutszeugnis, und das im wahrsten Sinne des Wortes. Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache. Die meisten Minijobberinnen und Minijobber finden sich in Dienstleistungsbranchen wie Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe, Gesundheitswesen, also in "klassisch frauendominierten Berufssparten". Die größte Altersgruppe bilden die 45- bis 50-Jährigen, also Menschen im sogenannten besten Alter.

Die soziale Absicherung von Minijobberinnen und Minijobbern ist völlig unzureichend. Aus einem Minijob ergeben sich keine Versicherungsansprüche in Bezug auf Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung und nur sehr geringe Rentenversicherungsansprüche. In den vergangenen zehn Jahren ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bundesweit kontinuierlich gesunken um 1,5 Millionen. Gleichzeitig ist die Teilzeitbeschäftigung um insgesamt 1,7 Millionen angestiegen. Zwei Drittel dieses Anstieges entfallen auf Minijobs. Wer angesichts solcher Zahlen bestreitet, dass Minijobs reguläre Beschäftigung ersetzen, der, meine Damen und Herren, will den Missstand nicht sehen und der will auch nicht sehen, dass inzwischen ganze Branchen auf das Geschäftsmodell Minijob setzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Minijobs rechnen sich für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, nicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Minijobs sind durch Niedriglöhne, hohe Fluktuation und sehr geringe Aufstiegsmöglichkeiten für die so Beschäftigten gekennzeichnet. Die Kritik an den Minijobs wächst. Immer mehr Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Verbänden und Gewerkschaften, so beispielsweise der Deutsche Frauenrat, der Sachverständigenrat, die Bertelsmann Stiftung, der DGB, das IAB, um nur einige zu nennen, kritisieren die Minijobs und fordern deren Abschaffung in der bestehenden Form.

Es ist doch absurd, mit viel Geld ein Beschäftigungsinstrument zu subventionieren, das maßgeblich zur Ausweitung des Niedriglohnsektors beiträgt. Es ist gleichfalls absurd, ein Beschäftigungsinstrument zu fördern, das für Arbeitslose nur in Ausnahmefällen einen dauerhaften Einstieg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schafft. Ein Instrument, das kein existenzsicherndes Einkommen und keine eigenständige soziale Sicherung bietet und das die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt behindert, kann kein Zukunftsmodell sein.

Zwei Drittel aller Minijobs werden von Frauen ausgeübt. Für die meisten dieser Frauen sind sie eine Niedriglohnfalle. Sie bleiben die sogenannten Zuverdienerinnen und laufen Gefahr, in Altersarmut zu landen. Minijobs tragen dazu bei, dass das Fachkräftepotenzial vieler Frauen ungenutzt bleibt. Das alles widerspricht unseren Bündnisgrünen-Zielen und -Ansprüchen in der Arbeitsmarktpolitik, aber auch in der Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Die geplante Ausweitung der Minijobverdienstgrenzen von 400 auf 450 Euro lehnen wir Bündnisgrünen deshalb ab. Wir brauchen kein Wachstum prekärer Jobs, sondern mehr existenzsichernde Beschäftigung mit Perspektiven.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, der automatisch auch eine Begrenzung der Wochenarbeitszeit in Minijobs bedeuten würde. Wir unterstützen den Antrag der LINKEN-Fraktion.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wundere mich doch sehr. Hat irgendjemand von Ihnen wirklich zu irgendeinem Zeitpunkt geglaubt, dass Minijobs Leuten, irgendwelchen Menschen ihre Existenz sichern können?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Offensichtlich die Bundesregierung von Schröder.)

Minijobs, wie der Name sagt, sind Zuverdienstmöglichkeiten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Tegtmeier, seit wann gibt es denn so was?)

Zuverdienstmöglichkeiten.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und jeder, der da was anderes hineininterpretiert,

(Heinz Müller, SPD: Du hast völlig recht.)

interpretiert da, glaube ich, zu viel hinein.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und ich bedauere es eigentlich sehr, Herr Foerster, dass Sie Ihre Kleine Anfrage an die Landesregierung so unspezifisch gestellt haben, was den Zuverdienst zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung angeht. Sie haben das vermischt, Vollzeit mit Teilzeit, das ist von daher überhaupt gar nicht aussagekräftig, weil ich gehe davon aus und ich habe den Anspruch, dass jeder Mensch seinen Lebensunterhalt mit einer Vollzeitstelle sichern können soll.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sollte.)

sichern können soll. Deswegen setzen wir uns ja auch vehement für Mindestlöhne ein, absolute Untergrenze 8,50 Euro. Das gilt nicht nur für einen Vollzeitjob, für einen Teilzeitjob, das gilt selbstverständlich für jede andere Beschäftigung hier im Land auch.

Und schon aus diesem Grund würde ich niemals davon ableiten, dass auch jeder, der einen Teilzeitjob ausübt, dass ich den Anspruch habe, dass jeder, der irgendeine Stelle ausübt, damit seine Existenz sichern kann,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Torsten Renz, CDU: Sehr richtig.)

gleichwohl ich das an einen Vollzeitarbeitsplatz doch knüpfe.

Vizepräsidentin Regine Lück: Frau Tegtmeier, lassen Sie eine Anfrage des Abgeordneten Foerster zu?

Martina Tegtmeier, SPD: Eine lasse ich zu.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Kollegin Tegtmeier, können Sie mir die Frage beantworten, wer denn eigentlich verantwortlich war für die Einführung dieses Instrumentes?

Martina Tegtmeier, SPD: Sie spielen jetzt wieder auf das Jahr 2003 an. Zu diesem Zeitpunkt war ich persönlich zum Beispiel sehr engagiert im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. Da haben wir uns vehement gerade dagegen gewehrt, haben uns leider, wie wir alle wissen, nicht durchgesetzt. Wir haben uns seinerzeit auch intern, parteiintern gegen etliche Auswüchse oder Regelungen bei den Hartz-IV-Gesetzen verwahrt, weil das, und das ist immer noch meine feste Überzeugung, für Frauen besondere Nachteile brachte. Ich sage nur allein das Wort "Familienvorstand", was wieder auf den Tisch kam, und anderes mehr. Ich weiß, dass Sie das sehr gern machen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, weil Sie uns vorwerfen, dass wir uns dafür engagieren.) dass Sie uns Sippenhaft vorwerfen für alle Entscheidungen, die jeweils unter sozialdemokratischer Federführung getroffen sind, uns hier haftbar machen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist Tatsache. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Machen Sie das weiter so! Ich halte es im Gegenzug trotzdem nicht so,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

aber bitte, das können Sie tun, wie Sie wollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eiertanz.)

Sehr geehrte Damen und Herren, in erster Linie sind meiner Auffassung nach nicht die Minijobs als solche, sondern deren Missbrauch das Problem.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Keine Alternative.)

Deren Missbrauch!

(Torsten Renz, CDU: Genau. Das ist richtig, Frau Tegtmeier.)

Wenn die Fraktion DIE LINKE hier in der Einleitung unter Punkt 1 des Antrages formuliert: "Werden reguläre Beschäftigungsverhältnisse durch Minijobs verdrängt, verringern sich die Einnahmen für die sozialen Sicherheitssysteme", würde ich sagen, wenn reguläre Beschäftigungsverhältnisse durch Minijobs verdrängt werden, ist das eine riesengroße Schweinerei.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Und das haben wir leider in der Vergangenheit nicht ganz so selten gehabt, das wissen wir.

(Torsten Renz, CDU: Da schließe ich mich an.)

Es wurde hier viel mit Zahlen jongliert. Ich habe andere Zahlen und weiß auch nicht, inwieweit diese Zahlen belegt sind, deswegen werde ich meine Zahlen für diesen nahen Kreis jedenfalls einfach mal stecken lassen.

Aufgefallen ist mir allerdings, Herr Foerster, dass Sie mit der Begründung des Antrages und der Nennung von 80.000 Menschen in Minijobs, und davon sind 10.000 über 65 Jahre alt, zu tief gegriffen haben, die kommen nämlich noch dazu. Wenn Sie Ihre eigene Kleine Anfrage und die Antwort darauf durchlesen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Noch ein Grund mehr, unserem Antrag zuzustimmen.)

dann sehen Sie, dass da noch mal mit 88.171 eben die Menschen über 65 Jahre gar nicht erfasst sind, sondern die kommen tatsächlich noch dazu.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schlimm genug.)

Und wenn wir uns die ganze Angelegenheit näher betrachten, müssen wir ganz einfach resümieren, dass diejenigen, die hauptsächlich mit Minijobs arbeiten, allerdings auch die sind, die die meisten Arbeitsplätze über-

haupt, also auch die meisten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in diesem Land zur Verfügung stellen. Das muss man dabei auch wissen.

Und wenn man sich dann auch noch anguckt, dass das unter den hundert Unternehmen hier im Land mit den meisten Beschäftigten gerade mal 14, gut 14 Prozent aller Unternehmen ausmacht - und da reden wir von Unternehmensgrößen von 200 Arbeitnehmern und aufwärts -, kann man davon leicht ableiten, wie viele Unternehmen weit weniger Beschäftigte haben und wie schwierig demzufolge auch Ihre Forderung, zum Beispiel der letzte Punkt Ihrer Forderung in Ihrem Antrag ganz konkret durchzuführen ist. Wenn Sie hier schreiben, dass Einfluss im Bündnis für Arbeit mit dem Ziel geltend gemacht wird, dass die in Minijobs tätigen Beschäftigten über ihre Rechte aufgeklärt werden, ist das für mich einfach eine Blase, eine Worthülse, weil, egal, was in diesem Zusammenhang verabredet wird und getan wird, das bei den Menschen, die das betrifft, wahrscheinlich nicht ankommen wird.

Und in Ihrer mündlichen Ausführung haben Sie auch noch gesagt, dass der Ministerpräsident und die Vertreter der Landesregierung das gegenüber jenen geltend machen sollen oder darauf hinweisen sollen, die ihre Minijobs dazu einsetzen, um reguläre Beschäftigungsverhältnisse damit abzulösen, also mit anderen Worten, kaputt zu machen. Und die werden sich sicherlich in jedem Fall diese Ratschläge sehr zu Herzen nehmen und das ihren Mitarbeitern oder zukünftigen Minijobbern genau erklären, dass das, was sie mit ihnen vorhaben, gesetzwidrig ist, weil sie damit die tariflichen Vereinbarungen unterlaufen. Also das ist für mich ehrlich gesagt ein bisschen lebensfremd, das auch nur zu fordern.

Wir wissen, hier im Land – auf diese Zahlen greift die Ministerin immer wieder zurück – arbeitet ein Viertel aller Arbeitnehmer für weniger als 8,50 Euro. Ich glaube, das ist das ganz riesengroße Problem, dem wir uns ja auch stellen, indem wir den flächendeckenden Mindestlohn einfordern, hier im Land das dazu beigetragen haben, was in unserem eigenen Vermögen steht, wo wir direkten Einfluss darauf haben. Das fordern Sie ja vehement immer wieder und jedes Mal sagen wir, das ist genau das, was wir tun. Und wenn wir an der Stelle sind, sagen Sie, das steht ja nicht in dem Antrag, aber da sagen Sie ja dann: Das, was Sie für einen gesetzlichen Mindestlohn fordern, 8,50 Euro, das ist uns ja sowieso zu wenig, wir wollen ja 10 Euro. Das werden Sie vielleicht gleich in Ihren weiteren Ausführungen auch noch sagen.

Wir haben hier in Mecklenburg-Vorpommern und weit darüber hinaus alle möglichen seltsamen Beschäftigungsformen zu verzeichnen. Ich habe neulich mal dabei zugesehen, wie jemand versucht hat, einen Teilzeitjob im Internet zu finden. Und da bin ich dann zum Beispiel auf das Wort in einem Callcenter hier im Land gestoßen, das nannte sich Muttischichten. Ich kannte das noch nicht, aber jetzt werden Arbeitsverhältnisse auch als Muttischichten, was immer auch dahintersteckt, angeboten. Und das ist auch eine von diesen sehr seltsamen ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist extrem frauenfeindlich. – Dr. Margret Seemann, SPD: Das hört sich sehr frauenfeindlich an. – Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE) Eben, das ist ein vollkommen frauenfeindlicher Ausdruck. Und gerade das hat Frau Gajek eben auch noch mal schön hervorgehoben: Minijobs sind besonders dann zu verachten und zu verneinen, wenn es darum geht, Frauen von regulären Arbeitsverhältnissen fernzuhalten,

(Udo Pastörs, NPD: Ganz wichtig.)

was in unserem Sinne garantiert nicht ist. Wir sind immer dafür eingetreten, dass wir als Regel für eine jede erwachsene Frau auch ansehen, dass sie ihren eigenen Lebensunterhalt mit einem regulären Beschäftigungsverhältnis bestreiten können soll, ob sie Kinder hat oder nicht, und wenn sie Kinder hat, dann natürlich auch den Lebensunterhalt für ihre Kinder.

Also Minijobs sollen nur ein Beschäftigungsangebot sein für andere Fälle oder für andere Menschen als die, die einer regulären Beschäftigung nachgehen können, aber die bauen tatsächlich teilweise wirklich darauf. Und ich denke da nur mal an die Studenten. Die Rentner sind noch mal eine Gruppe für sich, die würden es übrigens auch als sehr bitter empfinden, wenn sie diese Zuverdienstmöglichkeiten nicht mehr hätten, ganz davon abgesehen, dass es natürlich verwerflich ist, dass sie teilweise gar nicht umhinkommen, solche seltsamen Beschäftigungsverhältnisse aufzunehmen, weil sie sonst schlichtweg ihre Existenzgrundlage gefährdet sehen. Da habe ich überhaupt gar keine andere Meinung, aber leider haben wir diese Situation und wir haben viele Rentner, die nehmen dieses Mittel in Anspruch, und es gibt sogar Leute, die arbeiten, auch wenn sie das nicht mal aus wirtschaftlichen Gründen zwingend nötig hätten.

Aber ich denke insbesondere auch an die Studenten. Und, sehr geehrte Damen und Herren, wenn man mehrere Studenten in der Familie hat, dann ist man froh, wenn diese Studenten trotz zügiger Abarbeitung ihres Studiums, wenn man innerhalb der Regelstudienzeit fertig werden will und muss, dann ist man dankbar für dieses Mittel des Minijobs. Mehr kann man nämlich wahrscheinlich nicht leisten, aber dann ist man dankbar, dass diese Zuverdienstmöglichkeit besteht. Ich bin es, zurzeit habe ich drei Studenten. Ich sage Ihnen, jede Leistung, die sie selbst erbringen, dafür bin ich wirklich dankbar. Und ich wünsche mir, dass das auch so bleibt, dass Zuverdienstmöglichkeiten da sind.

Aber lange Rede, kurzer Sinn: Minijobs als Verdränger von regulären Beschäftigungsverhältnissen sind ein Skandal und es ist eine Fehlentwicklung.

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Die Forderungen nach einem flächendeckenden Mindestlohn sind da sehr hilfreich, weil die würden auch automatisch Wochenarbeitszeiten direkt wieder einschrumpfen. Dann wäre das Thema Wochenarbeitszeit nämlich überhaupt gar kein Thema mehr. Wenn man davon ausgeht, dass weniger als 8,50 Euro gar nicht verdient werden darf pro Stunde,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

hätte man das mit einer Klappe praktisch bereits erledigt.

(Torsten Renz, CDU: So, jetzt haben Sie es.)

Ich hatte eigentlich vor, noch mal was zu sagen zu dem einzigen wirklichen Vorteil, der bei dieser neuen Regelung, was die Rentenpunkte angeht, oder es ist ja mehr eine Verpflichtung zur Einzahlung in die Rentenkasse, hier vorgesehen ist. Man soll ja aktiv werden, wenn man nicht in die Rentenkasse einzahlen möchte, und ansonsten soll da so ein Automatismus eingezogen werden, um dem einen oder anderen Studenten oder demjenigen, der länger als gewöhnlich in der Ausbildung ist, vielleicht auch ein bisschen zu helfen.

Sehr geehrte Fraktion DIE LINKE, ich denke, Ihr Antrag ist entbehrlich.

(Torsten Renz, CDU: Der ist schädlich.)

Na ja, teilweise sogar schädlich.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so?)

Da muss ich Ihnen ausnahmsweise mal recht geben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ausnahmsweise.)

Für die Menschen, die darauf angewiesen sind, kann er sich als schädlich erweisen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Aber die Tendenz, die Herr Foerster damit verfolgt, nämlich wenn man davon ausgeht,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass hier reguläre Beschäftigungsverhältnisse verdrängt werden,

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

ist das natürlich ein Ansinnen, das man teilen kann, aber ich denke, der Weg dahin

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ihre Ministerin hat aber was anderes gesagt.)

ist die Einführung flächendeckender Mindestlöhne, und genau dazu bekennen wir uns. Deswegen unterstützen wir Ihren Antrag auch nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollen uns hier heute austauschen zum Antrag der LINKEN,

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

der zur Grundlage ja einen Gesetzentwurf hat, wo es darum gehen soll, die sogenannten 400-Euro-Jobs auf 450 Euro anzuheben. Falls der eine oder andere mit der Materie nicht so vertraut ist, dann möchte ich es an dieser Stelle noch mal sagen: Der Gesetzentwurf liegt noch gar nicht vor, demzufolge auch keine Begründung. Ich habe mich auch aufgrund des Antrages noch mal gerade in Richtung Berlin gewandt. Dort wurde mir dann mitge-

teilt, am 25.09. gibt es einen Koalitionsbeschluss, 27.09. Erste Lesung im Bundestag. Also es ist natürlich schwierig, über einen Gesetzentwurf zu philosophieren, den man gar nicht kennt, wo die Begründung nicht vorliegt, es sei denn, Sie haben ihn hier als Antragsteller, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir den als Arbeitsgrundlage für die heutige Debatte hier zur Verfügung stellen.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Aber nichtsdestotrotz bin ich auch gern bereit, über einen Gesetzentwurf, der nicht vorliegt, inhaltlich zu diskutieren. Das ist natürlich dann auch nicht so das Problem, ich will aber auch gleich vorwegsagen, dass ich das auch nur.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, Sie kriegen das schon hin, Herr Renz.)

dass ich das auch nur am Rande streifen kann. Also das, was mir jetzt bekannt ist, aber so, wie es aussieht, die meisten Redner haben ja schon mehr Informationen, geht es eigentlich darum, hier den, ich will ihn mal so bezeichnen, den sogenannten Inflationsausgleich nach circa zehn Jahren mit ins Spiel zu bringen, und es geht gar nicht grundlegend darum, hier eine inhaltliche Debatte zu führen, sondern wirklich darum, den Inflationsausgleich und das Letzte, was Frau

(Heinz Müller, SPD: Tegtmeier.)

Tegtmeier gesagt hat bezüglich der Rentenversicherungspflicht, hier mit einzubauen.

Es geht also nicht um eine große grundlegende Diskussion,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Uns schon.)

und ich glaube, die ist auch nicht angebracht, weil bei dieser komplizierten Materie, die wir vor uns haben, sprich der Arbeitsmarkt, sich einen einzelnen Punkt rauszugreifen und zu sagen, ich diskutiere jetzt mal nur über diesen 400-Euro-Job, ist, glaube ich, aus meiner Sicht fachlich falsch. Das hat die Herangehensweise auch gezeigt im Jahre 2003, als Rot-Grün eine Arbeitsmarktreform gemacht hat als Paket. Da geht es nicht um einen einzelnen Punkt, sondern um ein Paket, das waren die Hartz-IV-Reformen, und die haben zu entsprechenden Ergebnissen geführt. Und deswegen kann man heutzutage nicht einen einzelnen Punkt rausgreifen und sagen, der ist gut oder schlecht.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Darüber kann man nachher noch mal im Detail diskutieren, ob man da Stellschrauben bewegen soll. Aber wie gesagt, diese komplizierte Materie, zu der nicht nur der Arbeitsmarkt gehört, sondern aus meiner Sicht auch die ganze Steuerproblematik, muss in der Gesamtheit dann diskutiert werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn wir sagen, Hartz IV abschaffen, sind Sie auch dagegen, wenn wir das Gesamtpaket anpacken.)

Wenn ich mir konkret den Antrag hier anschaue, dann ist er allein schon aus meiner Sicht abzulehnen aufgrund der Formulierung des Themas. Sie sagen hier: "Förderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse stoppen". Ich meine, was ist ein prekäres Beschäftigungsverhältnis? Das hätte man,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Dampfmaschin'. Da stellen wir uns mal dumm, Herr Renz: Wat is 'n Dampfmaschin'?)

das hätte man dann mal irgendwie,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

das hätte man dann ja mal definieren sollen. Aus meiner Sicht ist das nichts anderes als ein, aus meiner Sicht ist das ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nachdenken, bevor Sie reden!)

Frau Borchardt, Sie sollten wissen, wenn ich zu so einem Antrag spreche, dass ich nachgelesen habe, ne?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Was stellen Sie denn solche dummen Fragen?! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und ich sage noch mal: Was ist ein prekäres Beschäftigungsverhältnis?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wat is 'n Dampfmaschin'?)

Haben Sie das definiert?

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Dann sagen Sie das bitte hier an dieser Stelle recht deutlich, ansonsten sage ich Ihnen: Das, was Sie hier machen, ist nichts anderes als Klassenkampf, Klassenkampfparolen, die Sie hier in den Raum stellen, nichts anderes, weil die Fachwelt nämlich ...

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Frau Borchardt, ich gehe mal davon aus, Sie gehören möglicherweise auch dazu,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu der Fachwelt gehören Sie anscheinend nicht, Herr Renz.)

Sie haben sich da nur so angestellt und es einfach nicht aufgeschrieben.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Die Fachwelt spricht nämlich von atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Und in Vorbereitung dieser Tagesordnung habe ich mich dann auch etwas näher auseinandergesetzt mit einem Gutachten der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen vom Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Und damit Sie nicht denken, dass ich mir das alles ausdenke,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auf die Idee wären wir nie gekommen, Herr Renz.)

will ich einfach mal diese Textstelle hier zitieren: "Was ist überhaupt prekäre Beschäftigung? Es gibt keine allgemein akzeptierte Definition oder eindeutige Kriterien, wann Beschäftigung als 'prekär' anzusehen ist."

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

"Schon der Begriff an sich ist umstritten. Gebräuchlicher sind die neutraleren Bezeichnungen 'atypische' oder 'flexible' Beschäftigung."

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau, das tut doch nicht so weh.)

"Atypische Beschäftigung wird typischerweise in Abgrenzung vom so genannten "Normalarbeitsverhältnis" bezeichnet.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Was hilft uns das jetzt weiter?)

Und das, finde ich, ist schon mal ganz wesentlich, wenn man hier diese Ideologie aus dieser Diskussion herausbringen will.

(Udo Pastörs, NPD: Die Armutsgrenze kommt da ja schon ziemlich nahe ran.)

Und ich glaube, dass wir jetzt auch nicht alles wiederholen, was Frau Tegtmeier hier an Beispielen gebracht hat bezüglich Studenten et cetera oder auch Rentnern. Das sind Dinge, die das Instrument an sich dann schon mal nicht nur gut oder böse darstellen lassen, sondern wir müssen dort differenzieren.

Ein wesentlicher Punkt, der in der Diskussion gar nicht aufgetreten ist, ist zum Beispiel die Tatsache – neben der geringfügigen Beschäftigung am Beispiel der Studenten, das mir auch als sinnvoll erscheint –, die Thematik sich anzuschauen:

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich finde das schon schlimm, dass die Studenten nebenbei arbeiten müssen.)

Ist es, so, wie es bei den Hartz-IV-Reformen geplant war, tatsächlich eine Brücke in den Arbeitsmarkt? Das sind Dinge, die man diskutieren muss. Und deswegen will ich an dieser Stelle noch mal sagen, weil es eben komplexer ist, dass wir die Zielstellung, die wir damals hatten, dass diese Brückenfunktion in Kraft tritt, dass wir verbesserte Chancen dadurch zum Einstieg in den Arbeitsmarkt haben beziehungsweise – auch ein ganz wesentlicher Punkt, der hier noch nicht genannt wurde – dass wir die Schwarzarbeit zurückdrängen, dass man Zielstellungen, die wir definiert haben,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Davon reden wir schon zehn Jahre und haben das noch nicht ein Stück weiter gebracht.)

die Rot-Grün definiert hat, dazu geführt haben, entsprechende Maßnahmen zu beschließen, unter anderem eben auch im Jahre 2003, dass man die 15 Stunden, die damals ja noch gesetzlich festgelegt waren, diese 15 Stunden, die sich beim 325-Euro-Job im System befunden haben, dass man gesagt hat, wir wollen Flexibilität, um den Arbeitsmarkt in Deutschland fit zu machen, und deswegen nehmen wir diese 15 Stunden raus.

Und jetzt müssen wir mal sagen, zehn Jahre später, welche Wirkungen hat dann dieses Gesetz nach sich gezogen. Das habe ich Ihnen ja schon des Öfteren gesagt, wie ich das hier sehe, dass die Zielrichtung richtig war und das Ergebnis auch, dass wir nämlich die fünf Millionen Arbeitslosen aus dem Jahr 2003 abgesenkt haben auf unter drei Millionen. Heute sind wieder die Arbeitsmarktberichte erschienen. Wer die entsprechenden Zahlen sich angeschaut hat, wird wieder sehen,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, auch in Mecklenburg-Vorpommern, die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse steigt. Das sind aus meiner Sicht Ergebnisse aus den Reformen, die damals von Rot-Grün mit Unterstützung der CDU auf den Weg gebracht worden sind.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawohl, das stimmt.)

Das sind die Fakten, die wir erst mal zur Kenntnis nehmen müssen.

Jetzt kommen wir mal zu den Zahlen. Frau Tegtmeier hat sich ja nicht getraut, ich weiß nicht, warum, die Zahlen hier vorzutragen. Ich habe jetzt eine dpa-Meldung der SVZ, ich glaube, von der letzten Woche, wo ich auch mal deutlich machen möchte, was an Zahlen vermeldet werden muss. Ich kann nämlich nicht einseitig nur herauspicken das Ansteigen der 400-Euro-Job-Stellen, sondern ich muss den Arbeitsmarkt in der Gesamtheit betrachten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawoll. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Dann will ich mal vorlesen, was hier steht: "Die Unternehmen schaffen mehr und mehr Vollzeitstellen. Teilzeitjobs und Zeitarbeit verlieren dagegen an Bedeutung. ... Aber auch die Zahl der atypisch Beschäftigten, zu denen unter anderem Zeitarbeiter und Teilzeitkräfte zählen, erreichte mit insgesamt 7,92 Millionen einen neuen Höchststand."

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Aha!)

Das ist ja der Punkt, den Sie sich rausgreifen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Den greifen Sie sich raus.)

Ich sage Ihnen, es gibt auch den anderen Punkt, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland ständig steigt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja.)

Und was interessant ist, was dann auch in diesem Artikel hier steht, ist: "Dennoch gab es im Verhältnis" –

(Regine Lück, DIE LINKE: Zu welchen Bedingungen aber? Das muss man hinterfragen.)

und ich glaube schon, dass man das hier mal benennen sollte – "gesehen deutlich mehr Stellenzuwachs bei den Festanstellungen in Vollzeit."

Also ich will nur dazu beitragen, dass wir hier eine sachliche Diskussion führen und komplex dieses Thema betrachten, und nicht einseitig uns eine Sache hier herausgreifen und dann versuchen, damit Stimmung zu machen. Wenn das Ihre politische Zielrichtung ist, dann werde ich Sie natürlich nicht davon abbringen können, das ist ganz klar, ist aber nicht mein Ansatz,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, nein.)

wenn ich mich politisch hier inhaltlich mit Ihnen auseinandersetzen möchte.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und ich will auch sagen zu den LINKEN, bei dem Antrag davor haben Sie ja von Konsequenz gesprochen in Ihrem Abstimmungsverhalten. In Ihrem Redebeitrag durch Herrn Foerster stellen Sie dar, dass Sie diese Jobs im Prinzip ablehnen und abschaffen wollen. Es ist die falsche arbeitsmarktpolitische Weichenstellung, Herr Foerster. Das haben Sie so hier gesagt. Ich schlussfolgere daraus, wenn es nicht so sein sollte, dass Sie es anders gemeint haben, dass Sie diese Jobs abschaffen wollen. Dann frage ich mich aber, warum Sie in Ihrem Antrag sagen, Sie wollen nur die Erhöhung von 400 auf 450 verhindern. Dann müssen Sie doch konsequent sein und sagen, Sie wollen alles abschaffen.

Und wenn Sie dann noch die Initiative von Nordrhein-Westfalen aus dem Bundesrat ansprechen, die nämlich genau nichts anderes machen, ich weiß nicht, ob Sie die Protokolle da lesen. Die entsprechenden Minister aus Nordrhein-Westfalen gehen darauf extra noch mal im Protokoll ein. Vielleicht sollte ich mir die Zeit ruhig nehmen und Ihnen das auch vorlesen. Die sagen nämlich ausdrücklich, und dann wundern mich Ihre Position und Ihre Konsequenz, also der Wirtschaftsminister aus Nordrhein-Westfalen sagt extra bei der Einbringung des Antrages, es geht darum, diese zwölf Stunden dort einzuziehen in die 400-Euro-Jobs: "Wir wollen die Minijobs nicht abschaffen, sondern sie neu regulieren. Die Deregulierung des vergangenen Jahrzehnts war gut gemeint, sie hat uns aber vom Ziel der guten und fairen Arbeit fortgeführt." Also es geht hier um eine Neuausrichtung.

Und auch Hannelore Kraft hat dann in der abschließenden Sitzung im Bundesrat zu Protokoll gegeben für ihren Wirtschaftsminister dort, auch das will ich noch mal zitieren: "Jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist mittlerweile ein Minijob."

Um Missverständnisse zu vermeiden: Nichts gegen Minijobs und Menschen, die sich bewusst für diese Beschäftigungsform entschieden haben. Insofern deckt sich ja zumindest das mit den Ausführungen von Frau Tegtmeier. Ich möchte das an dieser Stelle noch mal unterstreichen. Und ich werfe Ihnen von den LINKEN in diesem Fall ganz klar Inkonsequenz vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, hören Sie doch auf, Herr Renz!)

Sie haben hier auch deutlich gesagt, dass Sie diese Bundesratsinitiative dort unterstützen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Den Quatsch glauben Sie doch selber nicht, was Sie da erzählen, da vorne!) und das ist dann aus meiner Sicht fachlich falsch, aber Sie müssen für Ihre Argumente natürlich hier selbst geradestehen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Klar ist natürlich auch, wenn wir die Realität betrachten, das haben Vorredner ausreichend dargestellt, dass es Probleme gibt, dass es Unternehmen gibt, die dieses Instrument nutzen, um zum Beispiel reguläre Beschäftigungsverhältnisse in Minijobs umzuwandeln.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, echt?)

Sie glauben doch wohl nicht, dass wir uns diesem Fakt verstellen?!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, da bin ich aber gespannt.)

Diesen Fakt gibt es und deswegen müssen wir sagen, wir müssen uns damit befassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah ja!)

Sie können dann die Sache analysieren, ob Sie dazu kommen, wir wollen das Mittel abschaffen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und deswegen lehnen wir ja auch den Antrag ab.)

oder Sie wollen es neu justieren. Und ich sage Ihnen – und die SPD hat

(Peter Ritter, DIE LINKE: Merken Sie eigentlich, wie Sie rumeiern da vorne?)

das hier auch zum Ausdruck gebracht –, wir müssen diese diskriminierenden Handlungen, die dort ablaufen, diesen Missstand abschalten. Dazu stehe ich und dazu sind wir mit im Boot.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja eine Einzelmaßnahme. Sie wollen doch das ganze Paket immer machen.)

Das hat aber nichts mit dem Gesetz zu tun, was im September jetzt irgendwann angekündigt ist. Dort soll es ja um den Inflationsausgleich gehen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das macht das doch nur noch attraktiver.)

Also wir sind gern bereit – und da verweise ich dann auch auf die Regierung in Berlin mit CDU-Beteiligung, die diese Position zum Beispiel im Bundesrat schon mal zum Ausdruck gebracht hat, dass sie sich das sehr gut vorstellen kann und das unterstützen würde –, dort eine Stundenregelung wieder einzuführen. Aber ich habe jetzt zu Beginn schon mal gesagt, ich glaube, das ist der falsche Ansatz, sich hier Einzelpunkte rauszugreifen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben Sie doch eben gerade selber gemacht, Einzelpunkte herausgegriffen.)

Nein. Das ist ein Zeichen, dass Sie mir nicht folgen können, Herr Ritter.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Aber ich bin gern bereit, das dann auch in der separaten Diskussion mit Ihnen noch mal zu vertiefen. Damit habe ich überhaupt kein Problem.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, dazu habe ich keine Lust heute. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich will Ihnen nur sagen, ich glaube, wir müssen die unterschiedlichsten Dinge, die inhaltlich dort reinspielen, wie zum Beispiel die Entlohnung an sich, nicht nur einfach diskutieren mit der 12-Stunden-Regelung, dass es im Prinzip durch die Hintertür ist,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist aber wieder ein Einzelpunkt und nicht das Gesamtpaket. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

dass ich hier den Mindestlohn von 8,50 Euro einführen will.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir müssen weiterhin diskutieren den Übergang in reguläre Beschäftigung, wir müssen weiterhin in diesem Zusammenhang diskutieren die soziale Absicherung bei diesen Minijobs.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Und ich sage Ihnen, das geht nur im Komplex mit einer Steuerpolitik, mit einer Arbeitsmarktpolitik.

Insofern sind wir dafür bereit und ich glaube, dass die CDU dann auch im Bund dort ihrer Verantwortung gerecht werden wird, da habe ich überhaupt keine Zweifel. Die letzte Umfrage – ich glaube, von gestern – bestärkt mich, dass die Menschen das nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in der gesamten Bundesrepublik auch so sehen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: In der ganzen Welt, Herr Renz, in der ganzen Welt.)

dass die Leute dort einen guten Job machen. Und deswegen sage ich Ihnen: Bleiben Sie ganz ruhig und wir diskutieren in der Sache hier hart weiter! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

(Torsten Renz, CDU: Keine Substanz, aber viel heiße Luft. So ist das, wenn man Zusammenhänge nicht erkennen will. – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie waren schon mal ein besserer Erklärbär.)

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In zahlreichen Medienartikeln wird gerade zehn Jahre Hartz IV gefeiert, was auch zum Gesamtpaket gehört, das sei eine mutige Reform gewesen, ...

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Andrejewski.

Ich bitte doch, hier keine Zwiesprache zwischen den Bänken zu halten.

Michael Andrejewski, NPD: Ich entschuldige mich, die Diskussion zu stören.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Ich rede aber trotzdem weiter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Stört uns nicht, wenn Sie weiterreden, Herr Andrejewski.)

... Hartz IV sei eine mutige Reform gewesen, die die Grundlage für den angeblichen augenblicklichen Wirtschaftserfolg der BRD gelegt hätte. Die gleichen Leute preisen auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Minijobs, auch wenn sie reguläre Beschäftigung verdrängen. Geringe Löhne oder Lohnzurückhaltung, wie es verharmlosend heißt, würden deutsche Produkte billiger machen und damit den Export stärken.

Irland und Portugal werden gerade sehr gelobt, weil sie die Lohnstückkosten gesenkt hätten. Das sind die auf eine bestimmte Leistungseinheit entfallenden Lohnkosten. Die sind umso geringer, je extremer die Armutslöhne ausfallen. Der Preis für einen möglicherweise steigenden Export ist in diesen eher armen Ländern wie Irland und Portugal soziales Elend und die Abwanderung der jungen Leute. Und auch in Deutschland haben die niedrigen Löhne Folgen, die wir gerade jetzt in der Eurokrise überhaupt nicht gebrauchen können. Die Krisenländer können nämlich nicht mehr so viele deutsche Güter abnehmen, auch wenn diese dank der Lohndrückerei billig sind.

(Udo Pastörs, NPD: Das geht alles nach China jetzt.)

Und andere europäische Länder beschweren sich auch zu Recht darüber, dass wir durch Lohndrückerei unsere Exporte in ihre Märkte reindrücken, während sie anständigere Löhne zahlen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist asozial.)

Auf der anderen Seite können sich die Niedrigverdiener in Deutschland nichts leisten. Dadurch ist der Binnenmarkt zu schwach. In der jetzigen Situation benötigen wir aber einen starken Binnenmarkt mit mehr Kaufkraft.

Während andere europäische Staaten wegen zum Teil durch uns erzwungene Sparprogramme als Kunden in erheblichen Teilen ausfallen, erweist sich unsere Exportabhängigkeit als fatal. Hartz IV, Billiglöhne und Eurokrise zusammen sind in dieser Situation eine Belastung für unsere Wirtschaft. Der Schwerpunkt muss daher weg vom Export und hin zum Binnenmarkt gelegt werden. Und deshalb müssen Hartz IV und Armutslöhne weg. Deswegen muss auch der Missbrauch aufhören mit Minijobs, nicht die Minijobs selber – die sind als Zuverdienst für Studenten und Rentner natürlich sehr gut –, sondern der Missbrauch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einiges gehört hier in der Debatte. An der einen oder anderen Stelle gab es durchaus auch Wortmeldungen, die darauf schließen lassen, dass es ein gewisses Problembewusstsein zu dem Thema gibt. Manche Dinge waren auch etwas verworren. Ich will versuchen, auf das eine oder andere dann auch einzugehen.

Es gab hier zum Ersten sozusagen Irritationen, was den Titel dieses Antrags anging, nämlich "Förderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse stoppen". Selbstverständlich sind Minijobs nur ein Instrument aus dem Katalog der prekären Beschäftigungsverhältnisse. Ich darf daran erinnern, dass wir unter anderem schon mal über das Thema "Leiharbeit" diskutiert haben, dass wir über Werkverträge diskutiert haben. Heute reden wir über Minijobs und seien Sie sich gewiss, wir werden auch über Teilzeitbeschäftigung in diesem Parlament noch diskutieren.

(Regine Lück, DIE LINKE: Richtig.)

Zudem darf ich mich darüber freuen, dass die SPD sozusagen in den letzten zehn Jahren auch einen Erkenntnisprozess durchlaufen hat und heute wieder an der Seite der Gewerkschaften ist, wenn es darum geht, den Missbrauch von Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere im prekären Bereich, einzudämmen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Schon länger, schon länger.)

und dementsprechend auch wieder tätig zu werden.

Meine Damen und Herren, die SVZ hat schon im vergangenen Sommer folgerichtig getitelt "Ohne Nebenjob reicht der Lohn nicht!", denn das niedrige Lohnniveau ist es, was dazu führt, dass immer mehr Beschäftigte gezwungen sind, neben ihrer regulären Arbeit einen Minijob auszuüben. Und die Zahlen, auf die man sich da berufen hat, hat sich auch nicht irgendein Redakteur aus den Fingern gesaugt, sondern die entstammten einer Studie der Bundesanstalt für Arbeit. Fakt ist doch, schon 2011 reichte für ein Viertel aller Beschäftigten hier im Land der Verdienst in ihrem regulär ausgeübten Vollzeitjob - und da gibt es überhaupt keinen Dissens, dass das die anzustrebende Variante ist - nicht mehr aus, um über die Runden zu kommen. Der Minijob ist nämlich eine Notlösung, um nicht auf staatliche Transferleistungen angewiesen zu sein, und nichts anderes. Das ist die Realität für viele Beschäftigte in unserem Land. Das war sie in 2011 und das ist sie eben leider auch nach wie vor in 2012. Das ist belegt durch Studien des DGB.

Fast sieben Millionen Arbeitsverhältnisse oder 20 Prozent aller Beschäftigten verdienen nämlich nicht mehr als 200 Euro im Monat. Der Durchschnittsverdienst der Minijobber liegt im Osten real bei etwa 200 Euro. Das heißt umgerechnet, dass sie kaum über einen Stundenlohn von 4,99 Euro hinauskommen. Und ich denke, das muss man einfach auch in diesem Hohen Hause hier kritisieren, denn in Mecklenburg-Vorpommern reden wir immerhin auch über eine Zahl von mehr als 90.000.

Und wenn wir als verantwortliche Politiker um diesen Missstand wissen, dann sind wir, das ist jedenfalls mein Verständnis, in der Verantwortung, diesen zu verringern und schließlich auch zu beseitigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Renz sieht das nicht so. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und ich war doch schon ein Stück weit optimistisch, denn die Pressemitteilungen aus dem Sozialministerium in der vergangenen Woche haben diese These ja gestützt. Ich darf mal zitieren: "Unsere Erfahrungen mit dem Instrument der Minijobs zeigen, so, wie sie derzeit sind, tragen sie zur Erosion der Normalarbeitsverhältnisse bei und schwächen die sozialen Sicherungssysteme." Also es ist offensichtlich schon ziemlich schwer gewesen, heute hier zu konstruieren, warum man diesem Antrag nicht zustimmen kann.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Und ich darf weiter zitieren, in dem Fall auch Frau Ministerin: "Ich sage klar Nein dazu, die Verdienstgrenze anzuheben, um damit nicht noch mehr Minijobs zu schaffen." Dem kann man inhaltlich nur zustimmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da haben wir Herrn Renz vorher nicht gefragt. Der hat sich mit einem Einzelbeispiel beschäftigt.)

Eine Aufwertung der Minijobs, weil darum geht es im Kern bei dem, was als Gesetzesvorhaben im Bund diskutiert wird und was im November nach der jetzigen Zeitplanung dann den Bundesrat erreichen wird, das ist also auch nach Auffassung der Bundes- und Sozialministerin der falsche Weg, in dem Zusammenhang kann man ihr nur zustimmen, und zwar, der falsche Weg nicht nur bundesweit, sondern auch der falsche Weg in Mecklenburg-Vorpommern. Und insofern könnten Sie diesem Punkt doch tatsächlich zustimmen.

Wenn das geringe Einkommensniveau in allen belastbaren Studien als Ursache auszumachen ist, dann muss die Politik den Hebel auch genau dort ansetzen. Und nun erzählen Sie den Leuten immer, dass das verabschiedete Vergabegesetz ja sozusagen Ausdruck dessen sei, dass Sie diesbezüglich auf dem richtigen Weg sind. Also ich sage es noch mal ganz klar: Das Vergabegesetz war ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Regine Lück, DIE LINKE: Minischritt.)

Und jetzt gestatten Sie mir noch mal eine Replik auf den gestrigen Tag. Da wurde dann ja ausgeführt im Zusammenhang mit der Mindestlohndiskussion, und ich wurde persönlich angesprochen, dass ich doch hier in Schwerin erst mal dafür sorgen möge, dass 8,50 Euro gezahlt werden. Wissen Sie, das Problem dabei ist ja folgendes: Die Kommunen haben durchgehend darauf gehofft, dass Konnexität im Gesetz festgeschrieben wird,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

auch als Sie – übrigens unabhängig von der Tatsache, wer welches Parteibuch hat –

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

in den einzelnen kommunalen Parlamenten entsprechende Beschlüsse gefasst haben. Und nun stehen Sie vor der Situation, dass Sie auf den Mehrkosten sitzenbleiben und deswegen überlegen müssen, wie Sie das in Ihren Haushalten im nächsten Jahr darstellen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das bleiben wir doch auch.)

Und ich bin schon sehr gespannt darauf ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wenn man was will, muss man auch dafür bezahlen.)

Ja, da stimme ich Ihnen im Grundsatz zu.

(Heinz Müller, SPD: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Also was denn?! Wir bezahlen es doch auch!)

Aber ich bin schon sehr gespannt darauf, wie die Diskussion dann aussieht

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na ja, das war aber eine billige Ausrede, Herr Foerster.)

im nächsten Jahr, wenn sich in den Haushalten dadurch das Defizit vergrößert und sich der Herr Innenminister als Kommunalaufsicht sozusagen diesbezüglich positionieren muss.

(Heinz Müller, SPD: Das haben wir aber längst geklärt, worauf Sie gespannt sind.)

Meine Damen und Herren, Minijobs finden in Mecklenburg-Vorpommern vor allem im Einzelhandel und der Gastronomie mit jeweils 12.500 und im Gesundheits- und Sozialbereich mit circa 10.000 geringfügig Beschäftigten statt. Es ist also vornehmlich der Dienstleistungssektor im angestrebten Tourismus- und Gesundheitsland Nummer eins, wo besonders viele Menschen ausschließlich oder zusätzlich zum Hauptjob als Minijobber beschäftigt werden. Und Appelle allein werden diesen Zustand eben nicht ändern.

Am wirksamsten wäre die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes. Hätte dieser die von uns geforderte Höhe von 10 Euro, würde sich die Situation eben tatsächlich für 70 Prozent aller Beschäftigten sofort deutlich verbessern. Aber ich sage es auch noch mal, ich habe es hier schon mehrfach gesagt: Wir werden natürlich dem Ansinnen, einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn im Bund – und wenn der anfangs 8,50 ist, dann ist das

(Torsten Renz, CDU: Na, na?)

auch ein Wert - nicht im Weg stehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na ja, eigentlich müsste er aber 10 Euro haben.)

Ich hatte bereits bei der Einbringung darauf hingewiesen, dass Minijobs die ihnen einst zugedachte Brückenfunkti-

on beim Übergang in den regulären Vollzeitjob viel zu selten erfüllen. Im Gegenteil, der ihnen eigene Flexibilitätsvorteil für die Unternehmen – und das ist ja hier verschiedentlich auch gesagt worden – hat eher dazu geführt, dass reguläre Beschäftigung verdrängt wurde.

Und ich darf noch auf einen besonderen Aspekt hinweisen:

(Torsten Renz, CDU: Die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten ist gestiegen in Deutschland.)

Selbst eine gute Schul- und Berufsausbildung schützt leider nicht zwingend vor dem Einsatz in diesem Bereich prekärer Beschäftigung. Dazu gibt es auch Untersuchungen, die sind brandaktuell, die sagen beispielweise, dass allein zwischen 2009 und 2011 die Zahl der Minijobber mit akademischem Abschluss um 3,3 Prozent auf über 2.000 Betroffene in unserem Land angestiegen ist.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Insofern kann man ja aus meiner Sicht nur zu dem Schluss kommen, dass die Forderungen nach einer stärkeren Regulierung des Arbeitsmarktes richtig sind. Und welche Möglichkeiten es da gäbe, welche Ansatzpunkte wir diesbezüglich vorschlagen, hatte ich im Rahmen der Einbringung bereits deutlich gemacht.

Dies ist auch dringend notwendig, denn wir diskutieren ja häufig genug auch über das Problem Altersarmut. Die Vervierfachung der heutigen Zahlen binnen 15 Jahren hat das Hannoveraner Pestel-Institut im vergangenen Jahr prognostiziert. Ähnliche Angaben macht der Paritätische Wohlfahrtsverband. Und Sie sollten es auch als Alarmzeichen verstehen, wenn die Bundesanstalt für Arbeit zu dem Ergebnis kommt, dass 2011 bereits jeder fünfte Minijobber älter als 55 Jahre war. Die vermeintliche Attraktivität der Minijobs zur Aufbesserung des Gehaltes im Hauptjob aufgrund der steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen rächt sich nämlich spätestens bei der Rente. Sie haben ja vorhin gehört, was die Beschäftigten an Rentenansprüchen zu erwarten haben.

Und Frau Tegtmeier sprach noch einen Aspekt an, der ja sozusagen im Gesetzentwurf jetzt auch eine neue Regelung darstellen soll, nämlich die Möglichkeit, die 15 Prozent Rentenversicherungsbeitrag aufzustocken. Oder ich sage es korrekt: Die Möglichkeit gab es bis jetzt auch, in Zukunft ist das verpflichtend, es sei denn, Sie widersprechen. Allerdings sagen alle Statistiken, die es diesbezüglich gibt, dass das bislang kaum genutzt worden ist. Und da diejenigen, die Minijobs machen, in aller Regel auf jeden Cent angewiesen sind, habe ich auch meine Zweifel, ob das in Zukunft anders sein wird.

Ergänzend noch eine Zahl, die deutlich macht, wie groß das Problem Altersarmut auch in dem Bereich bereits jetzt im Land ist. Mehr als 10.000 Menschen üben ihren Minijob nämlich aus, obwohl sie die Altersgrenze von 65 Jahren bereits überschritten haben. Und da darf ich mal antworten mit einem Titel aus der "Berliner Zeitung". Da stand nämlich darüber "Arm und aktiv". Die Essenz aus diesem Artikel ist gewesen, dass die wenigsten dieser älteren Menschen das machen, weil sie das so schön finden, auch mit über 65 noch tätig zu sein, sondern weil sie einfach eine andere Einstellung dazu haben. Sie

sagen, wir sind unser ganzes Leben berufstätig gewesen und wir wollen nicht im Alter auf Almosen, sprich auf staatliche Transferleistungen angewiesen sein. Und deswegen machen sie ihren Minijob und nicht, weil es so schön ist, mit 66 oder 67 Jahren immer noch in der Arbeitswelt unterwegs zu sein.

Es ist auch angesprochen worden die Problematik: Was heißt das eigentlich für die Frauen? Hier gib es eine sehr differenzierte Auffassung, auch bei den Kollegen der CDU-Bundestagsfraktion beziehungsweise den zuständigen Ministerinnen. Frau von der Leyen hat da eine andere Auffassung als Frau Schröder,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das ist ja nichts Neues.)

die im Zusammenhang mit der geplanten Anhebung sehr deutlich gesagt hat, dass sie das familienpolitisch und gleichstellungspolitisch für einen Irrweg hält, was dort geplant ist. Die meisten Frauen möchten nämlich in regulären Vollzeit- oder zum Teil auch in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen und eben nicht in Minijobs beschäftigt sein. Und die Stellungnahmen vom Deutschen Frauenrat beispielsweise sind ja hier von anderen Kolleginnen und Kollegen schon verlesen worden.

Es kam hier die Frage auf: Was sind Muttischichten? Also jetzt mal unabhängig vom Namen sage ich Ihnen als jemand, der Betriebsrat in der Callcenterbranche war, das hat was mit Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu tun. Das heißt nämlich, dass Sie sozusagen zu Kernarbeitszeiten in der Firma zu sein haben und nicht rund um die Uhr im Schichtsystem eingesetzt werden. Und insofern ist das in vielen Betrieben dieser Branche sozusagen ein durchaus richtiger Ansatz, weil wenn sie solche Angebote nicht machen, dann finden sie gar keine Leute mehr.

Ja nun, die rote Lampe beendet meinen Beitrag, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Schade! – Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Ich sehe großes Bedauern, gerade bei den Kollegen der SPD.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich bin der Meinung, Sie könnten dem Antrag zustimmen. Sie werden es nicht tun. Sie haben wieder versucht, heute hier merkwürdige gedankliche Konstruktionen zu äußern, um darum herumzukommen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Foerster, kommen Sie bitte zum Ende.

(Manfred Dachner, SPD: Bitte setzen!)

Henning Foerster, DIE LINKE: Trotzdem vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1034. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1034 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Keine Nahrung in den Tank! Mais-Monokulturen stoppen – Biomasse-Einsatz zur Energiegewinnung beenden, Drucksache 6/1039.

Antrag der Fraktion der NPD Keine Nahrung in den Tank! Mais-Monokulturen stoppen – Biomasse-Einsatz zur Energiegewinnung beenden – Drucksache 6/1039 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete der NPD-Fraktion Herr Müller.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Tausend Jahre Bauernfleiß und das Wirken von Kleinstlebewesen, wie Regenwürmer, Bakterien und so weiter, ließen den Ackerbodenkulturzustand, die Bodengare, entstehen. Der Humusgehalt bestimmt seit jeher die Qualität des Bodens. So wurde die Ernährung unseres Volkes gesichert.

Die heutigen Großkapitalisten interessiert das nicht im Geringsten, sie kennen kein Volk. Von Gier besessen blenden sie ihre Verantwortung für dieses bewusst aus und zerstören dabei das Werk unserer Ahnen. Intensive Landwirtschaft vernichtet unser Kulturgut. Für beträchtliche Profite werden dem Boden seine Energiereserven entzogen, maximal und eben nicht optimal. Gefördert wird das Ganze durch die EU, also durch unser Steuergeld. Schwere Landmaschinen verdichten den Boden, bis er förmlich erstickt. Die Auswirkungen auf Menschen und Tiere sind dabei immens. Die Idee der Biogasanlagen, vordergründig eine positive, ist dafür ein Beispiel. In den letzten Jahren setzen immer mehr Landwirte auf diese Art der Energiegewinnung, bei der Abfallprodukte wie Gülle und Mist Verwendung finden.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Mit der Novellierung des Gesetzes über erneuerbare Energien in Jahr 2004 entdeckten leider auch Großinvestitoren

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Hä? – Udo Pastörs, NPD: Da freuen sie sich. – Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

den vielversprechenden Markt. Vor allem die mit dem Gesetz verbundene Abnahme und Preissicherheit selbst erzeugten Stromes über mehrere Jahre versprachen eine lukrative Rendite

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und erleichterten die Entscheidung zur Investition. Die dadurch entstandenen Megaanlagen, wie beispielsweise bei Penkun, haben jedoch nur wenig mit Bio im eigentlichen Sinne zu tun. Die Preissicherheit wird zudem vom Verbraucher durch höhere Strompreise beglichen, während sich die Banken über satte Gewinne durch Kreditgeschäfte freuen.

Da Abfallprodukte wie Gülle und Mist für Großanlagen nur begrenzt zur Verfügung stehen, geht man dazu über, andere Rohstoffe wie Mais, der aufgrund seines Stärkeanteils und der unkomplizierten Lagerung für diesen Einsatz bestens geeignet ist, zu verwenden. Allein im letzten Jahrzehnt hat sich die Anbaufläche in Deutschland von 1,5 auf 2,5 Millionen Hektar ausgedehnt. Zum Vergleich: In Mecklenburg-Vorpommern werden Kartoffeln auf bescheidenen 13.600 Hektar angebaut. Immer mehr Landwirte, unter ihnen auch Polen, verpflichten sich in undurchsichtigen Verträgen zur jahrelangen Belieferung riesiger Biogasanlagen. Um die Verträge pflichtgemäß zu bedienen, vermeiden sie den Anbau von Zwischenfrüchten und somit gibt es keine Kulturwechsel mehr. Monokulturen entstehen, die betroffenen Felder werden für eine ausgewogene Nahrungsmittelproduktion unbrauchbar gemacht.

Während man unsere Bauern zu reinen Rohstofflieferanten versklavt, müssen wir unser Getreide immer häufiger aus dem Ausland beziehen. Deutschland ist beim Getreide daher kein Selbstversorger mehr und auf den Import angewiesen. Mit den Monokulturen hierzulande wird die rasche Ausbreitung von spezifischen Krankheiten und Schädlingen gefördert. Dem versucht man, durch den ungehemmten Einsatz sogenannter Pestizide und Biozide – deutlicher formuliert: Lebenstöter – entgegenzuwirken.

Enorme Belastungen entstehen zusätzlich beim Ausbringen von giftigen Chemikalien aufgrund ihrer weiteren Verbreitung durch den Wind. Erste Auswirkungen spiegeln sich im Bienensterben wider. Doch auch Schmetterlinge, Hummeln und andere nützliche Insekten sind stark gefährdet. Auswirkungen auf uns Menschen sind ebenfalls zu beobachten. Allergien, Hautkrankheiten und Krebserkrankungen sind mittlerweile zur Volksseuche geworden.

Mindestens ebenso gefährlich ist das Eindringen von giftigen Substanzen ins Grundwasser. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das verstärkte Auftreten von Keimen im Trinkwasser vor einigen Monaten. Nicht wenige Wissenschaftler sahen als Verursacher hierfür nicht, wie von Ihnen propagiert, die Mücken, sondern eine Verunreinigung durch die Übergüllung der Felder. Die zerfallenden Insekten bilden lediglich den Nährboden für bereits vorhandene Keime.

Noch gefährlicher für Menschen und Tiere ist die klammheimliche Einführung der Genmanipulation, der man in Europa, im Gegensatz zu den USA, sehr kritisch gegenübersteht. Zur Erzeugung von Biogas drückt man da gerne ein Auge zu. Der dadurch in Gang gesetzte Prozess lässt sich allerdings nie wieder umkehren. Kritiker gehen ferner davon aus, dass mittelfristig die Grundstückspreise in Ackernähe fallen werden und ein beträchtlicher Schaden nicht nur für das Tourismusland M-V entsteht.

Neben der Forderung in unserem Antrag, einer weiteren Ausweitung der Mais-Monokulturen wirkungsvoll entgegenzutreten, geht es uns ebenso darum, die aktuelle Diskussion um den fragwürdigen Agrokraftstoff E10 umgehend zu beenden und auf die weitere Nutzung von Biomasse als Energiequelle zu verzichten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Jede weitere Diskussion um Für und Wider von E10 ließe sich im Keim ersticken, wenn man sich nur vor Augen führt, dass aus einem Kilo Weizen ein Kilo Brot entsteht, aber nur 0,3 Liter Ethanol. Besonders in der heutigen, von Massenarbeitslosigkeit, Katastrophen und Kriegen geprägten Zeit ist es unerlässlich, dieser Verschwendung von Nahrungsmitteln Einhalt zu gebieten. Ein gesundes Bauerntum muss jederzeit in der Lage sein, den eigenen Volkskörper zu ernähren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jo!)

Biogas sowie E10 kann man nicht essen, und Geld erst recht nicht. Der Appell kann daher nur lauten: Nahrung gehört auf den Teller und nicht in Biogasanlagen oder in den Tank!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Landesregierung sollte alle ihr gegebenen Möglichkeiten nutzen, um diese Forderung bis ins höchste Gremium weiterzutragen. Nur so können wir die Landwirtschaft in unserem Land wieder auf gesunde Beine stellen und sie ihrer eigentlichen Aufgabe, der Ernährung des Volkes, zuführen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die NPD hat den Maiskolben offenbar als Mittel der politischen Auseinandersetzung für sich erkannt.

(Udo Pastörs, NPD: Ha, ha, wie witzig!)

Also lassen Sie mich mal den Maiskolben nehmen, diesen grünen Maiskolben, und Blatt für Blatt entfernen und das sichtbar machen, was drin ist, Herr Müller, nämlich drin ist brauner Populismus.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich mache das auch deutlich: Zuerst einmal möchte ich mich mit dem Punkt 2 beschäftigen, weil das ganz lustig ist, und Sie haben das, sehr geehrter Herr Müller, hier auch mehrfach wiederholt.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie fordern die Landesregierung auf, "alle ... Möglichkeiten ... zu nutzen", und ich zitiere jetzt mal, "um ... zu erreichen, dass nur noch Biogas-Anlagen, in der die Energie im Wesentlichen aus betriebseigenen Abfallstoffen gewonnen wird, eine staatliche Förderung erhalten" sollen. Sie haben hier auch mehrfach von Gülle und Mist als Abfallprodukten gesprochen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So 'n Schiet!)

Ich habe mich bei dem Schreiben dieser Rede am Sonntag gefragt: Was sind denn betriebseigene Abfallstoffe? Ich habe mir fast gedacht, dass Sie Gülle und Mist meinen. Ich muss Ihnen sagen: Es gibt keine betriebseigenen Abfallstoffe.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bei der NPD-Fraktion schon.)

Alles, was an Biomasse in einem vernünftig geführten landwirtschaftlichen Betrieb erzeugt wird, das sind verwertbare Rohstoffe. Man kann sie vielleicht noch als Reststoffe bezeichnen, aber es sind Rohstoffe, die sich in einem Kreislaufsystem befinden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das gilt für Gülle oder Mist, wie Sie es hier gesagt haben, genau wie für Pflanzenteile, die nicht für die Ernährung von Menschen oder Tieren benötigt werden.

Meine Damen und Herren, ich stelle also fest: Hier herrscht bei der NPD, zumindest bei der Begrifflichkeit, schlicht und einfach Unwissenheit.

> (Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Einfach Mist!)

Lassen Sie mich ...

Sie können ruhig lachen. Das ist ein Fakt, der steht hier.

Lassen Sie mich jetzt den Widerspruch – da wirds viel schöner –

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

in den Punkten 2 und 3 herausarbeiten!

Zum einen fordert diese Fraktion, "dass nur noch Biogas-Anlagen", und ich zitiere gerne noch einmal den Antrag, "in (denen) die Energie im Wesentlichen aus betriebseigenen Abfallstoffen gewonnen wird, eine staatliche Förderung erhalten". Die NPD formuliert in diesem Punkt also klar, unter welchen Bedingungen der Staat eine Förderung für Bioenergie gewähren sollte.

(Udo Pastörs, NPD: Wir haben das klar formuliert.)

Dann, eine Zeile weiter im selben Antrag, fordert uns dieselbe Fraktion auf, und ich zitiere wieder: "auf (eine) weitere Nutzung von Biomasse als Energiequelle ... zu verzichten". Einmal soll Bioenergie also unter bestimmten definierten Bedingungen produziert werden und eine Zeile weiter soll Biomasse gar nicht mehr zur Energieerzeugung zur Verfügung stehen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, was ist denn nun? Was wollen Sie denn nun überhaupt? Entscheiden Sie sich doch mal, meine Herren von der NPD!

(Udo Pastörs, NPD: Sie können nicht logisch denken.)

Wollen Sie Energieerzeugung aus Biomasse abschaffen oder wollen Sie die Bedingungen ändern? Aus Ihrem Antrag wird das auf jeden Fall nicht klar. Sie sind in Ihrem Antrag unausgegoren.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind einfach zu blöd, um es deutsch auszudrücken.)

Der Antrag ist unschlüssig und er strotzt von Unwissenheit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Krüger!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Einen Moment, Herr Krüger!

Herr Pastörs, wenn ich hier die Statistik richtig lese, haben Sie schon Ihren dritten Ordnungsruf und Wortentziehung für die gesamte Sitzung. Das hindert Sie aber nicht daran, wieder Abgeordnete persönlich zu beleidigen. Von daher schließe ich Sie heute von der Sitzung aus.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, dann habe ich etwas früher Feierabend. – Vincent Kokert, CDU: Gott sei Dank! – Udo Pastörs, NPD: Ja, schreien Sie weiter, Herr Krüger!)

Herr Pastörs, bitte verlassen Sie jetzt den Saal!

(Udo Pastörs, NPD: Ich bin doch dabei. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Schreit der Udo
auf dem Mist, ändert sich das Wetter
oder es bleibt, wie es ist. –
Stefan Köster, NPD: Herr Krüger,
setzen Sie Ihren Unfug fort! –
Michael Andrejewski, NPD: Oder sollen wir
noch mal eine einfache Version des Antrages
schreiben, dass Sie ihn verstehen können? –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ach, ich merke schon, Sie haben wohl alle das Bedürfnis, die Landtagssitzung etwas früher zu verlassen.

Herr Köster, für die Beleidigung des Abgeordneten Herrn Krüger erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Bitte, Herr Köster, fahren Sie in Ihrer Rede fort!

(Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD)

Thomas Krüger, SPD: Herr Krüger! Herr Krüger!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ja.

Thomas Krüger, SPD: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, das alte deutsche Sprichwort "Getroffene Hunde bellen" stimmt mal wieder.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich weitermachen!

Wir sind stehengeblieben bei dem Beispiel bezüglich des Unwissens. Punkt 1, ich möchte hier weiter fortfahren, hier soll, ich zitiere gerne wieder: "einer Ausweitung der Mais-Monokulturen" wirksam entgegengetreten werden, Zitatende.

Offenbar, meine Herren von der NPD, ist Ihnen entgangen, dass exakt auf diesem Gebiet zum 01.01.2012 gesetzliche Regelungen in Kraft getreten sind, die genau dieses Ziel haben. Die Förderpolitik wurde umgestellt. Es gibt eine Deckelung in Biogasanlagen, was den Maiseintrag betrifft. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern angekündigt, dass es ein Grünlandumbruchverbot gibt. Das AFP ist geändert worden. Wir haben die Dinge getan, die zu tun sind. Sie haben es nicht mitbekommen, Sie haben es offensichtlich schlicht und einfach verpennt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zugestehen muss ich allerdings, dass die Deckelung des Maiseintrages für neue Biogasanlagen gilt. Wir haben das Problem mit den alten Biogasanlagen damit noch nicht gelöst. Das muss man sagen.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Die Altverträge werden wir nicht einfach ändern können.

(Stefan Köster, NPD: Sind Sie ein Klugschnacker!)

Verträge, die geschlossen sind, sind geschlossen, sie sind einzuhalten.

Nun stellt sich ja die Frage für uns: Können wir als Politik an den Altanträgen jetzt gar nichts mehr machen? Oder haben wir vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch Gestaltungsmöglichkeiten? Ich sage: Ja, wir haben Gestaltungsmöglichkeiten. Aber das Wie, wie wir das ändern, meine Damen und Herren, das interessiert die NPD nicht. Sie kommt hier lieber mit einem populistischen Antrag um die Ecke. Nun fragen Sie sich vielleicht: Woher weiß der Krüger denn, dass die NPD sich nicht vielleicht doch wirklich dafür interessiert? Ich kann Ihnen das verraten.

Das, was die NPD im Punkt 1 ihres Antrages anspricht, genau dieses Thema – den Maisanbau, die Biodiversität durch den Anbau alternativer Energiepflanzen, die Entwicklung von Nutzungsflächen von Energiepflanzen – haben wir im Agrar- und Umweltausschuss in der vergangenen Woche beraten. Nun raten Sie mal, wo die NPD war?

(Heinz Müller, SPD: Weg. – Peter Ritter, DIE LINKE: Im Maislabyrinth. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wo war die Partei, die hier mit diesem Antrag kommt? Hat sich die NPD wirklich für dieses Thema interessiert?

(Vincent Kokert, CDU: Verlaufen.)

Hat die NPD versucht, im Ausschuss vielleicht Einfluss zu nehmen? Nein, hat sie nicht! Sie war nicht da!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das haben die noch nie versucht im Ausschuss. Das ist doch keine Überraschung.)

Sie war schlicht und einfach nicht anwesend.

(Zuruf aus dem Plenum: Ja, so kennen wir sie.)

Das Thema interessiert Sie gar nicht, meine Herren. Sie wollten wieder nur einmal in die Furche springen, um dann quer zur Furche über den Acker zu rennen, damit Sie wirklich auch von allen gesehen werden.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Das war Ihr Ziel. Das Thema aber, das interessiert Sie überhaupt nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber, meine Herren, machen wir mal weiter beim Populismus und bei den Widersprüchen dieser Partei! Ich habe mir dazu einmal das Grundsatzprogramm der NPD heruntergeladen. Und, Frau Berger, ich muss Ihnen recht geben, es ist schwierig, da wirklich was zu finden. Das Grundsatzprogramm zu finden, war schwierig. Bei der NPD in Mecklenburg-Vorpommern schämt man sich wahrscheinlich fürs Grundprogramm, auf der Seite war es nämlich nicht drauf.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ja. Auf der Bundesseite war es auch nicht drauf, die ist sehr schmal gehalten. Gefunden habe ich es auf der NPD-Seite in Hamburg.

(Jochen Schulte, SPD: Morgen gibts das da auch nicht mehr. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Auf der NPD-Seite in Hamburg habe ich es gefunden und ich möchte aus diesem Programm zitieren. Dort gibt es eine Überschrift: "Die raumorientierte Volkswirtschaft ..."

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh Gott!)

und der eine oder andere wird sich vielleicht erinnern, das war heute hier schon mal Thema, nämlich bei den Leguminosen hatte Herr Köster von einer "bedarfsdeckenden raumorientierten Volkswirtschaft" gesprochen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Genau.)

"Die NPD fordert", ist das Zitat dort, "eine am heimischen Lebensraum ... der Menschen orientierte, vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft". Der internationale Handel ist eine notwendige Ergänzung – sagt die NPD – der heimischen Wirtschaftsbasis, darf aber diese in ihrer Vielfalt und Substanz nicht aushöhlen.

(Vincent Kokert, CDU: Toll!)

Meine Damen und Herren, dieselbe Partei, die hier die raumorientierte Volkswirtschaft fordert

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Mit Leguminosen!)

über ihr Grundsatzprogramm, kommt mit dem Antrag um die Ecke und versucht, dieselbe Partei versucht hier zu stimmen gegen regionale Wirtschafts- und Wertstoffkreisläufe, die wir aufgebaut haben.

(Stefan Köster, NPD: Das ist absoluter Unfug.)

Dieselbe Partei stimmt dagegen, Deutschland unabhängiger von Energielieferungen zu machen. Dieselbe Partei stimmt dagegen, Deutschland weg von Atomkraft und fossilen Energieträgern zu bringen, und dieselbe Partei, meine Damen und Herren, stimmt dagegen, Deutschland technologisch bei der Bioenergieversorgung einen Vorsprung zu verschaffen.

Sie, meine Herren von der NPD,

(Stefan Köster, NPD: Man muss doch nicht jeden Mist mitmachen.)

Sie arbeiten gegen deutsche Interessen und das werden wir nicht mitmachen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

(Heinz Müller, SPD: Man schämt sich ja, dass man Müller heißt. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ach, Heinz! – allgemeine Heiterkeit)

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Jahr 2010 gab es 300.000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland. 1,1 Millionen Menschen arbeiteten in der Landwirtschaft. Insgesamt erwirtschaftete die Landwirtschaft mit vor- und nachgelagerten Bereichen im Jahr 2009 140 Milliarden Euro, das waren 6,5 Prozent der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche.

Wenn Sie sich so wenig um die hiesigen Bäuern kümmern

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bäuerchen. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh ja!)

wie Minister Backhaus, dann schlafen Sie ruhig weiter, Herr Ritter.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und geben sich mit diesen – zumindest auf den ersten Blick – passablen Zahlen zufrieden!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ein kleiner Hauch von Verantwortungsbewusstsein zwingt allerdings zum Blick hinter die Zahlen. Hier wird deutlich, dass die Zahl der Bauernhöfe in Deutschland konstant abnimmt, im Zeitraum von 2007 bis 2010 um ganze 21.000. Die Durchschnittsflächen der Betriebe steigen hingegen. Bereits mehr als die Hälfte der Flächen

wird von Großbetrieben mit 100 Hektar und mehr bewirtschaftet. Auch die Zahl der Beschäftigten sinkt beständig. In Deutschland arbeiten nur noch 2 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Zum Vergleich: 1907 lagen 63 Prozent aller Betriebe im Bereich der Landwirtschaft, das waren 5,7 Millionen.

Jetzt werden Sie wieder sagen, Herr Ritter, die Zahlen seien rückständig

(Heinz Müller, SPD: Nein, das sind sie nicht, aber das ist schon lange her.)

und die NPD will, dass jeder zweite Deutsche wieder zum Bauern wird. Da kann ich Sie beruhigen: Auch wenn wir ein anderes Bild von den Landwirten haben als RTL, ist es sicher nicht unsere Absicht, jeden Städter aufs Land zu kommandieren. Wir bezeichnen es aber als rückständig und unverantwortlich, dass 52 Prozent des durchschnittlichen Einkommens aller Landwirte aus EU-Direktzahlungen bestehen.

Aber Vorsicht! Bevor Sie in die Hände klatschen und ein Loblied anstimmen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

rufen Sie sich ins Gedächtnis, dass die BRD der größte Nettozahler der EU ist. Somit handelt es sich eins zu eins um unser Geld, nur um den Teil vermindert, der im monströsen Brüsseler Umverteilungsapparat in dunklen Kanälen verschwunden ist.

Uns geht es mit dem vorliegenden Antrag nicht darum, in dieser heiteren Runde Zustimmung zu finden, sondern vielmehr darum, die Betroffenen, vor allem die Bauern wachzurütteln. Viele von ihnen scheinen sich nicht darüber im Klaren zu sein, dass die Knebelverträge für die Belieferung von Megaanlagen nur für einen gewissen Zeitraum Gewinn abwerfen. Den richtigen Reibach machen ohnehin die Großkonzerne und Banken. Die Bauern aber leisten selbst einen Beitrag zur Zerstörung ihrer eigenen Lebensgrundlagen, ihrer Felder. Wenn selbst sie nicht mehr zwischen einem gesunden Weizenkorn und einem genmanipulierten unterscheiden können, ist es zu spät.

Diejenigen, die sagen, uns bleibt doch nichts anderes übrig, soll der Antrag eines Besseren belehren. Auch im Parlament gibt es eine Bewegung, die nicht tatenlos zusieht, wie ein ganzer Berufsstand zum Sklaven der EU und geldgieriger Großinvestoren gemacht wird,

(Tilo Gundlack, SPD: Bla, bla, bla!)

sondern für Rechte der Bauern in diesem Land kämpft.

Ich fordere namentliche Abstimmung.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Im Rahmen der Debatte wurde beantragt, eine namentliche Abstimmung durchzuführen. Ich unterbreche die Sitzung für eine Minute, um die namentliche Abstimmung vorzubereiten.

Unterbrechung: 18.46 Uhr

Wiederbeginn: 18.47 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Sehr geehrte Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag auf Drucksache 6/1039 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 18.52 Uhr

Wiederbeginn: 18.54 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Sehr geehrte Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 59 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 4 Abgeordnete, mit Nein stimmten 55 Abgeordnete, kein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/1039 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Sicherung der Versorgung durch Hebammen – Umsetzung der Ergebnisse des IGES-Gutachtens, Drucksache 6/1028. Hierzu liegen Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1080 sowie ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1084 vor.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sicherung der Versorgung durch Hebammen – Umsetzung der Ergebnisse des IGES-Gutachtens – Drucksache 6/1028 – Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD – Drucksache 6/1080 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/1084 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

(Der Abgeordnete Heinz Müller zeigt Bilder im Plenum.)

So, Herr Müller, ich bitte um Aufmerksamkeit.

(allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Gajek, was hier gemacht wird im Plenarsaal, das entscheide im Moment ich, solange ich hier oben sitze.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gut. Aber ich habe mich eben gestört gefühlt.

(allgemeine Heiterkeit – Manfred Dachner, SPD: Wir auch!)

Also jedes menschliche Leben beginnt mit der Geburt. Die Geburt eines Kindes zählt zu den bedeutendsten Ereignissen im Leben von Müttern und Vätern. Hebammen leisten einen erheblichen Beitrag dazu. Dass Kinder unsere Zukunft sind, da sind wir uns alle einig. Und eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen,

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

wie verantwortungsvoll sie sich für zukünftige Generationen einsetzt. Schauen wir aber auf die Situation der Hebammen, dann sieht die Zukunft finster aus. Hebammen leisten vor, während und nach einer Geburt einen unerlässlichen Beitrag bei der Betreuung werdender Mütter und Väter und es gibt keine andere Berufsgruppe, die die Arbeit der Hebammen ersetzen könnte. Aber insbesondere der Beitrag der Hebammen bei der Geburtshilfe ist in akuter Gefahr, denn immer mehr Hebammen ziehen sich aus dem Kerngeschäft der Geburtshilfe zurück. Dafür gibt es Gründe.

Sehr verehrte Damen und Herren, es kann nicht sein, dass eine Hebamme, die Geburtshilfe anbietet, 2010 mit einer Prämienerhöhung für ihre Berufshaftpflicht von 56 Prozent zu kämpfen hat und im Folgejahr gleich noch mal mit 15 Prozent mehr belastet wird.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig, Frau Gajek.)

Bei einer freiberuflichen Hebamme mit durchschnittlichem Bruttoverdienst von rund 24.000 Euro sind das bei einer Haftpflichtsumme von 4.240 Euro mal eben zwei Monatsgehälter. Laut IGES-Gutachten dachte jede fünfte der befragten Hebammen häufig über eine Berufsaufgabe nach, unter den ausschließlich freiberuflich tätigen Hebammen sogar nahezu jede vierte.

Sehr verehrte Damen und Herren, der Beruf der Hebamme ist gekennzeichnet durch soziales Engagement, medizinische Fürsorge für werdende Mütter und Väter und nicht selten auch durch Idealismus. Aber bei allem Idealismus, auch eine Hebamme möchte von ihrem Beruf leben und ihre Familie ernähren können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist an der Zeit, den Hebammen endlich die ihnen gebührende gesellschaftliche und wirtschaftliche Wertschätzung zuteilwerden zu lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der teilweisen Übernahme der Prämienerhöhung durch die Krankenkassen an den Prämien der Haftpflichtversicherung ist zwar ein erster Schritt gelungen, der aber längst nicht genügt. Es ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn erreicht wurde damit lediglich die Wiederherstellung des Status quo vor der zweiten Prämienerhöhung. Auch durch die Beteiligung der Krankenkassen hat sich an der schlechten Versorgungssituation der Hebammen nichts Grundsätzliches geändert. Die hohe finanzielle Belastung bleibt bestehen. Eine angemessene Entlohnung lässt auf sich warten.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Erhöhung der Haftpflichtprämien ist einer der zentralen Gründe, warum vor allem freiberuflich tätige Hebammen das Handtuch werfen. Gleichzeitig zeigt die Steigerung der Versicherungsabgaben, mit wie viel Verantwortung der Beruf der Hebamme verbunden ist. In der Bezahlung der Hebammen bildet sich dies jedoch nicht ab. Vielmehr entsteht die paradoxe Situation, dass parallel zum Anstieg der Verantwortung nicht etwa die Vergütung steigt, sondern vielmehr nur die Unkosten wachsen. So werden wir auf Dauer den Berufsstand der Hebammen nicht sichern können. Eine angemessene Bezahlung ist für die Existenzsicherung der Hebammen dringend notwendig.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gutachten des IGES-Instituts für Gesundheits- und Sozialforschung zur Versorgungs- und Vergütungssituation in der außerklinischen Geburtshilfe zeigt, dass sich die Lage in Mecklenburg-Vorpommern in mehrfacher Hinsicht besonders ungünstig dargestellt.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

So wird in einigen Kreisen die stationäre Geburtshilfe nur noch von einem einzigen Krankenhaus erbracht. Sinkt die Zahl der Fachabteilungen für Frauenheilkunde und Geburtshilfe weiter, dann bedeutet das gravierende Verschlechterungen der wohnortnahen Geburtshilfeversorgung. So legen Hebammen in unserem Flächenland deutlich längere Wege zurück als im Bundesdurchschnitt. Bei einer Gesamtbetrachtung der klinischen und außerklinischen Hebammenhilfe anhand des Hebammenangebotes, der Bettendichte und der Erreichbarkeit fallen die Regionen Rostock und Stralsund im Vergleich zum Bundesdurchschnitt durch eine unterdurchschnittliche Versorgungslage auf. Auch in den Regionen Neubrandenburg und Schwerin ist die Situation laut IGES-Gutachten

unterdurchschnittlich, was das Angebot im klinischen und außerklinischen Bereich, die Erreichbarkeit der Krankenhausabteilungen und die Reichweite der Hebammen betrifft.

Was bedeutet das für werdende Mütter und Väter in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren? Es bedeutet, dass werdende Eltern in unserem Bundesland suboptimal begleitet und versorgt werden. Alle wollen mehr Kinder, aber wenn dort gespart wird, wo das Leben beginnen soll, dann ist das ein ganz schlechter Start ins Leben.

Das IGES-Gutachten bemängelt außerdem die regional wie überregional unzureichende Datenlage über Hebammen und Hebammenleistungen. Es existiert in Deutschland keine einheitliche und umfassende Statistik zur Anzahl und zum fachlichen Einsatzgebiet der Hebammen, insbesondere fehlen Daten über freiberuflich tätige Hebammen. Um jedoch zu nachhaltigen Verbesserungen in der Versorgungslage zu kommen, ist eine Istanalyse zwingend notwendig. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, strategische, fachlich fundierte Maßnahmen zu ergreifen, die werdenden Eltern Sicherheit und ihren Kindern einen guten Start ins Leben ermöglichen. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, aktiv zu werden und sich für eine entsprechende Statistik einzusetzen.

Sehr verehrte Damen und Herren, die aus dem Gutachten hervorgehenden Erkenntnisse müssen wir ernst nehmen und als dringlichen Handlungsanstoß verstehen. Wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollen die Versorgung durch Hebammen und die Versorgung der Hebammen sichern. Es ist höchste Zeit. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales das Wort.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben das Thema "Bessere Vergütung der Hebammen" schon seit dem Landtag Oktober 2010 auf der Tagesordnung. Es ist also kein neues Thema. Und bereits in meiner Rede hier im Landtag im Oktober 2010 habe ich betont, dass ich die Arbeit der Hebammen als sehr wichtig ansehe. Die Probleme der Hebammen werden von mir sehr ernst genommen wie von all meinen Kollegen aus den anderen Bundesländern und ich denke, wir sind uns alle darüber einig, die Hebammen bei ihren Bemühungen um eine wohnortnahe Versorgung der Schwangeren und Wöchnerinnen zu unterstützen.

Seitdem gab es viele Aktivitäten, die zur leichten Verbesserung der Situation der Hebammen beigetragen haben. Eine Aufforderung, dass die Landesregierung sich für deren Anliegen einsetzt, ist nicht notwendig, denn wenn Sie auch mit dem Hebammenverband sprechen, wissen Sie, dass wir an diesem Thema seit vielen Jahren dran

sind. Das Problem ist nur, bei diesem Thema ist es wie mittlerweile bei sehr vielen anderen Themen auch so, dass das eigentlich Aufgabe der sogenannten Selbstverwaltung ist und dass auch hier wieder die Selbstverwaltung an ihre Grenzen stößt und es nicht hinbekommt, eigentlich eine Sache zu lösen, die, ich glaube, für alle auf der Hand liegt, dass Hebammen so vergütet werden müssen, dass sie am Ende davon auch leben können.

Wie ist die Situation in Mecklenburg-Vorpommern? Seit 2010 ist sowohl die Zahl der freiberuflich tätigen Hebammen als auch die Zahl der Hebammen, die Hausgeburten durchführen, gestiegen. Es bieten in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen 30 Hebammen Hausgeburten an. Die im IGES-Gutachten für die Region Rostock/Stralsund im Vergleich zum Bundesdurchschnitt bezifferte unterdurchschnittliche Versorgungslage ist missverständlich. Eine geringe Bettendichte ist meines Erachtens kein Indikator für eine Unterversorgung und deshalb wird hier zu Recht angesprochen, dass man dieses IGES-Gutachten noch mal mit differenzierten Daten unterlegen muss.

Damit eine gute Qualität in der Geburtshilfe sichergestellt werden kann, fordert mein Haus ganz gezielt die Einrichtung von Mutter-Kind-Zentren zum Beispiel in den Krankenhäusern Schwerin, Hagenow und Neubrandenburg mit Einzelfördermitteln der Krankenhausfinanzierung. Von deren Qualität konnte ich mich persönlich überzeugen.

Auf Landesebene wurde durch die Etablierung von Familienhebammen ein zweites Standbein für die Hebammen geschaffen. Das Land hat die Fortbildung von 63 Hebammen zu Familienhebammen gefördert. Inzwischen sind in Mecklenburg-Vorpommern in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Familienhebammen tätig, die mit einer Summe von 350.000 Euro durch mein Haus gefördert werden. Zusätzlich sind für die Ausbildung der Familienhebammen Mittel in Höhe von 76.000 Euro eingesetzt worden.

Unabhängig von diesem Engagement sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, dass aber das Grundproblem - die Grundvergütung, die nicht ausreichend ist - insbesondere mit Hinblick auf die steigenden Haftpflichtkosten nicht gelöst ist, weil darauf die Landespolitik keinen direkten Einfluss hat, auch nicht die Bundespolitik, weil es gelöst werden muss durch die Vertragsbeziehungen zwischen Leistungsanbietern und Krankenkassen. Der Staat und insbesondere die Länder haben keinen direkten Einfluss auf deren Ausgestaltung, speziell eben nicht auf die Höhe einzelner Leistungsvergütungen. Ich sage das noch mal, denn sonst wäre es relativ einfach. Bei der großen Einigkeit könnten wir ansonsten an dieser Stelle etwas machen. Das heißt aber für mich nicht, so wie bei allen anderen Themen übrigens auch, zum Beispiel der ambulanten häuslichen Krankenpflege, dass man sagt, das ist Selbstverwaltung, das wäre eine Sünde, wenn wir da eingreifen. Das ist natürlich Quatsch. Sondern wir haben die Pflicht, uns auch zu positionieren.

(Vincent Kokert, CDU: Das glaubt wohl nur DIE LINKE, dass das so ist.)

Und ich bin ganz froh, dass ich mir da auch mit meinen Kollegen der anderen Länder einig bin. Es ist ständiges Thema auf den Gesundheitsministerkonferenzen. Es wurden schon mehrere Beschlüsse gefasst, die den

Hebammen Rückendeckung in den Verhandlungen geben.

Zum ersten Problem, der Haftpflicht: Um die Vergütungssituation für Hebammen speziell wegen stark gestiegener Berufshaftpflichtversicherungen zu verbessern, wurde Paragraf 134a SGB V, der die Versorgung von Hebammenhilfe regelt, zum 1. Januar 2012 wie folgt ergänzt: "Bei der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der freiberuflich tätigen Hebammen ... sind insbesondere Kostensteigerungen zu beachten, die die Berufsausübung betreffen." Das ist ein erster kleiner Teilerfolg, der sich auch daraus ergibt, diese Gesetzesänderung durch die Bundesregierung im SGB V, dass eben in den letzten Jahren es immer wieder Thema war. Ich erinnere auch an die umfangreiche Beratung im Sozialausschuss. Damit ist sozusagen wenigstens die gesetzliche Grundlage da, dass auch die Kostensteigerungen dabei zu berücksichtigen sind.

Auf der Gesundheitsministerkonferenz am 27. Juni dieses Jahres war das natürlich auch wieder Thema und hier gibt es einen einstimmigen Beschluss, dass die Steigerungen der Haftpflichtprämien zeitnah an einer Erhöhung der Entgelte für Hebammenleistungen abgebildet werden sollen. Durch Vergütungsverhandlungen sind aber zwischenzeitlich keine wesentlichen Verbesserungen an der Situation der Hebammen eingetreten und deshalb habe ich mich im Juni erneut an den Bundesgesundheitsminister Herrn Bahr gewandt und ihn gebeten, auch außerhalb der Verhandlungen zwischen den Hebammenverbänden und den Krankenkassen nach Wegen zu suchen, durch die die finanzielle Situation der Hebammen im Bereich der außerklinischen Tätigkeit verbessert wird und es den Frauen auch in Zukunft ermöglicht wird, frei über den Ort ihrer Entbindung zu entscheiden. Da es ein bundeweites Problem ist, hat vor allem der Bundesgesundheitsminister hier Einfluss, auf die Verhandlungspartner einzuwirken, insbesondere den Verhandlungspartner Krankenkassen.

(Vincent Kokert, CDU: Sie scheinen eingeschlafen zu sein.)

Und wir haben ihn bei diesen Gesprächen unterstützt durch ständige Beschlüsse, wie gesagt, zuletzt durch einen Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 27. Juni.

Am 9. Juni 2012 haben sich die gesetzlichen Krankenkassen und die Hebammenverbände auf einen finanziellen Ausgleich für die Geburtshelferinnen geeinigt. Nach Angaben der Verhandlungsparteien erhält eine Hebamme nun zusätzlich für jede von ihr betreute Geburt im Geburtshaus 25,60 Euro und bei jeder Hausgeburt 78,00 Euro. Die Kassen werden damit jährliche Mehrausgaben von 1,7 Millionen Euro beisteuern. Die nun getroffene Vereinbarung gilt rückwirkend zum 1. Juni 2012. Auch die Vergütungssätze sind angehoben worden, um die stark gestiegenen Prämien zur Berufshaftpflicht zu kompensieren. Diese werden nun vollständig von den Krankenkassen übernommen.

Zum zweiten Problem – und dieses Problem bleibt, es ist ja Kernproblem und das mit der Haftpflichtversicherung verschärft es dann –, die Honorare allgemein: Bisher gab es keine Einigung von Kassen und Hebammen bei der Erhöhung der Honorare insgesamt. Ein Angebot des GKV-Spitzenverbandes von mehr als 10 Prozent

hätten die Hebammenverbände nach Aussagen des GKV-Spitzenverbandes abgelehnt. Sie wollen nach Darstellung der Krankenkassen jetzt die Schiedsstelle anrufen. Die Hebammen hätten 30 Prozent mehr Vergütung gefordert. An der seit Jahren völlig unbefriedigenden Vergütungssituation der Hebammen habe sich noch nichts geändert, erklärten Vertreter der Berufsgruppe.

Einhellige Meinung auf der Gesundheitsministerkonferenz war, dass man den Hebammen den Rücken stärken muss politisch, dass sie hier die richtigen Forderungen stellen und dass sie mit diesen Forderungen dann auch die Schiedsstelle aufsuchen sollen, denn wenn sie dort ihre Forderungen belegen, müsste die Schiedsstelle entsprechend zugunsten der Hebammen schiedsen. Das vom Bundesministerium für Gesundheit erstellte Gutachten des IGES-Instituts für Versorgungs- und Vergütungssituation in der außerklinischen Hebammenhilfe könnte eine Basis sein, die jetzt noch streitigen Punkte beizulegen.

Es ist richtig, dass wir weitere Daten brauchen. Allerdings geht der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu weit. Schon mit der zurzeit erhobenen Statistik sind Aussagen über die Anzahl der niedergelassenen Hebammen in den Landkreisen und mit einer Differenzierung, wie viele davon Hausgeburten durchführen, möglich. Da aber laut IGES-Gutachten die Datenlage unzureichend ist, sollte der Versuch unternommen werden, hier gemeinsam mit den anderen Bundesländern mehr Klarheit zu schaffen, und deshalb unterstütze ich den von den Koalitionspartnern CDU und SPD gestellten Antrag. Dabei setze ich auch auf die Kooperationsbereitschaft der anderen Bundesländer und der Hebammen und Hebammenverbände, denn derzeit besteht keine Rechtsgrundlage für eine weitergehende Datenerfassung, aber meine Kolleginnen und Kollegen der anderen Länder haben parteiübergreifend immer wieder deutlich gemacht, dass auch ihnen das Thema am Herzen liegt, und deswegen glaube ich, dass wir da auf offene Ohren stoßen werden. Ich habe außerdem, weil ich bei dem Thema Statistik immer sehr vorsichtig bin, um die Berufsgruppen nicht noch zusätzlich zu belasten, weil Bürokratieabbau und immer mehr Statistik, das verträgt sich eigentlich nicht, vorsorglich den Hebammenverband hier im Land gefragt, der ausdrücklich den Antrag der Koalitionsparteien CDU und SPD unterstützt.

Abschließend versichere ich Ihnen, dass ich die Entwicklung der Vergütungsverhandlungen weiterhin aufmerksam beobachten werde und mich natürlich gemeinsam mit meinen Länderkollegen dafür einsetzen werde, dass die Hebammen für ihre verantwortungsvolle Arbeit zum Wohle vieler Frauen und vor allem deren Kinder angemessen bezahlt werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Linksfraktion begrüßt den vorliegenden Antrag der Bündnisgrünen. Das Thema ist aktuell und Mecklenburg-Vorpommern ist besonders betroffen. Es ist ein Armutszeugnis, dass es die Regierungspolitik im Bund über Jahre versäumt hat, bei den

stetig ansteigenden Haftpflichtprämien einzuschreiten. Das Ergebnis ist besonders für Mecklenburg-Vorpommern katastrophal. So berichtet der Deutsche Fachverband für Hausgeburtshilfe in der Anhörung des Sozialausschusses im Februar 2011 – Herr Kokert, Sie werden sich sicherlich erinnern, wir waren da,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, ich war da.)

ja, ja, ich sage ja, Sie werden sich sicherlich erinnern, wir waren gemeinsam da –, dass im Bereich der Hausgeburtsbetreuung die flächendeckende Versorgung nicht mehr gewährleistet ist. Vertretungen im Krankheits- und Urlaubsfall können nicht mehr gewährleistet werden.

Der IGES-Bericht listet explizit Rostock, Stralsund, Schwerin und Neubrandenburg – Frau Gajek hatte darauf verwiesen – als Regionen auf, die unterdurchschnittlich versorgt sind und wo eine Wahlfreiheit nicht mehr besteht. Dabei üben Hebammen eine verantwortungsvolle Tätigkeit mit 24-stündiger Rufbereitschaft aus. Ich denke, das sehen wir unisono so, dass diese Tätigkeit große Wertschätzung erfahren muss. Sie nehmen eine wichtige gesellschaftliche Arbeit wahr und sie tragen eine hohe Verantwortung für das Leben von Mutter und Kind.

Darüber hinaus verringert die Arbeit der Hebammen auch die Kosten in unserem Gesundheitssystem, denn sie entlasten die Ärztinnen und Ärzte. Deswegen ist es vollkommen richtig, dass im Antrag die Forderung aufgemacht wird, eine Lösung für die gestiegenen Haftpflichtprämien zu entwickeln. Es ist auch vollkommen richtig, dass die unzureichenden Honorare für Hebammen thematisiert werden. Insofern unterstützen wir die Intention, die mit dem Antrag verbunden ist, wollen ihn jedoch an zwei Punkten präzisieren.

Es ist kaum vorstellbar, aber die Prämien für die Haftpflichtversicherung von Hebammen wurden im Jahr 2010 um 56 Prozent auf rund 3.700 Euro erhöht. 2012, auch das hatte Frau Gajek schon angemerkt, wurde eine erneute Erhöhung um 15 Prozent vorgenommen. Mittlerweile betragen die Versicherungskosten also rund 4.200 Euro. Wäre des Deutschen liebstes Kind, das Auto, betroffen, würden derartige Prämienerhöhungen bei der Kfz-Haftpflicht vorgenommen, wäre längst eingeschritten worden. Im Falle der Geburtshilfe durch Hebammen hat es Jahre gedauert, bis die Bundespolitik von CDU und FDP reagiert hat. Erst jetzt wurde beschlossen, dass wenigstens die letzte Erhöhung der Versicherungsprämien durch die Krankenkassen kompensiert wird. Damit bleiben die Hebammen aber immer noch auf der Erhöhung von 56 Prozent aus dem Jahr 2010 sitzen. Ich kann also allenfalls einen Teilerfolg auf diesem Gebiet konstatieren.

Das Problem der stetigen Haftpflichtbeiträge und deren Erhöhung wurde auch nicht an der Wurzel gepackt. Dazu trägt bei, dass die Versicherungsunternehmen nicht transparent arbeiten. Die Schadensfälle nehmen nicht zu, sondern ab. Der Landeshebammenverband Mecklenburg-Vorpommern hat angegeben, dass es im Zeitraum von 2000 bis 2010 bundesweit drei Schadensfälle gegeben hat. Jede Beeinträchtigung an Mutter und Kind, die im Zuge einer Geburt passiert, ist eine unglaubliche Tragödie, da sind wir uns, denke ich, völlig einig. Es bleibt aber die Feststellung, dass sinkende Schadensfälle und steigende Versicherungsprämien nicht zusammenpassen. Auch hier ist ein Handeln gefordert. Die Versi-

cherer müssen gezwungen werden, ihre Kalkulation offenzulegen.

(Vincent Kokert, CDU: Es gibt ja nur noch einen.)

Ja, insofern auch angesichts dieser Monopolstellung.

Zu prüfen ist auch die Frage, ob dieser Versicherer die marktbeherrschende Stellung ausnutzt, um Prämien festzulegen.

Mit unserem Änderungsantrag will DIE LINKE die langjährige Forderung der Hebammenverbände nach einem gemeinsamen Haftungsfonds zur Abstimmung stellen. Dieser ist wie eine staatliche Rückversicherung zu verstehen, wie er in Skandinavien für im Gesundheitswesen Beschäftigte existiert. Er garantiert, dass Risiken breiter gestreut werden und dass vor allem auch diejenigen die Risiken tragen, die von der Arbeit der Hebammen profitieren. Ob und in welchem Verhältnis dies die Krankenkassen, die Eigentümer von Krankenhäusern und/oder die Gesellschaft als solches ist und damit Steuermittel heranzuziehen sind, muss in einem nächsten Schritt beraten werden. Fakt ist, DIE LINKE will die Hebammen mit den exorbitanten Kostensteigerungen nicht alleinlassen. Deswegen müssen wir handeln, wozu ich auch den gesamten Landtag auffordere.

Zu Punkt 3 des Antragstextes der GRÜNEN beantragen wir explizit, den Mindestlohn von 10 Euro aufzunehmen. Da bleiben wir, würde ich gern Herrn Renz zurufen, da bleiben wir konsequent.

Die Hebammenvergütung wird seit 2007 direkt zwischen Krankenkassen und Hebammenverband ausgehandelt. Damit handelt es sich, genauso wie bei den Verhandlungen der Vergütungssätze in der häuslichen Krankenpflege, um eine Aufgabe der Selbstverwaltung. Damit gehen aber auch Friktionen einher, wie wir sie eben in der häuslichen Krankenpflege in Mecklenburg-Vorpommern erleben. Ähnlich wie dort fordern Interessenverbände eine höhere Vergütung, die Kassen wollen aber weniger zahlen. Im Falle der Hebammen geht es um die berechtigte Forderung nach einem Stundensatz von 10 Euro und in der IGES-Studie ist ja der durchschnittliche Stundensatz mit 7,50 Euro angegeben.

Nun soll die Schiedsstelle angerufen werden, der Ausgang des Verfahrens ist offen. Die Bundespolitik muss sich wiederum fragen lassen, inwieweit es sachgemäß ist, zwei Akteure mit gegensätzlichen Interessen – so weit ist das noch normal –, aber unterschiedlichem Gewicht und teilweise gegensätzlichem gesetzlichen Auftrag in Verhandlung treten zu lassen. Ich will daran erinnern: Die Zustimmung der Hebammenverbände zur Überführung in die Selbstverwaltung hat es 2006 nur gegeben, weil eine Gebührenerhöhung versprochen wurde. Diese hat es aber nie gegeben. Hier hat sich die Bundespolitik ihrer Verantwortung entledigt zum Schaden der selbstständigen Hebammen sowie der Mütter und Kinder.

Die Wertschätzung von Arbeit kommt unter anderem durch die Vergütung zum Ausdruck, da erzähle ich uns allen nichts Neues. Die IGES-Studie zeigt, dass sich bundesweit das Einkommen positiv entwickelt hat, die Einkommen sich jedoch sehr stark unterscheiden. Gerade jene Hebammen, die nur in Teilzeit oder nicht ganzjährig arbeiten können, haben mit realen Lohnkürzungen

zu kämpfen. Knapp neun Prozent der freiberuflichen Hebammen haben einen Verlust vor Steuern. So sind zum Beispiel die Vergütungssätze so strukturiert – ich habe mich gerade diese Woche da noch mal in dieser Region hier um Schwerin speziell kundig gemacht –, dass innerhalb eines Einsatzradius von 20 Kilometern die Kosten abgedeckt sind. Das passt, denke ich, für das Ruhrgebiet oder überhaupt für Ballungsräume, das passt aber nicht zu der Region zum Beispiel hier oder Regionen in Mecklenburg-Vorpommern.

Oder ein anderes extremes Beispiel, das mir diese Woche geschildert wurde: Eine Hebamme, die erfährt, dass die werdende Mutter drogenabhängig ist, muss zum Wohle des Kindes Ärzte, den Öffentlichen Gesundheitsdienst, Rechtsanwalt, Jugendamt und so weiter verständigen und Maßnahmen verabreden. Das ist ein erheblicher Mehraufwand, den niemand vergütet.

Auch angestellte Hebammen haben nicht viel im Portemonnaie. So liegt der Durchschnittsnettoverdienst von Vollzeitbeschäftigten bei gut 20.000 Euro im Jahr, der von Teilzeitbeschäftigten bei gut 13.000 Euro. So wundert es nicht, dass für die Hebammen real ein Stundenlohn, ich sagte es bereits, von 7,50 Euro herauskommt. Deswegen muss sich das Land auf Bundesebene für eine bessere Vergütung einsetzen. Frau Ministerin hat darüber gesprochen, in welcher Art und Weise sie das tut. Heute durch uns auch noch mal Rückenwind zu kriegen, ist, denke ich, auch gut und angemessen.

Zum Zweiten ist es aber jedoch, wenn wir unser Votum abgegeben, eine Frage der Gerechtigkeit, auf die wir Bezug nehmen. Was für Aufträge des Landes Mecklenburg-Vorpommern gelten soll, was die Linkspartei für die Kellnerin, die Pflegekraft oder den Maler fordert, muss natürlich auch für Hebammen gelten, meinen wir. Wir fordern, die Vergütungssätze so auszugestalten, dass die Hebammen auf einen Lohn von mindestens 10 Euro kommen, denn erst diese Lohnhöhe bietet Gewähr – ich verweise mal auf die Argumente, die Herr Foerster mehrfach an dieser Stelle vorgetragen hat –, im Alter nicht auf staatliche Hilfen angewiesen zu sein. Das, denke ich, sollte ein Anliegen sein, das uns alle eint.

Meine Damen und Herren, das Problem ist nicht neu. Auch hat die Linksfraktion unsere Vorschläge bereits letzte Legislaturperiode eingebracht, also im Oktober. Ich erinnere an die Redebeiträge vom Kollegen Ritter. In unrühmlicher Manier sind unsere Initiativen abgelehnt worden. Ich kann nur die GRÜNEN bitten, unserem Änderungsantrag zu folgen. Und ich möchte in Richtung CDU und SPD sagen: Nehmen Sie Ihre Verantwortung gegenüber den Hebammen im Land ernst, stimmen Sie dem Änderungsantrag von uns zu! Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN selbstverständlich zu. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Barlen von der SPD-Fraktion.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hebammen haben nicht nur einen der schönsten und einen der ältesten Berufe, sie leisten nicht nur eine wertvolle Arbeit in der Vorsorge, bei Geburt und Nachsorge, bei der Förderung der Eltern-

Kind-Beziehung, bei sämtlichen Fragen zum Stillen, zur Babypflege sowie zur Begleitung in der Frage der Rückbildung, sondern weit darüber hinaus. Hebammen haben den meisten von uns hier im Landtag Vertretenen einen guten Start in unser Leben ermöglicht und unsere Mütter und unsere Väter kompetent und menschlich bei einem der existenziellsten Ereignisse im Leben begleitet. Und mehr noch, zahlreiche Hebammen engagieren sich couragiert und selbstbewusst in unserem Land und in Deutschland als Familienhebammen für das Kindeswohl in sogenannten Risikofamilien. Hebammen sind weltweit als Botschafterinnen für Frauenrechte, für die natürliche Geburt und vieles mehr unterwegs.

Wenn das Statistische Bundesamt beispielsweise zu Protokoll gibt, dass 2010 rund 30 Prozent der geborenen Kinder durch einen Kaiserschnitt zur Welt gekommen sind, während die regionalen Schwankungen zwischen 15 und 37 Prozent liegen, erfahrene Gynäkologen aber nur von einer tatsächlichen Notwendigkeit eines Kaiserschnittes in rund 15 Prozent der Fälle ausgehen,

(Vincent Kokert, CDU: Dann wissen wir, was da los ist.)

dann sind die Hebammen zur Stelle, um auf diesen Missstand aufmerksam zu machen. Sie sind ganz wichtige Partnerinnen für uns, wenn wir gemeinsam mit den Krankenkassen hier im Land für genau die Reduzierung dieser Schnittrate kämpfen.

(Vincent Kokert, CDU: Da gucken die Kassen nicht so hin.)

Gleiches gilt, wenn es um das Engagement für die Umsetzung der UNICEF-Initiative "Babyfreundliches Krankenhaus" und die Stillfreundlichkeit von Entbindungsstationen, das heißt, den Verzicht auf die intensiv beworbenen Muttermilchsubstitute der Nahrungsmittelindustrie geht. Für die gesamten hervorragenden Leistungen der Hebammen sind wir sehr dankbar. Und das flächendeckende Netz von Hebammen in der Geburtshilfe muss in Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft erhalten werden, unabhängig davon, ob sie von angestellten oder freiberuflichen Hebammen erbracht wird. Werdende Mütter und Väter brauchen auch weiterhin eine Wahlfreiheit.

Und neben dem schleichenden Rückzug von Hebammen aus der Geburtshilfe in die Vor- und Nachsorge muss verhindert werden, dass die glücklicherweise im Land entstandenen Geburtshäuser wieder von der Bildfläche verschwinden. Hierfür, das hat die heutige Debatte bisher schon anschaulich gezeigt, muss die Hebammenarbeit insgesamt nicht nur ideell, sondern auch finanziell anerkannt werden und den Angestellten und Freiberuflerinnen ein ordentliches Auskommen gesichert werden. Und dafür einzustehen, das ist auch unsere Verpflichtung hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Die Tatsache, dass Hebammen sich ähnlich wie im Fall der Pflegenden bei der häuslichen Krankenpflege in den letzten Wochen, Monaten und Jahren immer lautstärker auch selber zu Wort gemeldet und sich in Land und Bund Gehör verschafft haben, das war sicher eine der Ursachen dafür, dass im Juli dieses Jahres nach, man kann sagen, zähen Beratungen eine Einigung mit den Kassen beim Ausgleich der letzten Rate der Versicherungsprämien geglückt ist.

Und weiterhin zu klären ist in diesem Zusammenhang aber natürlich der offene Restbetrag und auch zu klären in diesem Zusammenhang ist die teilweise mutmaßlich vorherrschende Unterversicherung von Hebammen durch die Arbeitgeber in den Kliniken.

Auch die Überführung der Belange von Hebammen aus der Reichsversichertenordnung in das SGB V geht in die richtige Richtung. Da schauen wir mal darüber hinweg, dass dieser Schritt nur zögerlich und im Rahmen des Pflegeneuausrichtungsgesetzes quasi durch die Hintertür von der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung umgesetzt wird. Keine Einigung, das hat auch noch mal unser persönliches Gespräch mit dem Landeshebammenverband in der letzten Woche gezeigt, keine Einigung gibt es bei den Honoraren. Und hier, das hat Ministerin Schwesig genau richtig angesprochen, muss es der Selbstverwaltung genauso wie bei der häuslichen Krankenpflege gelingen, eine anständige, der großen Verantwortung und der langjährigen Lohnzurückhaltung der Hebammen gerechte Vergütung zu finden.

Das viel zitierte IGES-Gutachten liefert in diesem Zusammenhang wertvolle Befunde. Und die Belange, auch das ist gesagt worden, der Hebammen beschäftigen uns nicht erst seit IGES, in Klammern: Das Gutachten ist ja erst infolge des Drucks aus den Ländern erstellt worden. Also es gab vorher eine lebhafte Diskussion darüber und immer wieder entsprechende Forderungen auch aus unserem Bundesland. Also nicht erst seit IGES, sondern schon sehr lange und sehr kontinuierlich beschäftigten wir uns mit der Lage der Hebammen. Und als Landespolitik haben wir dazu unter anderem eine große Anhörung zum Thema in der letzten Legislatur durchgeführt, wir haben einen entsprechenden Landtagsantrag eingebracht, aber auch das Engagement unseres Fraktionsvorsitzenden und von Ministerin Schwesig bei der Gesundheitsministerkonferenz und im direkten Kontakt mit dem Bundesgesundheitsminister - man muss mittlerweile sagen, mit den Bundesgesundheitsministern -, da ist Druck gemacht worden.

> (Vincent Kokert, CDU: Meinen Sie den Fraktionsvorsitzenden?! Da bin ich mir gar nicht so sicher.)

Herr Dr. Nieszery, ja selbstverständlich, hat einen druckvollen Brief an den Bundesgesundheitsminister geschrieben, genau in dieser Sache tätig zu werden, und das hat entsprechende Reaktionen dann nicht lange auf sich warten lassen.

Jedenfalls haben wir auch dazu in diesem Sinne einen Beitrag geleistet, dass das Problembewusstsein für die Lage der Hebammen, für die Lage der werdenden Mütter und Väter gestiegen ist und die Bundesregierung tätig geworden ist. Und das Erreichte ist natürlich nicht ausreichend

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und da muss sich, da sind wir in diesem Hause hier einer Meinung, einiges verbessern und verstetigen. In diesem Zusammenhang halten wir es ausdrücklich für sinnvoll, die Datenlage zur Arbeit aller Hebammen in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern und deren regionale Verteilung sowie die angebotenen und die tatsächlich erbrachten Leistungen zu ergründen.

Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der GRÜNEN in geänderter Fassung entsprechend unseres Änderungsantrages. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Kokert von der Fraktion der CDU.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will Sie nicht mit noch mehr Einzelheiten quälen, was dieses Thema angeht, aber eins ist mir schon wichtig: Das Thema Hebammen hat uns in der vergangenen Legislaturperiode natürlich hier immer wieder beschäftigt. Wir haben dazu Anhörungen gemacht mit den entscheidenden Verbänden und man muss sagen, ein Ruhmesblatt der Bundespolitik ist diese ganze Geschichte nicht. Das gestehe ich auch gerne zu. Und Hebammen sind nun, wir haben zwar das Gefühl, sie sind besonders laut, aber keine besonders starke Lobby, das muss man ganz deutlich sagen. Und manchmal beschleicht mich so ein bisschen das Gefühl, bei dem Thema Selbstverwaltung ist man sehr schnell geneigt, wenn der Marburger Bund auf den Bäumen steht, da in der Selbstverwaltung einzuknicken, weil man natürlich weiß, welche Wirkungen das hat, wenn Ärzte irgendwo streiken.

Und das geht den Pflegenden, das haben wir ja gestern auch immer wieder gehört, genauso. Und insofern stellt sich natürlich auch die Frage: Wie sollen sich Hebammen da eigentlich zur Wehr setzen bei der so viel gelobten und hochgelobten Selbstverwaltung? Ich glaube, dass wir über kurz oder lang bei diesem Thema jedenfalls nicht um einen Haftungsfonds herumkommen. Das haben die LINKEN aus meiner Sicht richtig erkannt und auch der Antrag der GRÜNEN geht bei dem Thema in die richtige Richtung.

Und die Frage, die sich da stellt, ist natürlich: Was können wir eigentlich als Landesregierung, was kann der Landtag eigentlich tun, um die Hebammen bei ihrem Ansinnen zu unterstützen? Und ich kann Ihnen sagen, in der Region, in der ich lebe, das kam ja durch das IGES-Gutachten jetzt auch zutage, da haben in den vergangenen anderthalb Jahren diverse Hebammen ihre Freiberuflichkeit eingestellt.

Und da muss man sich mal die Frage stellen: Wo kommen wir da eigentlich hin, wenn eine angestellte Hebamme – das wissen die zum großen Teil gar nicht – durch ihren Arbeitgeber nicht ausreichend versichert wird? Und diese Schadensfälle hat es in der Bundesrepublik Deutschland schon gegeben. Da werden dann Versicherungsprämien eingezogen und dann sagt man, der Schadensfäll, der kann locker 4/5 Millionen kosten. Und das ist ja klar bei einem neugeborenen Kind, was einen hinterher nachgewiesenen Schaden durch die Geburt hat, das kostet richtig Geld und da sind 2 oder 3 Millionen natürlich nicht viel Geld. Und da muss man die Frage beantworten: Wieso steht dann eine angestellte Hebamme eigentlich in der privaten Haftung?

Und ich glaube schon, die Träger der Krankenhäuser, jedenfalls nehme ich das so wahr, gehören nicht unbedingt zu den Notleidenden. Wie man so was vereinbaren kann, das muss auch noch mal kritisch in der öffentlichen Debatte hinterfragt werden, denn da können Hebammen

nicht einfach einen Ausfallschritt machen und sagen, also die versichern sie nicht genug. Bei Ärzten, denke ich, macht man das auch und auch die Krankenschwestern sind ausreichend versichert. Also das sind alles Probleme, die die Hebammen in diesen Fragen bewegen.

Und ein wichtiges Thema noch, das, denke ich, ist auch ein gesellschaftliches Problem: Warum ist das so, dass die Kaiserschnittraten immer weiter steigen? Warum ist das so?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tja.)

Da könnte ich jetzt böswillig sein und sagen, wahrscheinlich lohnt sich das abrechnungstechnisch für die Träger der großen Krankenhäuser mehr. Aber so leicht will ich mir das gar nicht machen. Vielleicht entrückt unsere Gesellschaft auch immer weiter von dem eigentlich natürlichen Geburtsvorgang.

Das sind alles Themen, die gehören auch immer wieder auf die politische Tagesordnung, und insofern – und meine Damen und Herren von den GRÜNEN, das werden Sie von mir nicht so oft hören – bin ich Ihnen auch dankbar, dass Sie diesen Antrag hier gestellt haben, weil das immer wieder die Möglichkeit gibt, auch noch mal deutlich zu machen, dass es hier tatsächlich ein Ungleichgewicht auch in der öffentlichen Wahrnehmung gibt, wenn es um dieses Thema geht.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, da es ja immer dieses Spiel zwischen Regierung und Opposition gibt und man natürlich immer sagen kann, es gibt aus dem einen Antrag das Richtige und aus dem anderem Antrag - und ich habe sogar schon auch eingestanden bei den LINKEN, der Haftungsfonds, wahrscheinlich kommen wir irgendwann auf bundespolitischer Ebene gar nicht drum herum, einen einzurichten -, bitte ich Sie sehr um die Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU und der SPD, denn alle Anträge und alle Redner, die bis jetzt hier vorne waren, gehen eigentlich in die gleiche Richtung. Und ich glaube, es wäre ein gutes Signal, wenn dieses Parlament sich darauf verständigen könnte zu sagen, jawohl, wir stehen hinter den Hebammen. Das würde dort auch sehr schnell die Runde machen. Ich nehme auch an, dass die GRÜNEN das mit dementsprechender öffentlicher Wirkung dort kundtun würden. Und ich würde mich sehr freuen, wenn wir diesen Änderungsantrag von CDU und SPD mit einer großen Mehrheit hier heute verabschieden könnten. -Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Köster von der NPD-Fraktion.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Der Frauenschläger redet zu dem Thema, ich fass' es nicht, ich fasse es echt nicht!)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Dr. Seemann, beruhigen Sie sich.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich bin ganz ruhig, ich bin empört.)

Die Fraktion der GRÜNEN hat uns hier einen ausführlich begründeten Antrag vorgelegt mit dem Ziel, die Sicherung der Versorgung durch Hebammen sicherzustellen. Insgesamt wärmt der Antrag der GRÜNEN jedoch nur die Aussprachen der 5. Legislaturperiode hier im Landtag auf, aber zu Recht, denn die Situation für Hebammen hat sich in den letzten zwei Jahren weiter gravierend verschlechtert und die Existenzbedrohung ist für viele Hebammen weiterhin gegeben. Ursächlich verantwortlich sind die Rahmenbedingungen. Und aus Sicht der NPD-Fraktion ist der Hauptgrund bei der politischen Klasse zu suchen, hat diese doch in den vergangenen 20 Jahren absolut die Gestaltungsfähigkeit aus der Hand gegeben und heute bejammert die politische Ebene generell jene Zustände, die sie selbst zu verantworten hat.

Oder: In welchem Bereich kann die Politik heutzutage für die Bürger im Land noch direkt eingreifen, wenn etwas aus den Fugen gerät? Die Hebammen sind heute dem angeblich so freien Wettbewerb fast hilflos ausgeliefert. Wie und womit sollen sie sich dem hier unzumutbaren Vorhaben der Kassen und der Berufshaftpflichtversicherung zur Wehr setzen? Zwar erklärten sich die gesetzlichen Krankenkassen gnädigerweise nun bereit, für den erheblich gestiegenen Berufshaftpflichtversicherungsbeitrag aufzukommen. Ihnen müsste aber auch bekannt sein, dass lediglich der zum 1. Juli erhobene Mehrbeitrag übernommen wird. Sicherlich handelt es sich hierbei um rund 550 Euro jährlich, allerdings ist von Hebammen weiterhin der Hauptbeitrag von 3.700 Euro zu tragen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich gerne daran, dass der Jahresbeitrag vor etwa 20 Jahren noch lediglich 250 Euro betrug. Allein in den letzten zwei Jahren hat sich die Prämie fast verdoppelt. Und wenn dann noch berücksichtigt wird, dass der durchschnittliche Stundenlohn einer Hebamme gegenwärtig etwa 7,50 Euro beträgt, dann wird langsam die Politik zum Spielball der Kassen. Und so ist es nicht verwunderlich, dass zum Beispiel in Vorpommern mehrere Hebammen die Geburtshilfe einstellen mussten. Stattdessen sind sie nun nur noch in der Vorsorge und in der Wochenbettbetreuung tätig.

Das Interesse an der Ausbildung zur Hebamme hier im Land ist dennoch riesengroß. Es wird endlich Zeit, dass diesem Beruf nicht nur die gesellschaftliche Anerkennung zukommt, sondern die Tätigkeit auch auskommend entlohnt wird. Und in diesem Zusammenhang ist zu sagen, die Selbstverwaltung, die hier immer beschworen wird, hat sich schon lange überlebt. Es ist an der Zeit, dass die Politik das Heft des Handelns endlich wieder in die Hand nimmt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben das ja eben schon mitbekommen, wie rege wir an unserem Tisch diskutiert haben, denn es ist etwas passiert, was bislang so noch nicht passiert ist: Die Regierung nimmt einen Antrag von ihnen auf oder von uns auf

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nicht die Regierung, die Regierungsfraktionen.)

und stellt, oder von unserer Fraktion – das habe ich jetzt gesagt, doch, Fraktion –, und gesteht ein,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

dass gerade die Situation der Hebammen in unserem Bundesland prekär ist. Ich möchte dennoch einige Ausführungen machen zu der Debatte, die jetzt eben geführt wurde, und werde dann am Ende mitteilen, wie wir heute stimmen werden.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, jetzt machen Sie es spannend hier! – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist aber spannend jetzt.)

Ja, natürlich, damit die Anspannung jetzt zum Ende der Sitzung heute noch ein bisschen ansteigen kann.

Herr Barlen hatte darauf hingewiesen, dass es die öffentliche Anhörung gab, und auch Frau Schwesig und alle Vorrednerinnen und Vorredner sind darauf eingegangen, dass die Hebammenproblematik schon seit Jahren ein Thema ist. Dennoch ist die Situation nicht befriedigend und ich möchte hier noch einmal einige Punkte zusammenfassen, und zwar:

Erstens. Es geht um eine grundlegende Bestandsaufnahme und um eine Dokumentation zur Situation der Hebammen. Wir brauchen eine systematische umfassende Datenerhebung zur Situation der Hebammen, insbesondere hinsichtlich der regionalen Verteilung der Arbeitsbelastung inklusive Wegezeiten sowie der fachlichen Einsatzgebiete. Wir brauchen diese Statistik für Mecklenburg-Vorpommern, aber auch für den Bund. Wir brauchen diese Statistik, um zu identifizieren, welche Bereiche - fachlich wie geografisch - wie abgedeckt werden, und um auf Fehlentwicklungen, Unterversorgung gezielt reagieren zu können. Und wir brauchen in diesem Kontext auch eine Klärung der Frage, weshalb ein großer Teil der für das IGES-Gutachten befragten angestellten Hebammen angegeben hat, die Kosten für die Haftpflichtversicherung selbst zu tragen. Es geht nicht darum, ob sie das tun, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition. Das ist im Gutachten ja schon thematisiert. Es geht um die Gründe, denn daraus ergeben sich dann mögliche Handlungsschritte.

Zweitens. Die in den vergangenen Jahren eklatant gestiegenen Haftpflichtversicherungsbeiträge betragen bis zu zwei Drittel des erwirtschafteten Einkommens der Hebammen. Das bedroht die wirtschaftliche Existenz des Berufszweigs, vor allem die der freiberuflichen Hebammen, die noch klassische Geburtshilfe anbieten. Die gesetzlichen Krankenkassen haben sich im Juli dieses Jahres bereit erklärt, für den gestiegenen Beitrag zur Berufshaftpflichtversicherung aufzukommen, allerdings übernehmen sie lediglich den Differenzbetrag zwischen den 3.650 Euro Jahresprämie, die bis 30. Juni zu zahlen waren, und dem seitdem fälligen Betrag von 4.200 Euro - eine finanzielle Entlastung von 550 Euro. Das kann nicht das Ende der Fahnenstange sein, das ist lediglich eine Teileinigung. Hinsichtlich möglicher Lösungen für die Problematik der hohen Berufshaftpflichtprämien wollen wir uns hier gar nicht anmaßen, ein Allheilmittel zu kennen, meine Damen und Herren, schließlich wird die Frage, wie gesagt, seit Jahren diskutiert. Nur so viel an dieser Stelle.

Was eine Fondslösung betrifft, stellen sich mir zunächst noch einige fachliche Fragen, nämlich: Wie gestaltet sich die Finanzierung? Wer zahlt sie? Wie viel, ab wann? Gegebenenfalls auch rückwirkend? Und ganz wichtig: Wie würde sichergestellt, dass bereits von Anfang an das Fondskapital zur Kostendeckung eventueller Schäden ausreicht? Ohne plausible Antworten kann es meines Erachtens keine einseitige Festlegung auf ein Model geben.

Ich komme zum dritten Kernpunkt unseres Antrages, der nach wie vor unbefriedigenden Honorarsituation der Hebammen. Eine angemessene Bezahlung der qualifizierten Hebammenbetreuung im Interesse der Gesundheit von Müttern und Kindern ist unverzichtbar. Dass die Landesregierung keinen unmittelbaren Einfluss auf die Honorarfestsetzung nehmen kann, ist uns allen bewusst. Aber wir wissen auch alle um die politischen Einflussmöglichkeiten. Frau Schwesig hat das gestern im Hinblick auf die häusliche Krankenpflege ja auch entsprechend formuliert. Und innerhalb dieses Spielraumes erwarten wir auch von der Landesregierung eine klare Positionierung und eine politische Begleitung des Prozesses.

Die Debatte um den Mindestlohn von 10 Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, ist hier nicht das Thema. Das hatten wir gestern, das hören wir demnächst auch wieder im Sozialausschuss. Es ist ja auch ein wichtiges Thema, aber es passt nicht immer und überall.

Wir, die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, senden mit unserem Antrag eine klare Botschaft. Wir wollen die Versorgung der Hebammen und die Versorgung durch Hebammen sichern. Und deshalb, meine sehr verehrten Abgeordneten, werden wir dem Änderungsantrag der LINKEN-Fraktion nicht zustimmen aus den benannten Gründen. Dem Änderungsantrag der Regierungskoalition werden wir zustimmen,

(Vincent Kokert, CDU: Das ist schön. Das begrüßen wir ausdrücklich, Frau Gajek.)

und zwar,

(Jochen Schulte, SPD: Und den Antrag ablehnen.)

nein, wir werden natürlich auch unserem zustimmen, aber wenn die Landesregierung oder die Koalition

(Heinz Müller, SPD: Na, wer denn nun?!)

so auf uns zukommt und das Problem erkennt, halten wir es doch für gegeben, dann auch ein Zeichen zu setzen, dass wir hier gemeinsam dieses Thema aufgreifen und bundesweit die Situation der Hebammen und insbesondere auch der zukünftigen und jetzt werdenden Mütter verbessern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, dass wir uns

nicht das erste Mal in aller Ernsthaftigkeit fraktionsübergreifend mit der Situation der Hebammen in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen. Und da die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eben signalisiert hat, dass sie dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen beitritt, folgt daraus, dass sich der Änderungsantrag meiner Fraktion erledigt hat,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

weil über den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, weil weitergehend, wird zuerst abgestimmt und die Punkte 2 und 3 unseres Antrages sind damit hinfällig.

Wir werden aber dennoch auch dann dem geänderten Antrag unsere Zustimmung geben. Und ich sage das deshalb hier auch in aller Deutlichkeit, um einer eventuellen Legendenbildung dann wieder vorzubeugen,

(Vincent Kokert, CDU: Sehr gut, Herr Ritter.)

will aber darauf hinweisen, dass uns beide Punkte, die durch die Änderung und die Übernahme durch die Bündnisgrünen wegfallen, für uns wichtig sind und auch Bestätigung gefunden haben in den Redebeiträgen der Abgeordneten der Koalitionsfraktionen. Herr Kokert hat nicht umsonst darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, die Berufshaftpflicht zu thematisieren. Insofern ist es für uns schwer nachvollziehbar, dass man dann aber sagt, wir streichen den Punkt mal.

(Vincent Kokert, CDU: Steht ja noch ein bisschen mehr drin.)

Und Herr Barlen und alle anderen haben gesagt, dass es wichtig ist, dass es für gute und wichtige Arbeit auch einen guten Lohn gibt.

(Vincent Kokert, CDU: Ist doch auch okay.)

Und wir bleiben uns hier an dieser Stelle treu und fordern auch für die Hebammen in unserem Land 10 Euro Mindestlohn. Wir bedauern, dass durch die Übernahme auch dieser Punkt wegfällt. Wir werden aber dennoch dem geänderten Antrag zustimmen, weil uns das Thema zu wichtig ist, als dass wir hier nicht gemeinsam handeln können. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vincent Kokert, CDU: Guter Beitrag.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1080. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1080 von der Fraktion der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen, bei Enthaltung der Fraktionen DIE LINKE und NPD.

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN auf Drucksache 6/1028 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen, (Heinz Müller, SPD: Mit den soeben beschlossenen Änderungen. – Vincent Kokert, CDU: Mit den Änderungen.)

in geänderter Form, genau, in der beschlossenen geänderten Form, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in beschlossener geänderter Form angenommen, einstimmig durch alle Fraktionen.

Ich rufe nun auf den **Tagesordnungspunkt 27**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Ehe und Familie schützen – Keine steuerliche Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, Drucksache 6/1040.

Antrag der Fraktion der NPD Ehe und Familie schützen – Keine steuerliche Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften – Drucksache 6/1040 –

Das Wort zur Begründung hat

(Dr. Margret Seemann, SPD: Jetzt kommt der Frauenschläger wieder.)

der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was für Absonderlichkeiten in dieser Republik vollzogen werden, ist schon schockierend.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere, mit welcher Hartnäckigkeit und, man kann schon fast sagen, mit welcher kriminellen Energie ständig versucht wird, in dieser Republik die Institution der Ehe infrage zu stellen, ist bezeichnend für die politischen Zustände in diesem Land.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kriminell? Was ist denn daran kriminell?)

Um zu beschreiben, was sich in den letzten Monaten auf der politischen Bühne getan hat,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

zitiere ich gerne einmal

(Dr. Margret Seemann, SPD: Der Einzige, der verurteilt ist als kriminell, sind Sie, und nicht wir.)

die nationalkonservative Wochenzeitung "Junge Freiheit". Dort heißt es, Zitat: "Es ist wieder Getöse angesagt."

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich würde ja noch die "Deutsche Stimme" zitieren.)

"Themen über gleichgeschlechtliche Paare in Deutschland erhalten immer sofort"

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oder den "Völkischen Beobachter".)

"eine gewisse Resonanz",

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

"die der numerischen Bedeutung dieser Paare nicht angemessen ist. Es handelt sich um eine Randerscheinung der Gesellschaft." Zitatende.

Also ich wiederhole dieses gerne erneut.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Warum Ihre Panik dann?)

Es wird gerade von den Medien und der politischen Klasse eine verschwindend kleine Randerscheinung in den Mittelpunkt der politischen Handlung gehoben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Huh!)

Man könnte meinen, dass hier Klientelpolitik zum eigenen Nutzen betrieben wird.

(Thomas Krüger, SPD: Haben Sie Angst davor?)

Im Grunde könnten die Bestrebungen daher auch vernachlässigt werden,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ja, dann setzen Sie sich mal! Das hat sich erledigt.)

wären nicht ihre fatalen Folgen, denn die Forderung nach der Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft von Homosexuellen mit der der Ehe zwischen Frau und Mann, also der natürlichen Lebensform.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

zeigt das ganze Ausmaß einer höchst,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Na, die Natur hat mehr zu bieten, als Sie sich denken können.)

zeigt das ganze Ausmaß einer höchst zukunftsfeindlichen Politik.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Was für ein Menschenbild!)

Nach dem Mikrozensus leben acht von zehn Paaren immer noch in einer Ehe,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist doch in Ordnung. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

wodurch die natürliche Lebensform die überwältigende Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung betrifft.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Na also! Warum beschweren Sie sich denn? Setzen Sie sich mal! – Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Zu Recht bemerkt die "Junge Freiheit" am 19. August 2012, dass in der politisch-medialen Klasse die Randgruppe der Homosexuellen im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung "überrepräsentiert" ist. Die klas-

sische Familie hingegen hat von der Politik nix zu erwarten.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Nichts zu erwarten, N – I – X.)

"Viele Politiker folgen" dem Getöse, schreibt die "Junge Freiheit" richtigerweise, "und basteln ihre eigenen Gesetze, die mit dem Gemeinwohl nicht mehr viel zu tun haben", so die "Junge Freiheit". Dem ist nicht zu widersprechen.

Ist heute von Familienpolitik die Rede, handelt es sich fast ausschließlich nur um Projekte, die die Betreuung der Kinder möglichst schon im Säuglingsalter beabsichtigen. Die Politik der etablierten Parteien hat zur Folge, dass nur noch in arbeitsmarktnützlichen Kategorien gedacht wird. Es hat sich in unserem Land eine totale Verwirtschaftlichung aller Lebensbereiche vollzogen, als deren Folge die Familien auf der Strecke bleiben. Und die Diskussion um die Ausdehnung des sogenannten Ehegattensplittings auf Homosexuelle zeigt deutlich auf, worum es hier in dieser Republik eigentlich geht. Es stehen einzig und allein materielle Dinge in der Politik und den Medien im Vordergrund mit dem Ziel, reine Klientelpolitik zu betreiben,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich denke, das ist eine Randgruppe.)

denn es zählt in dieser ehrenwerten Gesellschaft generell nur das, was Kasse macht beziehungsweise wobei man persönliche Vorteile hat, und deshalb ist mir Ihre Ellenbogengesellschaft so zuwider. In der heutigen Zeit zählt nicht,

> (Heinz Müller, SPD: Was glauben Sie denn, was mir zuwider ist?! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

in der heutigen Zeit zählt nicht der Dienst an

(Dr. Margret Seemann, SPD: Dann nehmen Sie nicht die Ellenbogen, sondern die Füße, ne?)

beziehungsweise für die Gemeinschaft, das Gemeinwohl, sondern einzig und allein der persönliche Vorteil, so auch bei der Diskussion um die Ausdehnung des Ehegattensplittings.

Und deshalb wird auch die Kinderbetreuung – übrigens ebenso wie die Betreuung der Alten, dieses habe ich an dieser Stelle schon häufig betont – zum Wirtschaftsfaktor. Bei Ihnen lautet es generell: Was habe ich davon? Und aus diesen Gründen verkommt unser Volk zu einem vergreisenden Volk ohne Zukunft.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Oh ja.)

"Wer sichert den Bestand des Staatsvolkes?", fragt die "Junge Freiheit" zu Recht und verweist auch darauf,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Die deutsche Frau, nicht wahr?)

dass diese Frage zur "Zukunftsfrage" wird. In wenigen Jahren wird der vollständigen Gleichstellung von Ehen und der sogenannten eingetragenen Lebenspartnerschaft

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und der Geschlechter, das müssen Sie auch dazusagen.)

das Adoptionsrecht für die Gleichgeschlechtlichen folgen. Ihre Politik ist so berechenbar.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Hoffentlich kommt das bald.)

Hierzu schreibt die "Junge Freiheit", Zitat: "Nach der rechtlichen Gleichstellung der Homo-Ehe"

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

"mit der normalen, natürlichen Ehe wird das Adoptionsrecht für die Gleichgeschlechtlichen folgen. Auch das betrifft nur wenige Kinder heute, deutlich unter zehntausend, aber es sind schon die geborenen Kinder. Die ungeborenen, die künftigen, die erwachsen aus der normalen, natürlichen Ehe. Sie sichert den Bestand des Staatsvolkes",

(Dr. Margret Seemann, SPD: Oder Lebenspartnerschaft.)

"worauf eigentlich die Politik zu achten hätte. Aber die jetzige Koalition und insgesamt die etablierten Parteien sind zukunftsvergessen und üben sich im 'Durchwursteln', was" die Autorität der Politischen Wissenschaften, "Wilhelm Hennis, schon in den siebziger Jahren konstatierte."

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wer? Können Sie es auch richtig lesen?)

"Damals konnte man sich das vielleicht noch bis zu einem gewissen Grad leisten. ... Das Problem heute allerdings ist: Dieses Land braucht angesichts der demographischen Schieflage dringend Kinder und eine Familienpolitik",

(Zuruf aus dem Plenum: Aber nicht von Ihnen.)

"die die berühmte Keimzelle der Gesellschaft fördert, statt sie weiter zu mißachten zugunsten von Lebensformen, die dem zeitgeistigen Hedonismus von Randgruppen frönen. Aber sobald sich einige wenige Politiker aufraffen und der Familie Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen – Stichwort Betreuungsgeld –, springen dieselben Gruppen, die jetzt dem Ehegattensplitting für Homo-Ehen das Wort reden, mit rattenhafter Wut" – das ist immer noch ein Zitat – "auf die öffentliche Bühne, um jede Zuwendung für Familien zu verhindern."

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aus der "Jungen Freiheit".)

"In der aktuellen Debatte um Ehe und Familie geht es aber nicht nur um finanzielle Zuwendungen. ..."

(Vincent Kokert, CDU: Nee, aus der "Deutschen Stimme". – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, das war "Deutsche Stimme"!)

"Die Verfechter der Gleichstellung verfolgen auch andere Ziele."

(Dr. Margret Seemann, SPD: Aha!)

"Sie haben ein anderes Menschenbild und wollen dieses der Allgemeinheit aufzwingen. Hier geht es ums Eingemachte." Zitatende.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wow!)

Kommen wir aber zurück zum Ehegattensplitting. Zweifelsfrei hat sich dieses überlebt. Schon seit vielen Jahren dient das Ehegattensplitting nicht mehr der steuerlichen Gleichberechtigung von Familien, sondern der steuerlichen Ersparnis von Ehepaaren. Kinderlose dürfen Familien gegenüber nicht bessergestellt werden. Letztlich liefern die Familien durch ihr Humankapital, also durch die Kinder, einen wesentlichen Beitrag für eine intakte Gesellschaft, der volkswirtschaftlich kaum aufzuwiegen ist. Wir Nationalisten fordern daher die unverzügliche Umstellung des Ehegattensplittings in ein Familiensplitting, um endlich Familien, also Lebensgemeinschaften mit Kindern, wirksam zu fördern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das steht aber nicht in Ihrem Antrag.)

In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch die Stellungnahme

(Peter Ritter, DIE LINKE: Worüber reden Sie eigentlich?)

des CDU-Landtagsabgeordneten Torsten Renz vom 8. August, Zitat:

(Dr. Margret Seemann, SPD: Oh Gott!)

"Das bisherige Ehegattensplitting ist ein Relikt der Vergangenheit. Wir sollten dieses weiterentwickeln und künftig so ausgestalten, dass vor allem Familien mit Kindern in den Genuss der steuerlichen Besserstellung kommen."

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Und was ist daran nun schlecht?)

"Dies wäre auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sinnvoll. Ziel aller Anstrengungen in der Familienpolitik sollte es sein, das JA zu Kindern zu erleichtern."

(Dr. Margret Seemann, SPD: Von was für einem Antrag reden Sie eigentlich?)

"Hierzu gehört auch die finanzielle Besserstellung von Familien mit Kindern. Schon 2006 gab es eine breite Diskussion, ob das bisherige Ehegattensplitting zu einem echten Familiensplitting erweitert werden sollte. Geschehen ist bislang jedoch" nix.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das heißt "nichts", und nicht "nix".)

"Die neuen Diskussionen um eine Ausweitung des Ehegattensplittings unterstreichen, wie wichtig eine ernsthafte Debatte um die steuerliche Unterstützung von Familien mit Kindern ist. Sie muss nun geführt werden", so Torsten Renz.

Dieser Forderung schließen wir Nationalen uns an

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da freut sich Herr Renz aber bestimmt.)

und deshalb stimmen Sie unserem Antrag zu, damit endlich die verkorkste Familienpolitik auf der Bundesebene ein Ende hat! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Heinz Müller, SPD: Was war denn das für eine Nullnummer?)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Es hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Bring mal ein bisschen Geist rein!)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Begründung des vorliegenden NPD-Antrages heißt es unter anderem, ich zitiere: "Gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden nicht eingegangen, um Kinder zu zeugen", Zitatende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eine echte Weisheit.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin mit meiner Frau eine Partnerschaft eingegangen zuallererst, weil ich sie liebe. Auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden auf dieser Grundlage gegründet, weil die Liebe zueinander die Grundlage für das Zusammenleben ist. Und ich weiß nicht, Herr Köster, ob Ihnen solche Gefühle, solche Herangehensweisen irgendetwas bedeuten

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit ihrem Antrag versucht die NPD-Fraktion wieder einmal, auf einen fahrenden Zug einer bundespolitischen Debatte aufzuspringen, aber wieder einmal merken die Herren der NPD-Fraktion nicht, dass ihnen niemand für ihre Mitfahrt eine Fahrkarte ausstellt.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Sie werden mit ihren Forderungen am Bahnsteig stehen bleiben und letztlich nur bei ihrem streng gescheitelten Anhang Zuspruch finden,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

der wie sie immer noch von der "Volksgemeinschaft" träumt und der wie Goebbels meint, Volksgenosse kann nur ein Blutgenosse sein. Und wer so denkt wie die Strenggescheitelten auf dem Bahnsteig und die Herren, die hier sitzen, bezieht seine inhaltlichen Quellen aus den "Nürnberger Gesetzen", aus dem "Ehegesundheitsgesetz" oder aus dem "Blutschutzgesetz" der Nationalsozialisten

(Michael Andrejewski, NPD: Das kennen Sie alles viel besser als wir.)

Gestützt auf diese Gesetze wurden nicht nur Jüdinnen und Juden verfolgt und ermordet, sondern auch – wie es in ihrem Sprachgebrauch früher und heute heißt – "Andersartige", ihrer Meinung nach "Asoziale" und eben auch Homosexuelle. Und weil Sie dieser Denkweise verhaftet sind, war es auch nicht verwunderlich, dass man bei Ihrer Rede förmlich spürte, wie an Ihnen die Ekelpickel hochgestiegen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Wenn Sie könnten, wie Sie wollen, Herr Köster, würden Sie auch heute Schwulen oder Lesben das rosa Dreieck an die Jacke heften.

(Stefan Köster, NPD: Nee, lieber nicht.)

Aber Sie können nicht, wie Sie wollen.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Und das ist auch gut so!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bislang haben eingetragene Lebenspartnerschaften keinen Anspruch auf Zusammenveranlagung der Einkommensteuer. Das geht aus der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes hervor und findet die rechtliche Grundlage in Paragraf 26b des Einkommensteuergesetzes. Gegen das Urteil des Bundesfinanzhofes wurde Verfassungsbeschwerde eingereicht. Mit der einkommensteuerrechtlichen Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare, die auf der Grundlage des Lebenspartnerschaftsgesetzes eine Partnerschaft eingehen, befasst sich nun das Bundesverfassungsgericht. Und was daran kriminell sein soll, Herr Köster, das müssen Sie uns mal erläutern.

Vertreterinnen und Vertreter der Koalitionsfraktionen auf Bundesebene haben in den vergangenen Wochen einen Vorstoß gewagt, das Ehegattensplitting auch auf eingetragene Lebenspartnerschaften und damit auf homosexuelle Paare anzuwenden. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte jedoch, dass derzeit kein Handlungsdruck bestehe, vielmehr solle die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die Gleichstellung bei der Einkommensteuer abgewartet werden, die im Jahr 2013 voraussichtlich kommen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Bundesverfassungsgericht hat in der Vergangenheit bereits Urteile zugunsten gleichgeschlechtlicher Partnerschaften gefasst. So erklärte es die Benachteiligung von Lebenspartnerschaften bei der Grunderwerbsteuer für verfassungswidrig. Es ist auch hinsichtlich der steuerlichen Gleichsetzung zu erwarten, dass die Ungleichbehandlung bei der Einkommensteuer als nicht rechtmäßig eingestuft wird.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner tragen also ebenso wie Ehegatten die Unterhalts- und

Einstandspflichten füreinander. So heißt es auch in der Erklärung der Befürworter aus den Reihen der CDU. Eine steuerliche Gleichbehandlung von Eheleuten und homosexuellen Lebenspartnerschaften ist also ein Schritt in Richtung Gleichbehandlung.

Unsere Gesellschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Manche kriegen das allerdings nicht mit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist das.)

So haben in den vergangenen Jahren nicht eheliche Lebensgemeinschaften auch zwischen Mann und Frau weiter zugenommen. Eingetragene Lebenspartnerschaften können seit August 2001 eingegangen werden. Es haben sich also eine Reihe postmoderner Familienformen etabliert, die das tradierte Familienmodell weit hinter sich lassen.

In einem Artikel in der "Zeit online" vom 24.08. ist dazu folgendes Interessantes zu lesen. Gestatten Sie mir ein etwas längeres Zitat.

Carolin Emcke schreibt dort, ich zitiere:

"Wir dürfen als Ärztinnen und Krankenpfleger andere behandeln, wir dürfen als Hebammen die Kinder heterosexueller Paare zur Welt bringen, als Sozialarbeiterinnen oder als Therapeuten uns um die kümmern, die Hilfe oder Orientierung brauchen, wir dürfen in Hospizen Sterbebegleitung leisten, bei Olympia die Sportnation vertreten und an den Universitäten Forschung betreiben, die späteren Generationen zugutekommt, wir dürfen Organe spenden oder Blut, an den Schulen, Gerichten und in den Medien als Lehrerinnen, Richter und Journalistinnen arbeiten und Werte wie Gerechtigkeit und Menschlichkeit verteidigen, wir dürfen Straßen bauen, Gärten anlegen und in Afghanistan oder Somalia, im Kongo oder vor der libanesischen Küste in Auslandseinsätzen der Bundeswehr unser Leben riskieren. Das alles gilt als selbstverständlich.

Wir alle sind zudem jemandes Kind, Geschwister, Nichte, Neffe, Tante, Cousin, Nachbarin, Kollege oder Freundin, und als solche werden wir gerufen bei Liebeskummer oder Finanzchaos, wir dürfen helfen bei Wohnungsrenovierungen oder Prüfungsängsten",

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

"wir springen ein zum Babysitten oder zum Krisengespräch ..."

(Stefan Köster, NPD: Das ist ja herzerweichend.)

"auch das gilt alles als selbstverständlich.

In allen diesen Hinsichten spielt unsere Art zu lieben, unsere sexuelle Identität, keine Rolle. Wir werden als genauso kompetent und vertrauenerweckend genutzt und geschätzt wie andere auch. ...

All das gilt als selbstverständlich – nur dass wir heiraten und mit Kindern leben wollen, das darf nicht selbstverständlich sein. Warum?", Zitatende.

Warum? Also diese Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt es zu beantworten. Die Debatte darüber läuft

zurzeit bundespolitisch in allen demokratischen Parteien, mit unterschiedlichen Ansätzen und Zielstellungen.

Ihre Argumentation, meine Herren von der NPD, geht aber nicht auf, da Sie den Familienbegriff völlig einseitig auslegen. Ihr Familienbild ist ein Bild aus der Mottenkiste. Auch mit Bezug auf das Ehegattensplitting ...

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch mit Bezug auf das Ehegattensplitting kann Ihre Familien- und Gesellschaftserhaltutopie nicht Fuß fassen, denn das Ehegattensplitting findet Anwendung, unabhängig davon, ob Kinder vorhanden sind oder nicht. Aus Sicht meiner Fraktion ist das Ehegattensplitting aber generell zu überdenken, da völlig antiquiert. Es fördert die Ein-Verdiener-Ehe und damit das tradierte Modell von Ernährer und Hausfrau. Die größten Vorteile beim Ehegattensplitting nämlich haben die Paare, bei denen ein Part überhaupt nichts verdient.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Richtig.)

Zudem wird eine konstante Unterbeschäftigung beziehungsweise ein geringerer Verdienst des Ehepartners gefördert. Das ist ein Fehlanreiz und führt dazu, dass geringere Rentenansprüche erworben werden. Davon betroffen sind in den meisten Fällen Frauen. Ihnen droht die Altersarmut, vor allem dann, wenn sie vorher die Ehe auflösen.

Auch wenn gleichgeschlechtliche Partnerschaften vom Ehegattensplitting profitieren würden, ist das Problem der Benachteiligung innerhalb der Ehe beziehungsweise eingetragenen Lebenspartnerschaft damit nicht gelöst. Es bevorteilt vor allem die Besserverdienenden. Eine Entlastung der Familie findet insgesamt nicht statt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, man darf also gespannt sein, welche Auffassung sich im Meinungsspektrum der demokratischen Parteien durchsetzt. Ihr Antrag, meine Herren von der NPD, gehört nicht zu diesem Spektrum. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Und zum Schluss, meine Herren von der NPD, noch ein Spruch für Sie auf den Weg, den ich neulich im, wie Sie es sagen würden, Weltnetz gefunden habe, der da lautet: Wer bei gleichgeschlechtlichen Paaren immer noch fragt: "Wer von euch ist eigentlich die Frau?", ist genauso ein Klappspaten wie der, der beim Chinesen sagt: "Welches Stäbchen ist eigentlich die Gabel?" – Schönen guten Abend!

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Köster von der NPD-Fraktion.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ritter, die Schwulen und Lesben sind mir eigentlich relativ wurscht.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Dann setzen Sie sich mal wieder hin!)

aber vor dem Hintergrund, dass diese Politik beziehungsweise Ihre Politik die Familien mehr und mehr im Stich lässt und stattdessen eine verschwindend kleine Randgruppe mehr und mehr in den Fokus der Politik geholt wird, dagegen bin ich. Und ich habe was dagegen, dass halt Warmduscher besser behandelt werden als Familien. Das kann in diesem Staat nicht sein.

In der Bundesrepublik Deutschland,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist ja unglaublich.)

in der Bundesrepublik Deutschland ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Köster!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Duschen Sie morgens kalt?)

Stefan Köster, NPD: Auch, ja natürlich. Das ist gesund.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das sollten Sie auch mal machen, Herr Dr. Nieszery. Das ist gesund.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Köster, halten Sie sich mit Ihren Bemerkungen dahin gehend bitte zurück.

Stefan Köster, NPD: Jo.

In der Bundesrepublik Deutschland werden Familien im Allgemeinen und Kinder im Besonderen nicht mal als Bereicherung angesehen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Reden Sie doch mal zum Thema!)

Ausgaben zum Wohle der Kinder werden vom politischen System, von der politischen Klasse, also von Ihnen, nur als Kostenfaktor angesehen.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Stefan Müller hat absolut recht, wenn er sagt, Zitat: "Ehe und Familie genießen durch das Grundgesetz besonderen Schutz. Sie sind im Kern mehr als es eine Lebenspartnerschaft je sein kann", Zitatende. Merkwürdigerweise unterstützt jener CSU-Bundestagsabgeordnete im Kern trotzdem eine Politik, die familienfeindlich ist.

Professor Dr. Adrian von der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz hat errechnet, dass die Mitglieder einer Familie in der Bundesrepublik Deutschland die höchste Steuer pro Kopf zahlen, und zwar umso höher, je mehr Kinder in der Familie leben. Entsprechend ist das derzeitige Ehegattensplitting zu einer Förderung für Familien mit Kindern weiterzuentwickeln.

In Deutschland werden Ehegatten – unabhängig davon, ob Kinder da sind oder nicht – mit dem Splittingverfahren besteuert. Bei diesem Verfahren behandelt der Fiskus das Ehepaar wie einen Steuerzahler, also wie eine Wirtschaftsgemeinschaft, indem er das zu versteuernde Einkommen addiert und anschließend jedem die Hälfte

zuordnet, welches das Anwachsen des Steuersatzes bei zunehmendem Einkommen abmildert. Eine Berücksichtigung der Kinder findet auch hier nicht statt, woraus eine krasse Benachteiligung von Familien erfolgt.

Um Familien Kinderlosen gegenüber besserzustellen, setzt sich die NPD daher für die Einführung eines Familiensplittings ein. Beim Familiensplitting, wie es in Frankreich seit Jahrzehnten durchgesetzt wird, wird das Einkommen in Abhängigkeit von der Anzahl der Kinder besteuert. Da die Familie uneingeschränkter Förderung bedarf, spricht sich die NPD für ein Vollsplitting mit Deckelung aus. Das zu versteuernde Einkommen eines Ehepaares mit drei Kindern wird nach diesem Modell also nicht halbiert, sondern durch den Faktor fünf geteilt und anschließend besteuert. Der Deckelungsbetrag ...

(Heinz Müller, SPD: Reden Sie auch noch zu Ihrem Antrag?)

Natürlich, Herr Müller.

(Heinz Müller, SPD: Da bin ich aber gespannt.)

Der Deckelungsbetrag, bei dem die maximale steuerliche Entlastung erreicht ist, beträgt 1.500 Euro pro Kind. Eine solche Besteuerung sorgt für eine weitere finanzielle Entlastung der Familien und würde in weiten Teilen durch den dadurch steigenden Konsum über die Mehrwertsteuer wieder an den Fiskus zurückfließen.

Viele Kritiker lehnen das Familiensplitting allein deswegen ab, da man darin einen Anreiz für Frauen sehe, nicht am Erwerbsleben teilzunehmen. Diese wirtschaftlich orientierte Sichtweise zeichnet die Familienfeindlichkeit der Bundesregierung und auch der hier im Landtag vertretenen sogenannten demokratischen Parteien aus.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Reden Sie doch mal zum Thema! Das ist doch gar nicht Thema.)

Für eine soziale Partei, wie die NPD es ist, ist es nur konsequent,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gut, dass Sie es mal erwähnen!)

ist es nur konsequent ...

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ja, Sie nehmen ganz vieles nicht wahr, Herr Müller. Und das ist letztendlich ein Markenzeichen von Ihnen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist doch die Partei der Straftäter.)

Für eine soziale Partei, wie die NPD es ist, ist es nur konsequent, die Familien in den Fokus ihrer Politik zu richten. Und deshalb kann ich nur aufhören, auffordern,

> (Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

deswegen kann ich nur auffordern, endlich der Politik für verschwindend geringe Randgruppen ein Ende zu machen. Fördern Sie die Familien, damit es in Deutschland endlich wieder weitergeht.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Erweitern Sie doch Ihre Familienvorstellung einmal!)

Und ich kann Sie nur auffordern, dieser weichgespülten Politik der LINKEN endlich ein Ende zu setzen.

Im Namen meiner Fraktion beantrage ich selbstverständlich namentliche Abstimmung.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung auf Drucksache 6/1040 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine oder ihre Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerin und den Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche für kurze Zeit.

Unterbrechung: 20.13 Uhr

Wiederbeginn: 20.14 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: So, ich eröffne die Sitzung und möchte gerne das Abstimmungsergebnis bekannt geben. Es haben sich 58 Abgeordnete an der Abstimmung beteiligt. Mit Ja stimmten 4 Abgeordnete,

(Heinz Müller, SPD: Bei denen fehlt einer.)

mit Nein 54, es enthielt sich niemand. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/1040 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 31. August 2012, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist damit geschlossen und ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Heinz Müller, SPD: Danke. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ihnen auch, Frau Präsidentin.)

Schluss: 20.14 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider und Burkhard Lenz.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion der NPD Schluss mit Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum in Mecklenburg-Vorpommern

- Drucksache 6/1023 -

Jastimmen		Reinhardt, Marc		
Jastillilleli		Renz, Torsten		
NPD		Schlupp, Beate		
III D		Schubert, Bernd		
	Andrejewski, Michael	Schütt, Heino		
	•			
	Köster, Stefan	Seidel, Jürgen Silkeit, Michael		
	Müller, Tino	•		
	Pastors, Udo	Texter, Andreas		
	Petereit, David	Waldmüller, Wolfgang		
Neinstimmen		DIE LINKE		
SPD		Bernhardt, Jacqueline		
		Borchardt, Barbara		
	Albrecht, Rainer	Dr. Brie, André		
	Dr. Backhaus, Till	Foerster, Henning		
	Barlen, Julian	Holter, Helmut		
	Borchert, Rudolf	Koplin, Torsten		
	Brodkorb, Mathias	Lück, Regine		
	Butzki, Andreas	Oldenburg, Simone		
	Dachner, Manfred	Ritter, Peter		
	Donig, Ingulf	Rösler, Jeannine		
	Drese, Stefanie	Dr. Schwenke, Mignon		
	Feike, Katharina	Stramm, Karen		
	Gundlack, Tilo	Dr. Tack, Fritz		
	Heydorn, Jörg			
	Krüger, Thomas	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
	Mucha, Ralf			
	Müller, Detlef	Berger, Ulrike		
	Müller, Heinz	Gajek, Silke		
	Polzin, Heike	Gerkan, Jutta		
	Schulte, Jochen	Jaeger, Johann-Georg		
	Schwarz, Thomas	Dr. Karlowski, Ursula		
	Schwesig, Manuela	Saalfeld, Johannes		
	Dr. Seemann, Margret	Suhr, Jürgen		
	Sellering, Erwin			
	Tegtmeier, Martina			
CDU				
		Endgültiges Ergebnis:		
	Caffier, Lorenz			
	Eifler, Dietmar	Abgegebene Stimmen		
	Friemann-Jennert, Maika	Gültige Stimmen		
	Glawe, Harry	Jastimmen		
	Lindner, Detlef	Neinstimmen	58	
	Lielania Caleent			

Enthaltungen-

Liskow, Egbert

Namentliche Abstimmung

über den

Antrag der Fraktion der NPD

Keine Nahrung in den Tank! Mais-Monokulturen stoppen – Biomasse-Einsatz zur Energiegewinnung beenden

- Drucksache 6/1039 -

Jastimmen		Liskow, Egbert
		Reinhardt, Marc
NPD		Ringguth, Wolf-Dieter
		Schlupp, Beate
	Andrejewski, Michael	Schubert, Bernd
	Köster, Stefan	Schütt, Heino
	Müller, Tino	Seidel, Jürgen
	Petereit, David	Silkeit, Michael

Neinstimmen

SPD DIE LINKE

Albrecht, Rainer Dr. Al-Sabty, Hikmat Dr. Backhaus, Till Bernhardt, Jacqueline Barlen, Julian Borchardt, Barbara Borchert, Rudolf Foerster, Henning Butzki, Andreas Koplin, Torsten Lück, Regine Dachner, Manfred Donig, Ingulf Ritter, Peter Drese, Stefanie Rösler, Jeannine Feike, Katharina Dr. Schwenke, Mignon Gundlack, Tilo Stramm, Karen Heydorn, Jörg Krüger, Thomas **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Mucha, Ralf Müller, Detlef Berger, Ulrike

Müller, Heinz Polzin, Heike Schlotmann, Volker Schulte, Jochen Schwesig, Manuela Dr. Seemann, Margret Sellering, Erwin Tegtmeier, Martina Gajek, Silke Gerkan, Jutta Jaeger, Johann-Georg Dr. Karlowski, Ursula Saalfeld, Johannes Suhr, Jürgen

Texter, Andreas

Waldmüller, Wolfgang

CDU

Endgültiges Ergebnis:

Caffier, Lorenz		
Eifler, Dietmar	Abgegebene Stimmen	59
Friemann-Jennert, Maika	Gültige Stimmen	59
Glawe, Harry	Jastimmen	4
Kokert, Vincent	Neinstimmen	55
Lindner, Detlef	Enthaltungen	

Namentliche Abstimmung

über den

Antrag der Fraktion der NPD

Ehe und Familie schützen – Keine steuerliche Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften

- Drucksache 6/1040 -

Jastimmen Liskow, Egbert Reinhardt, Marc NPD Schlupp, Beate Schubert, Bernd Andrejewski, Michael Schütt, Heino

Köster, Stefan Seidel, Jürgen Müller, Tino Texter, Andreas Waldmüller, Wolfgang Petereit, David

Neinstimmen **DIE LINKE**

> **SPD** Dr. Al-Sabty, Hikmat

Bernhardt, Jacqueline Albrecht, Rainer Borchardt, Barbara Dr. Backhaus, Till Foerster, Henning Barlen, Julian Koplin, Torsten Borchert, Rudolf Lück, Regine Brodkorb, Mathias Oldenburg, Simone Butzki, Andreas Ritter, Peter Dachner, Manfred Rösler, Jeannine Donig, Ingulf Dr. Schwenke, Mignon

Drese, Stefanie Stramm, Karen Feike, Katharina **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Heydorn, Jörg Krüger, Thomas Berger, Ulrike Mucha, Ralf Gajek, Silke Müller, Detlef Gerkan, Jutta

Müller, Heinz Jaeger, Johann-Georg Dr. Nieszery, Norbert Dr. Karlowski, Ursula Schlotmann, Volker Saalfeld, Johannes Schulte, Jochen Suhr, Jürgen

Schwesig, Manuela Dr. Seemann, Margret

CDU

Tegtmeier, Martina

Gundlack, Tilo

Endgültiges Ergebnis:

Caffier, Lorenz Abgegebene Stimmen58 Eifler, Dietmar Friemann-Jennert, Maika Gültige Stimmen58 Glawe, Harry Jastimmen4 Kokert, Vincent Neinstimmen54 Lindner, Detlef Enthaltungen-